

Die Zukunft ist links!

PROKLA-Redaktion

Editorial: Die Zukunft ist links!

Alex Demirović

Die Perspektive der vernünftigen Gesellschaft

Wolf-Dieter Narr, Roland Roth

Not und Notwendigkeit radikal-demokratischer ökonomischer, politischer und kultureller Produktionsverhältnisse

Joachim Bischoff, Hasko Hüning, Christoph Lieber

Von der neoliberalen zur sozialistischen Governamentalität

Emir Sader

Die hegemoniale Krise und die Krise der Linken in Lateinamerika

Petra Schaper-Rinkel

Andere Zukünfte: Politik der Utopien

Peter Wahl

Kurs auf linke Mehrheit in der Gesellschaft

Benno Teschke

Bürgerliche Revolution, Staatsbildung und die Abwesenheit des Internationalen

Hyekyung Cho

Chinas langer Marsch in die neoliberale Weltwirtschaft

Uli Jähner

„Ich weiß, ich muss noch an mir arbeiten.“
Über Casting Shows im Fernsehen



Die PROKLA wird herausgegeben von der »Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.«, die jährlich in ihrer Vollversammlung die Redaktion der Zeitschrift wählt.

Redaktion: Elmar Altvater, Alex Demirović, Michael Heinrich (geschäftsführend, presserechtlich verantwortlich), Hansjörg Herr, Martin Kronauer, Henrik Lebuhn, Sabine Nuss, Thomas Sablowski, Petra Schaper-Rinkel, Dorothea Schmidt, Gregor Zattler

In der Zeitschrift PROKLA werden seit 1971 Themen aus den Bereichen der Politischen Ökonomie, der Politik, Sozialgeschichte und Soziologie bearbeitet. Im Zentrum stehen dabei gesellschaftliche Machtverhältnisse, Polarisierungen im internationalen System und das gesellschaftliche Naturverhältnis. Die Hefte werden jeweils nach thematischen Schwerpunkten zusammengestellt.

Der Inhalt der letzten Hefte ist auf den letzten Seiten aufgelistet. Die Schwerpunkte der nächsten Nummern (vgl. Kasten im Innern dieser Ausgabe sowie www.prokla.de) sind:

PROKLA 142 März	2006	Soziale Kämpfe in Lateinamerika
PROKLA 143 Juni	2006	Die Killing Fields des Kapitalismus

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein. Eine Haftung kann nicht übernommen werden. Die Beiträge sollten sich in einem Umfang von 12-25 Seiten (max. 50.000 Zeichen) halten (amerikanische Zitierweise, Bibliographie am Ende des Texts, ein Merkblatt zur formalen Gestaltung der Artikel kann von unserer Website heruntergeladen werden). Manuskripte bitte stets in elektronischer Form entweder als Diskette oder per e-mail einsenden. Disketten sollten für IBM-kompatible PC's lesbar sein.

Die PROKLA erscheint regelmäßig mit vier Nummern im Jahr mit einem Gesamtumfang von mindestens 640 Seiten. Jedes Heft kostet im Jahresabonnement 8,25 Euro, im Einzelverkauf 10,50 Euro. Abonnements erhalten Sie über eine Buchhandlung oder über den Verlag (Postkarte im Innern des Hefts). Wenn Sie über den Verlag abonnieren, erhalten Sie von einer Versandbuchhandlung, die mit dem Verlag kooperiert, eine Vorausrechnung für die nächsten Hefte (33,- Euro plus Porto). Nach Bezahlung erhalten Sie die Hefte jeweils nach Erscheinen sofort zugesickt.

Postanschrift: PROKLA-Redaktion, Postfach 100 529, D-10565 Berlin
Tel.: 030 / 395 66 22; e-mail: redaktion@prokla.de
PROKLA im Internet: <http://www.prokla.de>

Verlagsadresse: Verlag Westfälisches Dampfboot, Hafenweg 26a, 48155 Münster,
Telefon 0251 / 390048-0, FAX 0251 / 39004850, e-mail: info@dampfboot-verlag.de
Internet:<http://www.dampfboot-verlag.de>

Vertrieb an Einzelkunden: Geminal GmbH, Siemensstr. 16, D-35463 Fernwald,
Tel.: +49/(0)641/41 700

Vertrieb an Institutionen/Buchhandlungen: Prolit Verlagsauslieferung, Siemensstr. 16
D-35463 Fernwald, Tel.: +49-(0)641/943 93 33, Fax: +49-(0)641/943 93 39; e-mail: R.Eckert@prolit.de

Dieser Ausgabe liegen Prospekte von Argument-Verlag, j5a und Wochenschau-Verlag bei

© 2005 Verlag Westfälisches Dampfboot. Alle Rechte, auch das der Übersetzung vorbehalten. Druck und Bindung: Fuldaer Verlagsanstalt.

PROKLA 141

Die Zukunft ist links!

<i>PROKLA-Redaktion</i> : Editorial	474
<i>Alex Demirović</i> : Die Perspektive der vernünftigen Gesellschaft	478
<i>WolfDieter Narr, Roland Roth</i> : Not und Notwendigkeit radikaldemokratischer ökonomischer, politischer und kultureller Produktionsverhältnisse	497
<i>Joachim Bischoff, Hasko Hüning, Christoph Lieber</i> : Von der neoliberalen zur sozialistischen Gouvernementalität Anforderungen an eine Rifondazione der Linken	521
<i>Emir Sader</i> : Die hegemoniale Krise und die Krise der Linken in Lateinamerika	541
<i>Petra Schaper-Rinkel</i> : Andere Zukünfte: Politik der Utopien	551

Einsprüche

<i>Peter Wahl</i> : Kurs auf linke Mehrheit in der Gesellschaft Zum Verhältnis von außerparlamentarischer Bewegung und Partei(en) nach der Bundestagswahl	569
---	-----

Außerhalb des Schwerpunkts

<i>Benno Teschke</i> : Bürgerliche Revolution, Staatsbildung und die Abwesenheit des Internationalen	575
<i>Hyekyung Cho</i> : Chinas langer Marsch in die neoliberale Weltwirtschaft	601
<i>Uli Jähner</i> : „Ich weiß, ich muss noch an mir arbeiten“ Über Casting Shows im Fernsehen	619
<i>Summaries</i>	636
<i>Zu den AutorInnen</i>	637
<i>Jahresinhaltsverzeichnis 2005</i>	638

Editorial

Vor gut 25 Jahren wurde mit der Wahl von Margaret Thatcher in Großbritannien und Ronald Reagan in den USA der Neoliberalismus zur offensiv vorgetragenen Utopie eines neuen Kapitalismus, der von den übermäßigen Regulierungen eines sich immer weiter ausdehnenden Staates erst noch befreit werden muss, um für die gesamte Gesellschaft seine segensreichen Wirkungen entfalten zu können. Waren Privatisierung und Deregulierung, Steuersenkungen, Abbau sozialer Sicherungen und ein ausgeglichener Staatshaushalt als Maximen staatlicher Politik zunächst noch heftig umstritten, verwandelten sie sich in den folgenden zwei Jahrzehnten zu Selbstverständlichkeiten staatlicher Politik, die im Grundsatz über alle Parteigrenzen hinweg geteilt wurden. Die Globalisierung der kapitalistischen Wirtschaft, die sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion noch beschleunigte, ließ den einzelnen Ländern anscheinend gar keine andere Wahl mehr als sich im „Standortwettbewerb“ um die Gunst des internationalen Kapitals der neoliberalen Doktrin zu beugen. Und mit der „New Economy“ schien ein neuer, krisenfreier, voller Möglichkeiten der Selbstverwirklichung steckender Kapitalismus anzubrechen (vgl. dazu *PROKLA* 122, März 2001). Seit Mitte der 1990er Jahre wurde die Hegemonie des Neoliberalismus aber zunehmend brüchig. Währungs- und Finanzkrisen, der Crash der „New Economy“ und die Rezession der Weltwirtschaft machten deutlich, dass es mit der schönen neuen Welt des Kapitalismus

doch nicht so weit her war. Zugleich wurden globalisierungskritische Bewegungen nicht nur immer stärker, es gelang ihnen auch eine zunehmende weltweite Vernetzung und Kampagnenfähigkeit zu erreichen.

Eine offensichtliche Folge dieser geschwächten neoliberalen Hegemonie war die Abwahl einer Reihe konservativ liberaler Regierungen während der 1990er Jahre. Allerdings zeigte sich, dass die dann zumeist sozialdemokratisch geführten Regierungen auch keinen einschneidenden Politikwechsel herbeiführten (vgl. zur Situation in Deutschland bereits ein Jahr nach dem Regierungswechsel *PROKLA* 116 *Rot-grüner Absturz*, September 1999). Dieses Muster scheint sich auch in Lateinamerika zu wiederholen. *Emir Sader* macht in seinem Beitrag darauf aufmerksam, dass in den letzten Jahren zehn Regierungen gestürzt oder abgelöst wurden, wobei die Nachfolgeregierungen aber häufig genauso dem Neoliberalismus verhaftet blieben wie ihre Vorgängerinnen (mit dem wohl wichtigsten Fall, der Regierung Lula in Brasilien, beschäftigte sich der Beitrag von Leda Paulani, in *PROKLA* 138, März 2005). Es ist also keineswegs so ohne weiteres möglich, durch einen Regierungswechsel auch tatsächlich eine „andere Politik“ hervorzu bringen, was stets die Hoffnung linker Wähler und Wählerinnen war. *Wolf-Dieter Narr* und *Roland Roth* sprechen unter anderem dieses Problem in ihrem Artikel auf einer grundsätzlichen Ebene an. Auch in Deutschland ist nach den vorgezogenen Bundestagswahlen eine unklare

re Lage entstanden. Zwar ist die Mehrheit der Bevölkerung, trotz dauernder medialer „Reform“-Beschallung vom neoliberalen Projekt nicht so richtig zu überzeugen. Der Stimmanteil seiner offensiven parteipolitischen Vertreter, CDU/CSU und FDP, hat gegenüber der letzten Wahl sogar leicht abgenommen und die SPD hat mit einer, allerdings inhaltlich äußerst dünnen, kapitalismuskritischen Rhetorik den befürchteten katastrophalen Absturz gerade noch einmal verhindert. Ob damit allerdings schon eine „Mehrheit links der CDU“ existiert, ist zumindest fraglich, hat doch auch der rot-grüne Neoliberalismus eine soziale Basis in dem jeweiligen Wählerklientel. Eine optimistische Analyse des Wahlergebnisses liefert *Peter Wahl*; er warnt aber zugleich vor zuviel Euphorie gegenüber der neuen Linkspartei: sie kann eine soziale Bewegung nicht ersetzen und die sozialen Bewegungen werden stets in einem Spannungsverhältnis zu linken Parteien stehen.

In der großen Koalition geht die neoliberale Politik des Abbaus sozialer Sicherungen und der Umverteilung von unten nach oben unter Beteiligung der SPD munter weiter. Die Haushaltssanierung soll vor allem über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer erreicht werden, die vor allem die unteren Einkommensgruppen trifft. Dagegen ist die „Reichensteuer“ ein Witz: wer wirklich viel verdient (über 500.000 Euro bei einem Ehepaar) soll einen Bruchteil der Steuergeschenke der letzten Jahre erneut an den Fiskus abführen. Gespart werden soll bei den zukünftigen Rentnern – die geplante Erhöhung des Rentenalters ist nichts weiter als eine verdeckte Rentensenkung – und vor allem bei den Hartz IV Empfängern, also denen, die bereits am wenigsten haben. Darüber hinaus soll der Kündigungsschutz erheblich aufgeweicht werden, indem die „Probezeit“ (in der eine Kündigung ohne Angaben von Gründen jederzeit möglich ist) von sechs Monaten auf zwei Jahre verlängert wird. Nach den von Rot-Grün mit Hartz IV eingeführten

Zumutbarkeitsregelungen (Hartz IV Empfänger müssen auch Beschäftigungen akzeptieren, die mit bis zu dreißig Prozent unter dem ortsüblichen Tarif entlohnt werden) ist dies der zweite schwere Angriff auf die Fähigkeiten von Arbeitnehmern und Gewerkschaften eine Interessenvertretungspolitik aufrecht zu erhalten.

Angesichts solcher Zumutungen steht ihre immer wieder erneute Abwehr auf der Tagesordnung. Doch wird eine Linke, die sich immer nur auf Abwehrkämpfe beschränkt, so notwendig sie auch sein mögen, inhaltlich austrocknen. Der Horizont eines „guten Leben“ ist mehr als die Verhinderung der jüngsten Verschlimmerungen. Insofern kommt es darauf an, auch Perspektiven zu diskutieren, die über die Abwehrkämpfe im hier und jetzt hinausgehen. Zumindest einen Anstoß dazu soll dieses Heft der PRO-KLA liefern.

Alex Demirović stellt in seinem Beitrag die Frage nach der „vernünftigen Gesellschaft“, welche die Linke anstrebt. Die Irrationalitäten und tagtäglichen Absurditäten der kapitalistischen Vergesellschaftung lassen sich leicht aufzeigen. Aber wie weit trägt die Berufung auf Vernunft als Maßstab und Anleitung einer anderen Gesellschaft? Zumindest die rationale Vernunftkritik, die die herrschaftlichen Implikationen der Vernunft und ihre Gewaltpotentiale aufgewiesen hat, ist zur Kenntnis zu nehmen. Doch hilft wiederum nur vernünftiges Argumentieren, um sich mit den Grenzen der Vernunft auseinander zu setzen.

Wolf-Dieter Narr und *Roland Roth* formulieren, nach einigen Schlaglichtern auf die gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustände, die Notwendigkeit grundsätzlichen Veränderung: Gegen die herrschenden Formen einer verselbständigter kapitalistischen Ökonomie, wie einer nicht weniger verselbständigter, den kapitalistischen Formen entsprechenden Politik versuchen sie ausgehend von einem materialistischen Verständnis der Menschenrechte, die Anforderungen an eine

radikaldemokratische Umwälzung der ökonomischen wie auch der politischen Verhältnisse zu bestimmen.

Den Übergang von der neoliberalen zu einer sozialistischen Gouvernamentalität versuchen *Joachim Bischoff*, *Hasko Hüning* und *Christoph Lieber* zu beleuchten: die sozialistische Gouvernamentalität hätte sich nicht nur mit der Verteilung, sondern vor allem mit der Produktion des gesellschaftlichen Reichtums zu befassen.

Aus einer etwas anderen Perspektive nähert sich *Petra Schaper-Rinkel* der Frage nach zukünftigen Gesellschaften. Sie wirft einen Blick auf die Geschichte politischer Utopien und diskutiert sie als eigensinniges Medium des Zukunftsdenkens. So beschränkt und zeitgebunden sie auch jeweils sind, so unverzichtbar sind sie andererseits, um die als selbstverständlich akzeptierten Horizonte und Denkverbote zu durchbrechen.

Die Krise der lateinamerikanischen Linken, die in der Krise neoliberaler Hegemonie eben über kein populäres eigenes Konzept verfügen, beleuchtet *Emir Sader*, in seinem bereits oben erwähnten Beitrag.

* * *

Außerhalb des Schwerpunkts werden drei thematisch recht unterschiedliche Beiträge präsentiert. *Benno Teschke* führt in den im angelsächsischen Raum verbreite-

ten „Politischen Marxismus“ ein, der eine Reihe von historischen Begriffsbildungen, die im traditionellen Marxismus ganz selbstverständlich akzeptiert wurden, in Frage stellt. Teschke führt dies am Konzept der „Bürgerlichen Revolution“ aus, bemängelt aber sowohl auf Seiten der Kritiker als auch der Vertreter dieses Konzepts die weitgehende Ausblendung der internationalen Sphäre als einer maßgeblichen Instanz geschichtlicher Entwicklung.

Hyekyung Cho zeichnet in ihrem Beitrag die Rolle Chinas im Welthandel und die Wendungen von Chinas Handelspolitik nach. Dabei wird deutlich, dass die Entwicklung Chinas geradezu das Gegenbeispiel für die Empfehlungen neoliberaler Handelspolitik darstellt. Mit dem Beitritt zur WTO wird sich die Handelspolitik allerdings erneut und mit ungewissem Ausgang ändern. Die Entwicklung des „Chinesischen Kapitalismus“, dem die PROKLA schon einmal ein ganzes Heft gewidmet hatte (Nr. 119, Juni 2000), bleibt also spannend.

Uli Jähner setzt sich in seinem Beitrag mit einem neu aufgekommenen und stark verbreiteten TV-Format, den diversen Casting Shows auseinander. Er interpretiert sie einerseits als ein von der Musikindustrie eingeschlagener Weg aus der Krise, andererseits als Testgebiet für die Ausdehnung neoliberaler Konkurrenzbeziehungen.

PROKLA 142: Soziale Kämpfe in Lateinamerika (März 2006)

Jahrzehntelang war Lateinamerika für die Linke weltweit ein Identifikationsobjekt, gab es dort doch nicht nur brutale Militärdiktaturen und korrupte Oligarchien, sondern auch den bewaffneten, von breiten Teilen der Bevölkerung unterstützten Kampf dagegen. Von der kubanischen Revolution und dem Mythos Che Guevara, über Allendes Chile bis zu den Sandinisten in Nicaragua waren lateinamerikanische Verhältnisse häufig strategischer Orientierungspunkt. Mit den Zapatisten in Mexiko, dem Sieg Lulas in Brasilien und vor allem der jüngsten Entwicklung in Venezuela gibt es erneut große Hoffnungen – und auch die Potentiale für große Enttäuschungen. Lateinamerika ist aber nicht nur ein Feld besonders harter Auseinandersetzungen, sondern auch Experimentierzone neoliberaler Entwicklungen sowie ein wichtiges Feld der strategischen Konkurrenz zwischen den USA und der EU. In dieser Ausgabe der PROKLA soll es sowohl um die politische und ökonomische Entwicklung Lateinamerikas als auch um die ganz unterschiedlichen Ansätze einer alternativen Politik gehen wie sie einerseits von den verschiedenen sozialen Bewegungen andererseits in Venezuela auch von Seiten der Regierung aus praktiziert werden.

PROKLA 143: Die Killing Fields des Kapitalismus (Juni 2006)

„Killing Fields“ hinterließ das Pol Pot Regime in Kambodscha, sie wurden zum Symbol eines menschenverachtenden Systems, das sich selbst als kommunistisch bezeichnete. Killing Fields gibt es aber auch immer wieder von neuem im Rahmen des angeblich so zivilisierten Kapitalismus. Allerdings ist der Zusammenhang zwischen massenhaftem Tod und Elend und dem globalen kapitalistischen System nicht immer offensichtlich. Hungerkatastrophen in Afrika scheinen das Resultat von Dürre und schlechten Böden zu sein, doch haben sie auch etwas mit Agrarmärkten zu tun haben, die von subventionierten Produkten aus der EU und den USA überschwemmt werden, was die lokale Landwirtschaft vernichtet. Die hohen Opferzahlen von „Katrina“ scheinen die Folge eines gewaltigen Hurrikans zu sein, allerdings hänge sie auch mit einer durch Rassismus geprägten Stadtstruktur und einer politisch gewollten Austrocknung des Katastrophenschutzes zusammen. Und nicht zuletzt war die „Naturgewalt“ selbst zumindest in Teilen Produkt kapitalistischer Entwicklung: insofern sie sich dem Klimawandel verdankt, der von einer kapitalistischen Produktionsweise verursacht wird, die einen guten Teil ihrer Flexibilität aus der Verwendung fossiler Energie bezieht. Seine Killing Fields produziert der weltweite Kapitalismus aber nicht nur über solche strukturellen Mechanismen, sondern zuweilen auch ganz direkt, wie etwa bei durchaus vermeidbaren „Unfällen“ wie dem in Bhopal (Indien), dem Tausende zum Opfer fielen und dessen juristische Aufarbeitung nach wie vor verschleppt wird. Um die kapitalistisch produzierten Killing Fields und die Grenzen einer Zivilisierung des Kapitalismus soll es in dieser Ausgabe der PROKLA gehen.



“ Eine Zeitschrift von solider Unabhängigkeit des Standpunktes. Wer in einer Zeit fortschreitender Entpolitisierung und Individualisierung noch die Notwendigkeit verspürt, über den Gang der öffentlichen Angelegenheiten zu debattieren, der kann sich dort bestens informieren und munitionieren.

Westdeutscher Rundfunk

www.blaetter.de

Blätter für deutsche und internationale Politik

Eine andere Perspektive

Die Blätter diskutieren komplexe Themen mit langem Atem abseits der ausgetretenen Pfade. Dabei bleibt der Fokus nicht auf die lokalen Verhältnisse beschränkt.

Über den Tellerrand...

Wer sich für Politik interessiert, muss gerade heute die globalen Bewegungen und Verhältnisse in den Blick nehmen.

...hinaus blicken

Renommierete Wissenschaftler, Journalisten und Autoren aus aller Welt garantieren eine verständliche, aber nicht simplifizierende Sicht auf das politische Geschehen.

Es gibt Alternativen!

Die Blätter sind ein Gegengewicht zur herrschenden Meinung. Lernen Sie „die Insel der Vernunft in einem Meer von Unsinn“ (Karl Barth) kennen.

Ich bestelle ein

- Einzelheft: ____ (8,50 €)
- Probeabo (10,- €)
ab Heft ____
- Abo: (70,80 €)
(54,60 € Mindestpreis)
- kostenloses Probeheft

Name

Straße

Ort

Unterschrift

Alex Demirović

Die Perspektive der vernünftigen Gesellschaft

Friedrich Engels vertrat die Ansicht, die deutsche Arbeiterbewegung sei die Erbin der deutschen klassischen Philosophie (MEW 21, 307). Dieser Anspruch auf Erbschaft war mit der positiven Assoziation verbunden, dass die Arbeiterbewegung ernst nehmen und in die Wirklichkeit bringen würde, was in der philosophischen Tradition nur geistig-ideell gedacht blieb und was das Bürgertum selbst nicht nur nicht willens war zu verwirklichen, sondern mit der nationalsozialistischen Selbstradikalisierung vollends verraten würde. Der Arbeiterbewegung wurde auf diese Weise intellektuelle Überlegenheit über das Bürgertum bescheinigt. Mit einer neuen Form der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion könnten Ziele verwirklicht werden, die im Rahmen bürgerlicher Herrschaft allenfalls Ideen blieben.

Das Erbe, das Engels hier für die Arbeiterbewegung reklamiert, ist ambivalent. Tut es der Arbeiterbewegung das an, was Locke als wohltuende Wirkung des Erbes auf die bürgerlichen Söhne erwartete, sie nämlich an die von den Vätern geschaffenen Verhältnisse zu binden? Bestünde die Perspektive der sozialistischen Arbeiterbewegung in nicht mehr als darin, zu verwirklichen, wozu das Bürgertum nicht in der Lage war? Zu diesem Erbe gehört der Begriff der Vernunft, er prägt das Verständnis einer emanzipierten Gesellschaft: diese soll vernünftig eingerichtet sein und die Vernunftnormen Freiheit und Gleichheit verwirklichen. Doch Marx hat das schon längst ironisch kommentiert: es sei eine Albernheit der Sozialisten, den Sozialismus als Realisation der von der französischen Revolution ausgesprochenen Ideen der bürgerlichen Gesellschaft zu begreifen. Der Tauschwert sei eben schon das realisierte System von Gleichheit und Freiheit, und diese würden sich in der konkreten Bewegung als Ungleichheit und Unfreiheit ausweisen (MEW 42, 174). Heute ist es durchaus plausibel, von der Arbeiterbewegung nicht zu erwarten, dass sie die einzige legitime Erbin wäre, wahrscheinlich nicht einmal, dass sie eine Erbin dieses besonderen Erbes oder ein historisches Subjekt sei, das zu erben fähig wäre. Aber auch um das Erbe scheint es nicht gut bestellt. Hat es noch ein kritisches Potential, das sozialen Akteuren eine Identität als Linke und eine Perspektive auf eine andere Form der Vergesellschaftung gewährt, die handlungsleitend sein könnte, weil sie einige der Basisprobleme lösen könnte, die „diese Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht“ (MEW 23, 49), offenkundig nicht lösen können?

1. Theorie

Vernunft steht im Zentrum der Aufklärung, der Wissenschaften, der Emanzipationsvorstellungen des Bürgertums. Vernunft meint zunächst einmal ein klares und deutliches Denken in einem logischen, Schritt für Schritt, mit geometrischer Methode entfalteten Zusammenhang, der für alle anderen nachvollziehbar sein soll. Das klingt lapidar, doch war diese Forderung nach Vernunft eine ungeheure Herausforderung. Sie stellte die Vernunft gegen die Macht der Kirche, den christlichen Offenbarungsglauben und das Gottesgnadentum weltlicher Herrschaft. Die katholische Kirche hatte in vielen Teilen Europas das Monopol auf die Deutung der Bibel. Offenbarung war das, was die Kirche als das Geoffenbarte behauptete. Die Kirchenhierarchie konnte also, indem sie sich auf die Bibel berief, ihre eigenen Interessen im Namen der Religion verfolgen. Dies war aus der Sicht der Aufklärer von alltagspraktischer Bedeutung. Denn die Priester kontrollierten das kollektive Wissen, verfügten über die Kompetenz des Schreibens, förderten oder blockierten die Wissenschaften und den Zugang zu diesem Wissen. Sie hatten überall, wo Gemeinden bestanden, Predigten gehalten und Beichten abgenommen wurden, die privilegierte Möglichkeit, die gesellschaftliche Kommunikation zu repräsentieren, die kollektiv verbindlichen Regeln zu definieren und das Wissen von unten anzueignen. Die sozialen Konflikte nahmen die Form theologischer Auseinandersetzungen an, doch war die Scholastik der Priester von der realen Praxis der Menschen getrennt. Die Auslegung des Wortes Gottes war das Ergebnis hierarchisch kontrollierter dogmatischer Deutungsbemühungen von Klerikern. Die Laien, also die einfachen Menschen mit ihrem Alltagsverstand, konnten und sollten dies nicht verstehen. Sie sollten einfach nur glauben und für gewiss halten, was ihnen der Klerus als Wahrheit verkündet. „Satzungen und Formeln ... sind die Fußschellen einer immerwährenden Unmündigkeit“ (Kant 1988, 216) Gegenüber dem der vernünftigen Einsicht entzogenen, machtgestützten Dogmatismus beansprucht die Vernunft, dass alle Menschen aus ihrer selbstverschuldeten Unmündigkeit heraustreten und vernünftige Einsichten teilen können. Das Vernünftige ist das von allen Nachvollziehbare und Einsehbare. Es ist das Allgemeine, weil allen Gemeinsame. Vernunft und Gleichheit schienen eins. Vernunft hat eine eigene Dynamik. Die Vernunft bescheidet sich nicht bei der Erkenntnis eines Einzelnen; wenn sie nicht resigniert und unvernünftig wird, will Vernunft auch dieses Einzelne wiederum in seinem Zusammenhang begreifen. Vernunft begnügt sich also nicht damit, das Vernünftige an einem Gegenstand zu erkennen, sondern sie will auch verstehen, in welcher Weise die Dinge auf vernünftige Weise miteinander verbunden sind. Vernunft geht mit der Unterstellung einher, dass zwischen den Sachverhalten in der Welt, zwischen den menschlichen Handlungen eine vernünftige und deswegen für jeden Menschen begreifbare Beziehung herrscht. Wenn es etwas Nichtvernünftiges

oder etwas Unvernünftiges geben sollte, so wird die Vernunft sich bemühen, auch dies derart zu analysieren, dass es in einem Zusammenhang steht, der sich uns als vernünftig begreifbarer Zusammenhang erschließt.

Diese Logizität der Vernunft ist durchaus affirmativ, denn sie hat konformistische Wirkungen. Sie nötigt die Individuen, sich der Kette der vernünftigen Zusammenhänge und Begründungen zu beugen. Das, was als vernünftig und für alle einsehbar erkannt ist, stellt einen zwingenden logischen Zusammenhang dar, den wir individuell nicht ändern können. Individuen wären verrückt und würden sich gegen die Vernunft stellen, wenn sie behaupteten, die Zusammenhänge seien anders und von uns beliebig nach unserem Willen oder Wunsch zu verändern. Vernunft ist ein weicher Zwang, aber dennoch handelt es sich um ein Zwangsverhältnis. Entsprechend stellt sich auch die Frage nach dem Verhältnis von Freiheit und Vernunft, nach dem Verhältnis von Vernunft und Gefühlen. Die Vernunft erscheint in ihrer zwingenden und auch noch die Gefühle erklärenden Art als nüchtern, kalt und unbarmherzig. Demgegenüber erscheinen die Gefühle als spontan, weich, warm, sie scheinen uns ein gewisses Maß an Freiheit zu gewähren, die die Vernunft mit all ihrer Einsicht zu nehmen scheint. Die zwingende Macht von Vernunft und Wahrheit hat aber nicht nur diese ausgrenzende Wirkung. Da soziale Akteure wissen, dass sie sich durch das Nadelöhr der Vernunft fädeln müssen, stellen sie ihre Interessen als jeweils rationale dar. Das vermehrt die Macht der Vernunft, weil in sie nun Interessen und Argumente von vielen Seiten investiert werden. Doch was vernünftig ist, ergibt sich nicht mehr einfach aus dem Gegensatz zu Dogmatismus, sondern aus Konflikten in und um die Vernunft. Vernünftig sein tendiert dazu, einem analytischen Genauigkeits- und Vollständigkeitsfetisch zu entsprechen. Vernunft selbst bekommt etwas Irrationales, Zwanghaftes, Pedantisches, denn mit dem vernünftigen Argumentieren muss nun versucht werden, jeden Aspekt und jedes Argument der anderen aus der jeweils eigenen Perspektive noch zu reformulieren. Nichts darf ausgelassen werden, um erfolgreich das eigene Interesse vernunftgemäß verfolgen zu können.

Mit ihrer zwingenden Logik tendiert Vernunft zum System. Alles wird in einen logisch erschließbaren Zusammenhang gestellt. Das nicht Erkannte ist lediglich das noch nicht Erkannte. Die Vernunft verspricht, dass, könnten wir lange genug forschen, wir am Ende das jetzt noch nicht Erschlossene und Nicht-Verstehbare im vernünftigen Zusammenhang begreifen würden. „An jedem geistigen Widerstand, den sie findet, vermehrt sich bloß die Stärke [der Aufklärung]. Das rührt daher, dass Aufklärung auch in den Mythen noch sich selbst wiedererkennt. Auf welche Mythen der Widerstand sich immer berufen mag, schon dadurch, dass sie in solchem Gegensatz zu Argumenten werden, bekennen sie sich zum Prinzip der zersetzenden Rationalität, das sie der Aufklärung vorwerfen. Aufklärung ist totalitär.“ (Horkheimer/Adorno 1947, 28). Nichts kann sich der Aufklärung, nichts kann sich der Vernunft entziehen.

Horkheimer und Adorno weisen hier auf die performative Logik der Vernunft hin, die wie eine Zwickmühle funktioniert: entweder gibt es keine Argumente für eine Handlungsweise, dann sollte sie unterlassen werden – oder sie ist begründbar, und dann ist sie auch der Macht der Vernunft unterworfen. Noch die Kritik an der Vernunft bedarf der Argumente und bestätigt damit die totalitäre Logik der Vernunft. Vernunft gewinnt immer. Vernunft zielt auf eine von ihr erkannte Ordnung der Dinge, die am Ende mit sich identisch ist. Es handelt sich um einen ängstlichen Geist, der auf Ordnung aus ist. Wenn er nicht erwarten kann, dass es sich um erkennbare Zusammenhänge oder zurechnungsfähige und zu Argumenten fähige Sprecher handelt, dann kommt es zu Diskriminierung und Ausschluss. Die diskriminierende und ausschließende Praxis ist eine, die von der Vernunft und ihrer inneren, zwanghaften Dynamik zur Identität ausgeht. Ausschluss ist deswegen auch kein einfacher Ausschluss in ein Jenseits der Vernunft – ein Jenseits, das mit der Vernunft keine Berührung hat und deswegen in keinem Konflikt mit der Vernunft steht. Die Vernunft könnte nicht akzeptieren, dass es ein solches Reich gibt, zu dem sie keinen Zugang hat. Der besondere Zugriff der Vernunft auf das von ihr noch nicht Begriffene ist der einschließende Ausschluss. Damit ist die Verfügung und Kontrolle verbunden, das Begehren, dieses Andere doch auch noch in seiner Unvernunft zu erkennen und es unter die Begriffe der Vernunft zu bringen, so dass es seine bedrohliche Bedeutung verliert. Das, was sich der Identität der Vernunft entzieht, wird als Natur ausgeschlossen und diskreditiert. Es gilt aus dem Blickwinkel der Vernunft als minderwertig, weil es als unbeherrscht, instinktmäßig, tierisch, kindisch erscheint. Aus der selbstbezüglich-
tautologischen Sicht der Vernunft erscheint es als nicht vernünftig. Von dieser Logik des naturalisierenden Ausschlusses wurde vieles erfasst: „Massen“ und ihre Bewegungen, die Frauen, denen über Jahrhunderte eine mindere Vernunftfähigkeit bescheinigt und die Teilnahme an den öffentlichen Geschäften verweigert wurde und die heute immer noch besser sein müssen als die Männer, um vielleicht gleich viel zu gelten; die Juden wie die Schwarzen, weil sie dem Tierreich zugerechnet wurden; die Muslime, die als nicht demokratiefähig gelten, weil sie „anders“ sind und es ihnen an Rationalität mangelt; die Wahnsinnigen, die als verrückt, und bestimmte Kategorien von Tätern, die als im personalen Sinn nicht zurechnungsfähig und autonom gelten, die gefährlichen Überzeugungen folgen und unberechenbar sind, die deswegen dauerhaft in Sicherheitsgewahrsam genommen, die in besondere Lager und Geheimgefängnisse eingesperrt, die gefoltert werden können. Es ist eine Streitfrage, ob diese Ausschlüsse alle aus dem Prinzip dieser einen modernen Vernunft folgen und für diese konstitutiv oder mit den Mitteln der Vernunft selbst wieder behoben werden können, weil sie ihr äußerlich sind.

Erinnern wir uns noch einmal an diese Kontroverse, in deren Zentrum die Perspektive der Emanzipation steht, und die weniger entschieden wurde, als

dass sie von anderen historischen Notwendigkeiten in den Hintergrund gedrängt wurde. Foucault (1974, 7ff) begreift die vernunftgemäße Logik des Ausschlusses als konstitutiv. Er unterscheidet drei Weisen des Ausschließung: a) Das Verbot, über bestimmte Gegenstände zu sprechen, das Ritual der Umstände, unter denen gesprochen werden darf, das Recht bestimmter Subjekte zu sprechen: wer darf wann über was sprechen. Wer verstößt, wer die impliziten und formellen Regeln nicht versteht oder anerkennt, wird leicht als unvernünftig gelten. Die Vernunft haben diejenigen, die die Regeln der eingeschlossenen Rede aufstellen; was wären sie, wenn sie nicht verbieten und alle sprechen könnten. b) Die Grenzziehung und Verwerfung: allein durch den einschließenden Ausschluss des Wahnsinns bildet sich Vernunft; nur durch die negativ bewertende und ausschließende Unterscheidung eines ihr nicht Entsprechenden als Anderes kann sie sich selbst als Vernunft begreifen. Es geht nicht um ein romantisches Verhältnis zum Wahnsinn, sondern um die Logik der Unterscheidung selbst. Die Frage stellt sich, ob Vernunft und Wahnsinn heute immer noch in einem Konstitutionsverhältnis zueinander stehen. Foucault antwortet positiv, die Grenze bestehe fort und werde nur neu gezogen. Ein ganzer psychotherapeutisch-medizinischer Wissensapparat habe sich entwickelt, der es Ärzten erlaubt, die Worte zu hören, und Patienten, sie hervorzuholen. c) Die dritte Prozedur der Ausschließung wird vom Willen zur Wahrheit angetrieben, der die Grenze zu dem zieht, was als das Falsche gilt. Um die Wahrheit hat sich ein Apparat gebildet, der organisiert, wie ein Wissen in der Gesellschaft eingesetzt, wie es gewertet, wie es sortiert, verteilt und zugewiesen, ob und auf welche Weise es sagbar wird und die Macht der Wahrheit für sich hat.

Habermas (1990, 20) zufolge sei es die Position von Foucault, dass bei einer konstitutiven Ausschließung es keine Kommunikation zwischen Innen und Außen gebe. „Es gibt keine gemeinsame Sprache der am Diskurs Teilhabenden mit den protestierenden Anderen.“ Dies geht am Kern von Foucaults Kritik der Vernunft vorbei. Das Andere wird von der Vernunft nicht in eine wortlose, schweigende und neutrale Umwelt verbannt. Foucault interessiert vielmehr, wie in bestimmten Apparaten auf der Grundlage bestimmter Sprecherpositionen und konkreter Umstände im ständigen Sprechen über und mit dem Anderen die Vernünftigkeit der Vernunft erzeugt wird und sich die Verfahren der Ausschließung vollziehen. „Offensichtlich ist der Diskurs keineswegs jenes transparente und neutrale Element, in dem die Sexualität sich entwaffnet und die Politik sich befriedet, vielmehr ist er ein bevorzugter Ort, einige ihrer bedrohlichen Kräfte zu entfalten“ (Foucault 1974, 8). Es geht um die Macht des Sprechens und Wahr-Sagens selbst. Habermas muss hingegen einen radikalen Schnitt zwischen dem Innen des Sprechens und dem Außen des Ausgegrenzten unterstellen, um in die Sprache eingebaute Bedingungen zur rationalen Verständigung und uneingeschränkten Inklusion behaupten zu können. In der modernen Vernunft sei eine egalitäre Logik der Inklusion wirksam, an die alle

Ausgeschlossenen anschließen. Indem sie die Vernunftnormen der Einsicht, der Gleichheit und Autonomie einklagen, können sie damit rechnen, dass sie irgendwann einmal die bürgerliche Öffentlichkeit derart transformieren, dass sie offen für die Rationalitätsgesichtspunkte der bislang Ausgeschlossenen sein wird. Frauen wären dann gleichberechtigt, niemand würde rassistisch diskriminiert, Stigmatisierung von Behinderten oder Kranken würde nicht mehr stattfinden.

Habermas reagiert auf ein Dilemma, das alle reflektierten Vernunftkritiker beschäftigt hat. Es ist nicht vorstellbar, grundlegend Ausgeschlossene direkt sprechen zu lassen. Wenn man das Schweigen der Irren selbst aussagen will, so Derrida gegen Foucault, „ist man bereits zum Feind und auf die Seite der Ordnung übergetreten, selbst wenn man in der Ordnung sich gegen die Ordnung auflehnt und sie in ihrem Ursprung in Frage stellt. Es gibt kein trojanisches Pferd, mit dem die Vernunft (im allgemeinen) nicht fertig würde.“ (Derrida 1972, 61). Will man nicht mit der Ordnung paktieren und die autoritären Folgen der Vernunft vermeiden, so wird man dies allerdings auch nicht mit Irrationalität besiegeln wollen. „Haß gegen starren Allgemeinbegriff stiftet einen Kultus irrationaler Unmittelbarkeit, souveräner Freiheit inmitten des Unfreien.“ (Adorno 1966, 20). Anders als durch Vernunft lassen sich die Dinge nicht erschließen. Das ist eine aporetische Konstellation: mit und durch Vernunft kommt es zu ausschließender Gewalt; die Reaktion darauf, Ablehnung der Vernunft, wäre irrational, das Andere aber direkt sprechen zu lassen, lässt die Vernunft erneut triumphieren. Adorno hat es als die Herausforderung einer kritischen Theorie verstanden, die sich in der Tradition der Aufklärung sieht, diese autoritäre Dynamik der Vernunft selbst zu bewältigen. „Daß der Begriff den Begriff, das Zurüstende und Abschneidende übersteigen und dadurch ans Begriffslose heranreichen könne, ist der Philosophie unabdingbar und damit etwas von der Naivität, an der sie krankt. Sonst muß sie kapitulieren und mit ihr aller Geist... Die Utopie der Erkenntnis wäre, das Begriffslose mit Begriffen aufzutun, ohne es ihnen gleichzumachen.“ (Adorno 1966, 21). Die Aporie so auszubeuten, dass man gegen Adornos Forderung nach Utopie und Naivität sich realitätstüchtig mit der Herrschaftslogik der Vernunft arrangiert, ist voreilig. Habermas tendiert dazu. Wenn, wie er sagt, angesichts der demokratischen Transformation der bürgerlichen Öffentlichkeit das Volk keine Gegenkultur mehr benötige; wenn die Frauen sich auf die egalitären Vernunftnormen berufen können und heute in vielen Ländern Antidiskriminierungsregeln, Quoten und Maßnahmen des Gendermainstreaming sowie Gleichstellungsbüros existieren; wenn der Rassismus menschenrechtlich sanktioniert ist – so ist doch leicht festzustellen, dass sich der Ausschluss ständig von neuem reproduziert. Selbst wenn es also zu Fortschritten käme, gibt es doch gleichzeitig die Permanenz der Rückentwicklung. Hängt das logisch zusammen oder ist es Zufall? Zufällig wäre es, wenn man sagen könnte – und der modernisierungstheoreti-

sche Alltagsverstand sagt genau das -, es passiere hier und da und sei im Einzelfall ein bedauerliches Überbleibsel oder eine Regression, aber es werde schon noch überwunden und berühre nicht das Wesentliche der Gesellschaft, ihr normatives Grundverständnis und ihren Hauptentwicklungszug. Doch es ist erklärungsbedürftig, warum nach vierhundert Jahren Aufklärung und zweihundert Jahren Menschenrechten die Ausgrenzung auf der Grundlage Geschlecht oder Rasse oder Armut und Arbeit sich ständig erneuert. Erklärungsbedürftig ist nicht nur die Bedingung der Möglichkeit des ständigen Rückfalls, sondern mehr noch der zähen Wiederholungen, mit der Frauen stets wieder benachteiligt, Individuen stets wieder rassistisch diskriminiert werden, sich die Muster schlechter Arbeit, geringer Einkommen, mangelhafter Ernährung und geringer Bildung immer wieder reproduzieren. Die Regelmäßigkeiten dieser Prozesse können nicht als etwas betrachtet werden, das nur beiläufig geschieht. Wäre das Argument, dass es sich nicht um einen logischen, sondern um einen statistischen Zusammenhang handelt, so muss dagegen gehalten werden, dass gerade dies in der bürgerlichen Gesellschaftsformation, in der alles vom Gesetz der großen Zahl und der Bildung von Durchschnitten beherrscht ist, der logische Zusammenhang ist: diese Gesellschaftsformation ist bestimmt von Verhältnissen, in denen sich statistische Regelmäßigkeiten quasinaturgesetzlich durchsetzen. So gesehen findet beides statt. Die Vernunft ist konstitutiv mit dem Ausschluss verbunden. Doch dieser Ausschluss findet nicht einmalig, linear, personal und ohne Gegenwehr statt. Die Vernunft ist keine Instanz der ausgrenzenden und endgültigen Repression. Vielmehr kommt es zu einer elliptischen Bewegung der Vernunft: dazu gehört der Ausschluss, der Widerstand, der Prozess langsamer, hinhaltender, vorsichtiger, bedächtiger Inklusion und die erneute Ausgrenzung. Es geht um diese Bewegung. Das Entscheidende ist, dass die Barriere der Ausgrenzung als solche vor der Macht der Vernunft nicht einfach fällt; dass die Vernunft auch nicht einfach nur Ausgrenzung wäre. Die Vernunft ist diese Bewegung. Doch diese Bewegung findet auf der Seite der Ausgrenzung statt.

2. Praxis

Die Vernunft ist nicht nur ein Erkenntnis-, sondern auch ein praktisches Vermögen, sie ist ein natürliches Vermögen der Menschen, das ihrer Selbsterhaltung dient. Die vernünftige Einsicht in einen Zusammenhang ermöglicht es, ihn nachzubilden. Die Vernunft ermöglicht, Dinge deswegen zu erkennen, weil wir sie gemacht haben. Es ist die Fähigkeit, etwas zu planen, zu gestalten, zu verändern; an den Dingen neue Aspekte zu erkennen und sie für die Herstellung von etwas Neuem zu verwenden. So können wir mit Vernunft auch erkennen, was sich noch nicht zu einem vernünftigen Zusammenhang fügt und können den Kreislauf der Vernunft - Erkennen, Planen, Herstellen, Er-

kennen – verbessern. Vernunft ist demnach nicht nur eine ideelle Rekonstruktion der Welt als System, sondern Vernunft wird objektiv, gegenständlich. Dies gilt nicht nur für Gegenstände, sondern auch für das menschliche Zusammenleben. Wenn wir Gegenstände entwerfen und herstellen, dann stellen wir dabei gleichzeitig bestimmte soziale Verhältnisse her. Verhältnisse, unter denen Menschen arbeiten, denken und fühlen. Diese Verhältnisse können wir selbst wiederum nach vernünftigen Gesichtspunkten prüfen und – wenn wir zu dem entsprechenden Ergebnis kommen – umgestalten. Der Zweck des Erdenlebens der menschlichen Gattung sei, so Fichte, „alle Verhältnisse mit Freiheit nach der Vernunft einzurichten“ (Fichte 1806, 64).

Das menschliche Zusammenleben ist durch eine ontologische Praxis gekennzeichnet. Die Welt ist nicht einfach als unveränderliche natürliche Umwelt gegeben. Die Menschen erzeugen in ihrer gemeinsamen Tätigkeit ihr eigenes Leben, ihre soziale und ihre natürliche Welt. Gegen den anschauenden Materialismus, der das Verhältnis der Menschen zur Natur von der Geschichte trennt, betonte Marx die Immanenz auch dieser äußeren Welt. Die den Menschen umgebende sinnliche Welt sei nicht ein unmittelbar von Ewigkeit her gegebenes, sich stets gleiches Ding, sondern das Produkt der Tätigkeit einer ganzen Reihe von Generationen. „Selbst die Gegenstände der einfachsten ‘sinnlichen Gewißheit’ sind ihm nur durch die gesellschaftliche Entwicklung, die Industrie und den kommerziellen Verkehr gegeben.“ (MEW 3, 43) In diese welterzeugende Praxis geht immer schon die historisch konkrete Form der Vernunft ein, denn die Menschen machen Pläne und gestalten die Wirklichkeit nach diesen Plänen. „Was aber den schlechtesten Baumeister vor der besten Biene auszeichnet, ist, dass er die Zelle in seinem Kopf gebaut hat, bevor er sie in Wachs baut. Am Ende des Arbeitsprozesses kommt ein Resultat heraus, das beim Beginn desselben schon in der Vorstellung des Arbeiters, also schon ideell vorhanden war. Nicht dass er nur eine Formveränderung des Natürlichen bewirkt; er verwirklicht im Natürlichen zugleich seinen Zweck, den er weiß, der die Art und Weise seines Tuns als Gesetz bestimmt und dem er seinen Willen unterordnen muss.“ (MEW 23, 193). Wenn etwas nicht so ausfällt, wie die Menschen es geplant haben, versuchen sie, zu erkennen, warum es nicht gelungen ist und bemühen sich, es zu verbessern. Diese sich immer weiter rationalisierende Praxis erstreckt sich von den Gegenständen auf die Gesamtheit der Verhältnisse, sie zielt auf eine vernünftig gestaltete Welt, also eine Welt, die nach den Zwecken und konkreten Begriffen der Menschen bestimmt ist; in der sich ihre Autonomie zur Geltung bringt. Autonomie heißt, dass sich die Individuen die von ihnen begriffenen Gesetzmäßigkeiten für eigene Zwecke zunutze machen können; sie von den Dingen und den gesellschaftlichen Verhältnissen nicht mehr derart übermächtig und zur Konformität gezwungen werden, so dass sie ständig gegen ihre Einsicht handeln müssen; dass ihre Pläne nicht ständig durchkreuzt werden.

Seitdem die Menschen ihre Praxis nicht mehr allein durch Gott und Teufel beobachtet wissen, sondern sich mit der Entstehung der modernen bürgerlichen Gesellschaft Institutionen systematischer Selbstbeobachtung – wie Ökonomie und Statistik, Politikwissenschaft oder Soziologie – ausgebildet haben, rückt überhaupt die Möglichkeit in den Blick, auch die Gesellschaft als ein Ganzes von Verhältnissen zum Gegenstand vernünftiger Gestaltung zu erheben, weil wir wissen, dass wir sie ohnehin gestalten. Seit der Aufklärung war dies ein, wenn nicht das zentrale Ziel emanzipatorischer Bewegungen, das verschiedene Namen erhielt: Demokratie, Sozialismus, Kommunismus. Für die Emanzipation entsteht hier aber ein grundlegendes Problem. So konnte lange erwartet werden, die rationale Gestaltung der Gesellschaft würde von einem staatlichen Zentrum aus vorgenommen werden können. Dies war eine von Hegel über Lassalle bis Max Weber vertretene Vorstellung, wonach der Staat die Verkörperung der Rationalität und des Wissens sei. Vernunft gilt als Einsicht in die Notwendigkeit und erzwingt am Ende Konformität aus Einsicht. Gegenüber der Rationalität einer Bürokratie, die auf der Grundlage von spezialisierten, fachgeschulten Beamten, formalen Verfahren, kontinuierlicher Wissenssammlung in Akten, Stetigkeit der Verwaltung, definierten Kompetenzen in einer Hierarchie operiert, scheint es dann keine Alternative mehr zu geben. „Eine leblose Maschine ist geronnener Geist. Nur, dass sie dies ist, gibt ihr die Macht, die Menschen in ihren Dienst zu zwingen und den Alltag ihres Arbeitslebens so beherrschend zu bestimmen, wie es tatsächlich in der Fabrik der Fall ist. Geronnener Geist ist auch jene lebende Maschine, welche die bürokratische Organisation mit ihrer Spezialisierung der geschulten Facharbeit, ihrer Abgrenzung der Kompetenzen, ihren Reglements und hierarchisch abgestuften Gehorsamsverhältnissen darstellt. Im Verein mit der toten Maschine ist sie an der Arbeit, das Gehäuse jener Hörigkeit der Zukunft herzustellen, in welche vielleicht dereinst die Menschen sich, wie die Fellachen im altägyptischen Staat, ohnmächtig zu fügen gezwungen sein werden, wenn ihnen eine rein technisch gute und das heißt: eine rationale Beamten-Verwaltung und -Versorgung der letzte und einzige Wert ist, der über die Art der Leitung ihrer Angelegenheiten entscheiden soll.“ (Weber 1972, 835). Max Weber spricht hier ganz als liberaler Bürger. Die Weltgeschichte spitzt sich für ihn auf die Alternative zu: entweder rational-bürokratischer Versorgungsstaat oder Freiheit des Marktes und der Unternehmer, die mit ihrem geschäftlichen Wissen auch dem geschulten Fachbeamten immer überlegen sein würden. Sozialismus als Verstaatlichung der Produktionsmittel konnte aus seiner Sicht nur die Beseitigung des letzten Restes von Freiheit und die Vollendung des Gehäuses der Hörigkeit bedeuten.

An dieser Überlegung ist aber etwas anderes wichtig als die Kritik am Etatismus. Schon seit langem hat sich quer durch die politischen und gesellschaftstheoretischen Lager die Einsicht durchgesetzt, dass der Staat nicht der überle-

gene Kopf und das steuernde Zentrum der Gesellschaft sein kann. Weber hat aber das Problem der Vernunft selbst auf schmerzliche Weise zugespitzt. Er macht nämlich auf die ontologische Implikation aufmerksam, dass eine vollständige rationale Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in ein Zwangsverhältnis umschlagen würde. Wenn am Ende alles rational durchdrungen und gestaltet ist, dann fügt es sich so eng ineinander, dass sich das vernünftig Gestaltete selbst als ein Naturzusammenhang darstellt, ein von Menschen hergestelltes Uhrwerk, das keine Handlungsfreiheiten zulässt, weil alles im Detail festgeschrieben ist. Dies nährt den Glauben an Fortschritt, Perfektibilität und an einen letzten Zustand der Geschichte, in dem alles aufgeht: die vollendete Tautologie. Was sich aber nicht fügt, wird erneut als nicht-autonom, als unfrei, als vor-aufgeklärtes Überbleibsel diskriminiert, könnte sogar Objekt von 'vernünftiger' Gewalt werden, die beseitigt, was der Verwirklichung der Vernunft entgegensteht. Gegenüber dieser Paradoxie einer Unfreiheit, die aus der vernünftigen Einrichtung der Gesellschaft resultiert, gegenüber dem Zwang der Rationalität bietet im Anschluss an Weber der Liberalismus und Neoliberalismus bis heute die Freiheit des Unternehmers und die Freiheit der Irrationalität an. Gegen sog. rationalistische Plantheorien – zu denen von den Neoliberalen auch das liberale Modell des Gesellschaftsvertrags gezählt wird – wird die Marx partiell nahe stehende praxisphilosophische These vertreten, der zufolge sich die Zivilisation als Lernprozess vieler Generationen bildet. Aus den getrennten Handlungen der Individuen, die nicht wussten, was sie taten, hätten sich zweckmäßige Einrichtungen ergeben, die die wilden Instinkte der Menschen unter Kontrolle hielten. Menschliche Vernunft konnte sich nur mit und innerhalb des Rahmenwerks entwickeln (Hayek 1991, 70). Während Marx allerdings aus diesem historischen Prozess die Schlussfolgerung zieht, dass die Menschen nun aus den Verhältnissen heraus beginnen könnten, die Verhältnisse rational zu gestalten, unter und mit denen sich ihre Vernunft weiter entfalten wird, und damit einmal die bis in die Gesellschaft fortwirkenden Gesetze der Natur hinter sich zu lassen, zieht Hayek die Konsequenz, der Evolutionsprozess solle nicht durch rationale Eingriffe gestört werden. „Was wir versuchten, war eine Verteidigung der Vernunft gegen ihren Mißbrauch durch jene, die die Bedingung für ihre wirksame Funktion und ihre Weiterentwicklung nicht verstehen. Es ist ein Appell an die Menschen zu erkennen, dass wir unsere Vernunft sinnvoll gebrauchen müssen; und dass wir dazu jenen unentbehrlichen Rahmen des Nicht-willkürlichen und Nicht-rationalen erhalten müssen, das die einzige Umgebung ist, in der die Vernunft sich entwickeln und erfolgreich wirken kann“ (ebd., 86). Der Markt ist die evolutionäre Institutionalisierung eines evolutionären Mechanismus des Nicht-rationalen. In evolutionstheoretischer Sicht verläuft der Prozess der Menschheitsentwicklung nach dem Muster von Variation, Selektion und Stabilisierung. Vernunft ist keine übergeordnete Instanz der Steuerung, sondern würde

die Menschen nur lernunfähig machen, weil sie versuchten, etwas planen und steuern zu wollen, worüber sie nicht genügend Information haben. Die einzige Form, wie man sich auf Kontingenz einstellen kann, ist die Form des Marktes, der als evolutionäre Errungenschaft vom Staat geschützt und hergestellt werden muss. Individuen sind aufgefordert, sich der Freiheit des Marktes zu stellen und mit der Kontingenz umzugehen. Zu dieser Freiheit gibt es keine Alternative. Das heißt, alles Gelernte schnell zu vergessen, sich nicht an die eigenen Lebenserfahrungen zu binden, flexibel auf neue Gegebenheiten einstellen. Von den Neoliberalen wird im Namen vernünftiger Selbsterhaltung gefordert, sich selbst aufzugeben, wenn man sich im sozialen Kampf am Markt erhalten will. Es ist der vollständig rationalisierte Mensch, der seine Eigenschaften nur noch als ein Portfolio betrachtet, das gegenüber den veränderten Marktlagen jeweils geschickt ausgespielt werden muss, um erfolgreich zu sein. Noch seine Identität betrachtet das Ich von einem vernünftigen Standpunkt aus als Wettbewerbshindernis. Seine Eigensinnigkeiten muss es in seinem Verhältnis zu sich selbst abschleifen und ausgrenzen, soweit sie ihm nicht als Profil für eine Marktnische dienen. Gegenüber dem Markt müssen sich einzelne und ganze Bevölkerungsgruppen schließlich auch ganz rational befragen, ob sie überhaupt verdienen zu leben, da sie sich nicht behaupten können. Wer die Evolution, also den Markt als ihr höchstes Resultat, stört, hat mit dem autoritären Staat zu rechnen.

Weber und Hayek ziehen eine Art Resümee aus dem Emanzipationsprojekt bürgerliche Vernunft: diese Vernunft hat im Namen freier Einsicht und Autonomie damit angefangen, alles in ein zusammenhängendes und logisch nachvollziehbares System zu bringen, dem sich nichts entziehen soll. Die Folge war Ausgrenzung alles dessen, auf das der Verdacht des Nicht-Vernünftigen, des Nicht-Identischen fiel. Am Ende aber wird die Vernunft selbst zu einem Zwangsverhältnis. Sich ihm zu entziehen geht nur um den Preis – auch dies ist ein Merkmal der bürgerlichen Aufklärung –, die Ansprüche der Vernunft zu senken. Die einzige Freiheit, die angeboten wird, ist die Irrationalität einer Unternehmungsgesellschaft, die sich dem Markt als Naturgesetz und Endpunkt der Geschichte unterwirft. Schon Kant hatte diesen Weg vorgezeichnet: Zur Aufklärung werde nicht mehr erfordert als Freiheit, und zwar, wie er ein bisschen devot versichert, die „unschädlichste unter allem, was nur Freiheit“ heißen mag, nämlich „von seiner Freiheit in allen Stücken öffentlichen Gebrauch zu machen... Ich verstehe aber unter dem öffentlichen Gebrauche seiner eigenen Vernunft denjenigen, den jemand als Gelehrter von ihr vor dem ganzen Publikum der Leserwelt macht“ (Kant 1988, 217). Vernunft wird begrenzt auf den schmalen Bereich des öffentlichen Rasonierens vor der Leserwelt der Gelehrten, während ausdrücklich die privaten, geschäftlichen Dinge und die von der Regierung festgelegten Zwecke des Gemeinwesens davon ausgenommen werden.

3. Die Demokratisierung der Vernunft

Da sowohl das Projekt des Bürgertums als auch die das Erbe des Bürgertums antretende sozialistische Arbeiterbewegung mit ihren Versuchen in den autoritären Staat einmündeten, ist es vernünftig, sich in einer emanzipatorischen Perspektive kritisch-reflexiv zur Vernunft als dem Maßstab der historischen Entwicklung zu verhalten. Dies hat unter Stichworten wie Poststrukturalismus oder Postmoderne zu einem neuen Zyklus der Auseinandersetzungen um die Vernunft geführt (vgl. Neumeister 2000). Die radikale emanzipatorische Kritik an der Vernunft wurde in vielen Hinsichten absorbiert, wenig überraschend wurde sie in erneuerter Form zu einem festen Bestandteil des bürgerlichen Selbstverständnisses, das sich immer schon bemüht hat, der Vernunft die Grenzen zu weisen. Die Alternative ist heute nicht mehr hier irrationalistische Ablehnung der Vernunft durch das Bürgertum oder dort die Kritik an der Zerstörung der Vernunft und die Verteidigung des Erbes (vgl. Lukács 1962). Ironische Distanz und vorsichtiger Umgang mit Vernunft sind verbreitet. Kritisiert wird das Modell teleologischer menschlicher Praxis, es habe sich als falsch erwiesen. „Die geschichtliche Entwicklung müsse man in den Griff bekommen und sie den menschlichen Zwecken entsprechend gestalten, um so die Vorteile, die in früheren Zeiten gottgegeben und einer kleinen Minderheit vorbehalten zu sein schienen, auszubauen und durch Umstrukturierungen der Gesamtheit nutzbar zu machen. Radikal-politische Kritik, also der Griff nach den Wurzeln der Dinge, war nicht allein auf Veränderung bedacht, sondern der Wandel sollte so gesteuert werden, dass es zu geschichtlichen Fortschritten käme. Ebendieses Vorhaben ist heute offenbar gescheitert“ (Giddens 1997, 19). Gescheitert sei das Projekt, in und durch Vernunft zu einem finalen und perfekten Zustand zu gelangen, in dem alles rational begriffen und gelenkt wird. „Ein politisches Programm des Radikalismus muss anerkennen, dass die Konfrontation mit dem hergestellten Risiko nicht der Devise ‘Mehr vom selben’ folgen kann; eine grenzenlose Erkundung der Zukunft auf Kosten des Schutzes der Gegenwart oder der Vergangenheit ist ausgeschlossen“ (ebd., 31). Giddens will, ebenso wie schon Hayek, glauben machen, die Vernunft zu verwirklichen sei allein ein Ziel des Sozialismus gewesen. Der von ihm proklamierte Radikalismus nimmt die Vernunft auf das Maß der bestehenden Verhältnisse zurück. Vermeiden lässt sich die autoritäre Dynamik der Vernunft wiederum nur dadurch, dass keine vernünftige Zukunft mehr gewollt wird. Giddens hofft, dass die Ansprüche der Vernunft und die mit ihr verbundenen Gefahren durch Demokratisierung moderiert werden. Historisch sieht er ganz richtig einen Gegensatz zwischen einer Vernunft, die aufgrund überlegener Erkenntnis Autorität für sich beanspruchte – wer in ihrem Namen sprach, hatte die Macht des Allgemeinen für sich –, und der Gleichheit, die allen die Mitsprache erlaubte. Das entscheidende Argument der Theorien der reflexiven

Moderne geht dahin, dass Vernunft heute selbst keine unbefragte Autorität mehr darstellt. Fortschritte der Wissenschaft und die durch Vernunft gelenkte Einflussnahme auf Gesellschaft und Natur führen nicht zu einer einzig möglichen richtigen Praxis. Giddens denkt hier durchaus materialistisch-praxisphilosophisch. Die vernünftigen Einsichten und Argumente gehen in die soziale Praxis ein; sie erzeugen neue Kenntnisse und neue Handlungsmöglichkeiten, den Bedarf nach weiteren Kenntnissen und öffnen damit unabgeschlossen den Horizont für immer neue Ungewissheiten. In dem Maße, wie wir aufgrund vernünftigen Verstehens wissen, wird dieses Wissen Bestandteil der praktischen Welt und führt zu Veränderungen der Praktiken der anderen Menschen; wir greifen in natürliche Zusammenhänge ein, und daraus entstehen Folgen, die wir nicht antizipieren konnten und die uns zu neuem und noch komplexerem Handeln nötigen. Es stellt sich also durch Vernunft keine Transparenz der Welt her. Transparenz würde bedeuten, dass alle Menschen auf Grund des Vernunftvermögens auf die gleiche Weise handeln würden, wenn die gleichen Bedingungen existierten. Doch genau das können wir nicht erwarten, diese Art von Rousseauismus hat sich als nicht haltbar erwiesen. Und das ist nicht nur der Tatsache unterschiedlicher Lebensbedingungen geschuldet, sondern auch ein Ergebnis der Demokratisierung und selbstkritischen Pluralisierung der Vernunft. Von vielen Seiten her machen die Individuen Gebrauch von der Vernunft. Die Vernunft ist keine letzte Richterinstanz, die im Zweifelsfall deswegen angerufen werden könnte, weil sie monologisch über die eine objektive Wirklichkeit verfügt. Vernunft ist vielmehr eine Form, durch die die soziale Praxis hindurch muss. Was Wissenschaftler und Experten sagen, wird sofort von vielen Gegenexperten und gutinformierten Laien der Kritik unterzogen. Vernunft ist damit konfrontiert, dass vernünftiges Wissen zu mehr vernünftigem Wissen führt und die Komplexität und Kontingenz des Wissen steigert: wir wissen in immer umfassenderen Hinsichten, dass mit neuen Erkenntnissen alles anders sein könnte. Diesem Fallibilismus können sich weder Alltagsverstand noch Wissenschaften entziehen. Der Eintritt in die Kommunikation über das vorhandene Wissen erzeugt neue Gesichtspunkte, neue Kenntnisse, neue Zusammenhänge. Die Vernunft wird kontingent, keine Instanz führt sie zu einer substantiellen Einheit noch zusammen – aber ist sie dann noch vernünftig? Auf ungeahnte Weise hat die scharfe Kritik an der Vernunft und der mit ihr konstitutiv verbundenen Ausschlüsse die Vernunft geöffnet, demokratisiert und pluralisiert. Doch es wäre voreilig, die Macht aus dem Blick zu verlieren. Gerade wenn alle Praktiken durchs Nadelöhr der Vernunft hindurch müssen, fädelt sich auch die Macht hindurch. Regiert die aufgeklärte öffentliche Meinung die Welt, dann ist es auf „die Dauer der Mächtigen, der die öffentliche Meinung regiert“ (Helvétius 1976, 451). Die Mächtigen legen fest, was im demokratischen Prozess sich als vernünftig behauptet und die Verhältnisse praktisch gestaltet. Es entstehen folglich in und durch Demokratisierung hindurch herrschende und beherrschte Formen der Vernunft.

Die Rationalitätstheoretischen Bemühungen von Habermas lassen vor diesem Hintergrund ein doppeltes Ziel erkennen: a) er will einen kohärenten Vernunftbegriff entwickeln, der der Offenheit der Vernunft Rechnung trägt, ohne noch der Vernunftutopie der Aufklärung mit ihren fragwürdigen Konsequenzen anzuhängen; b) er will sicher stellen, dass die Macht, die sich im Medium der Vernunft entfalten kann, unter demokratische Kontrolle kommt. Individuen handeln, dieses Handeln soll sich nach wissenschaftlich-technischen Gesichtspunkten als wahr, nach moralischen Gesichtspunkten als richtig rechtfertigen lassen. Auch moralisches Handeln ist seiner Ansicht nach wahrheits- und begründungsfähig. Wenn Individuen ihr Handeln rechtfertigen, erheben sie Geltungsansprüche, die, weil es sich um sprachliches Handeln handelt, eben auch bestritten werden können. Dies macht es unmöglich, dass eine Person die Maßstäbe ihres Handelns der Diskussion entzieht. In der alltäglichen Kommunikation, in der diskursiv über Wahrheit, moralische Normen und Kunstwerke gestritten wird, werden auch die Maßstäbe selbst verhandelt. Diese sind nicht an einer substantiellen Vernunft ausgerichtet; was vernünftig ist, soll sich aus der Diskussion zwischen zurechnungsfähigen Sprechern ergeben, die bereit sind, in der Kommunikation die von ihnen in ihren sprachlichen Äußerungen erhobenen Geltungsansprüchen zu begründen. In diesem diskursiven Austausch werden die verschiedenen Formen der Rationalität von Wissenschaft, Moral und Kunst immer wieder in den Strom der Alltagssprache zurückübersetzt, die das gemeinsame linguistische Band der Angehörigen der Kommunikationsgemeinschaft ist. Doch Habermas sieht eben an dieser zentralen Stelle eine destruktive Dynamik wirken. Es sind gerade die Expertenkulturen, die sich elitär abspalten und sich der kommunikativen Rückbindung an die alltäglichen Verständigungsverhältnisse entziehen. Dies hat zur Konsequenz, dass auf der einen Seite die Experten ihr Handeln von verallgemeinerbaren, also vernünftigen Maßstäben ablösen. Auf der anderen Seite wird das Alltagsbewusstsein fragmentiert, denn in die alltäglichen Verständigungsverhältnisse wird nicht wie selbstverständlich das Rationalitätspotential ausdifferenzierter Wissensbereich eingespeist (vgl. Habermas 1981, Bd. 2, 488, 521). Mit seinem inklusiven Vernunftkonzept hofft Habermas, die Vernunftpotentiale einer posttraditionalen Alltagskommunikation sichtbar zu machen, die der Verödung des Alltagsbewusstseins widersteht. Dies geschieht, wenn zivilgesellschaftliche Akteure sich das Begründungsniveau der wissenschaftlich-technischen Experten wieder erschließen, indem sie diese mit moralischen Argumenten zwanglos dazu zwingen, die von ihnen erhobenen Geltungsansprüche zu begründen.

Mein Einwand zielt vor allem auf zwei Aspekte des Arguments. 1) Habermas zufolge lautet die Reihenfolge: erst handeln Individuen, nachträglich rechtfertigen sie ihr Handeln und die moralischen Maßstäbe ihres Handelns. Damit kommt die Rechtfertigung immer zu spät. Tatsachen sind schon geschaffen. 2)

Dies ist um so bedeutender, weil bei Habermas wie bei Kant der Bereich der Wirtschaft und des staatlich-administrativen Handelns von Rechtfertigungsdiskursen freigestellt sind. Allein über Diskussionsprozesse in der Öffentlichkeit, also nur indirekt, kann auf das Handeln in jenen Bereichen Einfluss genommen werden. Doch in dieser wie immer kurzen oder langen Zeitspanne, die zwischen der Aneignung der Arbeit anderer oder einer politischen Maßnahme und der Rechtfertigung vor der Öffentlichkeit vergeht, kommt es zu dem schnellen Gewinn, auf den das Kapital spekuliert, und zu den vollendeten Tatsachen, die zur Prämisse weiterer Politik werden. Die Vernunft ist doppelt entmächtigt. Sie darf nicht auf das Ganze der Gesellschaft einwirken; und sie kann die Praxis der Menschen nicht organisieren. Sie ist derart entsubstantialisiert und zum Verfahren formalisiert, dass sie keine Ziele mehr hat, sondern nur noch nachträglich nach Gründen fragen darf. Doch im ontologischen Sinn ist die Welt immer schon praktisch gestaltet; beherrschte und ausgebeutete Individuen wurden genötigt, an der Erhaltung von Verhältnissen mitzuwirken, unter denen sich ihre Abhängigkeit und Unmündigkeit reproduzieren. Sie haben jeweils schon ihr Leben oder ihre Lebenszeit verloren und nichts kann sie trösten.

4. Mit Vernunft über Vernunft hinaus

Eine Alternative zur Tradition der Aufklärung gibt es nicht. Emanzipation muss in Begriffen der Vernunft gedacht werden. Doch soll es nicht zu autoritären Konsequenzen kommen, und soll die Dynamik der Vernunft auf die praktische Gestaltung aller Lebensverhältnisse nicht eher willkürlich begrenzt werden, dann ist dies offenkundig nur möglich, wenn in einer historisch konkreten Weise die Einsätze der Vernunft, die Konflikte um die Vernunft und ihre konkreten Gebrauchsweisen bestimmt werden und die Vernunft sich selbst radikalisiert. Das Versöhnliche an Vernunft ist, dass sie sich anti-autoritär auch noch gegen sich selbst verhalten und Selbstbescheidungen nicht akzeptieren kann. Was dies bedeutet, ist nicht umfassend ausgearbeitet, aber es gibt Vorschläge dazu, die durch eine desorientierende Kritik an der Vernunftkritik verdunkelt wurden. Ich schlage vor, Adornos Konzeption von negativer Dialektik nicht als eine pessimistische Selbstpreisgabe der Vernunft, sondern als Versuch zu verstehen, rationalitätstheoretische wie gesellschaftstheoretische Zweifel am Vernunftbegriff und seinen gesellschaftlichen Folgen in einer Weise fruchtbar zu machen, dass das praxisphilosophisch-materialistische Projekt einer vernünftig gestalteten Welt aufgeklärt fortgesetzt werden kann. Adorno trieb die in der bürgerlichen Tradition von Hobbes und Spinoza bis Hegel angelegte Teleologie der Vernunft kritisch auf die Spitze. Diese Teleologie besteht darin, dass die Vernunft alles aus sich heraus hervorbringen will und alle Momente des gedanklichen und realen Seins sich zu einem zusammenhängenden System

fügen sollen. Adorno sah in dieser Dynamik der Vernunft ein bürgerliches Bedürfnis, nämlich Sicherheit und Ordnung herzustellen. Die Angst vor dem Chaos, der Natur, den Gefühlen, dem Anderen drängt bürgerliche Vernunft dazu, „aus sich heraus die Ordnung zu produzieren, die sie draußen negiert hatte... Solche widersinnig-rational erzeugte Ordnung war das System: Gesetzes, das als Ansichsein auftritt“ (Adorno 1966, 32). Bei all ihren Versuchen, sich zum System zu fügen und abzuschließen, gelingt dies der bürgerlichen Vernunft nicht. Was zwanghaft ausgegrenzt wird, um das System zu ermöglichen, kommt zurück im Scheitern der immer neuen philosophischen oder soziologischen Bemühungen, doch noch ein letztes und endgültiges System zu schaffen, eine tiefste Grundlage für eine letzte und unwiderlegbare Wahrheit zu finden. So setzt sich gerade im Prozess der Konstruktion all der Systeme, die immer wieder scheitern, die Nichtidentität frei.

Aus der Perspektive der Emanzipation kann es weder um die Selbstunterordnung der Vernunft unter einen Bereich des Irrationalen noch darum gehen, das endgültige System zu schaffen. Dies sind Aspekte des Erbes, die nicht anzutreten sind. Adorno schlägt etwas anderes vor: Durch den Begriff über den Begriff hinausgelangen. Die systematische Entfaltung der Widersprüche des Systems soll verständlich machen, dass die gesellschaftliche Praxis immer wieder in bestimmten Bewegungen verläuft, die sich allein als Dialektik erschließen: die Vernunft ist emanzipatorisch und ausschließend; die Gleichheit ist unverzichtbar und doch die Form, in der allein sich soziale Ungleichheit behauptet; Demokratie ermöglicht die Beteiligung aller und macht sie gleichzeitig durch ihre innere Logik unmöglich. Diese Widersprüche lassen sich nicht einfach beiseite stellen und ignorieren. Sie lassen sich aber auch nicht logisch durch noch so kluge Deduktionen beseitigen, sie sind kein Denkfehler, sondern konkreter praktischer Widerspruch. Es geht also nicht darum, die Widersprüche technisch-logisch aufzulösen, sondern das in ihnen zu entbinden, was zur widersprüchlichen Bewegung führt. Diese erfahrenen Bewegungen konkreter Widersprüche sind der Ausgangspunkt und der Anlass dafür, die Verhältnisse in Frage zu stellen, die sie erzeugen. Das aber bedeutet, dass das Projekt der Emanzipation nicht darin besteht, die Teleologie eines reibungslos gefügten Systems herzustellen. Das unterscheidet Adorno von anderen Vertretern des westlichen Marxismus. Das emanzipatorische Ziel ist nicht Totalität, sondern deren Überwindung. „System ist die negative Objektivität, nicht das positive Subjekt“ (Adorno 1966, 31).

Adornos vernunftkritische Strategie basiert auf der Annahme, dass die Zwanghaftigkeit der Vernunft, die Geschlossenheit, die Unterordnung des Vielfältigen und des Anderen in der Zwanghaftigkeit des sie bestimmenden Identitätsprinzips begründet ist. Dieses identitäre Moment steckt von Anbeginn in der Herrschaftslogik der europäischen Aufklärung und kulminiert in der bürgerlichen Gesellschaft. Das Identitätsprinzip ist die Logik des Äquivalententau-

ches, des Markts. Gerade also das, was die Neoliberalen seit Weber als Freiheit anbieten, erweist sich genau verstanden als die Quelle des Zwangs und der Zwanghaftigkeit der Vernunft, einer Vernunft, die die Dinge und Menschen in etwas Drittem, einem zum Fetisch gerinnenden Allgemeinen gleichsetzt, um über sie verfügen zu können mit dem Zweck der Selbsterhaltung aller – eine Selbsterhaltung, die eine gesellschaftliche Arbeitsteilung als vernünftig erscheinen lässt, die Wenige privilegiert und herrschen lässt. Ihnen scheint Vernunft vorbehalten, weil Vernunft aus dem natürlichen Impuls der Selbsterhaltung hervorgeht und ihr dient. Sie herrschen im Namen der Selbsterhaltung aller. Um die Natur zu beherrschen, zwingen sie die Gesellschaft in die Form von Natur, der sich die Individuen immerfort anpassen sollen: „Sei vernünftig!“ Aber was wäre, wenn das Reich der Notwendigkeit durch Vernunft soweit zu überwinden wäre, dass sich den Individuen die Frage der Selbsterhaltung nicht mehr stellt? Es würde nicht allein Herrschaft überflüssig machen, sondern die Vernunft daraus befreien, eine Funktion des mit sich identischen Allgemeinen, der Selbsterhaltung, zu sein. Die bislang in die Logik des Ganzen hineingezwungenen einzelnen Praktiken, die sich der Teleologie des Erhalts fügen müssen, werden zur Vielfalt freigesetzt und könnten geprüft werden, ob sie gewünscht sind. Das Zusammenleben wäre nicht durch ein Prinzip zwanghaft totalisiert, sondern ohne Maß (vgl. Demirović 2004).

Gramsci hat sich diesen Zustand derart vorgestellt, dass Menschen nicht mehr regiert würden, die Ausübung der intellektuellen Kompetenzen wäre nicht mehr besonderen Berufen vorbehalten, die in der Erhaltung und Gestaltung von Herrschaft eine besondere Funktion übernehmen und das geltende Allgemeine, also Vernunft, repräsentieren. Eine dieser Funktionen ist es, die Vernunft disziplinär-arbeitsteilig für sich selbst unerreichbar zu machen und das Weltverständnis der abhängig-beherrschten Menschen derart zu desorganisieren, dass jede andere Art des Universellen verhindert wird. In der Fragmentierung des Alltagsverstands sind die Expertenkulturen und Medien heute weit fortgeschritten; sie besteht in einer extremen Ungleichzeitigkeit der Weltsicht. Gramscis Ziel war es im Anschluss an Marx, die Mittel zur geistigen Produktion des Universellen zu universalisieren. Das Ergebnis würde die Bildung einer kohärenten Weltauffassung sein. Droht dies, die Maßlosigkeit dieser Assoziation der freien Individuen zurückzunehmen? Über dieses Spannungsverhältnis wird weiter nachzudenken sein. Aber es scheint, dass eine andere Konstellation entsteht: unter den Bedingungen der Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise stehen eine herrschende Vernunft und ein inhomogener, beherrschter Alltagsverstand einer homogenisierten, quasi naturgesetzlichen sozialen Welt gegenüber, die sie nicht beherrschen; demgegenüber wird eine kohärente Vernunft praktisch in einer vielfältigen Welt.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1966): Negative Dialektik, in: ders.: *Gesammelte Schriften*, Bd. 6, Frankfurt am Main 1973
- Demirović, Alex (2004): Freiheit und Menschheit, in: Jens Becker, Heinz Brakemeier (Hrsg.): *Vereinigung freier Individuen. Kritik der Tauschgesellschaft und gesellschaftliches Gesamtsubjekt bei Theodor W. Adorno*, Hamburg
- Derrida, Jacques (1972): *Die Schrift und die Differenz*, Frankfurt am Main
- Fichte, Johann Gottlieb (1806): Die Grundzüge des gegenwärtigen Zeitalters, in: ders.: *Werke*, Bd. VII, Berlin 1971
- Foucault, Michel (1974): *Die Ordnung des Diskurses*, München
- Giddens, Anthony (1997): *Jenseits von Links und Rechts*, Frankfurt am Main
- Habermas, Jürgen (1981): *Theorie des kommunikativen Handelns*, 2 Bde., Frankfurt am Main
- Habermas, Jürgen (1990): *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, Frankfurt am Main
- Hayek, Friedrich August v. (1991): *Die Verfassung der Freiheit*, Tübingen
- Helvétius, Claude-Adrien (1976): *Vom Menschen*, Berlin
- Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. (1947): Dialektik der Aufklärung, in: Max Horkheimer, *Gesammelte Schriften*, Bd. 5, Frankfurt am Main 1987
- Kant, Immanuel (1988): Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?, in: ders., *Rechtslehre. Schriften zur Rechtsphilosophie*, hrsg. von Hermann Klenner, Berlin
- Lukács, Georg (1962): Die Zerstörung der Vernunft, in: *Werke*, Bd. 9, Neuwied
- Neumeister, Bernd (2000): *Kampf um die kritische Vernunft. Die westdeutsche Rezeption des Strukturalismus und des postmodernen Denkens*, Konstanz
- Weber, Max (1972): *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen

LINKSNET@DE

Portal für linke Wissenschaft und Politik

ak – analyse + kritik • alaska • Ansprüche • arranca! • Blätter für deutsche und internationale Politik • Das Argument • Das Blättchen • express • Fantômas • Forum Recht • FORUM Wissenschaft • Gigi • Initial – Berliner Debatte • isw – sozial-ökologische wirtschaftsforschung • iz3w – Info.zentrum 3. Welt • Kurswechsel • Ossietzky • PERIPHERIE • PROKLA • Solidaridad • SoZ – Sozialistische Zeitung • Sozialismus • spw – sozialistische Politik und Wirtschaft • tendenz • UTOPIEKreativ • W&F Wissenschaft & Frieden • Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung

Eine menschliche, nachhaltige und soziale Politik verwirklichen.

Eine andere Politik ist machbar!

Wolf-Dieter Narr, Roland Roth

Not und Notwendigkeit radikaldemokratischer ökonomischer, politischer und kultureller Produktionsverhältnisse

„Die fast unlösbare Aufgabe besteht darin, weder vor der Macht der anderen, noch vor der eigenen Ohnmacht, sich dumm machen zu lassen“ (Adorno 2001, 94)

Eine, für die Art des Denkens, Folgerns und Handelns Ausschlag gebende Erkenntnis von Marx gilt mehr denn je: um herauszufinden, wie Menschen leben (können), muss man die materiellen Bedingungen, unter denen sie leben und die Konstellationen von deren Produktion und Reproduktion unter die Lupe nehmen und in ihren prekären Zusammenhängen erfassen. Diese Einsicht trifft ebenso auf alle Überlegungen zu, die darauf ausgerichtet sind, andere Lebensformen unter den Menschen vorzustellen. Nur wer die materiellen Bedingungen der Möglichkeit anderen Lebens für das Körperwesen Mensch inmitten der gegebenen historischen Situation und über sie hinaus überzeugend herauszuarbeiten vermag, macht sich nicht schuldig, an der meist herrschaftlich fungiblen Gegenwart und Zukunft von Illusionen mitzuwirken.

Zukünftige Chancen zu bedenken, ist mehr denn je geboten. Die normalen Katastrophen kapitalistischer Weltvergesellschaftung halten an. Jedem projizierenden Krisen-Gerede abhold muss nüchtern festgestellt werden, dass die kapitalistische Konkurrenzökonomie zusätzlich a-normale Katastrophen in sich birgt. Ihre Drohung und ihr Ereignis wachsen und schrumpfen im Kontext der nicht berechen- und steuerbaren Konkurrenz von Habens- und Herrschaftsinteressen. Sie machen das riesige Akzeptanz- und Sicherheitsmanagement erforderlich, das die horizontalen und die vertikalen Klassenspaltungen in und zwischen den Ländern repressiv legitimiert.

Viel zu sehr haben sich die meisten Gruppen und Personen, die das Privileg haben, über „hellere Geschicke“ nachzudenken, den Schneid abkaufen und wegnehmen lassen, radikal veränderte Gesellschaftsformen vorzustellen. Als wäre die schon langgestreckte Geschichte kapitalistischer Vergesellschaftung nicht zugleich eine Geschichte begleitender Lichtillusionen. Man muss sich nur die hungrig, kriegerisch und massenmörderisch gebrochenen Versprechen der sogenannten Entwicklungsdekaden nach 1945 bis in unsere Tage ansehen.

Allein die „Entwicklungstheorien“, die fahrlässige Kopfarbeiter in methodologischem Imperialismus vorgetragen haben, gaukeln „modernisierungs“- und „transformationstheoretisch“ eine schöne neue entwickelte Welt für all die „Verdammten der Erde“ vor. Dazu müssen sie nur brav die Folge der aufwärts führenden Stufen hinausgehen, die aus westlichen Interessen und Modellen folgt. Dann gelangten sie über Mühen zum Hochziel westlicher Zivilisation. Nein: mehr denn je ist die Arbeit an qualitativ anderen Gesellschaftsformen notwendig. Sonst versiegt die Chance der Kritik herrschender Verhältnisse kriterien- und vorstellungslos. So einsichtig Theodor W. Adorno und andere dargelegt haben, dass nicht mehr darauf gebaut werden könne, veränderungserpichte Theorie im Sinne von Marx' bekannter 11. Feuerbach-These werde in verändernder Praxis geadelt – „...es kömmt darauf an, sie zu verändern“ –, so sehr würden sie anhaltend missverstanden, vermeinte man, es bei der bloßen Kritik herrschender Verhältnisse belassen zu können. Gerade weil im Kontext sich totalisierender kapitalistischer Vergesellschaftung Ideologie, wie erneut Adorno beobachtete, in die Sache selbst, sich in die materiellen und habituellen Verhältnisse gestohlen hat, gerade darum sind Vorstellungen des Anderen nötiger denn je – üblicherweise Alternativen genannt. Wie sollte Kritik noch möglich sein, wenn nicht einmal mehr geahnt werden kann, dass eine „andere Welt“ real möglich ist. Nicht von ungefähr kommt es, dass sich utopisches Eingedenken bei Adorno, ohne dass er je ans detailliertere Ergünden und Konstruieren gegangen wäre, von den *Minima Moralia* (siehe allein den 153. Eintrag „Zum Ende“) über knappe, aber die Negation „positiv“ begründende Hinweisen in der *Negativen Dialektik* bis zu seiner *Ästhetik* findet. Welchem flachsinnigen Irrtum gegenwärtigen Wohl-Philosophierens erliegen all diejenigen, die Adorno seines „Negativismus“ zeihen (so Axel Honneth u.a.). Was die gegenwärtigen Verhältnisse angeht, ist er unabdingbar.

Freilich, über eine Zukunft genauer nachzudenken, setzt eine herbe Einsicht voraus. An dieser Stelle ist eine ihrerseits geradezu radikale Abkehr von Marx und dem 19. Jahrhundert geboten. Allen Hoffnungen, aus der Geschichte ergäbe sich 'in the long run' der entscheidende Kippunkt, von dem an 'die Menschen' zunehmend ihre eigene Geschichte als die der Freien und der Gleichen machten –, all diesen geschichtsphilosophisch fermentierten Sehnsüchten kann nicht gefolgt werden. Sie stellen nicht das dar, was Ernst Bloch *docta spes*, sprich erfahrene, geschichtsbelehrte und lernoffene Hoffnung genannt hat. Das ist es ja, was gegenwärtig geradezu zum Wahnsinn treiben könnte. Dass kapitalistische Vergesellschaftung mehr denn je Marx' Kritik der Politischen Ökonomie geradezu perfektioniert hat. Obwohl Millionen und Abermillionen von Menschen verrotten, an sozial bedingter Aids-Krankheit wie ermordet sterben, auf der Flucht misshandelt, gezielt ersäuft und europäisch zivilisiert in Lager gepfercht werden, befinden sich die verelendenden Menschen und wir, die wir ungleich besser leben, wie in einer Lebendfalle.

Widersprüche, Konflikte überall. Aber kein Ausgang ist gegeben, der nicht erneut in die kapitalistische Falle rennen ließe. Man muss und darf die Konkurrenz der globalen Akteure, der Multi-, wenn nicht Transnationalen Unternehmen, der hochgerüsteten und höher rüstenden Staaten als ihren eigeninteressierten Erfüllungsgehilfen, des weltweiten Reichtums- und Machtmanagements nicht zu sterblichen Göttern stilisieren. Als seien diese unangreifbar. Und doch gilt, dass jeder Ausweg vom machtkapitalistisch weltpräsenten Igel verstellt wird. Nischen waren schon im 19. Jahrhundert nur im kolonialistischen Traum und Albtraum möglich.

Wer also daran geht, sich über eine andere Zukunft experimentierende Gedanken zu machen, der muss nicht „alle Hoffnung fahren lassen“. Er/sie ist aber gehalten, intellektuell und politisch redlich, darauf zu verzichten, dem alten, mobilisierungskräftigen Motto nachzufolgen: „die Geschichte ist mit uns“. Walter Benjamins *Geschichtsphilosophische Thesen* und seine Überlegungen zum qualitativen Seitenwandel von (sozialistisch/kommunistischer) Revolution sind triftiger. Bestenfalls kann es gelingen, verhängnisreiche Entwicklungen zu bremsen, vielleicht anzuhalten, vielmehr daran mitzuwirken, dass die kapitalistische Globalisierung aufhaltsam und das Wachstum des vielfach zerfressenen kapitalistischen Herrschaftsbaums begrenzt stattfinden möge. Jede Anstrengung, jeder Aufwand dafür lohnen sich. Hierbei kann es nicht darum zu tun sein, davor haben Marx und viele anderen guten Sozialisten zu recht gewarnt, rezeptbegierig in der Garküche der Zukunft duftende Gerichte auf einem erdachten Herd herzustellen. Die Aufgabe besteht darin, ineins mit der immer erneuten, nüchtern radikalen Analyse der Gegenwart unter sozialistischer und das heißt immer zugleich radikaldemokratischer Perspektive, aus Vergangenheit und Gegenwart Erfahrungen zu sammeln, zu sieben, zu sichten, die andere Vergesellschaftungsformen in weltweit pluralen Gesellschaften real möglich machen. Das bedeutet, dass man schon in die Schule negativer Erfahrungen moderner Utopien gegangen ist. Keine Planpausen sind angezeigt. Menschen sind nicht als Stricheinheiten vorzusehen, die sich so zu verhalten haben, wie die Architektin oder der Architekt sich das konstruktionsabstrakt vorstellen. Insofern kann es keine irdische Verheißung neuer Menschen auf einer neuen Erde geben. Das macht schon ein Gutteil der „Dialektik der Aufklärung“ und ihrer Albträume der Vernunft aus, in deren Mitte wir leben. Andere Vergesellschaftungsformen bauen auf Prämissen, die sich aus der Erfahrung der Geschichte der Menschen ergeben. Dass Menschen als „nicht festgestellte Tiere“ Möglichkeitswesen sind, macht ihre potentielle Moral und Unmoral aus. Dass Menschen als gesellige, von den Formen und Inhalten historischer Gesellschaften sozialisierte Personen ihre Möglichkeiten entfalten oder missgestalten je nach dem gesellschaftlichen Kontext und seinen Produktionsverhältnissen. Dass Menschen zwischen Geburt und Tod gemäß den gesellschaftlichen Bedingungen zu selbstbewussten und handlungsfähigen Personen

werden können. In den ihnen überkommenen und von ihnen mitgebildeten Institutionen vermögen sie zwar konfliktreich qua nun einmal letztlich vereinzeltem Interesse, aber zugleich friedlich zusammenzuleben. Menschliche Gesellschaften sind immer schwierig. Am schwersten ist es, sie so einzurichten, dass Menschen im Rahmen ihrer unvermeidlichen Gebrechen und Konflikte in gesellschaftlichen Institutionen weitgehend frei und gleich miteinander verkehren. Diese Anstrengung auf sich zu nehmen, gesellschaftliche Einrichtungen zu schaffen, die menschenrechtsgemäßes und das heißt immer zugleich radikaldemokratisches Leben wahrscheinlich machen, lohnt selbst noch im Scheitern. Sie muss jedoch nicht scheitern. Ein „muss“ kann nur negative Geschichtsphilosophie eingeben. Wer kritisch nicht stumpf und dumpf werden will, kann nicht anders, als die Anstrengungen des anderen Gesellschaftsbegriffs dauernd auf sich zu nehmen. Diese machen auch Lust, gerade, wenn einen die gegenwärtige Gesellschaft schier wahnsinnig ausrasten lassen könnte. In drei ungleichen Abschnitten wollen wir unsere Aufgabe angehen. Zuerst präsentieren wir (I.) einige Splitter einer Theorie des gegenwärtigen Zeitalters. Danach wollen wir knapp darauf hinweisen, in welcher Richtung Gesellschaften heute zu installieren wären, sollen Menschenrechte und Demokratie nicht zu Feierformeln herhalten (II.). In einem nach klappenden III. Abschnitt gehen wir darauf aus, einige Konsequenzen anzudeuten, die u.E. hier und heute entspringen. In unserem Rhodos, auf dem wir springen müssen.

I. Splitter einer Theorie des gegenwärtigen Zeitalters

1. Globalisierung ist durch ihre Ungleichzeitigkeit ausgezeichnet. Die ungleiche Entwicklung länder- und weltweiter kapitalistischer Vergesellschaftung wird dadurch re- und neu produziert, dass Innovationen deren Hauptziel darstellen. Joseph A. Schumpeters „produktive Zerstörung“ gehört zum kapitalistischen Spiel. Sie hat allenfalls ein Ende, wenn diese Vergesellschaftungsform sozial innovativ überwunden wäre. Unablässig müssen neue Formen der Anlage, der Güterproduktion, der Ausbeutung, der Organisation, des Transports, der Konsumtion und der ihr folgenden Gesundheitsökonomie erfunden und geöffnet werden, technologisch, geographisch, körperlich und geistig bis zum noch kaum erschlossenen Bereich der Substitute. Der Zwang zur Innovation verschärft sich nicht nur infolge der Zunahme an sich verdichtender Konkurrenz als Ergebnis kapitalistischer Ausleuchtung des Globus. Er wird auch dadurch beschleunigt, dass herkömmliche Ressourcen knapper werden und die realen Räume expansiven Wachstums abnehmen. Darum gewinnt der virtuelle Raum Vorrang. Die Tauschwerte haben längst die des Gebrauchs bedürfnisvielfältig so aufgeschluckt, dass der Tausch zum dominanten Gebrauch werden kann. Das macht einen Teil dessen aus, was im heterogenen Dienstleistungssektor steckt.

Die Innovationshatz zeitigt von allem Anfang an entfremdende und enteignende Folgen im sozialen Markt der Gesellschaften. Man versteht die innovatorisch hergestellten gesellschaftlichen Ungleichzeitigkeiten nur, wenn man über den „internalisierten Imperialismus“ hinaus, der Gesellschaften innovatorisch gleichschaltet (s. Narr 2003), die Verschärfung zusammen mit der Verfeinerung sozialer Ungleichheit mit im Blick hat. Verfeinerung meint in diesem Zusammenhang auch, dass die Menschen und ihre Kompetenzhierarchien bis in die Diskriminierung der diversen Altersstadien hinein aufgespalten werden. Ein Kampf verschiedener Lebensalter wird in jedes Individuum hineinlanciert (vgl. Richard Sennetts flexiblen Menschen).

Was Wunder, dass analog zu den unrechenbaren, wenngleich aufwendig geplanten Innovationszyklen eine dann nicht mehr „ursprüngliche Akkumulation“ die nächste ablöst. Die Branchen werden untereinander und in sich neu sortiert. Vor allem sorgen neue Akkumulationszyklen dafür, dass Unternehmensgröße, wenn sie sich schon nicht profitabel rechnet, schon aufgrund der Größenmacht weitere Machtgewinne verbuchen und Innovationen einzuheimen vermag. Obwohl nur die erste Akkumulation, die die traditionale Ökonomie umwälzte, den von Marx gewählten Namen „ursprünglich“ zu tragen ziemt, erwerben alle innovatorisch neuen Akkumulationen insoweit das Eigenschaftswort „ursprünglich“, weil gesellschaftliche Umwälzungen ihnen folgen. Auf die vorgegebene Struktur werden Reichtum, Armut und Slums zusätzlich 'drauf' geteilt. Der Kampf um die demographische Größe, mit dem von früh an alle gesellschaftliche Entwicklung anhebt, wird nicht zufällig in verschärften Formen inszeniert. Das macht die politisch 'unreife' Expansion der Europäischen Union verständlich. So wenig die Mehrheit der Bevölkerungen arbeitsmarktpolitisch und im Innovationswettbewerb zählt, geben nur KonsumentInnen-„Massen“ ein ausreichendes spezifisches Weltkonkurrenz- und Ressourcengewicht. Eine imperiale Macht wie vom 17. bis 19./20. Jahrhundert England, die von einer geringen Raum- und Bevölkerungsgröße ausging, wäre heute nicht mehr denkbar (vgl. zu England die faszinierende Studie von Linda Colley 2002).

2. Industrie- und Finanzkapital machen geeint und getrennt die kapitalistische Entwicklung aus. Angesichts der enormen Bedeutung und der Veränderungen ist nicht das Marxsche „Kapital“ neu, es ist, um wichtige Partien verändert zu schreiben. Nur wenige Aspekte können wir berühren.

Geld, der abstrakte Wert an sich hat in Folge der Globalisierung seine eigenen, schon zuvor kaum fasslichen und an sich selber fast nicht wertvollen Formen vervielfältigt und virtualisiert. Geld dieses Superabstraktum, das nur ein besonderes Habens- und Herrschaftsinteresse a-sozial universell gemacht hat, ist im Zeitalter seiner schier unbegrenzten technischen Re- und Produzierbarkeit so weit vom 'an und für sich' notwendigen Bezug auf Industriekapital, auf Ar-

beit, Produkte, Waren und Konsum weggetreten, also noch einmal abstrakt geworden, dass es zusätzliche Funktionen ergattert hat. Ohne moderne Informations- und Kommunikationstechnologien, ihre Raummissachtung und ihren Zeitbetrug wäre der globale Kapitalismus nicht in den heutigen Formen möglich. Dass die IuK-Technologien in ihrer Abstraktion und binär identifizatorischen Kombinatorik ihrerseits kapitalistischer Logik folgen, versteht sich. Diese technologische Funktion und Innenausstattung machte längst eine verfeinerte Techniksoziologie unabdingbar. Die sogenannte New Economy war ein erwartbarer Flop. Viel wichtiger aber als alle grenzenlosen Spekulationsblasen ist der Umstand, dass mit der New Economy nicht die Fähigkeit verschwunden ist, mit Hilfe des durchgängig flügenden, dauernd auf weiteren Abstraktionsstufen kreierbaren Geldes kapitalistische Vergesellschaftung in weiter entgesellschaftenden Formen zu organisieren. Geld und Kredit, diese frühkapitalistisch fast einfachen Größen – wenngleich ohne sie all das Bauernlegen u.v.a. nicht „gewaltfrei“ möglich gewesen wäre –, werden nun zu einer undurchschaubaren Architektur der Komplexität. Kapitalistische Vergesellschaftung wird so ebenen- und formenvielfältig, ablesbar allein schon an den Börsentechniken und Aktienformen, dass selbst die betriebliche „Steuerung“, inmitten des marktformigen Regulierungskomplexes vollends zur durchschaubaren „Kunst“ wird.

In unserem Zusammenhang ist die beträchtliche Dehnung des Zusammenhangs von „Realkapital“ und „Geldkapital“ nicht primär deswegen von Interesse, weil sie die Funktionen und Organisationsweisen des Kapitalismus verändert, expandiert, verfeinert und allem Zugriff von außen weiter entzieht. Von primärem Interesse sind vor allem drei Folgen, denen alle Menschen, sie verelendend und bereichend, unterworfen sind. Die Superabstraktion, von der schon die Rede war, erlaubt eine Totalisierung kapitalistischer Vergesellschaftung, die noch vor einer Generation so nicht vorgestellt werden konnte. Mit dieser Totalisierung ist eine Verfeinerung verbunden, die kapitalkonforme Interessen gleichsam in die Herzen selbst noch, ja gerade derjenigen pflanzt, die der Entwicklung bis zur Reduktion auf vegetative Überlebensfähigkeit unterworfen sind. Damit wird die Logik der Dissoziation perfektioniert. Gegenseitige Hilfe und deren nötige „moralische Ökonomie“ werden vollends an den nur in individuellen und kollektiven Rand gedrängt. Nur in Katastrophenfällen hält man meist vergebens danach Ausschau.

3. Die Marxsche Kritik der Politischen Ökonomie meinte im Kern wie auch die klassischen Politischen Ökonomen, Moralphilosophen, die sie von Haus aus waren, eine Kritik der Politischen Gesellschaft und ihrer Soziologik bzw. – bei den ‘Klassikern’ – eine primär individualistische Gesellschaftslehre. Nicht zufällig ist Marx von der „Lage der arbeitenden Klasse in England“ seines Freundes Friedrich Engels mitmotiviert gewesen, nicht zufällig hat er das Ka-

pitalverhältnis emphatisch als soziales begriffen. Dennoch hat sich „konstruktiv“ im neoklassischen „Modellplatonismus“ wie auch in vielen Marxismen eine Tradition herausgebildet, die „die Ökonomie“, auch wenn sie kapitalismuskritisch verfährt, weitgehend immanent nach „ihren eigenen Gesetzen“ betrachtet. Diese Tradition hat der Ökonomie als einer Pseudo-Naturwissenschaft des gesellschaftlich abstrakten Kapitals ungemein genützt. Ihr theologischer Charakter ist „wissenschaftlich“ säkularisiert worden. Zu den nie und nimmer in Frage gestellten Prämissen gehört das gesellschaftlich nackte Individuum. Gesellschaft als solche wird, wie der junge Ralf Dahrendorf das nannte, zur „ärgerlichen Tatsache“. Zu den fixen Ideen gehört das Interesse im Sinne des privat zielenden monetär kalkulablen Besitzmehrens, der (perfekte) Markt als Arrangement unbegrenzter individueller Konkurrenz, der am Ende öffentliches Wohl zaubergleich erbringt. Das ist als Trugbild bekannt, das unverändert weiter trägt. Allgemeine Geltung wird mit (gesellschaftlicher) Wahrheit oder innerkapitalistischer Stimmigkeit verwechselt. Nicht zufällig stehen Kategorien wie „Macht“, nicht zu reden von „Gewalt“ und „Herrschaft“ auf dem Index der päpstlichen Ökonomie als „Wissenschaft“.

Nicht dass Intellektuelle, die sich auf Marx berufen, die Varianten der neoklassischen Ökonomie und ihre Lehren mit verkehrtem Vorzeichen nachbeten. Wohl aber scheint es in erstaunlichem Umfang gelungen, das Geschehen der materiellen gesellschaftlichen Reproduktion und Produktion samt ihren sozialen Verhältnissen in erheblichem Umfang von den politisch-gesellschaftlichen Rest-Verhältnissen abzuheben. Die Ausdifferenzierung ist bis zur Abschottung gelungen. Die moderne politische Vergesellschaftung im Staat wurde, um eine berühmte Äußerung leicht zu verfremden, allenfalls „neben und außer“ dem Kapital und seiner Wirkgesetze betrachtet. Als sicherer Hand- und Legitimationslanger gewiss. Jedoch wurde die politische Vergesellschaftung im und durch den Staat in seiner kapitalistischen Bedeutung wie vice versa selten in ihrer kapitalherrschaftlichen wie herrschaftskapitalistischen Qualität erfasst. Es lohnte eine kritische Kategorientafel zu entwerfen, um zu belegen, wie einerseits ökonomische Kategorien wie Kapital in seinen diversen Formen, Markt, Zins, Kredit u.ä.m. nahezu gesellschafts- und vor allem macht- und herrschaftslos gehandhabt werden. Andererseits stellte eine solche Kategorientafel heraus, wie die politisch-staatlichen Termini vom staatlichen Gewaltmonopol über die Formen der Legitimation bis hin zu den diversen Formen und Prozeduren der Verfassung und des Rechts gefasst werden, als seien sie nicht blauschwarz von der Tinte kapitalistischen Interesses durchtränkt.

Um eine lange Geschichte abzukürzen, apostrophieren wir allein zwei Sachverhalte, die mit dem Versäumnis einer zureichenden, auf den neuesten Stand gebrachten Kritik kapitalistischer Politik und Gesellschaft zusammenhängen.

Wenn es eine frühliberale, liberale und neoliberale Kontinuität gibt, die die individualistisch-asoziale Fiktion begründet, motiviert und am Leben hält,

dann ist es die zentrale Bedeutung von Besitz. Besitz bildet den materiellen Kern des Freiheitsbegriffs. Besitz begründet als immer schon gehabter die defensive Einstellung der Menschenrechte. Besitz sorgt dafür, dass Freiheit in qualitativer Opposition zur Gleichheit eine gegen den anderen gerichtete negative Konnotation erhält. Besitz begründet die Angst vor allen Besitzlosen, die Joachim Schumacher als eines der Motive nationalsozialistischer Panik herausgearbeitet hat („Die Angst vor dem Chaos“). Besitz stellt den Kristallisationsstab allen, primär privat orientierten Rechts dar. Er hat in Deutschland materiell und formell die originäre Figur des „Rechtstaats“ bestimmt (siehe Albrecht Funk 1986). Im Besitz ankert das Sicherheitsinteresse, das das staatliche Gewaltmonopol daraufhin ausrichtet. Von den besitzmehrenden Anfängen, die C. B. MacPherson ideengeschichtlich an Hobbes und Locke beschrieben hat („Possesive Individualism“) über die sich als dominante Produktionsform etablierende kapitalistische Vergesellschaftung bis zum heutigen ungleichzeitigen und ungleichmäßigen globalen Kapitalismus führt ein weiter Weg voll der Form- und Klassenveränderungen. Auf diesem Weg haben sich auch die Formen bürgerlichen Besitzes gewandelt, zuweilen bis zur Unkenntlichkeit differenziert. Juristisch werden sie immer schon verschieden gefasst. Nicht wenige Beobachter haben angesichts der erheblichen Veränderungen im Kapitalbesitz ein Ende der Bedeutung von Besitz sehen wollen. Die qualitativen Veränderungen reichen vom Unternehmer über die noch von Marx im III. Band gesichtete Aktiengesellschaft bis zu den hybriden Formen kaum noch fasslichen Besitzes qua Pension- und Hedgefonds. Sie hängen mit dem oben gestreiften weiten Auseinandertreten von „Real“- und Geldkapital einschließlich der Virtualität des letzteren zusammen. Qualitative Änderungen sind ebenfalls in der Bedeutung und der Handhabung sogenannt geistigen Eigentums zu beobachten. Ihnen kann im kleinen Labyrinth des Patentrechts und der Kontroversen bis zur WTO nachgegangen werden. Das auf die Besitzformen des 17. Jahrhunderts in England oder die kontinentalen Städten gerichtete Auge irrte heute vielfach vergeblich herum. Würde indes das Augenmerk geweitet, zum einen auf die Hierarchien von Besitz, beispielsweise in Grundstücken und die Bestimmung der Investitionen, der Steuer- und Sicherheitsgesetze gerichtet, zum anderen auf die materiell gegründeten Lebenschancen und die mit ihnen verbundenen Formen des Einflusses, würde man rasch erkennen, dass der Besitzkern sich geradezu neuplatonisch zerstreut hat. Ohne die Lektüre dicker Wälzer mag das regelmäßige Studium des *Economist* und der *Financial Times* evident zu machen: dass die kapitalistische Stunde nach wie vor für den kräftig erweiterten und vermehrten Besitztack und seine diversen Eigner schlägt. Die Bedeutung des nicht global verloren gegangenen, sondern global überall materialisierbaren Besitzes kann nicht überschätzt werden. Nicht nur achten die Habenden darauf, dass dieses ihr „statisches“ Element in der Dynamik expandiert. Besitz ist nach wie vor letztlich durch räumliche

Verfügung ausgezeichnet. Es besteht der schon von Kant beobachtete Zusammenhang der Begierden des Menschen: „die Begierde zum Haben *und* auch zum Herrschen“. Seltenst das Ereignis, dass die Armen herrschen!

An der uns sympathischen neueren globalisierungskritischen Gruppierung, an „attac“, können wir am besten anknüpfen. Die Globalisierungskritik richtet sich primär gegen nationale und internationale Kapitale und deren Akteure. Anders verhält es sich mit dem Ensemble politischer Kräfte, genannt Staat. An diesen Staat wird der größte Teil der Appelle gerichtet, die Änderungen kapitalistischer Logiken anzielen. Der Staat und seine hauptsächlichen Formen werden weithin unkritisch hingenommen. Als komme es nur darauf an, dass die Repräsentanten der Staaten anders, nämlich unternehmenskritischer, sozial- und umweltpolitisch sorgsamer entschieden. Dann würden Wege aus den Gefahren gebahnt. Darin besteht u.E. eine zwar verständliche, aber in die Irre führende Blendung. Als *könnten die Staatsleute*, wenn sie nur richtig *wollten*. Als hätten sie die geeigneten Instrumente zur Verfügung. Als sei an Letzteren nichts prinzipiell zu kritisieren. Diese politizistisch-dezisionistische Täuschung zeitigt eine Reihe negativer Effekte. Zum einen: der Aufwand, einzelne Gesetze zu verändern, nicht nur, wie in der Regel selbstverständlich, sie zu bekämpfen, steht in einem überaus ungünstigen Verhältnis zum Ertrag. Meist werden „enttäuschte Reformer“ geboren, die sich nach ihrem Scheitern „realpolitisch“ häuten. Zum anderen wird nicht nur so getan, als könnte es staatsimmanent einen Willen geben, der dominante Kapitalinteressen versetzte oder doch erheblich modifizierte. Oh selige Sozialstaatspolitik und angeblich früher gegebene öffentliche = staatsverfügte Güter! Es wird nicht beachtet, dass die staatlichen Verfassungswirklichkeiten wenigstens so grundlegend verändert werden müssen, werden sozialistisch radikaldemokratische Ziele verfolgt, wie die kapitalistisch qua Warenkonsum ungleich konkreteren und qua Produktionsverhältnisse ungleich abstrakteren ökonomischen Wirklichkeiten. Dabei sind die Antiquiertheit liberaldemokratischer Verfassungsnormen wie deren überaus mangelhaft mögliche, staatlich eigensinnige Praxis, genau besehen, „uralte Kamellen“.

(a) Unbeschadet ihrer zum Teil verschiedenen Genese aus demselben modernen Rationalitätsgrund einer immer einseitigen, immer macht- und herrschaftsverwobenen „Rationalität“, bilden im Rahmen aller bürgerlichen Verfassungsstaaten seit Ende des 18./Anfang des 19. Jahrhunderts der zur dominanten ökonomischen Produktionsform gewordene Kapitalismus wie der zur politischen Produktionsform gewordene Staat in seiner liberaldemokratischen Version ein unruhiges, in der Sitzverteilung nicht durchgehend klares Tandem der Vergesellschaftung. Der *Great Transformation* (Karl Polanyi) korrespondiert der Herauskunft des Nationalstaats aus seinen feudal-absolutistischen Beschränkungen. Der kapitalistisch nötige Freiraum muss staatlich gewährleistet

werden. Der nun erst Innenpolitik ausfallende spätabolutistische Staat musste sich um seine Bürger, viel später auch um seine Bürgerinnen kümmern. Dazu bedurfte er der ökonomisch produzierten Mittel wie des expansiven Arbeitsmarkts. Lange kannte dieser fast keine Regulierungen. Erst die Anfänge der Sozialpolitik Ende des 19. Jahrhunderts brachten rechtliche Einzäunungen des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital mit sich. Der 12-Stundentag ist dafür beispielhaft. Durchkapitalisierung und Durchstaatung gingen Hand in Hand. Woher hätte der Steuer- und Borgestaat selbst für seine „eigenen“ Expansions- und Kriegszwecke das Geld nehmen sollen, wenn zwar nicht „seine“, aber die ihm funktional zugetane Ökonomie versagt hätte. Der Staat lebte von einer vorausgesetzten Privatheit. Das ist ein weiterer Grund der dazu anhalten sollte, mit der Qualität staatlich/öffentlich bedacht umzugehen.

(b) Die spezifischen außerökonomischen Eigenmittel der Staaten entspringen aus zwei Quellen. Dem Monopol legitimer physischer Gewaltamkeit und der, schon im Monopol als notwendiges Element steckenden, allgemeinen Legitimation. Mit Hilfe dieser, selbstredend vom Tandempartner zu finanzierenden Quellen konnte der Staat, der sich als Regulierungs- und Bürokratiekomplex verdichtete, die Bevölkerung so trimmen und klassensicher halten, dass die Struktur der Privatheit mitsamt der Struktur der Ungleichheit selbst in Krisenzeiten weithin stabil erhalten werden konnten. Merke: staatliche Politik ist auch im eigenen Interesse der staatlichen Repräsentanten und ihrer Beamten immer zentral kapitalistische Statuspolitik.

(c) Die Erfindungen der frühen Liberalen sind geradezu herrschaftsgenial zu nennen. Die erste Erfindung gegen die Geheimnisse spätabolutistischer Herrschaft und ihre Willkür bestand darin, Politik, den Staat und seine möglichen Irrationalitäten zu verfassen – vom ökonomischen Kalkül aus betrachtet. Während der Staat in seinen „Gewalten“ geteilt und mit Kontrollen und Balancemechanismen versehen wurde, ließ man die Ökonomie marktfrei vom Stapel, von ihrer rationalisierenden Wirkung überzeugt (vgl. das leicht, spaß- und ein-sichtsvoll zu lesende Büchlein von Albert O. Hirschman, 1980). Einem zwischenzeitlich riesigen Regelungsgeflecht zum Trotz die Ökonomie, „unser Schicksal“ (Walter Rathenau), war und blieb verfassungsfrei. Allein schon dieser Zwiespalt der beiden einander eng zugeordneten dominanten modernen Vergesellschaftungsformen, verfasst, unverfasst, eher statisch, eher dynamisch, legitimationspflichtig, keiner offiziellen Legitimation untertan, auf das Territorium selbst bei imperialen Ausgriffen festgelegt, mit mehr und mehr „exit“-Chancen versehen, garantierte von Anfang an, eine strukturelle und funktionelle Ungleichheit der nationalstaatlichen und nationalökonomischen Partner. Bald musste der Pedaler des Tandem primär das Lenkrad steuern, der Branchen und Unternehmen unbeschadet ihrer internen Widersprüche bündelte. Er tat dies in der Regel nicht, dem Machtmarktgesetz verpflichtet, in Form direkter Steuerungsgriffe, jedoch auf so viele Machtweisen bis hin zum ökonomischen

mischen Boykott, dass wohlgefällige Täuschungen bis heute die Folge sind. Wer wollte schon von institutionalisierter ökonomischer Herrschaft reden? Ihr seht doch, die Nichtverfassung weist auf einen ewigen Branchen- und Unternehmenspluralismus, der vom „Markt“ geregelt und vom Staat gesichert wird. Die zweite Erfindung besteht in der Verfassung des Staates. Dessen allgemeine Legitimation erfolgt durch periodische Wahlen von Repräsentanten. An den Wahlen sind alle (Staats-)BürgerInnen beteiligt (von heute aus gesprochen). In der Spanne zwischen den Wahlen üben die RepräsentantInnen ihre „Herrschaft auf Zeit“ aus. Obgleich im Zuge der Bevölkerungszunahme und der kapitalistisch-nationalstaatlichen Massenvergesellschaftung im Laufe des 19. Jahrhunderts in den europäisch-angelsächsischen Ausgangsstaaten das Verhältnis Repräsentierte und Repräsentierende quantitativ aus allen klassenbürgerlichen Fugen trat und qualitativ nicht bürgerliche Klassen notgedrungen einbezog – also die Repräsentationslehre quantitativ und qualitativ bodenlos wurde –, nahmen die etatistische, kapitalistisch stark mitbewirkte Konzentration und Duchstaaturg zu. Ein Symptom: die sich verdichtende Verrechtlichung aller gesellschaftlichen Vollzüge. Die in ihren Arbeiten oder Nichtarbeiten absorbierte und weithin entfremdete Mehrheit der Bevölkerung wurde politisch nicht geschult, informiert und beteiligt, so dass sich die Chancen bürgerverständener und bürgereigener Politik vergrößert hätten. Kurzum: das Versprechen repräsentativer Demokratie klingt nur noch hohl. Unter klassenbürgerlichen Verhältnissen konnte es sich quantitativ und qualitativ fast von selbst verstehen, wenngleich die praktischen Proben über Lichtflecke in England und den USA vor allem, von Alexis de Tocqueville im ersten Teil seiner „Demokratie in Amerika“ als „grass roots democracy“ beschrieben, zu wünschen übrig lassen. Der konservativ adelige Alexis de Tocqueville hat im 2. Teil klar-sichtig die Demokratie pervertierende Tendenz zur Zentralisierung staatlicher Politik einerseits und zur Vereinzelung der ohnmächtigen Bürger andererseits herausgearbeitet. Da die liberale Demokratie-„Theorie“ die „Massentatsachen“ nie zureichend wahrgenommen und verarbeitet hat – nur die Parteien, eine der wenigen institutionellen Innovationen kamen hinzu, sie versagten jedoch bald ihren Dienst als „Transmissionsriemen“ und politische Schulungsorgane von unten nach oben –, da das Verfassungsrecht weithin auf dem Stand des 17. und 18. Jahrhunderts geblieben ist, konnten die Folgen nicht ausbleiben. Repräsentative Demokratie ist zum Anspruch verkümmert. Die allgemeine Legitimation ist eine symbolisch wirksame „Legitimation durch Verfahren“. Das aber heißt: staatliche Politik in ihrer demokratisch eigensinnigen Qualität ist vertrocknet. Anspruch und Geltung ihrer allgemeinen Legitimation funktionieren nur insoweit, als Wahlen und andere zirkuläre Ereignisse als Akzeptanz-, auch als Identifikationsmanagement unmündig belassener und behandelter BürgerInnen wirksam sind. Dass nach wie vor die zweite genialische Erfindung der Liberalen zu wirken scheint, hängt mit dem dauernd rieselnden

Goodspeak zusammen, dem Mangel an anderen Möglichkeiten und der dissoziierenden Wirkung staatlicher Politik. Diese wirkt den Dissoziationen negativer kapitalistischer Sozialisation analog. Dadurch wird die Zunahme des „Elends der Welt“ mitten in sogenannten Wohlstandsgesellschaften zu einem Teil erklärbar (siehe Pierre Bourdieu et. al. 1997).

(d) Zwischenzeitlich handelt es sich also um so etwas wie „negative“ Genialität. Der negative Effekt wirkt sich auf die andere Ressource gravierend aus, wie auf die politische Potenz des Staates insgesamt. Trefflich sind die Staaten und ihre Vertreter dazu in der Lage, das längst privat durchgesetzte Gewaltmonopol dafür einzusetzen, dass seine Legitimität erhalten bleibt. Die legitimatorische Selbst- und Zusatzproduktion des Monopols *legitimer* physischer Gewaltsamkeit ist kaum zu überschätzen. In dieser Hinsicht gleicht der liberaldemokratisch verfasste Staat der Gegenwart nicht einem „kastrierten Kater“, als den ihn der Carl-Schmitt-Schüler Rüdiger Altmann vor Jahrzehnten bezeichnet hat. Altmann war es wie Schmitt um die nur führerpersönlich mögliche Einheit des Staates und seine okkasionell dezisionistische, in der Konsequenz ästhetisierend politische Schaugewalt zu tun. Diese konnte Stahlgewitter aller Art inszenieren. Von einer Einheit des Staates oder liberaldemokratisch seicht von einem „demos“ kann längst nicht (mehr?) die Rede sein. Allein schon die „Verflechtungsverhältnisse“ staatlicher Bürokratien im Kontext mächtiger Lobbygruppen, verhindern solche Einheit. Als Gewaltmonopolist, mit dem Anspruch allgemeiner Geltung und dem zusätzlichen Legitimationshonigtopf der Verrechtlichung versehen, ist die Herrschaftsstärke staatlicher Einrichtung unverändert groß. Ja sie hat trotz der Größe, die unbeweglich hemmt, auch im Kontext der primär ökonomischen und technologischen Globalisierung, die dem eigenen Territorium und nationalstaatlichen Raumbezug davon eilen, eher an Bedeutung zugenommen. Darum empfiehlt sich auch, selbst wenn sonst alle Traditionen, ethnische Pluralitäten u.ä.m. der ausgewählten Länder dagegen sprechen, das, was westwärts in von kolonialistischer Erinnerung nicht getrübtter Arroganz als „Nation-Building“ bezeichnet wird. Recht, im Sinne kapitalistischer open-door-policies, die notfalls gewaltige Unterstützung braucht, „humanitäre Interventionen“ und Sicherung der vier, von der EU zu ihrem Grundrechtskern erhobenen Grundfreiheiten, verlangen mehr denn je nach solcherart kompetenten Staaten. Die vier Grundfreiheiten lauten bekanntlich: Freiheit von Kapital, von Ware, von Dienstleistung, von Arbeit. Insofern ist alles Reden vom Ende des (National-)Staats Gerede. Souveränitätsmangel bestanden faktisch schon früher. Das kennzeichnende Bild vom „kastrierten Kater“ trifft allerdings dort zu, wo man von staatlichem Tun eigensinnig gestaltendes Handeln verlangte. Eigensinnig Macht auszuüben, das vermag der Staat der Gegenwart nicht. Über die enge Verklammerung mit der ungleich dynamischeren kapitalistischen Vergesellschaftungsform hinaus rächt sich gerade um staatlicher Eigen-Macht (im Sinne des Machenkönnens) willen,

dass die legitimatorische Ressource versandet ist. An die Mehrheit der Bevölkerung lässt sich nicht appellieren. Sie lässt sich nicht teilhabend und teilnehmend einsetzen, wenn es beispielsweise darum ginge, mächtigen, entlassungskräftigen, steuerpolitisch als legalisierte Plünderer auftretenden Unternehmensinteressen entgegenzutreten: legitimiert durch aufgeklärte BürgerInnen, die über ein Urteilsmaß für Vorzüge und Nachteile verfügen. Nein, die kapitalistischen Herrschafts- und Machtfunktionen bedürfen mehr denn je der staatlichen Schützen- und allgemeinen Legitimationshilfe.

4. Die Eigenarten der beiden dynamischen Vergesellschaftungsformen verschärfen den Druck nach anderen Formen und Funktionen – wählt man als Maßverhältnis materialistische Menschenrechte und radikal demokratische Verfahrensformen. Zugleich höhlen sie die Chancen anderer Vergesellschaftungsformen aus. Dieser widersprüchliche Doppelcharakter reduziert den Druck nicht zu einem abgehoben „moralischen“. Man denke nur an die Rolle des Moralersatzes, an Stelle von Handlungen. Er zeichnet insbesondere den Gebrauch der Menschenrechte aus. Wenn man Menschenrechte in ihren human anspruchsvollen, überall kenntlichen Gründen und Motiven ernst nimmt, weiß man, dass es hier nicht um abgehobene moralische Symbole zu tun ist. Man könnte sie dann lassen oder auch nicht. Der Druck nach „moralischer Ökonomie und Politik“, die Menschenrechtspraxis zum Alltag macht, wird neu und neu aufbrechen. Solange jedenfalls von Menschen gesprochen werden kann und Günther Anders' Prognose nicht eintrifft. Selbstbewusstsein entwickeln zu können, aufrechten Gang zu üben, in der eigenen Welt mitzuhandeln, nicht ohnmächtig als Opfer und Objekt behandelt zu werden, den eigenen Körper und Geist auszubilden und zu üben, ohne dass beide gewalttätig misshandelt werden (vgl. nur zur Anregung Patterson 1988; Hill 1975; Thompson 1966). Indes auch die akut währende Gefahr der Aushöhlung bleibt.

Die dissoziierende, also gesellschaftliche Zusammenhänge zerreißende Wirkung der beiden Sozialisationsagenturen nimmt weltweit zu. Der befreiende Effekt, der entgegen klein herrschaftlicher feudaler Abhängigkeit zeitweise gegeben war und hier oder dort immer wieder auftauchen mag, ist längst einer Befreiung von der Befreiung gewichen. Diese Verkehrung in der Art der ersten Kehre hat Marx in der doppelten Freiheit des Arbeiters schon namhaft gemacht. Die Dissoziation, deren Wirkung sich an allen asozialen gesellschaftlichen Einrichtungen demonstrieren lässt, geht soweit, dass die Menschen, die nicht nur an spezifischen Formen der Gesellschaft, sondern an deren systematischem Mangel leiden, nicht mehr in der Lage sind, Leiden anders als seinerseits „asozial“ zu äußern. Die dissoziierenden Wirkungen, vielfach Markt befreiend herrschaftsgeplant, haben auch zur Folge, dass ein bundesdeutsch neu in Mode gekommenes altes und sympathiegeladenes Wort, das der „Solidari-

tät“, zum abstrakten Moralpostulat verkommt. Wie sollten sich vereinzelte, konkurrenzgetrimmte, arbeitslos (ver-)kümmernde Menschen solidarisch verhalten, wenn ihre eigene Not zum geringsten dadurch behoben werden zu können scheint, dass sie sich mit anderen zusammentun. Erstaunlich ist es eher und belegt das, was oben zu den Menschenrechten als menschlichen Notwendigkeiten gesagt worden ist, wie viel solidarisches Handeln es nach wie vor und gegen alle institutionell-rechtlichen Vorgaben gibt.

Die Dissoziation(en) wird durch die Größenordnungen und Beschleunigungen unterstützt, die innovativ gesteigert werden. Die economics of scale und der Staat als (Groß-)Flächenform der Herrschaft haben Größe, Weite, Schnelligkeit und sich verfeinernde Sicherungen zu Dauererscheinungen gemacht. Nahezu alle Erfindungen dienen diesen Zielen. Transport- und Kommunikationstechnologien sind dafür das beste Exempel. Die Bedeutung der Größen, die durch die Beschleunigungen bis zur Gleichzeitigkeit disparater Orte und Handlungen führen, kann kaum wirkungsmächtig genug eingeschätzt werden. Seltsamerweise wird Größe von den herrschenden und herrschaftskritischen VertreterInnen kaum beachtet oder eher verniedlicht: „small is beautiful“. Vor allem schlagen die sachzwangsartig gerinnenden Herrschaftseffekte beider Vergesellschaftungsformen durch. Erneut wird einsichtig, warum die kapitalistische Vergesellschaftungsform durch Globalisierung gewinnt, die formell politische jedoch verlieren muss, auch dort, wo bis hin zu den Sicherungsvorkehrungen ihr Herrschaftspegel steigt. Die Verkehrung der Machtichtung vom global Abstrakten zum lokal Konkreten, die Globalisierung ausmacht, kehrt wieder in den gigantischen, allein mit Hilfe von Machtkategorien erklärbaren, nicht monetär zu verrechnenden Größen. Riesenunternehmen können Kosten der Fehlinvestition und einer falschen unternehmerischen Konzeption aushalten. Sie vermögen humane Kosten besser wegzudrücken und ihre menschenverbrauchende Rationalisierung zum jeweiligen Höchstmaß voranzutreiben. Sie werden dadurch zu Herrschaftsgrößen in ihrer Branche und der darunter befindlichen Hierarchie von Mittel- und Klein-Unternehmen. Bekannt ist längst, dass das „unternehmerische Risiko“ dorthin verlagert wird, wo die letzten, gerade noch Beschäftigten die Hunde der Entlassung beißen. Auf makroökonomischer Höhe der Nationalstaaten oder des Weltmarkts versteht es sich von selbst, dass Wachstumsraten und Verluste nur auf hohem Aggregationsniveau verrechnet werden. Das, was unterhalb der Höhe der Staats- und Marktgroßen passiert, kümmert bestenfalls am Rande. Es wird notfalls sicherheitspolitisch erledigt, versehen mit nationalistischen und anderen Identifikationsbrisen. Man denke allein an die Rolle des Konfliktabsorbers Sport. Alle Wege von EU-Europa bis nach Peking führen zu Riesenaggregaten als Indizien des Erfolgs. Alle Räder rollen deshalb für den Sieg im Expansionskrieg. Das aber, was neoklassisch ökonomisch betrachtet über die humanen „Opportunitätskosten“ großzügig hinwegsehen lässt, wird für die Chance verantwortlich han-

delnder Politik desaströs. Politik in irgendeinem Sinne des Selbsthandelns können die Repräsentanten nicht treiben. Sie haben Handeln zu prästendieren. Nicht nur ihre übermäßige politische Distanz, vielmehr die Überfülle ihnen gestellter Aufgaben zwingen sie dazu, Komplexitäten in einer Weise zu reduzieren, dass eine *reductio ad medium* herauskommt. Das, was man seit griechisch antiken Tagen Politik zu nennen pflegt, bleibt als personifiziertes Rülpsen übrig.

Ungleichheit ist das Thema kapitalistisch etatistischer Vergesellschaftung. Diese Vergesellschaftungsformen und ihre Vertreter verkünden, bald werde es keine Hungernden mehr geben, bald werde das Glück der übergroßen Zahl den bis dahin Überlebenden blühen. In diesem Sinne treten die kapitalistischen Wunschdenker so auf wie die „realsozialistischen“. Tatsächlich ist jedoch das Gegenteil der Fall. Ein sparsamer Hinweis muss genügen, um die neueste „Armutsrunde“ anzuzeigen. Sie korrespondiert dem von Bourdieu und anderen mitten in den Kernen wohlständischer Gesellschaften am Exempel Frankreichs und seiner zurückkehrenden kolonialen Vergangenheit belegten „Elend der Welt“. Wir verlassen uns auf Mike Davis Hilfe. Mike Davis kommentiert einen Bericht der im Oktober 2003 vom United Nations Human Settlement Programme unter dem Titel *The Challenge of Slums* herausgegeben worden ist. Davis bezeichnet ihn als „the first truly audit of urban poverty“ (2004, 18; zitiert nach dem Nachdruck in *Harper's Magazine*). Zuerst erschreckt die hybride Größe der Verstädterung ganzer Regionen. Solche Agglomerationen sind nicht mehr gestaltbar. Davis zitiert eine Beobachtung des Berichts über die Effekte sogenannter Entwicklungshilfen: „The primary direction of both national and international interventions during the last 20 years has actually increased urban poverty and slums, increased exclusion and inequality, and weakened urban elites in their efforts to use cities as engines of growth.“ „The disenfranchised communities of urban poor, ... are vulnerable to sudden outbursts of state violence such as then infamous 1990 bulldozing of the Maroko beach slum in Lagos (an eysore of the wealthy neighboring communities of Victoria Island) or the 1995 demolition in freezing weather of the huge squatter town of Zhejiangcun on the edge of Beijing.“

Bevor Davis auf die Folgen geschlossen fundamentalistischer Mobilisierungsarten hinweist und einen Weltkrieg zwischen Arm und Reich am Horizont dämmern sieht, pointiert er zwei weitere Aspekte. Zuerst die neue Nicht-Klasse der Klasse informeller Arbeit als brutales Resultat neoliberaler Weltmechanik: „Overall, informal workers constitute about two fifths of the economically active population of the developing world.“ Wir fügen hinzu, dieser Sektor nimmt auch in der „entwickelten“ drastisch zu. Davis fährt fort: „Slums“ – so kürzt er den UN-Report ab – „estimates, moreover, that fully 90 percent of urban Africa's new jobs over the next decade will somehow come from the informal sector. Indeed, the global informal working class (overlapping but not

identical with the slum population) is almost one billion strong, making it the fastest growing, and most unprecedented, social class on earth. The Pundits of bootstrap capitalism“, warnt und folgert er, „may see this enormous population of marginalized laborers, redundant civil servants, and ex-peasants as a frenzied beehive of ambitious entrepreneurs yearning for formal property rights and unregulated competitive space, but it makes more obvious sense to consider most informal workers as the ‘active’ unemployed, who have no choice but to subsist by some means or starve. With even formal-sector urban wages in Africa so low that economists can’t figure out how workers survive (the so-called low wage puzzle), the *informal tertiary sector* has become an area of extreme Darwinian competition among the poor.“

Ein letzter Hinweis auf die qualitativen Differenzen eines oberflächlich betrachteten ähnlichen Migrationsvorgangs. Seinerzeit von europäischen Ländern nach Nordamerika vor allem. „Today, surplus labor, by contrast, faces unprecedented barriers to large-scale migration to the wealthier countries – a literal ‘great wall’ of high-tech border enforcement. Likewise, controversial population-resettlement programs in ‘frontier’ regions such as Amazonia, Tibet, Kalimantan, and Irian Jaya produce environmental devastation and ethnic conflict without substantially reducing urban poverty in Brazil, China, Indonesia.“

Betrachtet man diese nüchternen, empirisch gesättigten Beobachtungen, sieht man sie im Kontext der verschärften Konkurrenz um sogenannte natürliche und kulturelle Ressourcen, die einen aggressiven Sozialdarwinismus zwischen riesigen Ländern längst angebahnt hat, dann kann uns Cassandra-gleich zumute werden. Fast scheint es zu einfach, wenn man fürs 21. Jahrhundert mehr kollektive Gewalt voraussagt, als im 20. Jahrhundert mordgepanscht worden ist.

II. Es bleibt keine andere Wahl als das erfahren mutige Risiko anderer Vergesellschaftungen

„Wer nicht begreift, wie brutal und sinnlos die Geschichte ist, der wird auch den Antrieb nicht verstehen, die Geschichte sinnvoll zu machen“ (Nietzsche 1980, 57)

Ist der gesellschaftliche Topos weltweit, wie er ist, dann gibt es übers aktuelle Überleben hinaus nur noch einen Weg ins Freie: den Weg zum A-Topos. Damit der Weg sich nicht von vornherein unwegsam sperre, sind eine Reihe von Vorkehrungen zu treffen.

Zum einen, davon war im vorhergehenden Abschnitt die Rede, eine unverstellt nüchterne Analyse der bestehenden Zustände. Schon diese Analyse ist nur möglich, wenn wir mit Hilfe unserer „Gymnastik der Einbildungskraft“ (Simone Weil) andere Wirklichkeiten wenigstens ahnen können. Sonst fallen uns

die nicht selbstverständigen Voraussetzungen nicht auf, auf denen die herrschaftlich penetrante Wirklichkeit ruht. Bestehende Wirklichkeit, die immer das Argument für sich hat, weil sie „ist“, wird dadurch als Ergebnis versäumter Möglichkeiten und mit Lampions versehener Sackgassen kund. Darum ist hypothetische Geschichtsschreibung nur dann unsinnig, wenn sie immateriell und außer der Zeit geschieht.

Zum anderen ist es geboten, den Möglichkeitssinn erfahren mit materiellen Gewichten des Körper- und damit Zeitgrenzwesens Mensch zu behängen. Anders gesagt: Zukunft vorweg planerisch sichern zu wollen, wäre nicht nur törricht. Es wäre auch antidemokratisch und widerstritte der angeblich angestrebten Materialisierung der Menschenrechte. Schon dadurch werden moderne Utopien bis tief ins 20. Jahrhundert leicht terroristisch, dass sie unvermittelt praktiziert werden sollen. So werden sie zur „angewandten Abstraktion“, die in Robespierres bekannter Devise den *terreur* zur Hilfe ruft: „Die Tugend muss durch den Schrecken herrschen.“

Das, was von vielen Menschen, also politisch, gemacht werden kann und gemacht werden wird, ist nicht vorweg auszuklügeln. Wohl aber sind geschichtlich erfahrene Handreichungen möglich. Sie beziehen sich vor allem auf Formen des Umgangs der Menschen miteinander. Allein die damit gestellte Aufgabe institutioneller, wirklichkeitsschwerer Phantasie ist riesig. Wie sollen ökonomische, politische und kulturelle Produktionsverhältnisse in einer Welt konstruiert werden, die nicht mehr entglobalisiert begreif- und wünschbar ist? Diese müssten so geartet sein, dass ca. 6 Milliarden Menschen, die gegenwärtig auf der Erde leben, ernährt, in ihnen individuell und kollektiv steckende Möglichkeiten selbstbewussten Handelns entwickeln und Formen des Umgangs miteinander finden können, die eine Welt ohne andere kollektiv unterdrückend-ausrottende Gewalt schaffen ließe.

Also ist die schwerste und spannendste aller Aufgaben gestellt. Die Aufgabe sozialer Innovationen nämlich, die in der Findung und skrupulösen Erfindung von Institutionen, ökonomischen und politischen Produktionsverhältnissen an erster Stelle bestehen. Im weiten Sinne ist die Frage nach den politischen und ökonomischen Verfassungen im 21. Jahrhundert, die Frage schlechthin. Welche lokalen und überlokalen Formen der Organisation lassen sich finden, die eine Vielfalt von Interessen und Traditionen berücksichtigen, die zugleich gegebene Unterschiede natürlicher Ressourcen ausgleichen und lokal/regional übergreifende Aufgaben kooperativ angehen lassen? Diese schwerste aller Fragen gilt es jenseits aller kollektiven Gewalt und Herrschaftsformen, jedoch auch ohne den süßsuppigen Schwachsinn von „Friede, Freude, Eierkuchen“ zu beantworten. Menschen, eine Gesellschaft, eine Vielzahl von Gesellschaften auf dem Globus vorzusehen, als seien sie einzeln und kollektiv konfliktlos zu versammeln, hieße die Menschen als Engel anzusehen. Weil die Suche nach sozial angemessenen Produktionsformen und ihren Verhältnissen so schwierig

und attraktiv zugleich ist, ist es geboten, die Geschichte nach ihren vielfältigen Gesellungsformen und den Graden ihrer Übertragungsmöglichkeiten abzugraben. Eine neue Geschichtsschreibung unter brennendem zukünftigen Politikinteresse ist also vonnöten. Darüber hinaus sind Experimente angezeigt. Experimente mit Formen der Organisation und ihren Wirkungen. Das gehört zu den schmerzhaftesten Einschränkungen der Gleichschaltung globalisierter Gegenwart, dass nirgendwo Experimentierräume zu finden sind. Die Aufgabe bleibt jedoch. Es kommt darauf an, dass sich viele mit unterschiedlichen Hintergründen und Erfahrungen am Wettbewerb der Phantasien über Organisationsformen beteiligen. Dann wird ein lernoffener Prozess des Wählens möglich, der die Vielfalt der Formen groß lässt, aber doch geschichts- und vernunftbegründet mit Hilfe der „sociological imagination“ (C. W. Mills) Verjüngungen erlaubt, die schrittweise übersetzt werden mögen.

10 schlagsatzartige Hinweise zu neuen politischen, ökonomischen und kulturellen Vergesellschaftungsformen auf den Schultern gemachter Erfahrungen -
10 institutionelle Requisiten des zukünftigen *Theatrum mundi*

1. Am Anfang der zukünftigen Gegenwart steht eine Anzahl einheitlicher Prinzipien. Diese bleiben unvermeidlich erheblich abstrakt. Um diese Einheit der Prinzipien zu verwirklichen, ist umgekehrt zu verfahren. Der Weg führt vom Besonderen zum Allgemeinen. Die einheitlichen Prinzipien bestehen in einer materialistischen Konzeption der Menschenrechte. (a) Menschenrechtliche Normen sind immer nur so gut wie ihre Formen, die sie wirklich werden lassen. (b) Die Grundform aller Menschenrechte als Aktivrechten ist die Beteiligung aller Menschen an ihren sozial gemachten Geschicken. (c) Weil die Menschenrechte jedem einzelnen Menschen in seiner Besonderung gelten, sind sie nur zusammen mit kollektiven Bedingungen zu verwirklichen. Menschen als soziale Wesen kommen nur zu sich selbst, wenn sie unter sozialen Produktionsverhältnissen leben, die sie zur Person werden lassen und die sie als so sozialisierte Person in ihrem nötigen Kontext beachten. Menschenrechte, die nicht sozial eingebettet sind, werden bestenfalls zu Privilegien der Wenigen, die genügend sozial ausgestattet sind. Die sozialen Bedingungen personaler Menschenrechte werden nur immer erneut geschaffen und entgegen den schiefen Winkeln der Ungleichheit wiederhergestellt, wenn offene, nicht gewaltsame Formen des Konfliktaustrags erreicht werden, die im Falle der Nicht-Übereinstimmung exzessive Minderheitenrechte vorsehen.

2. Die kollektiven Produktionsformen, derer Menschen bedürftig sind, sind gleichfalls vom Allgemeinen her zum Besonderen hin zu denken. Nicht, um das Besondere vom abstrakt Allgemeinen unterdrücken zu lassen, wohl aber um zu garantieren, dass besondere Produktionsformen dazu da sind, allgemeine Verfassungsprinzipien eigenständig, aber kontrollierbar zu vermitteln. Dar-

um beginnen zukunftsfähige Verfassungen in einem umfassenden Sinne radikaldemokratisch. Die politische Verfassung als das gesellschaftlich Allgemeine umfasst mögliche Ausdifferenzierungen beispielsweise ökonomischer und kultureller Art. Durchgehend gilt die Korrespondenzregel. Die kollektiven Formen haben den menschenrechtlichen Normen zu entsprechen. Die menschenrechtlichen Normen heben mit einem Freiheitsbegriff an, der positiv am anderen und den anderen begrenzt ist. Entsprechend von Rosa Luxemburgs berühmter Bemerkung zur Meinungsfreiheit. „Freiheit ist immer die Freiheit der Anders Denkenden.“ Durchgehend gilt die Adäquanzregel: ausdifferenzierte Bereiche, etwa der der ökonomischen Verfassung, sind so einzurichten, dass sie den Prinzipien der politisch-allgemeinen Verfassung nicht widerstreiten, sondern allenfalls einer begründungspflichtigen „Sachlogik“ folgen. Eine Ökonomie, die um eine Struktur und Funktion der Privatheit zentriert ist, wie die kapitalistische, ist nicht möglich. Zur Adäquanzregel gehören die Prinzipien durchgehender Transparenz, durchgehender Information, durchgehenden Mitbestimmung und/oder Kontrolle.

3. Nach den allgemeinen Prinzipien und dem nicht nur rahmenplanerischen Umfassungscharakter der politischen Verfassung wird umgekehrt verfahren. Sonst würde das je Besondere einzelner Menschen, lokaler Gruppen, regionaler Kulturen dem schlecht abstrakt Allgemeinen unterworfen werden. Das ist die tödliche Logik der gegenwärtigen Vergesellschaftungsformen. Die Stufenfolge der Verfassungen hebt lokal an. Der Umfang der lokalen Einheiten ist so zu bestimmen, dass Übersichtlichkeit und direkte Beteiligung möglich sind. Hier ist Basisdemokratie zu verwirklichen. Nur diese bürgerliche Dauerübung erlaubt später nötige Delegationen ohne Enteignung demokratischer Teilnahme und Teilhabe. Auf der lokalen Stufe sind schon Ausdifferenzierungen nötig. Bildungsprozesse sind gesondert einzurichten, Gesundheitsvorkehrungen u.ä.m. Für alle lokalen Einrichtungen aber gilt eine uneingeschränkte Mitbestimmung derjenigen, die an einer Einrichtung mit verschiedenen Akzenten gebend und nehmend beteiligt sind.

4. Auf der regionalen und je nach dem zwei-, drei oder noch mehrstufigen überregionalen Ebene verstärken sich die Ausdifferenzierungen von Aufgaben und ihnen entsprechenden institutionellen Vorkehrungen. Jetzt kommt zum ersten Mal das neuerdings viel, jedoch leer erwähnte Prinzip der „Subsidiarität“ zur Geltung. Sollen Aufgaben regional und/oder überregional behandelt werden, dann ist jeweils nicht lokal, sondern regional/überregional zu begründen, warum und inwieweit eine Aufgabendelegation auf höhere Stufen erforderlich ist. Was und wie auf abgehobeneren Ebenen behandelt werden sollte, muss ausgehandelt werden und periodisch zur Disposition stehen. Die Vermutung spricht für die lokale Ebene. Bei all diesen Zwischengewalten und bei den besondern Institutionen kommt es darauf an, dass regelmäßige Rückkoppelun-

gen mit den Basiseinrichtungen bi- und multilateral stattfinden. Die Transparenz- und Informationsregeln gelten durchgehend. Kontrolleinrichtungen werden nötiger. Eine neue Form der Gewaltenbalance findet dadurch statt, dass VertreterInnen der Kommunen ihrerseits mit Berichtspflicht und immer erneut bestimmt, auf der regionalen und überregionalen Ebene lokale Demokratie repräsentieren. Zwischengewalten und ausdifferenzierte Institutionen so zu organisieren, dass sie nicht die kommunale Logik umdrehen, sodass die je abstrakteren Einrichtungen aus besonderen Instrumenten zu Definitionsorganen werden, gehört zum Schwierigsten schon in der Konzeption. Es gibt keine „reine“ und keine an sich selbst nachhaltige Lösung. Ausschlaggebend wird es sein, riesig sich aufplusternde Bürokratien zu vermeiden, also immer erneut zu dezentralisieren und überschaubare Größen zu schaffen. Dort aber, wo arbeitsteilige Verwaltungen nicht vermieden werden können, müssen sie in ihrem Verfahren demokratisch und mit externen Dauerkontrollen eingerichtet sein. Den Ausschlag gibt habituell und funktionell, dass möglichst kleine, gering arbeitsteilige lokale und regionale Organisationen das politische und ökonomische Schwergewicht bilden. Translokale und überregionale Einrichtungen sind auf sparsame Funktionen der Koordination und des Ausgleichs von Ressourcen zu beschränken.

5. Konfliktregelungen und der Umgang mit Äußerungen von Gewalt indizieren die Qualität jeder Gesellschaft. Im Umgang mit Konflikten wird es auf der lokalen, prinzipiell aber auch auf den abgehobeneren Ebenen darauf ankommen, mit Hilfe einer demokratischen Ökonomie der Zeit Entscheidungsregeln und Umgangsformen zu revitalisieren, die uns aus vorstaatlicher Zeit unter anderem aus Primitiven Gesellschaften überkommen sind. Dazu gehören das Palaver; dazu gehören Entscheidungsregeln der Nichtentscheidung u.ä.m. Was den Umgang mit Äußerungen personal zurechenbarer Gewalt und solcher von vornherein kollektiver Art angeht, so ist entscheidend, dass weder lokal, noch irgendwo auf einer überkommunalen Ebene ein „Monopol der Gewaltsamkeit“ eingerichtet wird. Wie die Staatengeschichte in Genesis und Geltung demonstriert, kommt ein solches Monopol nicht nur kriegerisch zustande; es erhält sich nicht nur kriegerisch, es sorgt dafür, dass Gewaltursachen nicht angegangen werden und Politik immer davon bedroht ist, zur Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln zu werden. Trefflicher Fall aus der unmittelbaren Gegenwart: der Antiterrorismus. Was gruppeninterne Gewaltvorkommnisse angeht, so können Verfahren gefunden werden, die institutionell besondere Polizei, gar das absurde System der Haftanstalten vermeiden lassen. Kollektive Gewalt zwischen Gruppen auf höherer überregionaler Stufenleiter zu vermeiden, ist eine der vornehmsten Aufgaben der politischen Organisation. Das wird ungleich human kostengünstiger erreicht werden können, wenn keine Truppen mobilisiert werden können, die schon in Vor- und dann in Nach-

kriegszeiten Politik verdummen. Dass solche gewaltarmen Formen gesellschaftlicher Organisation gelingen können, setzt voraus, dass eine doppelte moderne, ursprünglich klassenliberale Voraussetzung aufgehoben wird: die Annahme, Menschen, a-sozial geboren, seien „von Natur“ gegen andere Menschen gerichtet. Darum gelte: fürchte den Nächsten wie dich selbst.; die damit verbundene Annahme: menschliche Freiheit werde nur durch Privateigentum begründet, eine Raubfreiheit, die von der dauerkapitalistischen „Begierde zum Haben und auch zum Herrschen“ motiviert wird. Beide Annahmen werden wie eine zweite Natur kapitalherrschaftsproduziert. Gewalt unter Menschen bleibt ein Dauerproblem, eines jedoch, das durch das staatliche Gewaltmonopol nur verschlimmbösert wird.

6. Angesichts der quantitativen Erfordernisse, eine Fülle von Menschen zu ernähren und mit diversen Gütern zu versehen, wird es erforderlich sein, aus der allgemeinen politischen Verfassung eine spezifisch ökonomisch gerichtete auszufallen. Für diese gelten die oben genannten allgemeinen Prinzipien (siehe 1. und 2.). Für die ökonomisch primär funktionalen, also nicht unpolitischen Einrichtungen auf höherer Stufenleiter, die teilweise die Produktivität einer begrenzten economics of scale nutzen können, sind Einsichten und Erfahrungen aus den Rätebewegungen vieler Länder bis in die neueste Zeit nützlich. Bei diesen Erfahrungen ist zu beachten, dass die Räteversuche meist in einem Kontext stattfinden mussten, der ihre organisatorische Kreativität und die kollektive Produktivität von vornherein schmälerte oder unterdrückte. Nie jedoch darf die institutionelle Besonderung soweit gehen, dass die sich organisatorische Vorkehrungen für die Ökonomie aus der allgemeinen politischen Verfassung hinausbewegten. Das Prinzip öffentlicher Aufgaben und also einer öffentlichen, aber nicht zentral bürokratisch geplanten Ökonomie gilt durchgehend.

7. Liberale Demokratie lähmte von Anfang an daran, dass sie sich nicht um Bürger und Bürgerinnen kümmerte. Auch wenn qualitative Änderungen stattfänden, auch dann bliebe das Problem, dass Bürgerinnen und Bürger, so sehr sie als *zoa politika* basisdemokratisch direkt zu schulen sind, zusätzlicher Fähigkeiten bedürften, am abstrakteren Geschehen teilzunehmen. Generell gilt, dass die Fähigkeit, die eigene Welt selbstbewusst zu verstehen und urteilsfähig zu werden, menschenrechtlich erstrangig ist. Also ist ein Bildungssystem vorzusehen, das alle um die Mitte ihrer zwanziger Jahre urteilsfähig entlässt, sozialisiert in Einrichtungen des *learning by doing*.

8. Platon, der geniale Herrschaftstheoretiker, eröffnet das 2. Buch seiner *Politeia* mit der Feststellung, alle Herrschaft hebe mit Arbeitsteilung an. Diese triftige, aber in „liberalen Demokratien“ vergessene Einsicht – man denke nur an die herrschaftsalten Arbeitsteilungen unter den Geschlechtern und zwischen Kopf- und Handarbeit – lähmt und blockiert Menschenrechte und Demokra-

tie. Arbeitsteilung, die rudimentär schon in Hirten- und Jägersellschaften beobachtet werden kann, lässt sich nicht aufheben, wenngleich eine Fülle von aufgenötigten Differenzierungen wegfallen könnten. Was aber nicht beseitigt werden kann, muss unter den geäußerten Prinzipien (1. und 2.) verändert organisiert werden. Heute wäre es mehr denn je möglich und nötig, die strikten Trennungen zu beseitigen, indem jede Person mehrere Arbeitsrollen übernehme. Dadurch wüchsen nicht nur die Fähigkeiten und Zeiten der Handarbeiter bis „tief“ hinunter zu den „Drekarbeiten“. Dadurch nähme die Wirklichkeitsfähigkeit der in der Regel privilegierten Kopfarbeiter zu. Klar und eindeutig ist, dass die Arbeitsklassenteilung in Maloche und in Berufe nicht zu halten ist, die die Menschen in ihren urteilenden Fähigkeiten befördern und andere Lebensqualitäten vermitteln.

9. „Gleichheit“, so stellt Johann Gottfried Seume im 18. Jahrhundert fest, „ist immer der Proberstein der Gerechtigkeit, und beide machen das Wesen der Freiheit.“ Ein trefflicher Satz in Zeiten der Lügenbeuteleien mit der „Leistungsgerechtigkeit“! Indes, er deutet zugleich auf das schwierigste Problem aller Veränderungen: wie sind die Habitus der Menschen zu ändern, dass sie die Wahrheit dieses Satzes einsehen und in der Ekstase des aufrechten Gangs die Gleichheit anderer erfahren können. Im Habitus des Menschen äußert sich sozusagen das geronnene Ergebnis der Sozialisation, die Menschen erfahren haben. Er stellt so etwas dar wie verinnerlichte gesellschaftliche Umstände, die Institution „innen“, die den äußeren Institutionen entspricht. Habitus, wenn sie über Jahrzehnte oder Jahrhunderte immer wieder positiv und negativ sanktioniert werden, wie beispielsweise die strikt private, prinzipiell a-soziale Orientierung in kapitalistischen und durchstaateten Gesellschaften groß gewordener oder von solchen entgegen alter Abhängigkeiten angelockter Personen, brauchen oft mehrere Leben lang, bevor sie anders ausgerichtet werden. Damit ist das unlösbare Henne-Ei-Problem genannt. Um Habitus allmählich zu ändern, nicht darauf auszugehen, sie zwangsweise zu brechen, bedarf es lange geltender, mit einem anderen Netz positiver und negativer Sanktionen versehener Institutionen, die andere Formen der Anerkennung, des Umgangs und der Kritik gebrauchen. Wie sollen aber Institutionen anderer Art geschaffen werden, wenn die Habitus der Menschen, die sie organisieren sollen, nicht schon vorweg gegeben sind? Will man sich nicht in den Abgrund stürzen, weil man dem Sagentier, das den Weg blockiert, die Frage nicht beantworten kann, muss man anfangen. Mit kleinen, aber sukzessiven Schritten bei sich selbst und anderen. Und immer erneut anfangen.

10. Allgemeinheit ist immer in Gefahr, Besonderheiten zu reduzieren oder zu beseitigen – sogar noch die Besonderheit allemal irrtumsfähiger und nur begrenzt flexibler und mobiler Menschen. Jean Paul Sartre hat dies in seinen *Überlegungen zur Judenfrage* an bestimmten Formen der Menschenrechte

deutlich gemacht (vgl. Sartre 1994). Viele menschenrechtlichen Globaltöner, die normativ naiv die Universalität der Menschenrechte betonen, beachten Sartres Warnung nicht. In unserem Zusammenhang heißt dies, auch die unvermeidlich allgemeinen institutionellen Requisiten stehen unter dem Vorbehalt schlechter Allgemeinheit. So notwendig auf ihre Stimmigkeit durchleuchtete allgemeine Normen sind, um Abkapselungen und geschlossene Terrorisimen von besonderen Gesellungen kritisch aufzubrechen (z.B. Nationalstaaten), so notwendig ist es, Kritik so zu üben und anzuwenden, dass Änderungen vom Besonderen her erfolgen können, in dem das Besondere soweit wie möglich erhalten wird.

III. Aktuelle Verhaltensfolgen

„Es gibt kein richtiges Leben im falschen.“ (Adorno 2001, 59)

Wir beschränken diese auf wenige Sätze. Gerade wenn es darum geht, über „Linkssein“ heute nachzudenken, droht die Attitüde, selbst als ‘Musterlinker’ aufzutreten und den anderen verbal wohlfeile Ratschläge zu erteilen.

Zum ersten: Adornos bekannter Satz wird schlecht banal, wenn man nicht begreift, dass er eine riskante Gratwanderung und die dauernde Reflexion des eigenen Verhaltens verlangt. Dann aber wird er zur dauernden Unruhe.

Zum zweiten: realitätstüchtige Utopie, deren Notwendigkeit sollte so (re-)konstruiert werden, dass unnötige Kompromisse vermieden werden. Orientierungskräftige, Urteilen befördernde Utopien leben davon, dass sie „real möglich“ sind, so fern die aktuelle Wirklichkeit ihnen sein mag. Damit sie jedoch als Orientierungs- und Verhaltensmarge hier und heute dienen können, ist ihr Spiegel blank wie realutopisch angemessen zu halten. Gerade, wenn eine utopische Gesellschaftsvorstellung der aktuellen Realpolitik widerspricht, kann sie unser Verhalten mitten in dieser Realpolitik als dem „falschen Leben“ Schritt um Schritt im substantiellen, nicht moralinsauren Sinn des Worts kontrollieren helfen. Erst die realistische Vorstellung radikaldemokratisch sozialistischer Gesellschaft erlaubt es, den Spielraum und die Grenzen der Kompromisse hartnäckig zu bedenken und sich darüber auszutauschen, die mitten in der herrschaftskapitalistischen Gesellschaft unvermeidlich sind, in der wir leben.

Zum dritten: was immer die Genossinnen und Genossen tun, um einen viel missbrauchten linken Ausdruck doch zu benutzen, eines scheint uns für alle die einen „linken“ Anspruch hier und heute vertreten, vergleichsweise klar und eindeutig. „Wir“, die wir uns so verstehen, können nicht den „Marsch durch die Institutionen“ antreten wollen. Es genügt schon, dass wir alle uns zwingenden Institutionen angehören. Auf Änderung erpichte Makro- und Mikropolitik aber kann u.E. nur, herkömmlich gesprochen, außerparlamentarisch geschehen. Das heißt nicht, dass man etablierte Institutionen nicht in ihrem

Ernst nimmt oder berührungsprüde agiert. Das heißt aber, dass man zugunsten von Forderungen des Tages nie die real möglich und verzweifelt nötige andere Zukunft hier und heute aufgibt.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (2001): *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben*, Frankfurt/M
- Benjamin, Walter (1965): Geschichtsphilosophische Thesen, in: *Zur Kritik der Gewalt und andere Aufsätze*, Frankfurt/M
- Bourdieu, Pierre et.al. (1997): *Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen des alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*, Konstanz
- Colley, Linda (2002): *Capitives. Britain, Empire and the World 1600-1850*, London
- Davis, Mike (2004): *Die Geburt der Dritten Welt. Hungerkatastrophen und Massenvernichtung im imperialistischen Zeitalter*, Göttingen
- Davis, Mike (2004): Planet of Slums, in: *New Left Review* March/April, nachgedruckt in: *Harper's Magazine* June, 17-24
- Funk, Albrecht (1986): *Polizei und Rechtsstaat*, Frankfurt/M
- Hill, Christopher (1975): *The World Turned Upside Down. Radical Ideas During the English Revolution*, New York
- Hirschman, Albert O. (1980): *Leidenschaften und Interessen. Politische Begründungen des Kapitalismus vor seinem Sieg*, Frankfurt/M
- MacPherson, C. B. (1967): *Die politische Theorie des Besitzindividualismus*, Frankfurt/M
- Narr, Wolf-Dieter (2003): Introvertierter Imperialismus und ein angstgeplagter Hegemon, in: *PROKLA* 133, S.575-598.
- Nietzsche, Friedrich (1980): Nachgelassene Fragmente 1875-1878, in: *Sämtliche Werke. Kritische Studienausgabe*, hrsg. Giorgio Colli und Mazzino Montinari Bd.8, München
- Patterson, Orlando (1982): *Slavery and Social Death*, New York
- Sartre, Jean-Paul (1994): *Überlegungen zur Judenfrage*, Reinbek bei Hamburg
- Sennett, Richard (1998): *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*, München
- Thompson, E. P. (1966): *The making of the English working class*, New York
- Tocqueville, Alexis de (1959-62): *Über die Demokratie in Amerika*, 2 Bde., Stuttgart

Joachim Bischoff, Hasko Hüning, Christoph Lieber

Von der neoliberalen zur sozialistischen Gouvernamentalität Anforderungen an eine Rifondazione der Linken

Der Transformationsprozess der deutschen wie der europäischen Sozialdemokratie geht mit einem Um- und Neugruppierungsprozess der politischen Linken insgesamt einher. Der Versuch der neuen Sozialdemokratie, eine Kombination von globalisierungsbezogener Modernisierung und einer neuen Form sozialer Gerechtigkeit politisch umzusetzen, läuft auf eine massive Belastung der eigenen politischen Organisation (Mitgliederverluste und rückläufige Wählerzustimmung) hinaus und ermöglicht den verschiedenen linken Kräften einen erweiterten Handlungsspielraum. Allerdings: Auch die Entwicklung der globalisierungskritischen Bewegungen in den letzten Jahren, die in den einzelnen europäischen Metropolen unterschiedliche Konstellationen im Verhältnis zu sozialistischen, reform- und postkommunistischen Gruppierungen ausgeprägt hat, hat noch zu keiner einigermaßen stabilen Formation auf der politischen Linken jenseits der Sozialdemokratie geführt. Zugleich erweisen sich die Verselbständigung und Abgeschottetheit des politischen Feldes gegenüber sozialem Protest, der auf Grund der brüchigen Hegemonie des Neoliberalismus in den meisten europäischen Ländern zu konstatieren war, als Hindernis für eine Umgruppierung der politischen Linken.

In Deutschland, wo der Transformationsprozess der deutschen Sozialdemokratie, ihre europäische Vorreiterrolle in der Zerstörung des rheinischen Kapitalismus sowie der Bruch mit den Gewerkschaften zu einer Aufspaltung bislang gegebener politischer Kräfteverhältnisse geführt haben, ist mit der Entstehung eines Linksbündnisses und einer weiteren Transformation einer postkommunistischen Partei die Möglichkeit einer „Neuerfindung der politischen Linken“ gegeben. In ihren Reformvorstellungen und Vorschlägen zur Gesellschaftsveränderung war die sozialistische/(post)kommunistische Linke jenseits der Sozialdemokratie lange Zeit auf eine jakobinisch-etatistische Politikkonzeption fixiert. Eine Erneuerung mit Rückgriff auf Gramscis Analyse eines zivilgesellschaftlich „erweiterten Staates“ kam über Ansätze nicht hinaus. Eine einfache Fortführung ist aber ebenso schwierig, da heute die Auswirkungen neoliberaler Freiheitsideologie und die folgenreichen Veränderungen in der gesellschaftlichen Betriebsweise in Rechnung gestellt werden müssen. Ist eine gouvernementale Vernunft einer modernen Sozialismuskonzeption möglich?

Vom Fordismus zu einer politischen Ökonomie der Unsicherheit

Den Kern der Restrukturierung der Kapitalakkumulation in den letzten Jahrzehnten bildet die über die Liberalisierung des Kapitalverkehrs Ende der 1970er Jahre herausgebildete neue Qualität der Finanzmärkte. Die Vorherrschaft der Finanzmärkte setzt sich einzelwirtschaftlich in eine Hegemonie des Shareholder Value um, was zu einem beschleunigten Umbau der Unternehmenslandschaft und zu einer Ausweitung der Finanztransaktionen führt. Neben den Folgewirkungen für die Verteilungsverhältnisse und der chronischen Schädigung des Sektors der Binnenwirtschaft, vermittelt über stagnierende und rückläufige Massenkaufkraft und einen ruinösen Wettbewerb der kleineren und mittleren Unternehmen, verschlechtern die herrschenden Eliten durch die Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen und die Verminderung der öffentlichen Investitionen weiter die Rahmenbedingungen für eine gesellschaftliche Steuerung des Reproduktionsprozesses. Politisch umgesetzt wird dieser neoliberale Rückbau des Sozialstaates und die Entfesselung des Kapitalismus in klassenübergreifenden Allianzen zwischen Lohnarbeit und Kapital. Das bürgerliche Lager behält in diesem Erosionsprozess selbst keine strukturelle Hegemoniefähigkeit und wird zunehmend inkonsistent. Neoliberale Politik zielt auf eine politisch gewollte Veränderung der Einkommensverteilung. Mit jedem Schritt in diese Richtung verstärkt sich der Verdrängungswettbewerb der Kapitale, der Versuch der Behauptung und Erweiterung ihrer individuellen Marktanteile. Durch die einsetzende Abwärtsspirale radikalisieren sich die Vertreter neoliberaler Politik. Im Laufe der Verallgemeinerung und Radikalisierung neoliberaler Politik verändert sich vor allem auch die Sozialdemokratie. Wir sind mit einem schleichenden Übergang der Sozialdemokratie von einer Sozialstaatspartei hin zu einer Formation der „Neuen Mitte“ konfrontiert, die sich einer sozial abgedeckelten neoliberalen Angebotspolitik verpflichtet weiß. „Im deutschen Parteienspektrum erweist sich die SPD als politische Förderin des Finanzmarktkapitalismus, die kooperative, koordinierende und deshalb marktbegrenzende Beziehungen zwischen Unternehmen aufzubrechen sucht und ... für kapitalmarktorientierte Reformen steht“ (Höpner 2005: 197).

Dies befördert die gegenwärtige Rückkehr einer Ökonomie der Unsicherheit. Das Regulationssystem des Nachkriegskapitalismus hatte einen spezifischen Unterbau, eine fordistisch-tayloristische Betriebsweise des Kapitals. Die beschleunigte Akkumulation des Kapitals schlug sich in hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten nieder; ohne breitere Partizipation der Lohnabhängigen und die erfolgreiche Erweiterungen sozialer Rechte wäre die innere Landnahme des Kapitals (Lutz 1984, Streeck 2005) so nicht zustande gekommen. „Die Macht der Großunternehmen, eine standardisierte Arbeitsorganisation und mächtige Gewerkschaften sorgen für die Dominanz dieser kollektiven Regulierungsformen. Die Arbeiter, die sich zu großen Verbänden zusammenschließen und

von ihnen vertreten werden, beugen sich den Anforderungen des sich entwickelnden Industriekapitalismus und profitieren im Gegenzug von umfassenden Sozialleistungen auf der Basis stabiler Beschäftigungsbedingungen ... Die beiden Pfeiler, auf denen die kollektiven Sicherungssysteme erreicht wurden – der Staat und die homogenen sozioprofessionellen Gruppen –, beginnen nun seit den 70er Jahren brüchig zu werden“ (Castel 2005: 55).

Der Übergang von den fordistisch geprägten Sozialstrukturen im 20. Jahrhundert hin zur Flexibilisierung und Prekarisierung der gesellschaftlichen Arbeit schlägt sich in einer politischen Ökonomie der Unsicherheit nieder, deren Auswirkungen in allen Bereichen der Gesellschaft nachweisbar sind.

Zugespitzt lautet die These: Die soziale Sicherheit und der soziale Zusammenhalt fallen der Flexibilität zum Opfer. „Die soziale Unsicherheit schafft nämlich nicht nur Armut. Wie ein Virus, der das Alltagsleben durchdringt, die sozialen Bezüge auflöst und die psychischen Strukturen der Individuen unterminiert, wirkt sie auch demoralisierend, als Prinzip sozialer Auflösung. Sie zersetzt den Charakter, wie es bei Richard Sennett in anderem Zusammenhang heißt. Sich in einer Situation ständiger Unsicherheit zu befinden bedeutet, weder die Gegenwart meistern noch die Zukunft positiv gestalten zu können.“ (ebd. 38) Diese Unsicherheit wird mit der Informalisierung von Arbeit, Geld und Politik globalisiert (Altvater/Mahnkopf 2002).

Auf der anderen Seite wäre es aber verkürzt, die Auflösung der fordistisch-tayloristischen Betriebsweise nur als negativen, den Lohnabhängigen aufgezwungenen Prozess zu interpretieren. Die Veränderung im System gesellschaftlicher Lohnarbeit – Qualifizierung, Vermarktlichung, Entgrenzung (Sauer 2005a) – hat für Teile der Beschäftigten auch durchaus positive Aspekte. Die „Öffnung“ der hierarchisch strukturierten Arbeitsorganisation setzt auch subjektive Entfaltungspotentiale frei. Die Ambivalenz der Arbeitsorganisation ändert sich erheblich. „Die Subjektivität der Beschäftigten – ehemals Störfaktor und oft illegale Kompensationsfunktion – wird jetzt zu einem produktiven Faktor und zu einer expliziten Aufforderung: Das Prinzip der Selbstorganisation soll die Beschäftigten zu unternehmerischen Handeln auffordern, d.h. sie sollen den Einsatz ihrer Arbeitskraft, ihre Leistungsverausgabung und auch die Rationalisierung ihrer Arbeitsprozesse selbst steuern“ (Sauer 2005b: 7). „Führe Dich selbst“ appelliert dabei an ein erforderliches verändertes Verhalten und Handeln der Subjekte in allen gesellschaftlichen Bereichen, auch und gerade der Lohnabhängigen. Selbstführung, Selbststeuerung, Selbstorganisation und Empowerment – oder wie auch immer die Charakterisierungen dieses geforderten neuen Arbeitnehmertypus, des sog. Arbeitskraftunternehmers lauten mögen – sind Reaktionen und Folgen neuer Bedingungen und Strukturen der Lohnarbeit.

Die neoliberale Veränderung des Kapitalismus steht auch für erweiterte Spielräume von Individualitätsentwicklung, freilich mit einer erheblichen Ambiva-

lenz und Verletzbarkeit. Der veränderte Zugriff auf die Leistungspotentiale des lebendigen Arbeitsvermögens zielt auf eine erweiterte „innere Landnahme“, d.h. die Ausweitung der Marktgesellschaft auch auf Bereiche von Bildung, Gesundheit, und öffentliche Dienstleistungen. Die im Produktionsprozess abgeforderte und entwickelte Selbstorganisation bleibt eben nicht nur auf die Steuerung der Verausgabung der eigenen Arbeitskraft im Unternehmen (Arbeitskraftunternehmer) beschränkt, sondern wird auch auf andere gesellschaftliche Bereiche übertragen, beziehungsweise dort als Einstellung abgefordert. Die Zweischneidigkeit der Entwicklung von Produktivität und Individualität erhält eine neue Ausprägung.

Ohne Zweifel gibt es soziale Gruppierungen von Lohnabhängigen, die von der Tendenz zur Selbstorganisation und den größeren Individualitätsspielräumen in und außerhalb der Arbeit angesprochen sind. Deren Entwicklung von Fähigkeiten und Kompetenzen korrespondieren mit Ansprüchen, auch mit Blick auf die sonstigen gesellschaftlichen Sektoren individuell ausgerichtete Dienste und Absicherungen kaufen zu können. Es gibt ohne Zweifel Gewinner der Flexibilisierung und somit breitere soziale Schichten, die sich von dem Gesellschaftsbild der Neoliberalen angesprochen fühlen. Die Trennlinie zwischen Gewinnern und Verlierern der Entfesselung und Flexibilisierung des Kapitals verläuft „entlang der objektiven Ressourcen und der organisatorischen Basis, auf die sich die Individuen stützen können, um mit diesen neuen Situationen zurecht zukommen ... Diejenigen, die über kein wirtschaftliches, kulturelles oder auch gesellschaftliches Kapital verfügen sind auf kollektive Sicherungsformen angewiesen“ (Castel 2005: 64f.).

Neoliberale Gouvernamentalität

Die Veränderungen in der gesellschaftlichen Betriebsweise des Kapitals seit Ende der 1970er Jahre und verstärkt in den 1990er Jahren lassen das politische Feld und staatliche Strukturen nicht unberührt. In solchen Transformationsperioden wird die „Staatsfrage“ wieder aktuell, und zwar sowohl im bürgerlichen Lager wie auf Seiten der politischen Linken.¹ In allen kapitalistischen Hauptländern hatte sich ein Block sozialer Kräfte formiert, der in der Deregulierung und Privatisierung sozialstaatlicher Steuerungen einen erneuten Durchbruch zur Dynamisierung der Kapitalakkumulation sah. Die Rückkehr zu einem sich selbst entwickelnden und regulierendem System von Marktkräften basiert auf der Ablehnung staatlicher Interventionen.

Diese negative Einstellung zu den öffentlich-staatlichen Angelegenheiten ist

1 Das Ende von Rot-Grün und die Neuformierung der Linken in Deutschland markiert in ähnlicher Weise eine Zäsur, anlässlich derer Elmar Altvater dazu aufruft: „Wir müssen ... Staatstheorie betreiben und uns mit den Traditionen der Parlamentarismuskritik beschäftigen“, und als bleibende Aufgabe der Linken zehn Lektionen Staats- und Parlamentarismuskritik formuliert (Altvater 2005: 4).

nicht neu. Auch Keynes setzte sich zu Beginn des krisenhaften Übergangs zum Fordismus in der Zwischenkriegszeit im Zuge seiner veränderten Sichtweise auf die Freihandelsdoktrin des 19. Jahrhunderts mit der gesellschaftspolitischen Strategie des „Laissez-Faire“ auseinander: Der Liberalismus müsse zunächst im Kontext der Auseinandersetzung mit den politischen Strukturen des untergehenden Feudalismus gesehen werden. Erst später trat die Ideologisierung hinzu, dass staatliche Regulation mit einer Ressourcenvergeudung verknüpft sei. „Die eigentliche Absicht ... war die Entthronung von Monarchie und Kirche“ (Keynes 1926: 97). Die Wirkung der Festigung von Eigentumsrechten und Rechtsstaatlichkeit wurde zur Grundlage einer „Staatsphobie“. „Zu der philosophischen Lehre, dass der Staat kein Recht zur Einmischung habe, und zu dem göttlichen Wunder, dass er es gar nicht nötig habe, sich einzumischen, gesellt sich ... der wissenschaftliche Nachweis, dass seine Einmischung gar nichts nutzt“ (ebd. 98). Gleichwohl zeigt sich für Keynes in der wirklichen Entwicklung wie der theoretischen Auseinandersetzung, dass die Verknüpfung von aufgeklärtem Egoismus und Gemeinwohl nicht zu halten ist. Die gesellschaftlichen Probleme legen einen Bruch mit der „neoliberalen“ Sichtweise nahe: „Es ist vielleicht die wichtigste Aufgabe der heutigen Nationalökonomie, von neuem zwischen den *Agenda* und den *Non-Agenda* des Staates zu unterscheiden; parallel damit geht die Aufgabe der Politik, im Rahmen der Demokratie Staatsformen zu finden, welche der Übernahme der *Agenda* gewachsen sind“ (ebd. 111). Keynes schwebte dabei die „Entwicklung und Anerkennung halb-autonomer Körperschaften im Rahmen des Staates“ vor – also der Ausbau zivilgesellschaftlicher Strukturen.²

Dieser Vorschlag, halb-autonome Körperschaften als Träger des gesellschaftlichen Wertschöpfungsprozesses einzusetzen, ist vor dem Hintergrund der damaligen Entwicklung der Kapitalgesellschaften zu sehen. Keynes ging wie die Mehrheit der Ökonomen davon aus, dass Aktiengesellschaften sich zunehmend vom Charakter des Privatunternehmens entfernen und sich dem Status einer öffentlichen Körperschaft annähern. Die Partizipation der Aktionäre am Unternehmenserfolg würde damit zum sekundären Vorgang. „Sobald dieser Punkt erreicht ist, legt die Verwaltung größeren Wert auf die allgemeine Stabilität und das Ansehen der Institution als auf die höchstmöglichen Gewinne für die Aktionäre“ (ebd. 112). Aus der spezifischen Machtstruktur in den Kapitalgesellschaften leitet Keynes ab:

2 In diese Konzeption ordnete sich auch Keynes' Vorschlag für eine Politik wachsender nationaler Selbstgenügsamkeit ein, die „nicht als ein Ideal an sich betrachtet werden (muß), sondern als ein Mittel zur Schaffung einer Atmosphäre, in der andere Ideale sicher und bequem verfolgt werden können“ (Keynes 1933: 157). Keynes verkörpert damit innerhalb des bürgerlichen Lagers gegenüber einem radikalisierten Liberalismus einen „Dritten Weg“, nicht unähnlich Gramscis Stellungskrieg. Auf dem „langen Marsch“ zum Neoliberalismus gelang es aber insbesondere in der Frage des Staatsinterventionismus den Keynesianismus weitestgehend von der liberalen Landkarte zu verbannen (vgl. dazu Nordmann 2005).

- Der Einfluss der Aktionäre, der über die Entgegennahme angemessener Dividenden hinausgeht, ist gleich null;
- Der Kampf gegen den unbeschränkten Privatprofit ist nurmehr im Einzelfall sinnvoll;
- In bestimmten Wirtschaftsbereichen ist die Verteilung des Ertrags kein brennendes Problem mehr; über die politische Willensbildung in der Gesellschaft könnte eine gesellschaftliche Steuerung erreicht werden, ohne dass private Initiative und privater Unternehmungsgeist angetastet würden;
- Schließlich könnten überhaupt die Verwendung der Ersparnisse und die Kapitalanlagen einer gesellschaftlichen Steuerung unterworfen werden.

In dieser Sichtweise eines „organisierten Kapitalismus“, die bis in die Zwischenkriegszeit hinein von der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung geteilt wurde, schien das Kapital durch diese neuen Organisationsformen einen Zivilisierungsprozess zu durchlaufen. Aber „mit der Weltwirtschaftskrise und der Barbarei der faschistischen Bewegung wurde offenkundig, dass der organisierte Kapitalismus eben nicht die Vorstufe für eine geplante und gesteuerte Ökonomie war. Das tiefsitzende Misstrauen gegenüber dieser Vorstellung wurde durch den Zusammenbruch der staatssozialistischen Gesellschaften aktualisiert. Die Sozialdemokratie hat aus historischen Erfahrungen und grundlegenden Theoriedefiziten heraus aber keine erneuerte tragfähige Konzeption der gesellschaftlichen Kontrolle des Kapitals und der Steuerung der Investitionen entwickelt und wurde insofern mit den wachsenden Widersprüchen der Kapitalakkumulation und des Sozialstaates in Richtung einer neoliberalen Gesellschaftskonzeption gedrängt“ (Bischoff 2005: 21f.).

Auch *Gramsci* sah in dem Transformationsprozess zum Fordismus den Staat als den „großen Rationalisierer“, der dabei als „integraler Staat“ nicht nur die staatlichen Institutionen im engeren Sinne, sondern auch die Kasematten und Bollwerke der Zivilgesellschaft umfasst. Bei einer solchen Anordnung des politischen Feldes im Fordismus ergab sich für die Lohnabhängigen immer wieder die Möglichkeit, in sozialen Kämpfen über den Staat auf das Kapital einzuwirken und Veränderungen und Erweiterungen ihrer ökonomischen und politischen Position als asymmetrische Klassenkompromisse gesetzlich festzuschreiben. Solche Kompromissbildungen und „Verdichtungen“³ von Klassenverhältnissen auf politischer und staatlicher Ebene lösen sich gegenwärtig in der anhaltenden krisenhaften Transformation des Fordismus immer mehr auf, woraus resultiert, „dass eine im Sinne Gramscis auf korporative Kompromisse beruhende Hegemoniebildung schwieriger wird“ (Hirsch 2005: 201). Hirsch diagnostiziert einen „neoliberalen Konstitutionalismus“, bei dem die

3 Mit diesem Topos versuchte noch Nicos Poulantzas in der Spätphase des Fordismus in den 1970er Jahren eine differenziertere marxistische Staatstheorie als angemessene Antwort auf die ersten Krisenanzeichen des Fordismus, vgl. auch Jessop (2005).

historische Verbindung von Kapitalismus und liberaler Demokratie neu angeordnet wird.

Foucault liefert hier in seinen Analysen des Zusammenhangs von Macht und Subjekt den weiterführenden Hinweis, diese Auflösung fordristischer Arrangements auf staatlicher Ebene als einen weiteren historischen Schub der Gouvernementalisierung des Staates zu fassen. Dabei geht Foucault zur näheren Bestimmung des Verhältnisses von Politik und Ökonomie zum Ende des Fordismus in den späten 1970er Jahren auf die Gründungsväter der Politischen Ökonomie, die Physiokraten, zurück und greift eine Unterscheidung gesamtgesellschaftlich relevanter Prozesse in *sponta acta*, *agenda* und *non agenda* auf, wie sie Jeremy Bentham formuliert hat. Die *sponta acta* sind die kapitalistischen Wertschöpfungs- und Marktprozesse, die allererst „die Selbstbegrenzung einer gouvernementalen Vernunft als faktische und allgemeine Selbstregulation ermöglichen“ (Foucault 2004: 29). Erst unter dieser Voraussetzung gilt dann für jede staatliche Politik in ihrem Verhältnis zu ökonomischen Prozessen: „Die Aufteilung vollzieht sich zwischen den *Agenda* und den *Nonagenda*, den Dingen, die getan werden sollen, und denen, die nicht getan werden sollen“ (ebd. 28). In Foucaults Analyse dreht sich das ganze Problem einer kritischen gouvernementalen Vernunft um die Frage, „wie man es anstellt, nicht zu viel zu regieren“ (ebd. 29). Damit bricht der moderne bürgerlich-kapitalistische Liberalismus mit jeder frühneuzeitlichen festgefühten „Staatsräson“. Diese hegte gegenüber dem Territorium und der Bevölkerung immer den Verdacht: „Es wird zuwenig regiert.“ Dagegen ist der Liberalismus von dem Kritik-Prinzip durchdrungen: „Es wird stets zuviel regiert... Warum muss man überhaupt regieren?“ Daher lässt sich für Foucault diese „liberale Kritik nur schwer von einer für die Epoche neuen Problematik der ‚Gesellschaft‘ trennen“ (ebd. 437). Mit dieser frühen Analyse (neo)liberaler Politik gewinnen Foucaults Thesen zur Gouvernementalität einen aktuellen Bezug zur gegenwärtigen Transformation des bürgerlich-kapitalistischen Staates und den zugrundeliegenden Veränderungen in der gesellschaftlichen Betriebsweise des Kapitals.

Die neue Problematik besteht in den nachfordristischen Transformationsprozessen in den politischen Folgewirkungen der Ambivalenz in der flexibilisierten Arbeitsorganisation, der Tendenz zur Selbstorganisation und der zerstörerischen Folgen für die gesellschaftliche Organisation von öffentlichen Diensten und sozialer Sicherheit. Dabei haben wir es eben nicht einfach nur mit einer spezifischen staatlichen Intervention und einer bewusst angelegten Gesellschaftspolitik zu tun, sondern diese öffentliche Intervention wird durch die „Selbstführung“ der Individuen ermöglicht. Deshalb hebt Foucault in seiner Charakterisierung moderner Gouvernementalität immer wieder darauf ab, den Liberalismus und den Neo-Liberalismus „nicht als Theorie noch als eine Ideologie, und erst recht nicht als eine Weise zu begreifen, in der die ‚Gesellschaft‘ sich repräsentiert; sondern als eine Praxis, das heißt als eine auf Ziele hin ori-

enterte und sich durch kontinuierliche Reflexion regulierende ‘Weise des Tuns’“ (ebd. 436). Mit dem Neoliberalismus ist eine neue Stufe der Selbstführung von Individuen und Gesellschaft erreicht, die auch weitreichende Folgen für gesellschaftliche Alternativen hat. „In dieser Perspektive führen die Krise des Keynesianismus und der Abbau wohlfahrtsstaatlicher Interventionsformen weniger zu einem Verlust staatlicher Regelungs- und Steuerungskompetenzen, sondern lassen sich eher als eine Umorganisation oder eine Restrukturierung der Regierungstechniken begreifen. Damit verlagert sich die Aufmerksamkeit auf die Neukonstitution von Politikformen und Staatsebenen, etwa auf die Einführung von Verhandlungssystemen, Selbstorganisationsmechanismen und Empowerment-Strategien. Ebenso kann diese theoretische Perspektive die Reartikulation von Identitäten und Subjektivitäten erfassen; Beispiele hierfür sind das Auftauchen von NROs auf der politischen Bühne, die Renaissance der lokalen Gemeinschaften oder die Entstehung der Figur des ‘Arbeitskraft-unternehmers’“ (Lemke 2003: 271f.).

In den Formen und Strukturen neoliberaler Gouvernamentalität reflektieren sich also die Veränderungen in der gesellschaftlichen Betriebsweise des Kapitals. „Brütet die neue Ökonomie auch eine neue Politik aus?“, fragt sich Richard Sennett in seiner Analyse der Kultur des neuen Kapitalismus. „In der Vergangenheit lieferte die Ungleichheit die ökonomische Energie für die Politik. Heute wird Ungleichheit sowohl im Sinne der Vermögensverteilung als auch der Arbeitserfahrung neu konfiguriert“ (Sennett 2005: 107). Insbesondere in letzterem – sowohl auf betrieblicher Ebene kapitalistischer Unternehmungen und Verwaltungen als auch durch die Folgewirkungen von Privatisierung öffentlicher Versorgung und der Dekommodifizierung sozialer Sicherheit – bilden sich Mentalitäten und Verhaltensweisen der Subjekte aus, die für neoliberale Regierungsweisen und Politikstile anschlussfähig sind. „Die Werte der New Economy sind zu einem Bezugspunkt für die Denkweise des Staates im Blick auf Abhängigkeit oder Selbstverwaltung im Gesundheitswesen oder im Rentensystem geworden, aber auch hinsichtlich der Qualifikationen, die das Bildungssystem vermitteln soll“ (ebd. 11). „Die ‘Strategie der Responsibilisierung’, der Mobilisierung von Individuen unter dem Signum von Eigenverantwortung, Eigenständigkeit und Eigeninitiative“ (Krasmann 2000: 198) steht beispielhaft für Formen der Subjektivierung im Kontext neoliberaler Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik. „Diese Strategie der Responsibilisierung ist praktisch das subjektive Pendant zum Verantwortung delegierenden Staat: Während das Paradigma der *Solidarität* mit dem Programm des Wohlfahrtsstaates in den Hintergrund tritt, zieht mit der politischen Rationalität des Neoliberalismus das Prinzip der *Verantwortung* atomisierter Individuen herauf“ (ebd.).

Zusammenfassend lässt sich festhalten: „Ein flexibles und individualisiertes Arbeitsmanagement tritt an dies Stelle einer kollektiven Organisation auf Basis stabiler Beschäftigungslagen ... (Es) zeigt sich, dass es sich bei den Wand-

lungsprozessen des Kapitalismus, die seit den frühen siebziger Jahren ihre Wirkung entfalten, im Grunde um eine allgemeine Flexibilisierung der Arbeitsbeziehungen, der beruflichen Karrierewege und der Sozialversicherung handelt“ (Castel 2005: 60). Die Widersprüche können nicht durch eine Ausweitung beständiger Staatsinterventionen aufgehoben werden, sondern die Herausforderung besteht darin den Handlungsrahmen für die erweiterte Individualität so auszustatten, dass aus dem spontanen Handeln selbst eine anderen Qualität des Gemeinwohls realisiert wird.

Grenzen und Krise neoliberaler Gouvernementalität

Die angesprochenen Sozialtechnologien und Strategien können nicht als regierungspolitisches Instrumentarium isoliert werden. Sie sind heute mehr und mehr Bestandteil einer spezifischen ökonomischen Rationalität Diese führt zu einer Politik der „Prekarisierung“ und Rekommodifizierung lebendiger Arbeitsvermögen und schafft auf diesem Wege Flexibilitätsressourcen, die letztlich verbesserten Strukturen der Kapitalverwertung zugute kommen sollen. Bourdieu hegt dabei „den Verdacht, dass Prekarität gar nicht das Produkt einer mit der ebenfalls viel zitierten ‘Globalisierung’ gleichgesetzten *ökonomischen Fatalität* ist, sondern Produkt eines *politischen Willens*. Das ‘flexible’ Unternehmen beutet gewissermaßen ganz eine von Unsicherheit geprägte Situation aus, die von ihm noch verschärft wird“ (Bourdieu 1998: 99).

Die gegenwärtige Entfesselung des Kapitalismus – erhöhte Flexibilität und die verschiedensten Varianten von Marktöffnungsprozessen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Teilbereichen – etabliert als objektive Struktur eine politische Ökonomie der Unsicherheit. Dabei ist es nun keineswegs so, dass die Akteure aus Politik und Kapital strategisch auf die Herstellung gesellschaftlich erhöhter Unsicherheit abzielen. Der prekarierte „flexible Mensch“ innerhalb dieser neuartigen politischen Ökonomie der Unsicherheit soll gerade deshalb „empowert“ werden, um Unsicherheit überwinden zu können und mit dieser Fähigkeit dann noch passgenauer für die veränderte betriebliche Arbeitsorganisation zu sein.

Die Internalisierung des Marktes in Unternehmensstrukturen setzt bezogen auf das lebendige Arbeitsvermögen einen zwieschlächtigen Prozess frei. Es sind gerade die zivilisatorischen Seiten kapitalistischer Herrschaftsstrukturen („reelle Subsumtion“), die die Lohnarbeit im Unterschied zu allen anderen bisherigen Formen und Kulturen der Arbeit „zu einer ganz andren historischen Action befähigen“ (Marx 1863/1864: 103): „der freie Arbeiter dagegen getrieben von seinen wants. Das Bewusstsein (oder vielmehr die *Vorstellung*) der freien Selbstbestimmung, der Freiheit, macht den einen zu einem viel bessern Arbeiter als den andren, und das damit verbundene feeling (Bewusstsein) of *responsibility*; da er, wie jeder Waarenverkäufer, responsibel ist für die Waare, die er

liefert und sie in gewisser Qualität liefern muß, soll er nicht von andren Waarenverkäufern derselben Species aus dem Feld geschlagen werden.“ (ebd. 101f.) Diese Ambivalenzen und Paradoxien innerhalb der Charaktere der Lohnarbeit selbst – als gesellschaftlicher Arbeitskörper zugleich durch die vereinzelt Einzelnen die „Instinkte und Gesetze der Warennatur“ zu exekutieren und zu bedienen – werden unter den Bedingungen des neuen Marktregimes nach der Seite der Wertschöpfung und Verwertung hin verschärft. Innerhalb eines Regimes politischer Ökonomie der Unsicherheit entpuppt sich der „Arbeitskraftunternehmer“ – dankbares Objekt von Empowermentstrategien – als ideologischer Überbau dieses „vereinzelt Arbeiters“. Und damit erweisen sich auch die Gouvernementalität und die Strategien der Gouvernementalisierung als potenziertes politisch-ideologischer Ausdruck eines durch die gesellschaftliche Betriebsweise des flexiblen Kapitalismus selbst hervorgerufenen „*neuen Verhältnisses der Ueber- und Unterordnung*“ (das auch *politische* etc. Ausdrücke seiner selbst producirt)“ (ebd. 98).

Im Fordismus fand dieses Über- und Unterordnungsverhältnis eine weitergehende soziale Ausgestaltung, in der betriebliche Leistungskompromisse mit Sicherheit, sozialstaatlicher Dekommodifizierung der Lohnarbeit und damit auch widersprüchlicher Subjektivitätsentwicklung in und außerhalb der Arbeit einhergingen. Diese Strukturen werden im gegenwärtigen entfesselten Kapitalismus durch die Flexibilisierung der gesellschaftlichen Betriebsweise, Prekarisierung von Teilen der Lohnarbeit und außer Kraft Setzung sozialer Sicherheiten der Lohnarbeitsgesellschaft zunehmend zerstört. Zentrale Triebkraft sind die Entgrenzung von Marktprozessen und die Veränderung betrieblicher Organisationsgrenzen durch erhöhten äußeren wie internen Marktdruck. Dies führt zu neuen Formen von betrieblicher Beherrschung und Selbstbeherrschung des Arbeitsvermögens, die auf gewachsene Subjektivitätspotentiale in der Arbeit und Ausweitung der Individualität der Lohnabhängigen aus dem Fordismus aufbauen und diese weitertreiben können. Jetzt löst sich die für die fordistisch-tayloristische Nutzung von Arbeitskraft konstitutive Trennung von Arbeitskraft und subjektivem Träger partiell auf.

Mit diesen Veränderungen in Kernbereichen der gesellschaftlichen Betriebsweise im flexiblen Kapitalismus sind neuartige Formen von „Subjektivierung der Arbeit“ vorgeprägt, mit denen auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen, jenseits einigermaßen gesicherter Lohnarbeit, Politik gemacht wird. Der Imperativ des Neoliberalismus – alle Macht den Märkten – zeigt auch hier in den prekarisierten Bereichen von Erwerbslosigkeit, Sozialhilfe, Armut, Kriminalität etc. seine zweite Seite: „Führe dich selbst“. Die Probleme von Armut und Erwerbslosigkeit werden in Fragen der Selbstsorge transformiert. Die Individuen werden in Form einer Strategie des Empowerments oder der sozialverpflichteten Responsibilisierung zu mehr Eigenverantwortung, Eigenständigkeit und Eigeninitiative mobilisiert. Responsibilisierung operiert hier über den Modus der

Aktivierung der betroffenen Subjekte, ihre durch sozialstaatliche Alimentierung „erlernte Hilflosigkeit“ zu überwinden und in individuelle Handlungsfähigkeit zu transformieren. Die Politik der Responsibilisierung wird erst dominant vor dem Hintergrund der Krise und Zerstörung der fordistischen Lohnarbeitsgesellschaft. Sie kann zwar auf eine gewachsene Subjektivität in der Arbeit aufbauen, gewinnt aber ihre Sinnhaftigkeit und Akzeptanz als erfolgreiche Gegenstrategie nur als Antwort auf soziale Unsicherheit. Damit verbleibt sie in einem fatalen Zirkel. Denn auch hier – wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen des entfesselten Kapitalismus – wird von der politischen Klasse die entstehende soziale Unsicherheit ausgenutzt und zugleich politisch verschärft. Der Sinn dieser politischen Ökonomie der Unsicherheit, des Managements der Unsicherheit, der Prekarisierungsstrategien und der Politik des Empowerments ist die Reproduktion dieser Konstellation, womit die Gesellschaftspolitik des Neoliberalismus keine höhere gesellschaftliche Rationalität erreicht, sondern faktisch eine politische Ökonomie der Unsicherheit perpetuiert.

Die politisch-ideologische Utopie des Neoliberalismus lebt davon, die Spannungen und Widersprüche von gesellschaftlicher wie individueller Unsicherheit und sozialverpflichteter Eigenverantwortung politisch managen zu können. Diese Form des Führens und Regierens mit ihren individualisierenden und repressiven Seiten lässt sich mit Foucault als eine entwickelte Gestalt von „Gouvernamentalität“ begreifen, die gegenüber der fordistischen Entwicklung und ihres keynesianischen Wohlfahrtsstaates die Agenda und Non-Agenda staatlicher Politik neu justiert. So zielte die Agenda-Politik von Rot-Grün letztlich auf eine Erweiterung der Non-Agenda des Staates, was fortgeführt werden wird.

Diese Umbruchsituation hat höchst disparate Zeitdiagnosen hervorgebracht. Mit Verweis auf die Informatisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, die Erschließung der Subjektivierung von Arbeit und die Ausweitung von Selbstorganisation ist auf die Herausbildung einer neuen gesellschaftlichen Betriebsweise des High-Tech-Kapitalismus geschlossen worden (vgl. Haug 2003, Candéas 2004). Auf der anderen Seite kann ein Nebeneinander von taylorisierten Arbeitsprozessen, Akkumulationskrise, ökonomischer Stagnation und finanzkapitalistischen Überschussbewegungen festgestellt werden, was uns zu der Hypothese von einer anhaltenden Krise der fordistischen Betriebsweise veranlasst. Die ökonomischen Grundstrukturen des gegenwärtigen „Finanzmarktkapitalismus“ bergen zu viele Instabilitäten und Widersprüche, um von einer High-Tech-basierten konsistenten und entwicklungsfähigen „neoliberalen Produktionsweise“ sprechen zu können.

Alternativen und sozialistische Gouvernamentalität

Gegen die politische Umsetzung der Utopie des Neoliberalismus, die auf eine radikale Transformation der Lohnabhängigen in Arbeitskraftunternehmer und damit eine kapitalistische Form der Aufhebung von Lohnarbeit und Kapital

zielt, gibt es zunehmenden Widerstand. Die strategische Herausforderung besteht darin, in der Orientierung auf eine neue Qualität der Lohnarbeitsgesellschaft zu einer Vernetzung der verschiedenen Protestpotenziale zu kommen. Angesichts der Folgen neoliberaler Gouvernamentalität müssen gewerkschaftliche Bestrebungen einer Rezivilisierung des Kapitalismus und „gegen-hegemoniale“ Projekte neuer sozialer Bewegungen zusammengebracht werden. Dabei kann es u.E. für eine moderne sozialistische Linke kein einfaches Zurück zu der These geben: die Hegemonie geht von der Fabrik aus. Ebenso einseitig sind Schlussfolgerungen, die Krise der Lohnarbeit führe zu einer neuen „Proletarität“ in Gestalt einer „Bewegung der Prekären“ (vgl. Hauer 2005)⁴ oder zum neuen historischen Subjekt einer globalen „Multitude“ (vgl. Bischoff/Lieber 2004). Ferner ist nicht ausgemacht, wo der Transformationsprozess der europäischen Sozialdemokratie zum Stehen kommt und in welcher Form sich ein neuer „Reformismus“ unter Akzeptanz der Bedingungen des Finanzmarkt-Kapitalismus ausbildet.⁵ Daher muss für eine sozialistische Linke auch der politische Deradikalisierungs- und Transformationsprozess der deutschen und europäischen Sozialdemokratie in Rechnung gestellt werden. Mit Beginn der Krise des Fordismus Mitte der 1970er Jahre wird die deutsche Sozialdemokratie – zu Beginn der 1980er Jahre bspw. auch die französischen Sozialisten – durch die wachsenden Widersprüche der Kapitalakkumulation und des Sozialstaates in Richtung einer neoliberalen Gesellschaftskonzeption gedrängt. Foucault hebt den wichtigen Gesichtspunkt hervor, dass dieser „Transformismus“ sozialdemokratischer Politik in Richtung bürgerlich-liberaler Politik schon in einer spezifischen „neo-liberalen“ Konstellation nach 1945 angelegt ist, in der erst über den ökonomischen Rahmen ordoliberaler Politik eine „radikal“ ökonomisch begründete Legitimität des Staates entsteht. „Wie soll eine sozialistische Partei, deren zumindest ferneres Ziel eine ganz anderes Wirtschaftssystem war, in dieses politische Spiel hineinpassen, da die Gegebenheiten in gewissem Sinne verkehrt waren, das Ökonomische die Wurzel des Staates bildete, und nicht der Staat dieser oder jener ökonomischen Entscheidung als historisch-rechtlicher Rahmen vorgeordnet war“ (Foucault 2004: 132). Sozialdemo-

-
- 4 Karl Heinz Roth, der zu Beginn der 1990er Jahre eine Debatte um die „Wiederkehr der Proletarität“ ausgelöst hatte, diagnostiziert heute „globale Unterklassen“, „unter denen die doppelt freie Lohnarbeit nur eine von unendlich vielen Varianten darstellt.“ Dementsprechend skeptisch steht er einem „link“ von Lohnarbeit und anderen subalternen Klassen gegenüber. Hier widerspricht er entschieden dem Post-Keynesianismus und auch den Schlussfolgerungen von Robert Castels „Metamorphosen der sozialen Frage“. „Eine ‘arbeitsgesellschaftliche’ Reintegration der ‘Überzähligen’ wird es nicht mehr geben“ (Roth 2005: 74). In dieser strategischen Relativierung der Arbeitsgesellschaft bleibt u.E. allerdings die Analyse des Autonomie- und Selbstorganisationspotenzials moderner Lohnarbeit auch unter neoliberaler Gouvernamentalität und damit ihre politische Gewichtung für einen sozialistischen Transformationsprozess unterbelichtet.
- 5 Für Mathias Greffrath scheint jetzt schon ausgemacht, dass „nur die SPD ... zur organisierenden Mitte eines ... Erneuerungsprogramms werden (kann)“ (2005: 3).

kratie und Gewerkschaften reagierten auf diese flexible ordoliberalen Gouvernamentalität des bürgerlichen Lagers mit illusionärer Staatsfixiertheit.

Die Hilflosigkeit, mit dieser verkehrten Anordnung von Staat und Ökonomie umgehen zu können, führte dazu, dass auch die Sozialdemokratie – um nicht vollständig aus dem wirtschaftlich-politischen Konsens des deutschen Liberalismus ausgegrenzt zu bleiben – sich „zumindest der allgemeinen Praxis als Regierungspraxis dieses Neoliberalismus (anschließt)“ (ebd.). Für Foucault steht „Godesberg“ nicht für einen „Verrat“ am Theoretisch-Programmatischen eines wahren Marxismus oder Sozialismus. Vielmehr hat sich die Sozialdemokratie damit „völlig demjenigen Typ von wirtschaftlich-politischer Gouvernamentalität verschrieben, den sich Deutschland seit 1948 gegeben hat“ (ebd. 133).

Aus dieser Subalternität gegenüber bürgerlich-liberaler Gouvernamentalität kann eine erneuerte politische Linke jenseits der Sozialdemokratie heute lernen und dies leitet über zum grundsätzlichen Problem „der Beziehung des deutschen Sozialismus zur neoliberalen Gouvernamentalität“ (Foucault), des Verhältnisses der Sozialisten zum politischen Feld überhaupt. Von der Übernahme bürgerlicher Gouvernamentalität und der Leerstelle einer eigenständigen Selbstbestimmung der Handlungs- und Regierungsweise sozialistischer Politik legen die Geschichte des Staatssozialismus, das Scheitern dritter Wege und Verächtlichmachung einer Politik der Übergangsforderungen in den eigenen Reihen, die Endlosdebatten um Reform und Revolution Zeugnisse ab. Gegen solche politische Sackgassen ist die Linke aber auch durch die ausgefeilteste Staatstheorie nicht gefeit. Vielmehr „(fehlt) dem Sozialismus eine intrinsische Regierungsrationalität“ (ebd. 137). Diese fehlende eigenständige politische Rationalität und sozialistische Regierungskunst sind nicht im Inneren eines wahren Sozialismus und seinen Texten zu finden. „Man kann sie nicht daraus ableiten. Man muss sie erfinden.“⁶ Auf die Krise der Gouvernamentalität des Neoliberalismus kann es mithin keine etatistische Antwort geben. Foucault erweitert die Anforderungen an gesellschaftliche Alternativen radikal: „Ob man nun bei Marx eine Theorie des Staates findet oder nicht, das sollen die Marxisten entscheiden. Ich meine jedoch, dass dem Sozialismus nicht so sehr eine Staatstheorie fehlt, sondern eine gouvernementale Vernunft, eine Definition dessen, was innerhalb des Sozialismus eine Rationalität der Regierung wäre, d.h. ein vernünftiges und berechenbares Maß des Umfangs der Modalitäten und der Ziele des Handelns der Regierung“ (ebd. 134).

6 Foucault reflektiert mit seinen Ausführungen zu sozialistischer Gouvernamentalität zeitgeschichtlich bedingt die Schwächen, Halbheiten und Krisen der sozialistischen Regierung in Frankreich, aber auch die gescheiterten Erneuerungsversuche des (Euro)Kommunismus. 1983, anlässlich eines Projekts zu einem Weißbuch über sozialistische Politik, stellt er sich die Frage: „Haben die Sozialisten ein Problem mit der Regierung oder nur ein Problem mit dem Staat?“ Im Herbst fordert er seine Studenten in Berkeley auf, sich mit dem Staatsverständnis seit den 30er Jahren auseinanderzusetzen. Er liest Schriften von Jaurès, Blum und Mitterand.“ (Zeittafel in Foucault 2001: 102)

Die Hinweise von Foucault auf eine Agenda und Non-Agenda sozialistischer Gouvernamentalität sind nach der Seite hin produktiv, dass deren Rationalität auf die Erhöhung politischer Handlungsfähigkeit und der Autonomie der Subjekte ausgerichtet sein muss. Aber sie greifen für eine moderne sozialistische Gouvernamentalität noch zu kurz, als die zugrundeliegenden spontanen Akte und ökonomischen Regulierungen nicht näher in den Blick genommen werden. In der Tat kann es kein Zurück zu einem Etatismus geben. Die sozialistische Plan- und Kommandowirtschaft stellte ihrerseits schon eine schlechte und unzulängliche Alternative zum Fordismus dar. Insofern muss an die heute entwickelten Formen von Selbstorganisation und Selbststeuerung angeknüpft werden, die sich inner- und außerhalb der Unternehmen herausgebildet haben. Aber bei allem Selbststeuerungspotenzial der flexiblen Betriebsweise schließt der entfesselte Kapitalismus immer noch Über- und Unterordnungsverhältnisse ein, die mögliche Freiheits- und Gestaltungsspielräume immer wieder konterkarieren oder gar zerstören. Daher müssen politische Rahmenbedingungen, die eine erhöhte Selbsttätigkeit der Individuen ermöglichen sollen, mit einer bewussten Steuerung und Regulierung der kapitalistischen Wertschöpfungsprozesse verknüpft werden.

Die sozialistische Kapitalismuskritik basiert aus unserer Sicht auf der These: Es kommt darauf an, den kapitalistischen Charakter der organisierten Arbeit und der zentralisierten Produktionsmittel in Formen der assoziierten Arbeit und in gesellschaftliche Arbeitsmittel zu verwandeln. Der etatistische Ansatz war ein untauglicher Ansatz für diese Transformation. Heute tritt deutlich hervor, dass die erweiterte Selbstorganisation der Subjekte aufgegriffen und durch einen veränderten Rahmen die Einschränkungen und Widersprüche beseitigt werden müssen. Wir können – anders als Keynes oder Hilferding – nicht mehr davon ausgehen, dass von einer Tendenz zum „organisierten Kapitalismus“ ein Übergang zur Demokratisierung der Wirtschaft erschlossen wird. Das Gewicht der Kapitalgesellschaften auf den gesamtgesellschaftlichen Wertschöpfungsprozess hat sich zwar zweifellos erhöht; zugleich sind wir aber über die Ausrichtung der Shareholder und die gesellschaftspolitische Strategie in Richtung auf eine Eigentümer-Gesellschaft mit einer Ausbreitung von Unsicherheit, Prekarität und dem Abbau sozialer Absicherung konfrontiert. Es ist keineswegs so, dass die Machtstrukturen der großen Kapitalgesellschaften dazu tendieren, die freie Konkurrenz durch das Prinzip einer planmäßigen Produktion zu ersetzen. Im Gegenteil, sie wirken gesellschaftszerstörend. Das gleiche gilt vom finanzmarktgetriebenen Umbau des fordistischen Sozial- und Wohlfahrtsstaates. Seine innere Struktur verformt sich, indem durch eine neoliberale wie neosozialdemokratische „kontrollierende“ Agenda-/Non-Agenda-Politik Reste einer kompensatorischen Sozialpolitik in eine kompetitorische, auf Wettbewerb orientierte Sozialpolitik transformiert werden. Damit wird der eigentliche Kern

des Sozialstaates,⁷ die soziale Sicherheit, für eine weitergehende „innere Landnahme“ durch Kapitalfonds sturmreif gemacht. Die Rekonstruktion emanzipatorischer Potenziale, die in moderner Lohnarbeit enthalten sind, ist aber auf die Durchsetzung sozialer Sicherheit angewiesen, die sich auch auf die gesellschaftlichen Lebenssphären jenseits der Unternehmen erstrecken muss. Die Strukturen der betrieblichen Mitbestimmung lassen sich nur ausweiten, indem zugleich eine Demokratisierung der gesamtgesellschaftlichen Ökonomie etabliert wird. Zu dieser Veränderung gehören ein neues System sozialer Sicherheit und die Gewährleistung kontinuierlicher Fort- und Weiterbildung, denn gerade die Qualifikationen und Kompetenzen in der Subjektivierung der Arbeit sind ein unabdingbares Ferment in einem emanzipatorisch ausgerichteten Transformationsprozess. Dieser kann sich nicht mehr einfach auf eine, wenn auch zivilgesellschaftliche, Umgestaltung von Staat und (Groß-)Unternehmen beziehen, sondern eine moderne sozialistische Gouvernamentalität muss sich im Kern um die Subjektivitätspotenziale gegenwärtiger Lohnarbeit, eine Rekonstitution sozialer Sicherheit und gesamtgesellschaftliche Regulierungsformen zentrieren. Schematisch lassen sich daher folgende Dimensionen umreißen.

- Erweiterte Formen der betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung. Die besitzindividualistischen Borniertheiten und Deformationen, die die Formen der gesellschaftlichen Arbeit und Kooperation unterm Kapital immer wieder annehmen, müssen durch die Implementierung wirtschaftsdemokratischer Elemente in Betrieben und Verwaltungen zurückgedrängt werden. Dem kommen erhöhte Selbststeuerungs- und Entscheidungskompetenzen der Lohnabhängigen in unterschiedlichsten Segmenten, selbst in Bereichen der Prekarität, entgegen. Hinter der Flexibilisierung betrieblicher Arbeitsorganisation und der Arbeitszeiten stehen zwar ökonomische und soziale Unsicherheiten, deren Bewältigung oft massive Zumutungen an die lebendige Arbeit darstellen. Dennoch werden dabei auf widersprüchliche Weise durch die Subjekte selbst Entscheidungskompetenzen und individuelle Fertigkeiten entwickelt. Es ist hier nicht mehr eine festgefügte betriebliche Hierarchie und Arbeitsteilung, die die sozialen Verhältnisse determiniert. Die Sozialität in diesen Strukturen wird vielmehr in viel höherem Maße durch die Individuen selbst hergestellt – und dadurch der Kapitalfetisch weiter unterminiert.⁸ Diese Tendenz kann auch Spielräume eröffnen für eine

7 Neben überzogenen Erwartungen an den organisierten Kapitalismus tendierte die Linke auch immer wieder zu der Fehleinschätzung, der wahre Kern des Sozialstaates bestünde in der nachträglichen Korrektur von Ungleichheiten in der Primärverteilung und damit in der Herstellung von Chancengleichheit.

8 Andere Analysen des gegenwärtigen Kapitalismus, die auch von einer „fetischismuskritischen“ Interpretation der Kritik der politischen Ökonomie ausgehen, leiten ihre Schlussfolgerungen allerdings nicht aus solchen gegenläufigen Tendenzen als immanenten „Minen“ (Marx 1953: 77) zur Auflösung der Kapitalherrschaft ab, sondern setzen auf „die Abschaffung des Kapitalismus“ (vgl. Heinrich 2005: 31).

- aufklärerische Auseinandersetzung der Beschäftigten und der Gewerkschaften mit der Legitimation der am Shareholder-Value orientierten Corporate Governance. „In Frage gestellt werden muss auch die Objektivität bzw. der Sachzwangcharakter der Zahlen und der Renditeanforderungen, mit denen die Beschäftigten und ihre Interessenvertretungen konfrontiert werden“ (Sablowski 2005: 25).
- Ein modernes Steuerungssystem für den gesellschaftlichen Strukturwandel in Richtung auf Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft. Der Steuerexperte Kirchhof charakterisiert gerade in seiner Ablehnung einen solchen Rahmen: „Die Steuer verfolgt dann drei Zwecke: Sie beschafft staatliche Einnahmen, beeinflusst Konjunktur und Gesamtwirtschaft und steuert individuell das Verhalten der Menschen ... Der Staat wird ... eine gerecht verteilende Genossenschaft“ (Kirchhof 2004: 54). Gegenüber der neoliberalen Gouvernentalisierung des Steuerstaates zum reinen Hoheits-, Gebühren- oder Marktstaat müsste eine sozialistische Gouvernentalität den Steuerstaat zivilgesellschaftlich umgestalten und an eine veränderte gesellschaftliche Betriebsweise zurückbinden. Denn im System der Arbeitsarten und Bedürfnisse verschiebt sich der Anteil der industriellen Warenproduktion innerhalb der notwendigen gesellschaftlichen Arbeit zugunsten der „Entdeckung, Schöpfung und Befriedigung neuer aus der Gesellschaft selbst hervorgehenden Bedürfnisse“ (Marx 1953: 312) wie Bildung, Kultur und Gesundheit, die immer mehr zu Bestandteilen einer historisch modifizierten gesellschaftlichen Notwendigkeit werden. Ihre gesellschaftliche Steuerung erfordert erst recht zivilgesellschaftliche Strukturen, die nicht einfach den spontanen Akten der Kapitalreproduktion überlassen werden können, sondern soziale Sicherheit und öffentliche Güter in neuer Weise verbinden: „Zur Herstellung von Sicherheit bedarf es der Bereitstellung öffentlicher Güter durch lokale, nationale oder auch global wirkende politische Institutionen. Dies wird nur geschehen, wenn soziale Bewegungen entsprechenden Druck ausüben und sich für Alternativen einer solidarischen und nachhaltigen Ökonomie stark machen“ (Altvater 2005: 197).
 - Eine andere Gewichtung und pluralistische Organisationsformen - neben kapitalistischen Unternehmen, auch genossenschaftliche, öffentliche, etc. - für das umfassende Angebot von Dienstleistungen im Bereich Bildung, Gesundheit und Kultur. Eine solche Aufwertung des Eigentümerstatus der lebendigen Arbeit erlaubt, den alleinigen Einfluss vermögensdominierter Eigentumsstrukturen auf Unternehmensebene zurückzudrängen und eine bewusste und transparente Verknüpfung von Wertschöpfung und zivilgesellschaftlichen Strukturen herzustellen. Einer solchen Öffnung kommen Tendenzen in der Veränderung betrieblicher Arbeitsorganisation entgegen. Mit der Entgrenzung der Arbeit und der Internalisierung des Marktes wird der Ort der Wertschöpfung zu seiner gesamtgesellschaftlichen Umwelt durchlässig.

siger.⁹ In der oft aufgeherrschten Übernahme der Unternehmerperspektive können die Lohnabhängigen ihrerseits ein Wissen über den Zusammenhang von Produktivität, Kerngeschäft, Finanzialisierung und konkurrenzvermittelter Verteilung der Wertschöpfung ausbilden und sich für einen anderen Umgang mit der Produktivität gesellschaftlicher Arbeit und insbesondere eine andere Verteilung der Produktivitätsgewinne auf gesamtgesellschaftlicher Ebene sensibilisieren. Hier entwickeln sich Ansatzpunkte einer strategischen Neuausrichtung betrieblicher und gewerkschaftlicher Arbeitspolitik, „die die progressiven Potenziale in der gegenwärtigen Übergangsphase ins Visier nimmt und ihnen zur Entfaltung verhilft. Sie muss sowohl die sich entwickelnden Formen der Verweigerung und des Widerstandes der Beschäftigten aufgreifen als auch die neuen Formen von Selbständigkeit und Autonomie. Diese sind die Grundlage ihrer Einmischung in die neuen marktorientierten Steuerungssysteme und die sich dabei entwickelnden Formen der Aneignung des Unternehmerischen. Und – das ist entscheidend – sie darf die beiden widersprüchlich erscheinenden Seiten nicht gegeneinander isolieren und ausspielen. Es müssen Räume und Formen gefunden werden, in denen diese Widersprüche von den Individuen selbst reflektiert, auf ihre Interessen bezogen und gemeinsame Handlungsperspektiven entwickelt werden.“ (Sauer 2005c: 71)

- Ein neues System sozialer Sicherheit, in dem die Keimformen von Autonomie in der Arbeit mit Formen der Kooperation, Gruppenarbeit, innovativer Arbeitspolitik und Formen sozialer Inklusion verbunden, die einzelbetrieblichen Bornierungen überwunden und damit ansatzweise zivilgesellschaftliche Räume für weitergehende „Stellungskriege“ um eine Neuverknüpfung von Arbeitseinkommen und sozialer Sicherheit geschaffen werden. Dabei können existenzsichernde, gesellschaftlich anerkannte, mit institutionalisierten Partizipationschancen verknüpfte Formen von Erwerbstätigkeit nicht einfach durch Modelle eines Grundeinkommens ersetzt werden. Letzteres gibt das soziale Kampfterrain um eine emanzipatorische Umgestaltung der Lohnarbeit preis und belässt auch die Hegemonie über die Ausgestaltung von Wertschöpfungsprozessen bei den wirtschaftlichen und politischen Eliten.¹⁰ Bemühungen um arbeitsgesellschaftliche Inklusionsstrategien sind aber

9 Auch in der Kritik der politischen Ökonomie beinhalten die Marxschen Ausführungen zu „Teilung der Arbeit innerhalb der Manufaktur und Teilung der Arbeit in der Gesellschaft“ im ersten Band des „Kapital“ weitreichende gesellschaftspolitische Dimensionen. In der konkurrenzvermittelten Kostenökonomie wird der Zusammenhang der Produktivkraft gesellschaftlicher Arbeit in den Betrieben und der gesamtgesellschaftlichen Verteilung der Produktivitätsgewinne hergestellt. Seine Ausgestaltung entscheidet über den Charakter mehr oder weniger zerstörerischer oder zivilisierender Regulierungen in den kapitalistischen Metropolen. Auf diesen „Knotenpunkt“ in der kapitalistischen Betriebsweise muss sich auch eine Transformationskonzeption einer modernen sozialistischen Gouvernementalität beziehen.

10 Die Mehrzahl der Beiträge zur verschiedenen Modellen eines Grundeinkommens blendet

nicht aussichtslos. „Eine politische Kultur der Selbstorganisation und der Widerständigkeit vorausgesetzt, ist es keineswegs ausgeschlossen, dass prekär Beschäftigte Präferenzen für kollektive, auch gewerkschaftliche Handlungsstrategien entwickeln. Wollen sie derartiges fördern, ist freilich nötig, dass die Gewerkschaften zielgruppenspezifische Organisationsangebote für unsicher Beschäftigte entwickeln“ (Dörre 2005: 94). Diese „organisationspolitische“ Herausforderung zur Repräsentation des gesamten Spektrums moderner Lohnarbeit erhöht auch die Sensibilität gegenüber „klassischer Stellvertreterpolitik“. In der italienischen Gewerkschaftsbewegung bspw. bildet sich ansatzweise ein neuer Typus „eine(r) Art Bündelung aller Initiativen zu atypischer Arbeit“ (Choi 2004: 438) heraus, der damit auch die Chance zur Überwindung der Repräsentationskrise und erneuerten Reorganisation von Mitbestimmung und Solidarität bietet.

In einer reifen kapitalistischen Ökonomie, die geprägt ist von vielfältigen Formen der Selbsttätigkeit, Zonen von Prekarität und Ausgrenzung großer gesellschaftlicher Gruppen, rückt der innere Zusammenhang von Produktion und Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums in das Zentrum der Öffentlichkeit. Eine qualitative Veränderung der Verteilungsverhältnisse muss einhergehen mit einer Ausweitung der sozialen Bürgerrechte. Diese sozialen Bürgerrechte müssen integraler Bestandteil eines neuen Systems gesamtgesellschaftlicher Regulierung sein. Dabei kann es nicht darum gehen, dirigistisch eine permanente Organisation und Intervention des Staates oder der öffentlichen Institutionen anzustreben, sondern durch Demokratisierung, indirekte Steuerung und ein neues System sozialer Sicherheit Rahmenbedingungen für die Entfaltung der Selbsttätigkeit der Subjekte zu schaffen.

Eine Reformpolitik, die die Potentiale von Selbsttätigkeit, die in den Formen neoliberaler Gouvernementalität eingeschlossen sind, emanzipatorisch freisetzen will, kann somit die strukturellen Probleme reifer kapitalistischer Gesellschaften in Rechnung stellen und zugleich in Formen sozialistischer Gouvernementalität einer möglichen Lösung zuführen. In Kommunikation und Zusammenarbeit der verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteure und politischen Strömungen der Linken und unter den Altermondialisten wäre immer wieder ein vernünftiges und berechenbares Maß des Umfangs, der Modalität und der Ziele des Handelns gemeinsamer linker Politik wie bspw. partielle Wahlbündnisse auf regionaler Ebene – mit klarem Forderungskatalog von

den spezifischen Charakter des Systems gesellschaftlicher Arbeit im Kapitalismus als unhinterfragte Voraussetzung in der Diskussion einfach aus und kapriziert sich einseitig auf Verteilungs-/Gerechtigkeits-Diskurse. Der innere Zusammenhang von Produktion und Verteilung gesellschaftlicher Wertschöpfung wird nur nach einer Seite hin aufgelöst, wenn bspw. bezogen auf die „deutsche Ökonomie im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts“ formuliert wird: „Das Problem ... ist eindeutig kein Produktions-, sondern ein Verteilungsproblem.“ (Vanderborght/Van Parijs 2005: 144)

Zwischen- und Übergangprojekten – auszuhandeln. Neue Allianzen von Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und der politischen Linken können dabei Lernprozesse initiieren und die Akteure gegenüber den Untiefen des professionalisierten politischen Feldes und den parlamentarischen Zwängen sensibilisieren. Eine vorschnelle politische Alternative auf nationaler Ebene, die sich „staatsfixiert“ der politischen Ökonomie der Macht – und dies bedeutet im flexiblen Finanzmarkt-Kapitalismus der neoliberalen Gouvernementalität – andient, wäre zum Scheitern verurteilt und wäre kein Beitrag zu einer erneuerten politischen Kultur der Linken, sondern wiederum mit einer verschärften Marginalisierung der sozialistischen Linken verbunden.

Literatur

- Altvater, Elmar (2005): *Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik*, Münster
- Altvater, Elmar (2005): Das ewige Haar in der Suppe. Protest und Parlament. Warum die Linkspartei in den Bundestag gehört, und was dabei zu bedenken ist – eine Erwiderung auf Raúl Zelik, in: *Freitag* Nr. 37, September
- Altvater, Elmar; Mahnkopf, Birgit (2002): *Globalisierung der Unsicherheit. Arbeit im Schatten, Schmutziges Geld und informelle Politik*, Münster
- Bischoff, Joachim; Lieber, Christoph (2004): Lohnarbeit und Demokratie. Die Herrschaft des Kapitals und die Multitude, in: *Klassenformation Multitude? Kritik der Zeitdiagnose von Negri/Hardt, Supplement der Zeitschrift Sozialismus*, Heft 12
- Bischoff, Joachim (2005): Die SPD und die Zerstörung des „Rheinischen Kapitalismus“. Vom organisierten zum entfesselten Kapitalismus, *Supplement der Zeitschrift Sozialismus*, Heft 7
- Bourdieu, Pierre (1998): *Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstandes gegen die neoliberale Invasion*, Konstanz
- Bourdieu, Pierre (2002): Für eine neue europäische Aufklärung, in: *Utopie kreativ*, Mai
- Candeias, Mario (2004): *Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Eine Kritik*, Berlin/Hamburg
- Castel, Robert (2005): *Die Stärkung des Sozialen. Leben im Wohlfahrtsstaat*, Hamburg
- Choi, Hae-Lin (2004): Organisation der Unorganisierbaren. Bericht aus italienischen Gewerkschaften, in: *Das Argument*, Heft 256
- Detje, Richard; Pickshaus, Klaus; Urban, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2005): *Arbeitspolitik kontrovers. Zwischen Abwehrkämpfen und Offensivstrategien*, Hamburg
- Dörre, Klaus (2005): Wiederkehr der Unsicherheit – Konsequenzen für die Arbeitspolitik, in: *Detje u.a.* (2005)
- Foucault, Michel (2001): *Dits et Ecrits. Schriften* Bd. 1, Frankfurt a.M.
- Foucault, Michel (2004): *Geschichte der Gouvernementalität II. Die Geburt der Biopolitik, Vorlesung am Collège de France 1978-1979*, Frankfurt a.M.
- Greffrath, Mathias (2005): Die Jahre danach. Die Linke jenseits von Schröder, Fischer und Lafontaine, in: *Le Monde diplomatique*, September
- Hauer, Dirk (2005): Avantgarde und Nabelschau. Der Weg zu einer Bewegung der Prekären ist für die Linke steinig, in: *Analyse & Kritik* Nr. 498, September
- Haug, Wolfgang Fritz (2003): *High-Tech-Kapitalismus*, Berlin/Hamburg
- Heinrich, Michael (2005): Krise der Arbeitsgesellschaft – Krise des Kapitalismus?, in: Andreas Exner u.a. (Hrsg.), *Losarbeiten – Arbeitslos? Globalisierungskritik und die Krise der Arbeitsgesellschaft*, Münster
- Hirsch, Joachim (2005): *Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems*, Hamburg
- Höpner, Martin (2005): Sozialdemokratie, Gewerkschaften und organisierter Kapitalismus, 1880-2002, in: Paul Windolf (Hrsg.), *Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen*, Wiesbaden

- Jessop, Bob (2005): Macht und Strategie bei Poulantzas und Foucault, *Supplement der Zeitschrift Sozialismus*, Heft 11
- Keynes, John Maynard (1926): Das Ende des Laissez-Faire; (1933): Nationale Selbstgenügsamkeit, beide Texte in: Harald Mattfeldt (1985): *Keynes. Kommentierte Textauswahl*, Hamburg
- Kirchhof, Paul (2004): *Der Weg zu einem neuen Steuerrecht - klar, verständlich, gerecht*, München
- Krasmann, Susanne (2000): Gouvernamentalität der Oberfläche. Aggressivität (ab-)trainieren beispielsweise, in: Bröckling u.a. (Hrsg.) (2000): *Gouvernamentalität der Gegenwart*, Frankfurt a.M.
- Lemke, Thomas (2003): Gesellschaftsanalyse und Kritik im Postfordismus, in: *Frankfurter Foucault-Konferenz 2001*, Frankfurt a.M.
- Lutz, Burkhard (1984): *Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts*, Frankfurt a.M.
- Marx, Karl (1953): *Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, (Rohentwurf) 1857-1858*, Berlin
- Marx, Karl (1863/1864): Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses, in: *Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA)*, Abteilung II, Bd. 4.1, Berlin 1988
- Nordmann, Jürgen (2005): *Der lange Marsch zum Neoliberalismus. Vom roten Wien zum freien Markt - Popper und Hayek im Diskurs*, Hamburg
- Roth, Karl Heinz (2005): *Der Zustand der Welt. Gegen-Perspektiven*, Hamburg
- Sauer, Dieter (2005a): *Arbeit im Übergang. Zeitdiagnosen*, Hamburg
- Sablowski, Thomas (2005): Handlungskonstellationen im Shareholder-Kapitalismus, in: *Detje u.a.* (2005).
- Sauer, Dieter (2005b): Entgrenzungen. Arbeitskraft und Arbeitsorganisation im Kapitalismus des Übergangs, in: *Forum Wissenschaft*, Heft 1
- Sauer, Dieter (2005c): Paradigmenwechsel in der Arbeitspolitik. Gibt es noch Spielräume für anti-tayloristische Deals?, in: *Detje u.a.* (2005)
- Sennett, Richard (2005): *Die Kultur des Neuen Kapitalismus*, Berlin
- Streck, Wolfgang (2005): *Vom „kurzen Traum“ zum langen Alptraum?*, MPIfG Working Paper 05/5, Juni
- Vanderborght, Yannick/Van Parijs, Philippe (2005): *Ein Grundeinkommen für alle? Geschichte und Zukunft eines radikalen Vorschlags*. Mit einem Nachwort von Claus Offe, Frankfurt

Emir Sader

Die hegemoniale Krise und die Krise der Linken in Lateinamerika

I.

Mit den Regierungen von Lula in Brasilien und Tabaré Vazquez in Uruguay wird auch die Linke von der hegemonialen Krise getroffen, die die lateinamerikanischen Gesellschaften seit der Erschöpfung des neoliberalen Modells erfahren. Regierungen, die im Zuge des Widerstands gegen die neoliberalen Politiken gewählt wurden, und in der Vergangenheit einen wichtigen Teil der Linken in ihren Ländern repräsentierten, setzten sich zwar gegen diejenigen Parteien durch, die die neoliberalen Politiken auf dem Weg gebracht haben. Doch haben auch sie den neoliberalen Pfad nicht wirklich verlassen. Noch ist es zu früh, um etwas über die möglichen Regierungen von Lopez Obrador in Mexiko und Evo Morales in Bolivien zu sagen. Aber auch in diesen Ländern besteht das Risiko einer Anpassung an das neoliberale Programm. Und die argentinische Regierung von Nestor Kirchner hat bislang, trotz kühner Initiativen (wie der Neuverhandlung der Auslandsschulden und des Widerstands gegen die Erhöhung der Benzinpreise) keine wirklich andere Wirtschaftspolitik implementiert.

Auch die Versuche der sozialen Bewegungen, die neoliberalen Regierungen aus der Macht zu drängen, sind Bestandteil dieser Krise. Ecuador bildet das beste Beispiel für ein Land, in dem die sozialen Bewegungen eine unpopuläre Regierung stürzen, eine neue Regierung an die Macht bringen, sich jedoch wiederholt verraten fühlen, und in die Opposition zurückkehren. Sowohl die Spaltung der indigenen Bewegungen, als auch die Differenzen innerhalb der bolivianischen Linken, verweisen auf ein Dilemma: Es herrscht Uneinigkeit über die Frage, ob man sich auf den institutionellen Weg einlässt, der soziale Bewegungen mit formalen politischen Akteuren zusammenbringt, oder ob man lieber nach Formen einer alternativen Politik außerhalb der bestehenden politischen Institutionen suchen soll. Die Strategie der Zapatisten etwa verbindet die Frage der Befreiung der indigenen Bevölkerung in Chiapas unmittelbar mit der Emanzipation der gesamten mexikanischen Unterklassen. Anerkannt wird damit die Notwendigkeit eines nationalen politischen Programms, einer Politik, die auf eine neue Ordnung abzielt, dabei aber vor allem auch die Konstruktion eines

alternativen Modells von gesamtgesellschaftlichem Charakter beinhaltet. Es ist dies ein weiterer Versuch, das politische Vakuum zu füllen, welches die hegemoniale Krise auf dem lateinamerikanischen Kontinent produziert hat.

Der Neoliberalismus ist das hegemoniale Modell des gegenwärtigen Kapitalismus. Die Linke hat sich in den Widerstand zurückgezogen. Linke Politik bedeutet heute vor allem, den Neoliberalismus zu bekämpfen und (neben einer antiimperialistischen) eine antineoliberale Position zu beziehen. Die verschiedenen Strömungen innerhalb der Linken stehen für unterschiedliche Varianten des Antineoliberalismus – sei es in der radikalen Form des Antikapitalismus oder mit anderen Visionen einer postneoliberalen Gesellschaft. Allen Strömungen gemeinsam ist die antineoliberale Haltung. Nicht zufällig hat das Weltsozialforum den Antineoliberalismus als das einende Moment gewählt

Das neoliberale Modell stärkte die Hegemonie des Finanzkapitals in praktisch allen lateinamerikanischen Gesellschaften. Es hat den Prozess der „Vermarktlichung“ unserer Länder vorangetrieben, der bis in alle Poren unserer Gesellschaften einschließlich der staatlichen Institutionen hineinreicht. Die gesellschaftlichen Steuerungsfunktionen des Staates wurden geschwächt, die Erwerbslosigkeit und die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse und damit auch die Überausbeutung der Arbeit haben enorm zugenommen.

Die Kräfteverhältnisse zwischen den sozialen Klassen haben sich in der Vergangenheit radikal zum Vorteil des großen Kapitals geändert. Die politische Rechte konnte ihre Werte, ihre politischen Programme und ihre Strategien und Taktiken erneuern und eine gesellschaftliche Hegemonie erreichen, wie sie sie niemals zuvor gehabt hat.

Doch kann sich das Finanzkapital keine eigene soziale Basis schaffen, die zur Unterstützung und Legimitation seiner Macht notwendig wäre. Es schafft keine Arbeitsplätze, sondern tendiert im Gegenteil dazu, Arbeit zu eliminieren. Es erzeugt keine Umverteilung der Einkommen, sondern intensiviert die Konzentration des gesellschaftlichen Reichtums in den Händen weniger. Und es weitet die sozialen Rechte nicht aus, sondern schwächt sie. Die kleinen und mittleren Unternehmen fallen der verschärften Konkurrenz zum Opfer. Die großen Kapitale dagegen werden unter den gegebenen Bedingungen in den Exportsektor und in die Produktion von gehobenen Konsumgütern gedrängt. Worauf stützt sich dieses Modell? Vor allem auf die großen Kapitalfraktionen, die komplett oder teilweise am Prozess der Finanzakkumulation beteiligt sind. Zweitens auf die privilegierten Teile der Mittelschichten, die auf unterschiedlichen Ebenen mit dem großen internationalisierten Kapital verbunden sind. Drittens auf die Atomisierung der Gesellschaft und die enormen Schwierigkeiten, die dadurch für die Organisation sozialer Interessen und für die Formierung linker politischer Kräfte geschaffen werden. Zudem kann dieses Modell auf die ideologische Vorherrschaft der monopolisierten privaten Medien zählen – das Fernsehen spielt hier eine herausragende Rolle.

Im Moment seiner Implementierung hatte dieses Modell unmittelbaren wirtschaftlichen Erfolg. Mit seiner Gegenreform der ökonomischen Deregulierung ergriff es die Initiative zur Bekämpfung der Inflation und der immensen öffentlichen Verschuldung, die die lateinamerikanischen Staaten in den Bankrott getrieben hatten. Doch wurde damit auch die Abhängigkeit von den internationalen Finanzinstitutionen verstärkt.

Der Erfolg des Neoliberalismus bestand zunächst im Erreichen einer monetären Stabilität. Unterstützung erfuhr er dabei nicht nur durch das große Kapital, die internationalen Finanz- und Handelsorganisationen sowie die großen privaten Medienkonzerne. Es gelang auch, wie unten noch ausgeführt wird, Teile der traditionellen Linken zu kooptieren.

Doch nach dem geradezu euphorischen Klima Mitte der 1990er Jahre – das sozialistische Lager hatte sich aufgelöst und der kurze Aufschwung der nordamerikanischen Wirtschaft vermittelte die Illusion einer ‘New Economy’ – erlebte das neoliberale Modell eine Serie von Krisen: zunächst die Mexikokrise 1994, gefolgt von der brasilianischen Krise 1999 und der Krise in Argentinien im Jahr 2001. Nachdem Mexiko für die internationalen Organisationen zum ‘Vorzeigebispiel’ geworden war und Argentinien das orthodoxeste neoliberale Modell auf dem gesamten Kontinent durchgesetzt hatte, stürzten die drei größten Ökonomien Lateinamerikas bei der Anwendung des Neoliberalismus in die Krise.

Mehr als zehn Regierungen wurden in den letzten Jahren in Lateinamerika und der Karibik als Folge der Ermüdung des Neoliberalismus gestürzt, und zwar in so verschiedenen Ländern wie Argentinien, Ecuador, Bolivien und Peru. Dabei handelte es sich um Regierungen, die die neoliberale Politik fortsetzten, wie auch um solche, die angekündigt hatten, mit dem neoliberalen Modell zu brechen, ihre Versprechen jedoch nicht einlösten. Beide Sorten von Regierungen verloren ihre Legitimität schnell, litten unter dem hohen Druck durch die Mobilisierungen der sozialistischen Bewegungen, und mussten schließlich zurücktreten.

Diese Krisen führten zur Erschöpfung des neoliberalen Modells, denn, wie oben bereits angemerkt, produziert die Hegemonie des Finanzkapitals keine ausreichende eigene soziale Basis, auf die sich die Legitimität des Modells gründen könnte. So hat sich in Lateinamerika eine Hegemoniekrise entwickelt, ein Streit zwischen dem Alten und dem Neuen, zwischen einem erschöpften Modell, das immer noch überlebt, und einer neuen Welt, die noch keine Formen gefunden hat, die den Neoliberalismus ersetzen könnten. Dies ist der Grund, weswegen Lateinamerika sich in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Hinsicht zu einer der instabilsten Regionen der Welt entwickelt hat.

II.

Die traditionelle Linke ist hinsichtlich des Neoliberalismus gespalten. Als das neoliberale Projekt in der Anfangsphase von der politischen Rechten – im Fall Pinochets gar von der extremen Rechten – vorangetrieben wurde, positionierte sich die Linke deutlich dagegen. Als aber die europäische Sozialdemokratie – ausgehend von den sozialistischen Parteien in Frankreich und Spanien – dieses Modell übernahm und den universellen Anspruch des sogenannten ‘Washington Konsensus’ akzeptierte, gab auch die lateinamerikanische Linke den Widerstand gegen den Neoliberalismus weitgehend auf.

Seinen Ausgangspunkt hatte dieser Anpassungsprozess bei den Regierungen von Carlos Menem (Argentinien), Carlos Andrés Pérez (Venezuela) und Salinas de Gortari (Mexiko). Auch die chilenischen Sozialisten, die zusammen mit den Christdemokraten die Regierung Pinochet ablösten, behielten das neoliberale Modell bei. Die Politik der Regierung Fernando Henrique Cardoso in Brasilien vervollständigte den Anpassungsprozess. So unterwarfen sich praktisch alle Parteien des politischen Spektrums dem neoliberalen Konsens.

Doch es waren die Wahlerfolge von Lula in Brasilien und Tabaré Vazquez in Uruguay, die den Zyklus der Zustimmung komplettierten. Dieses mal handelte es sich um zwei Kräfte, die in den Jahrzehnten zuvor Protagonisten des Widerstands gegen das neoliberale Modell gewesen waren. Damit stellt Lateinamerika die Weltregion dar, in der sich das neoliberale Modell am stärksten durchsetzen und verallgemeinern konnte.

Die lateinamerikanische Linke vermochte bislang kein alternatives Projekt zum neoliberalen Modell zu entwickeln oder hatte zumindest nicht die Kraft, ein solches in die politische Praxis einzubringen. Die Ausnahmen kommen von den Regierungen in Kuba und Venezuela die allerdings erhebliche Besonderheiten aufweisen. Das kubanische Regime ist das Ergebnis eines revolutionären Prozesses, der die Basis des Kapitalismus und der imperialen Herrschaft im Land zerstörte. Die „boliviarische“ Regierung in Venezuela kann sich vor allem auf zwei besondere Faktoren stützen – ihre Erdölressourcen und die Unterstützung durch die Streitkräfte. So konnte sich der Neoliberalismus in Venezuela, trotz der (vergeblichen) Versuche der Regierungen von Carlos Andrés Pérez und von Rafael Caldera, bislang nicht durchsetzen.

In der gegenwärtigen Epoche, in der die imperiale US-amerikanische Politik und das neoliberale Modell dominieren, ist die Linke mit einer Hegemonie konfrontiert, die die Macht des Geldes mit der Macht der Waffen kombiniert. Ein alternatives hegemoniales Projekt muss beiden Faktoren Rechnung tragen. So lässt sich etwa beobachten, wie die brasilianische Regierung mit ihrer Außenpolitik auf den zweiten dieser Aspekte außenpolitisch reagiert, das ökonomische Projekt des Neoliberalismus steht aber nicht zur Disposition.

III.

Die Konversion der nationalistischen und sozialdemokratischen Kräfte zum Neoliberalismus, wie auch die immensen Probleme, denen die Regierungen der PT in Brasilien und der Frente Amplio in Uruguay gegenwärtig begegnen, lassen darauf schließen, dass es sich um ein komplexes Phänomen handelt, das sich nicht einfach auf eine Art 'Verrat' reduzieren lässt. Vielmehr muss dieses Kapitel der jüngsten Geschichte der lateinamerikanischen Linken vor dem Hintergrund des tiefgreifenden Wandels von Kräfteverhältnisse diskutiert werden, der in den vergangenen Jahrzehnten weltweit stattgefunden hat.

Der Abschluss der historischen Epoche, die mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges begann und ein Gleichgewicht der Kräfte zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen Lager hervorbrachte, hat fundamentale Bedeutung für den Wandel der nationalen und internationalen Kräfteverhältnisse. Dem Aufstieg des Faschismus in Europa, der die Linke in die Defensive gedrängt und ihre Konzentration auf den antifaschistischen Kampf erfordert hatte, folgte eine Phase der Restauration der politischen Stabilität und der internationalen Isolation der UdSSR. Obwohl der Impuls, der von der bolschewistischen Revolution einmal ausgegangen war, sich nun abschwächte, führte die neue Situation der Blockkonfrontation in vielerlei Hinsicht auch zu einer Wiederbelebung linker Kräfte.

Die Niederlage der Achsenmächte im Zweiten Weltkrieg, die Konstitution des sozialistischen Lagers in Osteuropa, der Sieg der chinesischen Revolution und der Prozess der Dekolonisierung in Asien und Afrika, konstituierten ein neues politisches Feld, auf dem sich das sozialistische und das kapitalistische Lager gegenüberstanden – und damit auch ein neues Gleichgewicht zwischen den großen Kräften. Die Konstitution des Lagers der 'Dritten Welt' begünstigte die Zukunftsperspektive für den antiimperialistischen und antikapitalistischen Kampf.

Diese Kräftekonstellation fand mit der Selbstauflösung des sozialistischen Lagers ein abruptes Ende. Sie mündete in eine unipolare, von der politischen, ideologischen und militärischen Offensive der USA geprägte Weltordnung.

Die unmittelbaren Konsequenzen, auch der Ablösung des keynesianischen durch das neoliberale Paradigma, waren eine Schwächung der kommunistischen Parteien, die Anpassung der sozialdemokratischen Parteien an neoliberale Programme und die Fragmentierung der Linken. Darüber hinaus kam es zu einer Schwächung des Staates und seiner steuerungs- und entwicklungspolitischen Instrumente. Die Ausdehnung der sozialen Rechte für große Teile der Bevölkerung fand ihr Ende.

Diese Umbrüche hatten auch Konsequenzen für das ideologische Profil der Linken. Mit der Blockkonfrontation zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen Lager standen sich zwei unterschiedliche Interpretationen des Ost-West Konflikts gegenüber. Für das sozialistische Lager handelte es sich um

eine Konfrontation zwischen Sozialismus und Kapitalismus, für das kapitalistische Lager ging es um Demokratie und Totalitarismus. Mit dem Sieg des kapitalistischen Blocks setzte sich auch dessen Weltansicht durch, gemäß deren es sich im 20. Jahrhundert um einen Kampf zwischen der Demokratie und dem Totalitarismus gehandelt hatte. Letzterer hatte dem zufolge zunächst die Form des Nationalsozialismus und des Faschismus angenommen, anschließend trat er in Gestalt des Kommunismus auf (der Nationalismus und der Islamismus galten als Varianten des Totalitarismus). Ebenfalls siegte die Gleichsetzung der Demokratie mit dem Liberalismus, was für die politische und ideologische Hegemonie der liberalen Ideologie einen fundamentalen Aspekt darstellt.

Ein weiteres wichtiges Element der ideologischen Hegemonie des Neoliberalismus besteht darin, das Scheitern des staatszentrierten sowjetischen Modells mit der Finanzkrise des Wohlfahrtsstaates zu assoziieren, und dadurch das Konzept des intervenierenden Staates generell zu disqualifizieren. Statt dessen setzen die neoliberalen Ideologen auf die Kräfte des Marktes. In ihrem Diskurs polarisieren sie die Begriffe staatlich und privat und verbinden dies mit einer Gegenüberstellung von Staat und Zivilgesellschaft

Die lateinamerikanische Linke konnte sich diesen Einflüssen nicht entziehen. Sie übernahm die Gleichsetzung der Demokratie mit der liberalen Demokratie. Sie akzeptierte die Interpretation, dass die Finanzkrise des Staates ein Anzeichen der definitiven Erschöpfung des Staates in seiner Rolle als politischer, ökonomischer und sozialer Agent sei, und sie ging dazu über, statt dessen die Zivilgesellschaft als Akteur stark zu machen – mit all ihren Konnotationen von 'Citizenship' bis 'Netzwerkgesellschaft'. Dies ist die gegenwärtig 'gültige Vision'. Sie geht mit der These vom Verlust der Zentralität der Arbeit einher und ersetzt die Vorstellung von Klassenwidersprüchen durch Theorien der sozialen Exklusion – mit einer klaren funktionalistischen Verkürzung.

Die neue Qualität der Regierungen von Lula und Tabaré Vazquez besteht in der ausdrücklichen Akzeptanz des Liberalismus durch linke Kräfte. Die brasilianische Regierung hielt anfänglich an der von Cardoso geerbten Politik fest, um so einer möglichen ökonomischen Destabilisierung vorzubeugen und die Phase des Übergangs hin zu einer neuen Regierung und einer neuen Politik zu erleichtern. Doch schnell wurde aus dieser vorläufigen Strategie ein permanentes Programm, einschließlich einer Haushaltspolitik, die noch härter als die der vorherigen Regierung ist. Auch die Regierung von Tabaré in Uruguay übernahm das geerbte Modell, das die Politik der Haushaltskonsolidierung und der monetären Stabilität gegenüber sozialpolitischen Zielen klar bevorzugt.

Die Fortführung des neoliberalen Modells bedeutet nicht nur soziale Politik faktisch einzuschränken sondern auch, dass statt einer Ausweitung sozialer und politischer Rechte eine auf 'Problemgruppen' fokussierte Politik und eine Politik der Notversorgung betrieben wird.

IV.

Nachdem sich die Linke gegenüber dem Neoliberalismus gespalten hat, leisten Teile der Linken aus der Opposition heraus Widerstand, während andere das neoliberale Modell in der Praxis umsetzen. Wenn letztere, wie im Falle Brasiliens und Uruguays, an die Regierung gelangen und das herrschende ökonomische Regime fortsetzen, wird das Ausmaß der Krise, in der sich die lateinamerikanische Linke befindet, deutlich.

Zunächst einmal handelt sich um eine Krise des ideologischen Selbstverständnisses, weil die linken Parteien, die an die Regierung gekommen sind, weder mit dem neoliberalen Modell noch mit ihren eigenen Werten gebrochen haben. Es mangelt ihnen an ideologischer Stärke, um eine alternative politische Praxis zu initiieren, und Werte zu vertreten, die sich gegen das neoliberale Ideal wenden. Mit Sicherheit hat der Einfluss des Liberalismus zur Schwächung der Linken beigetragen und sie dazu gebracht, antikapitalistische Positionen und die Fragen nach Arbeitsverhältnissen, nach Klassenwidersprüchen, nach dem Prozess der Kapitalakkumulation und nach Bündnispartnern für den politischen Widerstand aufzugeben. Auch steht die Linke unter dem Einfluss der These von der irreversiblen Krise des Staates und der Notwendigkeit fiskalpolitischer Maßnahmen zum Erhalt der Währungsstabilität – nur so ließe sich ein angeblich ‘nachhaltiges Wachstum’ wiedererlangen.

Die großen privaten Medienkonzerne stützen diesen ideologischen Konsens. Die Diskussion um Steuerreformen, die auf Umverteilung abzielen und öffentliche Investitionen finanzieren könnten, wird nicht geführt. Die Priorität monetärer Stabilitätspolitik wird angesichts der öffentlichen Schulden als unabweisbar behauptet.

Vorstellungen von der Ausweitung sozialer Rechte und von demokratischen Reformen, die auf eine Stärkung der öffentlichen Sphäre abzielen, sind großen Teilen der Linken weitgehend abhanden gekommen. Angesichts der Tatsache, dass die neoliberale Ideologie auf eine Polarisierung der Kategorien staatlich und privat abzielt, gilt es für die Linke, die soziale Realität statt dessen entlang der Begriffe öffentlich versus marktförmig zu thematisieren. Dies ist die Aufgabe, der sich eine postneoliberale Bewegung stellen muss.

Bislang hat die traditionelle Linke es nicht geschafft, aus dem neoliberalen Modell, das keines der großen gesellschaftlichen Probleme des Kontinents lösen oder auch nur mildern konnte, auszubrechen. Deshalb müsste es vor allem um die Stärkung des Antineoliberalismus gehen. Mit der Fortsetzung des Neoliberalismus verwüsten Regierungen und Parteien ursprünglich linker Herkunft jedoch das originär linke politische Feld.

Es lassen sich also eine Reihe von Merkmalen benennen, die die Krise der lateinamerikanischen Linken charakterisieren – und die möglicherweise auch auf andere Regionen der Welt zutreffen:

- Die faktische Abwesenheit politischer Kräfte, die in der Lage wären, sich der Konstruktion eines antineoliberalen Projekts anzunehmen und einen Block antineoliberaler Kräfte zu bilden.
- Die Schwächung der traditionellen sozialen Basis der Linken – Gewerkschaftsbewegungen, Arbeiter und Angestellte des öffentlichen Sektors, Intellektuelle der öffentlichen Sphäre – und die Fragmentierung und Atomisierung der Arbeitswelt.
- Die Hegemonie liberaler Ideen und Konzepte auf dem Feld der Linken selbst. Dies drückt sich in der mechanischen Identifikation der Demokratie mit der liberalen Demokratie aus, in der Abwesenheit jeder antikapitalistischen Kritik, in der Akzeptanz gegenüber Marktmodellen, in der Ablösung universeller und inklusiver Politik durch eine Politik jeweils einzelner Notprogramme und des staatlichen Rückzugs als Konsequenz der Stabilitätspolitik.

Die Konstruktion eines hegemonialen postneoliberalen Projekts bedarf vor allem einer Analyse der jüngsten gesellschaftlichen Transformationsprozesse unter den Bedingungen neoliberaler Politik:

- Dazu muss eine neue ‘Geographie der Arbeit’ entwickelt werden, samt einer Auseinandersetzung mit den multiplen informellen Räumen der Gesellschaft. Ohne eine solche Debatte wird das Thema der Arbeit – das weiterhin strategischen Charakter hat – auf die Dimensionen formaler Arbeitsbeziehungen und klassischer Gewerkschaftspolitik beschränkt bleiben. Ohne diese Auseinandersetzung hat eine Überwindung der Isolation der Linken und der sozialen Bewegungen keine Perspektive, vor allem im Hinblick auf die neue Generation der Prekarisierten.
- Es gilt, die historische Epoche der neoliberalen Hegemonie – mit all ihren Stärken und Schwächen – grundlegend zu verstehen. Dazu muss vor allem die überragende Fähigkeit des Neoliberalismus zur Herstellung ideologischer Hegemonie untersucht werden, seine Fähigkeit, ausgehend vom ‘american way of life’, der heute die Gedanken vieler Menschen in praktisch allen Ländern der Welt beherrscht, Ideale und Normen zu beeinflussen.
- Schließlich müsste es gelingen, eine soziale, politische, ideologische und organisatorische Kraft zu erlangen, die es erlaubt, eine postneoliberale Alternative zu formulieren und zu konstruieren.

Die Liste der Anforderungen ließe sich noch verlängern. Sollen die Anforderungen auch erfüllt werden, sind vor allem zwei fundamentale Prinzipien zu beachten: 1) ‘Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis’ und 2)

‘In Klassengesellschaften, ist die Ideologie der herrschenden Klasse die herrschende Ideologie’. Es handelt sich insofern um ‘Prinzipien’, als sie tief in der Realität verankert sind. Auch wenn man sie manchmal gern vergisst, begegnen wir ihnen immer wieder als konstitutiv im Kampf gegen die kapitalistischen Gesellschaften, als unabkömmliche Orientierungspunkte jeder sozialen und politischen Praxis, die sich der Transformation der Realität annimmt. Das erste Prinzip weist darauf hin, dass die politische Praxis jeden Mangel an theoretischer Durchdringung der Verhältnisses unerbittlich bestraft, dass es ohne eine Dechiffrierung der komplizierten gesellschaftlichen Wirklichkeit nicht möglich ist, die Theorie als ein Instrument zur gesellschaftlichen Transformation zu nutzen. Dies gilt umso mehr angesichts des starken institutionellen und medialen Drucks, über den sich die Hegemonie der liberalen Ideen durchsetzt und verankert. Ohne theoretische Stärke und ohne programmatische, strategische und taktische Vorschläge ist die Kooptation der linken Kräfte unter diesen Bedingungen geradezu unvermeidbar.

Das zweite Prinzip verweist auf die Notwendigkeit, ein alternatives Projekte zu formulieren, um der gegenwärtigen Tendenz der Anpassung an die existierende Politik, an die existierenden Institutionen und an den durch die großen privaten Medienkonzerne fabrizierten Konsens nicht noch Vorschub zu leisten. Es gilt, ein Verständnis für die Stärke der liberalen Hegemonie auf ökonomischer, politischer und sozialer Ebene und im Hinblick auf die allgegenwärtige Verbreitung der Kultur des ‘american way of life’ zu entwickeln.

Im Kern handelt es sich also darum, die Herausforderung, die vor uns liegt, in all ihren Dimensionen anzuerkennen: ein soziales, politisches, kulturelles und moralisches postneoliberales Projekt zu formulieren, und die Kraft zu erlangen, es in die Wirklichkeit umzusetzen.

Übersetzung aus dem Spanischen: Henrik Lebuhn

UTOPIE kreativ ist eine politisch-theoretische Zeitschrift der demokratischen Linken in Deutschland.

Veröffentlicht werden Beiträge zu Politik, Wirtschaft, Kultur und Geschichte sowie Tagungsberichte und Rezensionen.

UTOPIE kreativ erscheint seit 1990 als Monatszeitschrift.

Herausgeber ist die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin.

Heft 181 (November 2005)

Robespierre. Entstehung der Moderne zwischen Tugend und Terror
Bedingungsloses Grundeinkommen – eine linke Utopie?

Bolívarische Revolution in Venezuela

Neue soziale Bewegungen in Argentinien

Europa über Alles! Die »Lissabon-Strategie«

Dynamik der Ausgrenzung

Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Redaktionsadresse:

Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Telefon: 030/44310-157; Telefax: 030/44310-122)

E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de; Internet: www.utopiekreativ.de

96 Seiten, Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement incl. Versand: 57 € (Inland), 75 €

(Ausland), Förderabonnement: 75 €

- Ich abonniere UTOPIE kreativ zunächst für ein Jahr zum nächstmöglichen Termin.
- Ich abonniere UTOPIE kreativ im Förderabonnement.
- Ich bestelle Heft 181 zu 6 € (zzgl. Versandkosten).
- Ich bestelle ein kostenloses Probeheft.
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte der Nummern 135-158 zu je 2,50 .
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte der Nummern 1 bis 134 zum Preis von je 1 .

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Kto-Nr.

Geldinstitut

BLZ

Das Abonnement verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn nicht spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes schriftlich gekündigt wird. Meine Bestellung kann ich innerhalb von 14 Tagen widerrufen. Es gilt das Datum des Poststempels.

Datum / Unterschrift

Andere Zukünfte: Politik der Utopien

Politische Utopien – Heute?

Politische Utopien reflektieren mögliche Zukünfte, auch wenn jene Zukünfte, die sie beschreiben, nicht in der beschriebenen Form realisiert werden. Der Anspruch an eine politische Utopie besteht darin, eine als besser und gerechter angesehene Welt zu beschreiben, und dabei ihre Funktionsbedingungen nachvollziehbar darzustellen.¹ Utopien sind ein Medium der Kritik, die ihre Einwände gegen die herrschenden Verhältnisse ihrer Zeit, in konstruktiven Fiktionen zusammenfassen (Saage 2003: 6). Gemeinsam ist den politischen Utopien, Ungerechtigkeit, Ungleichheit und Unterdrückung zu kritisieren, doch was demgegenüber gut und gerecht ist, wandelt sich in der Geschichte des utopischen Denkens genauso, wie Gleichheit und Freiheit zugleich die Grundlage der politischen Utopien bilden und doch in gegensätzlicher Weise konzeptionell entwickelt werden. Herrschaftsstrukturen zum Verschwinden zu bringen und eine solidarische Gesellschaft von Freien und Gleichen aufzubauen, lässt sich aus der heutigen Perspektive am ehesten als Grundlage der politischen Utopie benennen.

Mit dem Ende der bipolaren Weltordnung, mit Globalisierung, globaler Kommunikation, erodierender Staatlichkeit und ökologischen Krisen geriet die politische Utopie nicht nur ins Kreuzfeuer der Kritik, es schienen nun zugleich Bedingungen gegeben, die außerhalb dessen liegen, auf was Utopien antworten. Die heutige Welt scheint aus der Perspektive der bisherigen Utopien zweigeteilt. In der einen Welt ist die soziale Desintegration absolut – Elend, Armut, Hunger und Gewalt der heutigen Welt übertreffen das, was die utopischen Denker vergangener Zeiten kritisiert haben, bei weitem. Die zweite Welt des beispiellosen Reichtums, der computerisierten Produktion, der medizinischen und

1 Politische Utopien zeichnen sich dadurch aus, dass sie eine an rationalen Kriterien ausgerichtete Kritik der sozio-politischen Defizite der Herkunftsgesellschaft bieten, um die fiktive bessere Alternative mit der Realität zu verknüpfen (Saage 2001: 78). Damit lassen sich Utopien gegen Chiliasmen und Mythen abgrenzen, aber auch gegen Science Fiction, Prognosen und allgemeine Zukunftsaussagen. Politische Utopien sind damit fiktionale Entwürfe von Gesellschaften, die die bestehenden sozio-ökonomischen Verhältnisse und Institutionen präzise und umfassend kritisieren und aus ihrer Kritik heraus eine rational nachvollziehbare Alternative entwerfen (Saage 2003: 6; Saage 2004). Was als adäquate Kritik gilt und welches Gegenmodell als rational und attraktiv gilt, ist selbstverständlich zeitgebunden.

wissenschaftlichen Entdeckungen und der endlosen Möglichkeiten kommerzieller und kultureller Vergnügungen stellt dagegen alles in den Schatten, was die Utopien vergangener Jahrhunderte für die Zukunft erdacht haben (Jameson 2004: 35). Nun ließe sich vermuten, politische Utopien seien in einer solchermaßen zweigeteilten (oder postmodern ausgedrückt: in einer solchermaßen vielfältigen, paradoxen und durch Ambivalenz gekennzeichneten Welt) gar nicht mehr denkbar, da ihnen die Eindeutigkeit der Verhältnisse fehlt, aus denen heraus Utopien ihre Kritik entwickeln und ihr Gegenmodell einer besseren Welt entwickeln. Doch diese Vermutung verbleibt im Denkhorizont der Utopie-Kritiker, die den Utopien vorwerfen, zu vereinheitlichen und damit totalitär zu sein². Vielmehr zeigt die Geschichte politischer Utopien, wie sich Utopien als reflexive Medien des Zukunftsdenkens entwickelt haben, die sowohl veränderte historische Bedingungen, als auch das utopische Denken selbst reflektieren.

Utopische Inselwelten der Frühen Neuzeit: Politik der abgeschlossenen idealen Welten

Die ersten Utopien der frühen Neuzeit brauchen keine Transformationsstrategie, denn sie sind nicht in der Zukunft angesiedelt, sondern in fernen, unentdeckten Weltgegenden. Als der britische Lordkanzler Thomas Morus in seiner Erzählung von *Utopia* (1516) von einer Gesellschaft ohne Elend berichtet, in der die Produktion der notwendigen Güter, wie auch ihre Verteilung gerecht organisiert sind, ist 'Amerika' bereits entdeckt. Vor dem Hintergrund ferner unentdeckter Gesellschaften, entwickeln die Utopien der frühen Neuzeit ihre Gegenkonzepte zu den Verhältnissen, in denen sie selbst leben. Morus schildert im ersten Teil seiner Schrift die Zustände in England. Die feudalen Strukturen lösen sich auf, blutige Kämpfe kennzeichnen einen Frühkapitalismus, in dem ein wachsendes Heer von Entwurzelten, von Bettlern und Dieben mit extremer Repression verfolgt wird. In *Utopia* dagegen sind Privateigentum und Geld abgeschafft, die Produktion aller notwendigen Dinge wird planvoll organisiert und alle Erwachsenen sind in den Produktionsprozess integriert. Mit dem privaten Eigentum sind zugleich Armut und Reichtum verschwunden, denn „obwohl keiner etwas besitzt, sind doch alle reich“ (Morus 1516: 106). Die Idee der Gleichheit (das zentrale Motiv bei Morus) wird bereits durch den architektonischen Entwurf des Staates realisiert, in dem die Häuser, Viertel und Städte sich bis ins Detail gleichen (Morus 1516: 49). Von den sozialen Konflikten über regionale Unterschiede bis zum Stadt-Land-Gefälle sind alle Formen der Ungleichheit abgeschafft. *Utopia* bietet allen Bürgern bei einer

2 Warum Utopien gerade nicht 'totalitär' sind, wie es die konservative Kritik nach dem Ende des Realsozialismus behauptete, ist in den letzten Jahren von unterschiedlichen Seiten dargelegt worden (Saage 1997; Saage 2003: 499 ff.; Jameson 2004; Lenk 2005).

täglichen Arbeitszeit von nur sechs Stunden ein ausgewogenes und sorgloses Leben. Doch bestimmen die BürgerInnen Utopias ihre gesellschaftlichen Verhältnisse nicht. Sie sind der Fürsorge und Kontrolle der öffentlichen Instanzen unterworfen, die das Funktionieren der Einzelnen und des Gemeinwesens überwachen. Obwohl sie individuell über die eigene Mußezeit verfügen, können sie keine Zukunft gestalten, da sie die vorgegebenen Rahmenbedingungen auszufüllen haben, sie aber nicht verändern können. Auch ist Morus Utopia kein Modell, das konzeptionell darauf ausgerichtet ist, sich auf andere Staaten auszudehnen. Denn konzeptionell beruht sein Konzept auf einer rassistischen Hierarchie, in der die Utopier an der Spitze stehen. Diese Sicht verdeutlicht Morus, wenn er beschreibt, wie sich Utopia durch ein Bündnissystem gegen eventuelle Kriege absichert (Morus 1516: 92). So entwirft Thomas Morus in *Utopia* ein aus heutiger Sicht antiindividualistisches, patriarchales und rigides Gesellschaftssystem: er zeigt jedoch auch, dass das gute oder schlechte Sein der Einzelnen nicht vorgängig von einer unbestimmbaren Macht abhängt, sondern von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, innerhalb derer sich die Einzelnen bewegen.

Thomas Campanella radikalisiert mit seinem *Sonnenstaat* (Campanella 1602), in dem das Privateigentum ebenfalls abgeschafft ist, das Repertoire an Sozialtechniken, mit denen die Konformität der Einzelnen gegenüber den Institutionen des Staates durchgesetzt wird (vgl. Saage 2001: 114). Was im Sonnenstaate zu tun und zu lassen ist, entscheiden die Behörden und spezifische Berufsgruppen. Um das Alltagsleben im Sinne einer 'natürlichen' und gesunden Lebensweise zu organisieren, bestimmen Ärzte über die Alltagsorganisation im Staate (Campanella 1602: 129 ff). Als Grenze menschlichen Handels setzt Campanella ebenfalls die Natur, deren umfassende Erkenntnis das Ziel des Sonnenstaates ist. So gehört das Schminken zu den unnatürlichen Dingen, die qua Natur zu verbieten sind (und mit der Todesstrafe belegt sind) und um die 'natürlichen Anlagen' zu verbessern, agiert der Staat als Zuchtinstanz, die den Ort, die Zeit und die Personen bestimmt, die (für den Staat) Nachkommen zeugen (Campanella 1602: 134). Campanella beschreibt bereits einen Transfer von Wissen und Institutionen. Der Sonnenstaat sendet Forscher aus, die das Wissen anderer Völker ins eigene Land mitbringen. Unterstellen sich umliegende Länder dem politischen System des Sonnenstaates, so wird diesen zudem die Möglichkeit gegeben, sich das Wissen und die Lebensweise aus dem Sonnenstaat anzueignen. Sie „erhalten eine Besatzung und Behörden des Sonnenstaates und gewöhnen sich allmählich an dessen Einrichtungen“ (Campanella 1602: 142). Die räumliche Ausdehnung ist bereits konzeptionell angelegt, wenn auch in einer strikt hierarchischen Form, an dessen Spitze der Sonnensaat mit seinem statischen Gesellschaftssystem steht. Von anderen Gesellschaften lernen, heißt dabei nur, punktuelles Wissen zu gewinnen, nicht jedoch in einen wechselseitigen Austausch zu treten.

Die Abgeschlossenheit und Nicht-Verallgemeinerung der idealen Gemeinwesen wird bei Francis Bacon konzeptionell in den Mittelpunkt seiner Utopie von Neu-Atlantis gestellt. Während Morus und Campanella das Privateigentums abschaffen, kritisiert Bacon nur den 'Sittenverfall', nicht jedoch die zugrunde liegender ökonomischer Strukturen und lässt daher die Eigentumsfrage unberührt. Nicht Naturerkenntnis, sondern Erweiterung der menschlichen Handlungsfähigkeit durch die Beherrschung der Natur ist bei Bacon das Ziel. Er entwirft eine Akademie, die alle Naturwissenschaften und ihre Anwendungen umfasst. Der Zweck seines *Haus Salomons* „ist die Erkenntnis der Ursachen und Bewegungen sowie der verborgenen Kräfte in der Natur und die Erweiterung der menschlichen Herrschaft bis an die Grenzen des überhaupt Möglichen“ (Bacon 1627: 205). Die Insel verfügt über Labore in der Tiefe und Forschungstürme in weiter Höhe, über Labore für Material- und Wärmeforschung sowie mechanische Werkstätten (Bacon 1627: 205-212). Auf der Insel *Bensalem*, die fern der übrigen Welt im Stillen Ozean liegt, schicken die Väter des *Hauses Salomon* – der Akademie der Wissenschaften – ihre *Lichthändler* los, um Informationen auf der ganzen Welt zusammenzusuchen. Da die Existenz der Insel geheim bleiben soll, reisen diese Gesandten unter Angabe einer anderen Nationalität in fremde Länder, um wissenschaftliche Schriften und Musterstücke von Erfindungen zu besorgen, um sie in die organisierte Forschungshierarchie ihres Staates einzuspeisen. Naturwissenschaftliche Erkenntnisse werden in Technologien umgesetzt, die dem Erhalt der Gesundheit und dem Genuss aller Sinne dienen. Brunnen und künstliche Quellen fördern die Gesundheit, köstliche Süßigkeiten und Weine dienen nicht nur dem Genuss, sondern steigern die Kraft und das Wohlbefinden. Mit dem Konzept einer zunehmenden Naturbeherrschung durch die Anwendung von Technologien ist bei Bacon technische Innovation bereits konzeptionell entwickelt, doch ist technische Innovation entkoppelt von gesellschaftlicher Dynamik. Die geheime Insel will die Geheimnisse ihres 'gutes Leben' dauerhaft für sich behalten, weder teilen noch ausdehnen, noch anderen zugänglich machen. Was Bacon der Utopietradition entscheidendes hinzufügt, liegt nicht in der politischen Organisation des Staates. Er entwickelt vielmehr mit seinem Konzept von Naturbeherrschung und Forschungsorganisation ein Modell, die Mühen des Lebens technisch zu überwinden.

Während Morus ein System entwirft, dass in jeder Weise statisch ist, beschreiben sowohl Campanella als auch Bacon bereits dynamisch wachsende Wissenssysteme, ohne allerdings die Sprengkraft von Wissen in Betracht zu ziehen. Gesellschaftliche Veränderungsprozesse sind nicht vorgesehen, sondern die Utopie-Inseln sind als historisch vollendet konzipiert. Auch räumlich sind sie abgeschlossen: Die Utopien der frühen Neuzeit entwerfen in unterschiedlicher Weise Parallelwelten, die koexistent neben real existierenden Welten stehen, dabei aber nur minimal mit anderen Gesellschaften verbunden sind und

auch keine Ausdehnung ihrer je eigenen – als ideal geschilderten – Ordnung anstreben. Uneinheitlich konzipieren die Utopien der Frühen Neuzeit die Natur; die entgegenstehenden Naturauffassungen sind somit bereits sehr früh in der Geschichte der Utopien vorhanden: Bei Morus wirkt die beschriebene und erlebte Natur unabhängig vom Menschen und bietet dem Menschen eine Umwelt, die ihn versorgt und den Rahmen für ein als vernünftig und gut definiertes Leben bietet. Campanella zielt darauf ab, das Gegebene Natürliche (insbesondere den Menschen) durch strategisches Handeln zu modellieren, wenn er das Wissen aus der Tierzucht auf den Menschen überträgt. Die ‘Gesetze der Natur’ werden einerseits als Grenze individuellen Handelns gesetzt, doch soll die Natur (des Menschen) insgesamt optimiert werden. Und Bacon schließlich sieht die Natur als etwas zu Beherrschendes, als Grundlage für menschliches Handeln und gleichzeitig als eine Umwelt, die temporäre Grenzen setzt, die es schnellstmöglich zu überwinden gilt.

Auch wenn die ersten Utopien der Neuzeit nicht in der Zukunft spielen, so bieten sie die Grundlage für künftige Strategien, alternative Welten möglich zu machen: Wenn das menschliche Elend nicht mehr als unentrinnbares Schicksal und als von Gott bestimmt betrachtet wird, sondern als Ergebnis des Handelns von Menschen, können die Ursachen von Fehlentwicklungen beseitigt werden, um so ein besseres Leben für alle zu erreichen (Saage 2001: 78 f.).

Utopische Aufbrüche: Zurück zur Vergangenheit oder vorwärts zur Zukunft

Das Zeitalter der Aufklärung stellt theoretisch und praktisch die bisherige Gesellschaftsstruktur in Frage. Mittels der Vernunft soll der Mensch den ‘Ausgang aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit’ (Kant) finden; an Stelle der göttlichen Legitimation des Monarchen tritt der auf das Naturrecht gegründete Gesellschaftsvertrag (Rousseau); die Revolutionen in Amerika und Frankreich zeigen erste Resultate. So bilden sich im 18. Jahrhundert in der Auseinandersetzung mit den kontraktualistischen Ansätzen des modernen Naturrechts zwei Formen politischer Utopien heraus. Politische Utopien, die von ursprünglich gleichen und freien Individuen ausgehen und somit in eine Konzeption eines Naturzustandes münden, entwerfen als Option eine staatsfreie Entfaltung der Individuen (z.B. Gabriel de Foignys Australien-Utopie von 1676). Während die auf einen starken Staat orientierten Ordnungsutopien (wie bei Morus und Campanella) davon ausgehen, die Einzelnen könnten jederzeit in ein egoistisches – das Gemeinwesen schädigendes – Verhalten zurückfallen, wenn sie nicht in ein überwachendes und sanktionierendes Institutionensystem eingebunden sind, gehen die anarchistischen Utopien davon aus, dass die herrschenden Institutionen den Menschen deformieren. Ihr Ideal besteht daher in einer weitgehend institutionenfreien und dezentralisierten Gesell-

schaft, in der es gerade keine übergeordnete Herrschaft von Menschen über Menschen gibt. Zum Zweiten werden nun Staaten entworfen, in denen die Gründung des idealen Staates mit einem Vertrag bzw. mit einem vertragsähnlichen Äquivalent verbunden ist (vgl. Saage 2002a).

Im Genre der Zivilisationskonstruktionen, in denen ferne Inseln mit utopischen gesellschaftlichen Verhältnissen nicht mehr entdeckt, sondern von ihren Entdeckern aufgebaut werden, bieten leere, unbewohnte Orte die Grundlage, um 'neu anzufangen'. Ein solches Unterfangen beschreibt Johann Gottfried Schnabel mit der *Insel Felsenburg* (Schnabel 1731), auf der die schiffbrüchigen Entdecker der Insel zugleich ein neues Gemeinwesen aufbauen. Allerdings präsentiert Schnabel eine vorstaatliche (sowie patriarchale und traditionalistische) Konzeption von Gemeinschaft, in der nicht die staatliche Organisation und ihre spezifischen Bindungskräfte den gesellschaftlichen Zusammenhalt gewährleisten, sondern die Verwandtschaft aller Mitglieder der überschaubaren Gemeinschaft, in der der Gründungsvater die höchste Autorität hat, für einen starken Zusammenhalt sorgt. Leere Räume – wieder Inseln – werden zu Projektionsflächen möglicher Zukünfte –, wobei die Zukunft nicht selten eine Rückkehr zur vermeintlich besseren Vergangenheit bzw. Natur sein soll. Statt aus der bis dato erreichten Gegenwart die Zukunft zu gestalten, gilt das Interesse einem Neu-Anfang im Kleinen, wobei der Entwicklungsstand der Herkunftsgesellschaft abgelehnt wird. Statt Veränderung der Gegenwart wird ein Neu-Anfang präferiert, der implizit darauf hinausläuft, die Geschichte 'zurückzudrehen'.

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts wird das ideale Gemeinwesen erstmals in die Zukunft projiziert und explizit als zukünftige Geschichte der eigenen Herkunftsgesellschaft beschrieben. Diese bestehenden zeitgenössischen Verhältnisse werden damit zum historischen Ausgangspunkt einer besseren Zukunft. Damit wird es notwendig, einen Weg vom jeweiligen Jetztzustand zu der idealen Zukunft zu beschreiben. Louis Sébastien Mercier, der seine Utopie kontraktualistisch begründet, beschreibt die Zeitreise eines Menschen aus dem Paris des Jahres 1769 in das Paris von 2440 und verlegt somit das ideale Gemeinwesen in die Zukunft eines existierenden Raumes (Mercier 1982). Auch wenn die immerhin fast siebenhundert Jahre in der Zukunft liegende Gesellschaft lediglich einen aufklärerischen Gegenentwurf zur seinerzeit bestehenden, weniger vollkommenen Gesellschaft bietet und sich die globale Transformationsvorstellung darauf reduziert, dass bis zum Jahr 2440 überall auf der Welt immer vernünftiger und aufgeklärtere Könige an die Macht kommen, so ist die ideale Welt nun nicht mehr in der räumlichen Ferne, sondern am Ort des eigenen Handelns angesiedelt. Mit dem Wandel von der Raum- zur Zeitutopie ist ein entscheidender konzeptioneller Bruch verbunden: Die Plausibilität der Utopie ist fortan mit einem Transformationskonzept und mit der globalen Perspektive gekoppelt. In einer erschlossenen und kartographierten Welt ist eine geheime ferne Existenz nicht mehr plausibel. Es bleiben also zwei Mög-

lichkeiten: Entweder eine globale Perspektive der Veränderung, oder aber der Entwurf der Koexistenz verschiedener Gemeinwesen.

Utopie zerstörungsfreier Industrialisierung: Gleicher Reichtum für alle

Mit der Industrialisierung erscheint die neue Perspektive, dass sich Luxus und Reichtum vergesellschaften lassen; dass Gleichheit nicht mehr mit gleichem Verzicht von Allen einhergeht. Mit der Industrialisierung bzw. mit der Antizipation der Möglichkeiten des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts muss das gute Leben für Alle nicht mehr durch Konsumeinschränkung oder Konsumverzicht erkaufte werden. Statt der Gleichheit in der Einschränkung auf das Notwendige und Vernünftige steht stattdessen die Gleichheit des Reichtums auf der Tagesordnung. Claude Henri de Saint-Simon, der den Horizont der Agrargesellschaft überschreitet, erschließt die Potentiale der Industriegesellschaft für das utopische Denken und bricht damit mit dem utopischen Paradigma des Verzichts. Durch die Zunahme des gesellschaftlichen Reichtums erwartet er, dass die Interessengegensätze zwischen den Besitzern und Nicht-Besitzern der Produktionsmittel bedeutungslos werden (Saint-Simon 1977). In Saint-Simons wirtschaftsliberaler Utopie ist der Staat dafür zuständig, die optimalen Rahmenbedingungen für die Produktion zu gewährleisten, damit schließlich die Marktakteure soviel wie möglich zu den geringsten Verwaltungskosten produzieren. Der Staat verschwindet in der wirtschaftlichen Organisation, und die Ordnung der Fabrik wird auf die gesamte Gesellschaft übertragen (vgl. Saage 2002b: 29 f.). In dieser technokratischen Form verschwindet Politik in einer vermeintlich optimalen Organisation des gesamten Wirtschaftslebens³ – gesteuert von einer Funktionselite –, so dass auch hier die Zukunft keine gestaltbare ist, sondern schon von vornherein determiniert.

Eine ganz andere Perspektive entwickelt Robert Owen. Als Mitbesitzer und Leiter einer großen Baumwollspinnerei in New Lanark in Schottland führt er beispielhafte betriebliche Sozialreformen durch, um die materielle und soziale Lage der Fabrikarbeiter entscheidend zu verändern. Statt einer zentralisiert ge-

3 Trotz der Kritik von Marx und Engels an Utopien, bezieht sich Engels im *Anti-Dühring* gerade auf diese Perspektive affirmativ: So sei doch bei Saint-Simon, der in dieser Frage seinen Zeitgenossen überlegen gewesen sei, „die Überführung der politischen Regierung über Menschen in eine Verwaltung von Dingen und eine Leitung von Produktionsprozessen, also die neuerdings mit so viel Lärm breitgetretene Abschaffung des Staats hier schon klar ausgesprochen“ (Engels 1894: 241). „Der erste Akt, worin der Staat wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt – die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft – ist zugleich sein letzter selbständiger Akt als Staat. Das Eingreifen einer Staatsgewalt in gesellschaftliche Verhältnisse wird auf einem Gebiete nach dem andern überflüssig und schläft dann von selbst ein. An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen.“ (Engels 1894: 262). Doch die Verwaltung von Sachen birgt ein Machtpotenzial, das gerade immer wieder zur Herrschaft über Menschen führen kann (Heinrich 2004: 220).

steuerten Wirtschaft setzt er in seinen Schriften auf dezentralisierte Produktivgenossenschaften. Sein Ziel ist es, ein Höchstmaß an Reichtum mit einem Minimum an schädlicher oder unangenehmer Handarbeit in kürzester Zeit und mit einem Minimum an Ressourcen zu produzieren (Owen 1827: 37). Owen beschränkte sich nicht darauf, seine Utopie zu beschreiben, er geht auch in die USA, um Musterkolonien aufzubauen (die allerdings scheiterten). Der Grundgedanke des Owenschen Transformationskonzepts besteht darin, dass die Lebensweise in den Gemeinschaften (die jeweils aus 500-2000 Personen bestehen sollen) so attraktiv ist, dass sich nach ihrem Vorbild immer mehr Gemeinschaften bilden werden.

Auch bei Charles Fourier hat der Konsum einen positiven Stellenwert als Schubkraft für ökonomische Aktivität und für die hedonistische Lebensperspektive. Er löst die anarchistische Utopie aus ihrem traditionellen, agrarischen Kontext und modifiziert zugleich die Ablehnung des instrumentellen Naturverhältnisses wie sie die älteren anarchistischen Bon-Sauvage-Utopien bestimmt: Eine umweltverträgliche Beherrschung der Natur durch die wissenschaftlich-technische Entwicklung ermöglicht die Produktion von gesamtgesellschaftlichen Wohlstand auf der Grundlage von Maschinen und machen eine rigide Arbeitsdisziplin obsolet (vgl. Saage 2002b: 79). Die Zukunft der realisierten Utopie ist bei Fourier nicht mehr fern, sie soll sofort in Angriff genommen werden (Fourier 1808: 278 ff.). Revolutionen und Umstürze sind nicht notwendig, denn die Transformation geht friedlich vonstatten, weil sich die einmal gegründeten Phalanstères als so attraktiv erweisen werden, dass nach und nach die ganze Gesellschaft nach ihrem Vorbild umgestaltet wird.

Die Perspektive einer gewaltlosen Transformation vertritt auch die populärste Utopie des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Edward Bellamys Weltbesteller, einem *Rückblick aus dem Jahre 2000 auf das Jahr 1987* (Bellamy 1890), wird binnen weniger Jahre nach seinem Erscheinen im Jahr 1888 in mehr als zwanzig Sprachen übersetzt, erreicht in vielen Ländern eine Auflage mit mehr als 100.000 Exemplaren und führt in den USA zur Gründung von mehr als 150 Bellamy-Clubs führt (Hölscher 1999:135). Die Revolution, die angesichts der Spannungen am Ende des 19. Jahrhunderts von vielen Seiten erwartet wurde, hat in Bellamys Utopie nicht stattgefunden. Das Kapital „hatte sich als um so leistungsfähiger erwiesen, je mehr es sich in immer weniger Händen zusammenballte“. Nachdem die Konzentration des gesamten Reichtums ihren Höhepunkt gefunden hatte, wurde die Nation zum einzigen Kapitalisten, „ein Monopolist, an dessen Gewinn und Ersparnis alle Bürger Teil hatten“. Das „Volk der Vereinigten Staaten beschloss, die Leitung seines Geschäfts selbst in die Hand zu nehmen, gerade so, wie es hundert Jahre zuvor die Leitung seiner Regierung selbst in die Hand genommen hatte“ (Bellamy 1890: 46). Der Wandel konnte ohne Blutvergießen und Erschütterungen vonstatten gehen, da die Monopole ihre überlegene Kompetenz schon lange unter Beweis gestellt

hatten und die öffentliche Meinung der Übernahme entsprechend positiv gegenüberstand (Bellamy 1890: 46). Bellamy entwickelt phantasie reich ein raffiniertes System der Arbeitsteilung, in dem Arbeitszeit durch Nachfrage reguliert wird: Finden sich für eine gesellschaftlich notwendige Tätigkeit nicht genug Personen, wird die Arbeitszeit für diese Arbeit so stark heruntersgesetzt, bis sich genug Interessenten finden. Geld ist durch Kreditkarten ersetzt, die jedem den gleichen Anteil an der jährlichen Gesamtproduktion zubilligen und das Jede und Jeder nach persönlichen Präferenzen ausgeben kann. Doch politisch beschreibt Bellamy eine patriarchal strukturierte, hochmilitarisierte Gesellschaft, in der die Arbeit in einer allgemeinen Arbeiterarmee organisiert ist.

International sind die industrialisierten Staaten durch die lose Form eines Staatenbundes verbunden. Zwar sind noch nicht alle Staaten dabei, doch wird für die Zukunft erwartet, dass sich die verbleibenden Staaten der losen bundesstaatlichen Vereinigung anschließen werden. Später, so wird es in Bellamys Jahr 2000 erwartet, würden sich die Staaten zu einem einzigen Staat vereinigen (Bellamy 1890: 112 ff.). Der internationale Handel ist zu einem internationalen Tauschsystem geworden. Bei Bellamy führt die Kapitalkonzentration zu der Perspektive des Staates als eines Gesamtbetriebes, und die Vernunft der Menschheit ermöglicht einen friedlichen Übergang, nach dem fortan alle ein glückliches Leben führen. So enthält Bellamys Zukunftsentwurf eine Transformationsperspektive, die nicht an einen Nationalstaat gebunden ist, sondern eine globale Option beinhaltet.

In Ansätzen entwerfen die Utopien im 19. Jahrhundert bereits Zukünfte von Gemeinwesen, die von institutionellen Zwängen weitgehend befreit sind und somit auf eine freie Entfaltung der Individuen setzen (Fourier 1808; Morris 1900). Selbst die militärisch-autoritäre Utopie von Bellamy strebt ein hohes Maß an Privatheit und Individualisierung der Lebensweise an. Zugleich reflektieren die Utopien der Industrialisierung den globalen Kontext, indem sie in unterschiedlicher Weise eine Internationalisierung und Globalisierung ihrer jeweiligen Modelle beschreiben. Im Unterschied zu revolutionären Bewegungen ihrer Zeit entwerfen sie Szenarien einer friedlich verlaufenden Umgestaltung der Gesellschaften. Sie setzten die Hoffnung darauf, dass sich Vernunft im globalen Maßstab quasi naturwüchsig durchsetzen würde. Während die Revolutionäre den Kampf um politische Macht als unumgänglich ansahen, meinten die Verfasser der Utopien, ohne den Kampf um politische Macht auskommen zu können.

Dystopische Schreckensherrschaft:

Totalitäre Zwangssysteme im zwanzigsten Jahrhundert

Im 20. Jahrhundert wird die gesellschaftlich bestimmte Technikentwicklung der Zukunft zu einem zentralen Thema von Zukunftsprojektionen. Schon im 19. Jahrhundert popularisiert der politisch konservative bis reaktionäre Tech-

nikoptimist Jules Verne die wissenschaftlichen und technischen Ansätze seiner Zeit, indem er Technologien entwarf, um durch die Luft, das All und in den Tiefen der Meere zu reisen. Der gesellschaftskritische Journalist und Schriftsteller H. G. Wells, der sich im Laufe seines Lebens als Marxist, Sozialist und Pazifist engagiert, verdichtet dagegen die technischen Möglichkeiten zu Schreckensszenarien (z.B. Wells 1898). Mit der Jahrhundertwende um 1900 und in den nachfolgenden Jahrzehnten werden in Romanen und Szenarien mögliche und denkbare Zukünfte beschrieben, die Varianten des technischen Fortschritts imaginieren und worin die gesellschaftliche Zukunft von der technischen Entwicklung abhängt. Im Mittelpunkt stehen dabei nicht mehr einzelne, spektakuläre Technologien, sondern umfassende technisierte Gesellschaften, deren Entwicklung von ihren technischen Infrastrukturen bestimmt wird (Wells 1905; Birkenhead 1930; vgl. Hölscher 1999:152 ff.). Doch die anfänglichen Hoffnungen in Technik und staatsförmig organisierte Vernunft schlagen bald um: Im ersten Weltkrieg werden Wissenschaft und Technik als Motor einer militärischen Massenmord-Maschine genutzt, und auch die alltägliche technische Rationalisierung des Lebens durch die Industriegesellschaft zeigt die Zerstörungskraft von Wissenschaft und Technik. Schon in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts entwirft der russische Autor Jewgenij Samjatin in seinem Roman WIR eine schwarze Utopie, ein antiutopisches – dystopisches – Zukunftsszenario eines totalen Staates, der jeden zerstört, der nicht reibungslos funktioniert. Wird die staatszentrierte Utopie in der Tradition von Morus fortgeführt und mit einer Arbeitsteilung nach der Logik Taylors kombiniert, so gerinnt die Gesellschaft zu einer zerstörerischen Gemeinschaftsmaschine, die Individualität und Politik auslöscht. Die Welt ist in dem ‘einzigen Staat’ aufgegangen, der auch noch das All kolonisieren will, um „jene unbekanntes Wesen, die auf anderen Planeten – vielleicht auch in dem unzivilisierten Zustand der Freiheit – leben, unter das segensreiche Joch der Vernunft zu beugen. Sollten sie nicht begreifen, dass wir ihnen ein mathematisch-fehlerfreies Glück bringen, haben wir die Pflicht, sie zu einem glücklichen Leben zu zwingen“ (Samjatin 1924: 5). Nach dem Scheitern der russischen Oktoberrevolution, und mit den Erfahrungen aus stalinistischem Terror, faschistischem Massenmord, dem zweiten Weltkrieg und der Atombombe zeigen zuerst früh Aldous Huxley (Huxley 1932) und später George Orwell (Orwell 1949) die Konsequenzen aus der Verbindung totalitärer Herrschaftstechniken mit unterschiedlichen technischen Möglichkeiten und verdichten dies zu Schreckensszenarien von globalen Herrschaftsapparaten, die Selbstbestimmung und demokratisches Prozedere verunmöglichen. Während Samjatins und Orwells Schreckensszenarien auf der direkten physischen Zerstörung jeglicher Individualität beruhen, entwirft Huxley eine ‘Schöne neue Welt’, in der das Paradies des universellen Glücks (chemisch und durch Konditionierungstechniken erzeugt) in einer Hölle vollendeter Versklavung zwangsweise produziert wird

(Huxley 1932). Offene Repression ist in Huxleys Dystopie weitgehend verschwunden, da in dem in Kästen hierarchisch gegliederten System die Reaktionsweisen der Kästen vollständig gesteuert werden und den genormten Bedürfnissen Rechnung getragen wird. Dieser 'weichen' Zerstörung des Individuums steht mit Orwells 1984 (Orwell 1949) eine 'harte' Variante gegenüber, in der sich der Stand der wissenschaftlich-technischen Entwicklung zu einem vollständigen Mittel der Macht verabsolutiert hat (Saage 2003: 140). Bei Huxley, der die Situation einer in Blöcke geteilten Welt von 1948 zu seinem 1984 'verdreht', führen die drei Supermächte Oceania, Eurasia und Eastasia in abrupt wechselnden Koalitionen unentwegt Krieg gegeneinander. Innenpolitisch produziert eine politische Elite mit dem *great brother* an der Spitze einen permanenten Angstzustand mittels (konzeptionell plump entwickelter) Überwachungstechnologien und bespitzelt mit der Gedankenpolizei die nachrangigen Funktionäre. Das gemeine Volk der *proles* vegetiert dagegen in heruntergekommenen Slums in geistiger Unmündigkeit dahin.

Statt Utopien sind es in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erst einmal die Prognosen der Zukunftsforschung, die die Differenz von Sein und Sollen benennen und versprechen, Wege in eine wünschenswerte Zukunft beschreiben zu können. Allerdings stellen sie die bestehenden Herrschaftsverhältnisse nicht in Frage, sondern postulieren vielmehr, dass Industrialisierung und Modernisierung zu einem zufrieden stellenden Leben für alle führen werden (Gordon/Helmer 1964; Kahn/Wiener 1971:17). In modernisierungstheoretischer Perspektive wird von einem zielgerichtet zu erreichendem Gleichklang von wachsendem globalem Wohlstand und der Ausdehnung westlich-kapitalistischer Gesellschaftsformationen ausgegangen. Die einzige bekanntere Utopie, die in der Mitte des 20. Jahrhunderts erscheint, teilt mit den Prognosen der Zukunftsforschung den mechanistischen Zugriff auf eine Welt, in der alles als steuerbar erscheint. *Walden Two* (dtsh. Futurum II), die auf behavioristischen Prinzipien beruhende Utopie Burrhus Frederic Skinners, die 1948 erscheint (aber erst nach mehr als einer Dekade zu einem viel diskutiertem Buch wird), zeigt – gestützt auf „Technologien der Verhaltenssteuerung“ – insbesondere der 'positiven Verstärkung' – ein befriedetes Zusammenleben in einer konfliktfreien Gesellschaft. Wie in einigen Utopien des 19. Jahrhunderts sind Demokratie und politische Kontroversen nicht vorgesehen. „Unsere einzige 'Regierung' ist ein Stab von Planern“ schreibt Skinner (Skinner 1970: 54). Die antidemokratische und antiindividualistische Ausrichtung von Skinners Utopie schließt an vergangene Ordnungsutopien an, verzichtet jedoch auf Repression. Hinsichtlich des Naturverhältnisses kommt gegen die Konsumorientierung der Zukunftsforschung eine ökologische Orientierung zum Tragen: Eine dezentralisierte und ökologische Wirtschaft ist gekoppelt mit einer selektiven Technikförderung und einem Lebensstil, der nicht auf Konsum, sondern auf befriedigende Arbeitsverhältnisse setzt. Sofort und fast überall ließe sich

die neue Gesellschaftsform in die Tat umsetzen: „Jede beliebige Gruppe könne mit Hilfe moderner Technologie zu wirtschaftlicher Selbstversorgung gelangen und die psychologischen Probleme des Zusammenlebens ließen sich mit geeigneten Prinzipien der Verhaltenstechnik lösen“ (Skinner 1970: 22, vgl. 174, 176). Mit zunehmenden Mitgliedern werden in Skinners Erzählung neue Futurum-Gesellschaften auf gekauftem Land gegründet, die von dem ersten Gemeinwesen planvoll aufgebaut werden. Da die Mitglieder von Futurum zugleich Staatsbürger existierender Staaten sind (in Futurum II US-Amerikaner), wählen sie auf lokaler und auf nationaler Ebene, wobei sie dem Rat ihrer Manager folgen. Ziel der Beteiligung an Wahlen besteht darin, ein günstiges, also nicht-invasives Umfeld zu gewährleisten (Skinner 1970: 203 ff, 177 ff.). Die „Eroberungstechnik“, die zur allgemeinen Transformation führen soll, gilt: „Wir setzen ein Beispiel“ (Skinner 1970: 203). Wenn die Mitglieder von Futurum auf einem Territorium die Majorität ausmachen, so würden sie zum einen das Ganze in ihrem Sinne umstrukturieren. Was in den Dystopien das Schreckensszenario war, wird bei Skinner zur Utopie einer Verhaltenssteuerung über ‘positive Verstärkung’: „Wir können eine Art Aufsicht ausüben, unter der die Beaufsichtigten sich frei fühlten, obgleich sie einem Kodex gehorchen, der viel genauer ist, als es je zuvor in dem neuen System der Fall war“ (Skinner 1970: 233).

Utopische De- und Rekonstruktionen: Skepsis im zwanzigsten Jahrhundert

Mit den neuen sozialen Bewegungen der siebziger Jahre entstehen wieder Gegenentwürfe zu den bestehenden Herrschaftsverhältnissen. Zu Beginn der siebziger Jahre erscheint mit Ernest Callenbachs *Ökoptopia* eine Utopie, in der die Themen der sich seinerzeit formierenden neuen sozialen Bewegungen aufgegriffen werden (Callenbach 1975). In *Ökoptopia* ist Politik ein entscheidender Modus des gesellschaftlichen Seins: die basisdemokratischen politischen Entscheidungsstrukturen und die radikale Dezentralisierung politischer Macht stützen die lokalen Gemeinschaften, in denen Politik zum Teil des Alltags geworden ist. Die avanciertesten Kommunikationstechnologien ermöglichen eine aktive Auseinandersetzung mit dem politischen Geschehen, während Konsum und passive Mediennutzung die *Ökoptopier* nicht interessieren. Das gemeinschaftliche und zugleich politische Verhalten der Einzelnen resultiert nicht aus einer abstrakten Norm oder einem rigorosem Zwang, sondern entsteht als Alltagspraxis in einer Kultur, in der Bedürfnisse in neuer Weise befriedigt werden. *Ökoptopia* nimmt auf, was heute aus dem Aufbruch der siebziger Jahre überliefert ist: Übermäßiger Konsum scheint aus der Entfremdung des modernen Kapitalismus zu resultieren, und das Bedürfnis nach Konsum verschwindet dementsprechend mit einer Lebensweise, in der Solidarität und

Selbstverwirklichung gleichermaßen gelebt werden. Die Kommunen der siebziger Jahre sind in Ökotopia weitergedacht zu einem Staatssystem, in dem die Kommune nicht mehr Gegenmacht zur bestehenden Macht ist, sondern zu einem stark dezentralisierten, sozialstaatlich ausgerichteten, föderalistischen politischen System mit einem hohen Maß an Partizipation geworden ist. Ausgeblendet wird allerdings die globale Dimension der ökologischen Probleme und der atomaren Bedrohung. Das 'gute Leben' wird wieder in einer mehrfach kleinräumigen Welt verortet. Aus den großen Städten sind wieder ländliche Konglomerate geworden, auch ist Ökotopia auf das Territorium der früheren US-amerikanischen Bundesstaaten Washington, Oregon und Northern California beschränkt, die sich 1980 von den USA abgespalten haben. So kehrt Callenbach von der Zeitutopie wieder zur Raumutopie zurück, nur dass Ökotopia nicht mehr in einer fernen, unentdeckten Weltgegend liegt, sondern die Industriegesellschaft bereits hinter sich gelassen hat. Trotz antiindividualistischer Tendenzen und einem mystisch überhöhten, essentialistischem Naturverhältnis, sind politische Veränderungsprozesse vorgesehen. Kontroversen der verschiedensten Reichweite sind an der Tagesordnung und werden als Konflikte ausgetragen. Allerdings bildet das Wissen um den Erhalt der Natur und um die Zerstörungsgefahren die geschlossene Basis sowohl für die politischen Entscheidungen als auch die Alltagsorganisation der Ökotopier. Regulatives Prinzip ist das Konzept des 'stabilen Gleichgewichts', welches das politische und individuelle Handeln strukturiert und begrenzt. Wie die Utopien der frühen Neuzeit zeigt jedoch Ökotopia letztlich nur eine Alternative, die auf die Defizite der Herkunftsgesellschaft verweist, ohne einen Transformationsanspruch zu haben, da die Ökotopier selbstbezogen leben und sich im Rahmen des internationalen Systems einpassen ohne eine aktive Politik zu einem globalen Wandel zu verfolgen. Ökotopia teilt mit den frühneuzeitlichen Utopien auch die Vorstellung, dass einmal etablierte Institutionen (die in Ökotopia allerdings prozessuraler entworfen werden, als in den Ordnungsutopien) für eine dauerhaft einträgliche Entwicklung sorgen können. Callenbach setzt darauf, dass sich Modi der Konfliktaustragung etablieren lassen, die dauerhaft eine Akkumulation von Macht verhindern können.

Problematisiert wird die Akkumulation von Macht in einer der wichtigsten Utopien der siebziger Jahren: Ursula Le Guin entwirft mit dem *Planet der Habenichtse* (LeGuin 1976) jenseits etatistischer Positionen ein politisches Gemeinwesen namens Anarres, das auf einem kargen und unwirtlichen Planeten gleichen Namens begründet wird und das insofern mit extremen ökologischen Restriktionen konfrontiert ist. Die anarchistische Gegenwelt ist zudem gefährdet, denn die freie Zusammenarbeit von Gleichen wird durch Bürokratisierung untergraben. Einzelne können ihre Macht gerade deshalb informell ausweiten, weil die Gesellschaft weitgehend entinstitutionalisiert ist. Die alltägliche Realität entfernt sich somit von den Idealen der Gleichheit, Freiheit und

Solidarität. Statt der Darstellung einer perfekt funktionierenden idealen Gegenwart in der Zukunft reflektiert LeGuin, in welcher Weise die ursprüngliche Idee einer egalitären Gesellschaft durch die alltägliche Wirklichkeit ausgehöhlt wird. Die bessere Welt ist eine Option, die auf Anarres gerade noch nicht realisiert ist; die auch gar nicht dauerhaft realisiert werden kann, wenn die Einzelnen nicht aktiv ihre Freiheit und ihre Solidarität permanent gestalten und entwickeln. Nicht mehr die einmalige Institutionalisierung einer Idee von Freiheit und Gleichheit wird die angestrebte Zukunftsgesellschaft garantieren, sondern nur die stete Reflexion und die permanente Auseinandersetzung über gesellschaftliche Ziele und die Mittel ihrer Realisierung können die schleichende Deformation der utopischen Zukunftsgesellschaft aufhalten. Zudem, so zeigt LeGuin, wird einer Gesellschaft, die mit begrenzten Ressourcen auskommen muss und/oder in einer ihr feindlich gesonnenen Umwelt situiert ist, immer mit Dilemmata umgehen müssen. Konflikte hinsichtlich der gerechten Verteilung von Ressourcen und Spannungen, die aus einer internationalen Verteidigungssituation resultieren (und damit vollständige Friedfertigkeit und den Abbau von Feindbildern verunmöglichen) lassen sich nicht im Sinne aller lösen, und egalitäre Verhältnisse, in denen der Staat als Zwangsapparat weitgehend abgeschafft ist, sind anfällig für die Herausbildung informeller Machtverhältnisse. So ist die Zukunft der unterschiedlichen Gemeinwesen offen: Während die historisch neue Gesellschaftsformation auf Anarres in Gefahr ist, verweist ein (brutal niedergeschlagener) Aufstand auf dem kapitalistischen Planeten Urras, dass die dortigen Herrschaftsverhältnisse unter Druck geraten. Entgegen der Statik von räumlich abgetrennten, vermeintlich für sich allein existierenden Gemeinwesen hebt LeGuin damit die Interdependenz gerade von gegensätzlichen Gesellschaften hervor, die nicht nebeneinander existieren, sondern in einem gegebenen Raum mit- und gegeneinander agieren.

So gibt es die große Erzählung, die geschlossene Geschichte und/oder Teleologie einer gerichteten und von exponierten Akteuren gesteuerten historischen Entwicklung im letzten Jahrhundert fast nur noch als negative Geschichte des Scheiterns, als Dystopie, während die Utopien ihren Geltungsanspruch zurücknehmen. Skinners sozialtechnische Utopie ist so konstruiert, dass sie mit westlich-kapitalistischen Gesellschaften dauerhaft kompatibel ist, Callenbach konstruiert *Ökotopia* trotz globaler Umweltzerstörung als eine Insel des guten ökologischen Lebens auf einer offenen See der industriellen Zerstörung. Und LeGuins einander gegenüberstehenden Gemeinwesen erinnern an die Zeit der bipolaren Weltordnung, in der zwei gesellschaftliche Funktionslogiken vorhanden waren (wenn auch keine anarchistische wie bei LeGuin). Reflexiv in Bezug auf die vorherigen Utopien, wie auch auf die gesellschaftliche Situation des 20. Jahrhunderts sind die Utopien zu Medien der Reflexion des Bestehenden geworden, die gerade kein geschlossenes System mehr entworfen haben.

Politische Utopien: Morgen!

So haben sich die politischen Utopien in der Reflexion veränderter historischer Bedingungen, vorheriger Utopien und veränderter Zielparame- ter stetig verwandelt, in neuer Form regulative Ideen konkretisiert und damit 'bessere' Zukünfte diskursiv antizipiert. Entgegen einer Utopiekritik, die Utopien als freiheitsgefährdend und totalitär denunziert⁴, zeigt sich, dass politische Utopien gerade die politischen, ökonomischen und alltagskulturellen Konsequenzen dessen sichtbar machen, was eine umfassende Umsetzung und Institutionalisierung der jeweils in ihnen favorisierten regulativen Prinzipien bedeuten würde – und damit gerade Kritik ermöglichen.

Spätestens seit dem 19. Jahrhundert bilden isolierte utopische Gegenwelten keinen überzeugenden konzeptionellen Gegenpart mehr zur realen Ausbreitung des Kapitalismus, der sich alle anderen Gesellschaftsformationen einverleibt. Mit der Fortschrittsidee des industriellen Zeitalters setzen Utopien darauf, dass sich die Vernunft im globalen Maßstab durchsetzen wird – eine naturwüchsige Entwicklung zum Besseren dank Vernunft im globalen Maßstab abzusehen sei. Doch mit dem erst autoritären und dann stalinistischen Scheitern der russischen Oktoberrevolution war diese Hoffnung endgültig gestorben und so kehrten die Szenarien einer fast umfassenden Weltherrschaft im 20. Jahrhundert in Form von Dystopien wieder. Mit den Dystopien stehen nicht mehr nur die zeitgenössischen Verhältnisse im Zentrum der Kritik, sondern zugleich mögliche zukünftige Entwicklungen sowie die utopischen Entwürfe selbst. Dass sich ein vereinheitlichendes Prinzip bzw. eine allumfassende Ordnung global flächendeckend durchsetzen könnte, wird im 20. Jahrhundert zum Schreckensszenario. Die Geschichte der letzten zwei Jahrzehnte scheint diese Prognose zugleich zu übertreffen und zu widerlegen. Tempo und globale Reichweite neoliberaler Deregulierung und Privatisierung sowie die Globalisierung der Finanzmärkte, die Globalisierung von Instabilität und Unsicherheit (Alt Vater/Mahnkopf 2002) verweisen darauf, wie schnell und umfassend Veränderungen in ganz unterschiedlich verfassten Gesellschaften erzielt werden konnten. Schneller als es sich in den Utopien vergangener Zeiten vorgestellt

4 Was die Utopiekritik an den Utopien kritisierte – die Unterwerfung des Individuums unter die Notwendigkeiten des 'besten Staates' – ist ohne Utopie zur bestimmenden Wirklichkeit geworden. Programmatisch frühzeitig verkündet (mit der TINA-Formel „There is no alternative“ von Margaret Thatcher), seinerzeit sicher nicht mit den umfassenden Realisierungschancen betrachtet, die sich im Siegeszug des Neoliberalismus bis heute gezeigt haben, hat die Anti-Utopie gezeigt, wie umfassend sich der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse erneut durchsetzen kann. Die bestehende Gesellschaftsordnung als beste aller Welten zu begreifen, ist historisch nicht neu. Leibniz hat dies bereits 1714 getan (Leibniz 1969), schon Voltaire hat 1759 die Absurdität gezeigt (Voltaire 1989). Und einer der größten Kritiker der Utopien und der radikalen Veränderung, Karl Raimund Popper, verabsolutierte ebenfalls (am Ende seines Lebens) die Marktwirtschaft der westlich industrialisierten Welt als die beste aller Welten (Popper 1992: Vorwort).

wurde, ist eine neue Ordnung durchgesetzt worden. Doch sind die Vorstellungen der Utopien dadurch gleichermaßen widerlegt. Denn die 'neue Ordnung' ist gerade keine Ordnung im Sinne kohärenter sozialer Formen, sondern besteht in der globalen Ausweitung der Instabilität, Informalität und Unsicherheit. Während in den meisten politischen Utopien die Dynamik zum Erliegen kommt, die Ökonomie abgebremst wird, gilt für die Beschleunigung der heutigen Zeit das, was Marx und Engels schon im Kommunistischen Manifest schreiben: „Alle festen eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altehrwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst, alle neugebildeten veralten, ehe sie verknöchern können“ (Marx/Engels 1848: 465). Diese Spirale aus Beschleunigung, Unsicherheit, Instabilität und gewaltförmige Konflikte findet lange ihren Niederschlag in Science Fiction Romanen, die keine Utopien sind, noch Gegenutopien oder die einen utopischen Anspruch haben, aber ähnlich wie die politischen Utopien auf sich heute abzeichnenden Krisentendenzen reagieren. Der Science-Fiction-Autor William Gibson greift 1984 die technischen Tendenzen von dezentralen Computern, Telekommunikation, Computerspielen, Simulationstechnologien und Neuro-Forschung in seinem Roman *Neuromancer* auf (Gibson 1987). In seine Cyberpunk-Welt von Hackern, Gangstern, Abtrünnigen und organisierter Kriminalität leben die Handelnden in zwei Realitäten. Sie verbinden ihr Nervensystem mit einem globalen Datennetz und leben in einem digitalen Paralleluniversum, in dem wiederum mit dem Recht des Stärkeren die Grausamkeit der ersten Welt reproduziert wird. Politik gibt es nicht; die Gesellschaft erscheint vielmehr als eine Ansammlung von Individuen, die in einer permanenten Gewaltspirale zugleich Opfer und Täter sind - und in der der Mensch des Menschen Wolf ist, wie es schon Hobbes beschreibt. Während in den Utopien und Anti-Utopien der Versuch gemacht wird, das jeweils historisch-spezifische 'Gehäuse der Hörigkeit', in dem die Einzelnen gefangen sind, zu analysieren und zu verorten, werden bei Gibson das Chaos und die Unübersichtlichkeit (neoliberaler) Herrschaftstechniken stilistisch verdoppelt. In einem anderen Klassiker der Cyberspace-Literatur, Marge Piercys Szenario einer durch Umweltzerstörung und Atomkrieg weitgehend zerstörten Zukunftswelt, die von konkurrierenden multinationalen Konzernen beherrscht wird, scheinen dagegen Elemente einer politischen Utopie auf (Piercy 1991). Piercy schildert den Kampf der freien jüdischen Stadt Tikva gegen die Bedrohung durch einen der großen Konzerne und die subversive Nutzung von High-Tech zur Wahrung der eigenen Unabhängigkeit. Nach dem Cyberspace ist die Nanotechnologie die Technologie, die sowohl in (optimistischen) populärwissenschaftlichen Szenarien (Drexler/Peterson et al. 1991) als auch Science Fiction für Zukunftswelten steht. Neal Stephenson entwirft mit *Diamond Age* (Stephenson 1996), eine Zukunftsgesellschaft, die hoch entwickelte Nanotechnologie nutzt, doch gesellschaftlich in Clans organisiert ist, die sich kulturell an vergangenen Zeiten

orientieren. Die Science-Fiction-Romane, die vielfach als Medium in der Nachfolge der politischen Utopien gehandelt werden, kreieren spannende Phantasiewelten, doch liegt ihre Spannung zumeist gerade darin, dass Helden (seltener: Heldinnen) auch unter widrigsten Bedingungen durchschlagen.⁵ In den Utopien der Vergangenheit bildeten die zeitgenössisch spezifischen Desaster den Anlass, aus den Defiziten ihrer Gegenwart Gegenentwürfe zu entwerfen, die der Zukunft eine ganz andere Richtung geben. Die Individualisierung der Zukunft – eine logische Konsequenz des Verschwindens der Zukunftssicherung, die unter dem Begriff des Sozialstaats ein Jahrhundert lang aufgebaut wurde – zwingt die Individuen, unter den jetzigen und den als noch unsicherer antizipierten zukünftigen Bedingungen, atemlos an der kurzfristigen Sicherung der individuellen Zukunft zu arbeiten. Diese Dynamik, die Zukunft zu individualisieren und zu privatisieren, ist ein wirkungsmächtiges Resultat der neoliberalen Politik der letzten 25 Jahre. Von zwei Ansatzpunkten lässt sich die Zukunft wiedergewinnen: Durch konkrete Praxen, die die Zukunft ent-privatisieren, vergesellschaften, wie Ansätze einer solidarischen Ökonomie und durch die theoretische Praxis, das bestehende Denkverbot der Gegenwart zu durchbrechen: Wieder anfangen, Zukünfte zu entwickeln, die ein unbekanntes ‘ganz Anderes’ zur Gegenwart zu entwerfen. Aus den Utopien der Vergangenheit lässt sich für ein solches Vorhaben einiges lernen.

Literatur

- Altvater, Elmar, Mahnkopf, Birgit (2002): *Globalisierung der Unsicherheit. Arbeit im Schatten, Schmutziges Geld und informelle Politik*, Münster.
- Bacon, Francis (1627): Nova Atlantis, in: Heinisch, Klaus J. (Hrsg.): *Der utopische Staat (2001)*, Reinbek: 172-215.
- Bellamy, Edward (1890): *Ein Rückblick aus dem Jahre 2000 auf das Jahr 1887*, Leipzig.
- Birkenhead, Earl of (1930): *The World in 2030*, London.
- Callenbach, Ernest (1975): *Ecotopia. The Notebooks and Reports of William Weston*, Berkeley.
- Campanella, Tommaso (1602): Sonnenstaat, in: Heinisch, Klaus J. (Hrsg.): *Der utopische Staat (2001)*, Reinbek: 111-169.
- Drexler, Eric K./Peterson, Chris/Pergamit, Gayle (1991): *Experiment Zukunft. Die nanotechnologische Revolution*, Bonn; Paris; Reading.
- Engels, Friedrich (1894): Herm Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, in: *MEW (Karl Marx, Friedrich Engels: Werke)* 20: 5-302.
- Fourier, Charles (1808): Theorie der vier Bewegungen und der allgemeinen Bestimmungen, in: Adorno, Theodor W. (1966) (Hrsg.): *Theorie der vier Bewegungen und der allgemeinen Bestimmungen*, Frankfurt am Main; Wien.

5 Und in der Tat schildern viele Utopien ein ausgesprochen wenig ansprechendes Alltagsleben, das den langweiligen Gegenpart zu spannender Science Fiction bildet: So lässt sich zu Recht kritisieren, es ließe sich „nichts Banaleres vorstellen, als in Bellamys Arbeiterarmee eingereiht zu sein oder in der utopischen Zukunftsgesellschaft des Schweizers P.M. täglich zwei Stunden lang Runkelrüben oder Bärwurz ziehen, kompostieren, Unkraut zupfen oder Beeren pflücken zu müssen – im Schrebergarten als moralischer Zwangsanstalt“ (Priester 2005). Der Detailreichtum einer Utopie macht die Konstruktion einerseits nachvollziehbar, doch binden die Details der Alltagskultur eine Utopie an ihre (kurzlebige) Zeit und lassen sie schnell unattraktiv erscheinen.

- Gibson, William (1987): *Neuromancer*, München.
- Gordon, Theodore J.; Helmer, Olaf (1964): Report on a Long-Range Forecasting Study, Secondary Report on a Long-Range Forecasting Study, RAND Corporation, Santa Monica, California.
- Heinrich, Michael (2004): *Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung*, Stuttgart.
- Hölscher, Lucian (1999): *Die Entdeckung der Zukunft*, Frankfurt am Main.
- Huxley, Aldous (1932): *Brave New World*, London.
- Jameson, Fredric (2004): The Politics of Utopia, in: *New Left Review* (25): 35-54.
- Kahn, Herman/Wiener, Anthony J. (1971): *Ihr werdet es erleben. Voraussagen der Wissenschaft bis zum Jahre 2000.*, Reinbek bei Hamburg.
- LeGuin, Ursula (1976): *Planet der Habenichtse*, München.
- Leibniz, Gottfried Wilhelm (1699): *Vernunftprinzipien der Natur und der Gnade / Monadologie (1714)*, Hamburg.
- Lenk, Kurt (2005): Das Elend des Anti-Utopismus, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* (4): 33-38.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1848): Das Manifest der kommunistischen Partei, in: *MEW (Karl Marx, Friedrich Engels: Werke)* (4): 459-493.
- Mercier, Louis Sébastien (1982): *Das Jahr 2440. Ein Traum aller Träume*, Frankfurt am Main.
- Morris, William (1900): *Kunde von Nirgendwo*, Stuttgart.
- Morus, Thomas (1516): Utopia, in: Heinisch, Klaus J. (Hrsg.): *Der utopische Staat (2001)*, Reinbek: 9-110.
- Orwell, George (1949): *Nineteen eighty-four*, London.
- Owen, Robert (1827): Das Soziale System, (Hrsg.): *Das Soziale System. Ausgewählte Schriften (1988)*, Leipzig: 5-76.
- Piercy, Marge (1991): *He, She and It*, New York.
- Popper, Karl Raimund (1992): *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*, Tübingen.
- Priester, Karin (2005): Keine Domäne der Linken, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*: 24-27.
- Saage, Richard (1997): *Utopienforschung. Eine Bilanz.*, Darmstadt.
- (2001): *Utopische Profile: Renaissance und Reformation*, Politica et Ars, Interdisziplinäre Studien zur politischen Ideen- und Kulturgeschichte, Münster; Hamburg; Berlin; London.
 - (2002a): *Utopische Profile. Aufklärung und Absolutismus*, Münster; Hamburg; Berlin; London.
 - (2002b): *Utopische Profile: Industrielle Revolution und Technischer Staat im 19. Jahrhundert*, Münster; Hamburg; Berlin; London.
 - (2003): *Utopische Profile. Widersprüche und Synthesen des 20. Jahrhundert*, Münster; Hamburg; Berlin; London.
 - (2004): Wie zukunftsfähig ist der klassische Utopiebegriff? in: *UTOPIE kreativ* (Heft 165/166 (Juli/August 2004)): 617-636.
- Saint-Simon, Claude Henri de (1977), *Ausgewählte Schriften*, Berlin.
- Samjatin, Jewgenij (1924): *WIR*. Leipzig 1991
- Schnabel, Johann Gottfried (1731): *Die Insel Felsenburg oder Wunderliche Fata einiger Seefahrer*, München.
- Skinner, Burrhus Frederic (1970): *Futurum II*, Hamburg.
- Stephenson, Neal (1996): *Diamond Age. Die Grenzwelt*, München.
- Voltaire (1989): *Candide oder der Optimismus (1759)*, Frankfurt am Main; Wien.
- Wells, Herbert G. (1898): *The time machine, and The island of Doctor Moreau*, Leipzig.
- (1905): *Ausblicke auf die Folgen des technischen und wissenschaftlichen Fortschritts für Leben und Denken des Menschen*, Minden in Westfalen.

Peter Wahl

Kurs auf linke Mehrheit in der Gesellschaft

Zum Verhältnis von außerparlamentarischer Bewegung und Partei(en) nach der Bundestagswahl

Viele Linke haben noch Schwierigkeiten, die mit der Bundestagswahl zur Kenntlichkeit gekommene historische Konstellation in ihrer ganzen Tragweite zu fassen. Seit 20 Jahren sind wir regelrecht darauf konditioniert, die *neoliberale Konterrevolution* (Altvater) in einer Mischung aus Realismus, Zynismus und Resignation als unaufhaltsamen Triumphzug wahrzunehmen. Daher fällt es jetzt manchen schwer, sich an den Gedanken zu gewöhnen, nicht mehr in der Defensive oder gar marginalisiert zu sein, während auf der Gegenseite soviel Krise ist wie selten zuvor in der Nachkriegsgeschichte.

Ein fast optimales Wahlergebnis

Aus der Perspektive emanzipatorischer Politik war das Wahlergebnis fast optimal. Die Union verspielte mit ihrem knallhart neoliberalen Programm den sicher geglaubten Sieg und kommt gerade mal noch auf 35,2%. Selbst die CSU erreicht mit 49,3% ein für bayrische Verhältnisse schlechtes Ergebnis. Bei der Landtagswahl 2003 waren es 60,7%. Die SPD wurde schon lange vor der Bundestagswahl für die Agenda 2010 abgestraft. Bei der Europawahl im Juni 2004 verliert sie 11 Mio. Stimmen. In Thüringen bekommt sie das zweitschlechteste Ergebnis der Parteigeschichte. In Sachsen stürzt sie in den einstelligen Bereich, knapp vor der NPD. In Schleswig Holstein übernimmt die CDU die Führung. In NRW schließlich kommt der Tiefpunkt mit dem schlechtesten Ergebnis seit 1954, das Schröder mit der vorgezogenen Wahl zur Flucht nach vorne bewegt. Mit sozialer Rhetorik – z.B. Steuern für die Reichen – holte die SPD wieder etwas auf und kommt noch auf 34,2%. Im

Vergleich zu 2002 verliert sie dennoch 2,3 Mio. Stimmen und 4,2 Prozent. Im Verhältnis zu 1998, als Kohl abgelöst wurde, beträgt das Minus sogar 4 Mio. Stimmen (-6,6%).

Das spektakulärste und eigentlich historische Ergebnis dieser Wahl ist der Erfolg der Linkspartei. Sie schaffte es aus dem Stand auf 8,7% und überholt die Grünen um 0,6%. Psychologisch ist das für beide wichtiger als der zahlenmäßig kleine Abstand vermuten lässt. Ansonsten blieben die Grünen relativ stabil. Allerdings werden die Oppositionsbänke für sie besonders hart. Es wird nicht nur der Regierungsbonus und Joschka Fischer mit seiner Beliebtheit als Außenminister fehlen. Vor allem muss sich die Ökopartei gegenüber der Mitopposition der FDP abgrenzen. Es wird zu heftigen Spannungen zwischen den Befürwortern von Schwarz-Grün und den Anhängern einer Mehrheit links der Mitte kommen. Andererseits hat die Partei durchaus eine Zukunft, wenn die rasant zunehmende Dramatik der globalen ökologischen und Energiekrise wieder stärker ins öffentliche Bewusstsein dringen sollte. Ereignisse wie der Hurrikan in New Orleans und der irreversible Anstieg der Benzinpreise sind gute Voraussetzungen dazu. Das Ergebnis der FDP – 40% davon sind Leihstimmen aus dem CDU Milieu – reflektiert die Tatsache, dass es auch Gewinner der neoliberalen Globalisierung gibt, oder solche die sich dafür halten bzw. hoffen einmal dazu zu gehören. Nach den alarmierenden Wahlergebnissen der Rechten in den Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und dem Saarland bleiben die NPD mit bundesweit 1,6%

und die Republikaner mit 0,6% sehr deutlich unter der 5-Prozent-Hürde. Das ist kein Grund zur Sorglosigkeit gegenüber den Neonazis, zumal sie in einigen Regionen im Osten weit über dem Durchschnitt abgeschnitten haben. Dennoch hat die soziale Krisensituation nicht zu dem befürchteten Zulauf nach rechts geführt.

Das neoliberale Projekt in der Akzeptanzkrise

Die zentrale Botschaft des Wahlergebnisses lautet: der Souverän insistiert auf dem Sozialstaat und auf sozialer Gerechtigkeit. Marktkapitalismus pur ist mit der Mehrheit der Bevölkerung nicht zu machen. Das neoliberale Projekt steckt nun auch hierzulande weithin sichtbar in einer Akzeptanzkrise. In allen Lagern dämmert, dass das neoliberale Projekt irgendwann zum Auslaufmodell werden könnte.

Sicher, Akzeptanzkrise heißt noch nicht Funktionskrise, und ein Politikwechsel ist damit noch nicht erreicht. Aber das, was aus Sicht des Mainstreams als „Lähmung“ und „Blockade“ oder „Unübersichtlichkeit“ bezeichnet wird, ist tatsächlich Ausdruck eines Verlusts an Dynamik des Neoliberalismus und signalisiert eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse zugunsten der Gegenkräfte.

Das Ergebnis ist umso erstaunlicher, wenn man bedenkt, dass im letzten Bundestag eine de facto Allparteienkoalition und die Medien mit wenigen Ausnahmen ein propagandistisches Trommelfeuer für die neoliberalen „Reformen“ in Gang gesetzt hatten. Zudem scheint es sich nicht um eine deutsche Sonderentwicklung zu handeln. Das Referendum zur EU-Verfassung in Frankreich und Holland signalisiert den gleichen Trend. Von den 6,5 Mio. Anhängern der sozialistischen Partei aus der letzten Wahl zur Nationalversammlung stimmte eine Mehrheit von 3,5 Millionen gegen die Verfassung. Also auch hier die Krise der New Labour Variante der Sozialdemokratie. Bei den Grünen war der Anteil des NON übrigens noch höher.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass auch beim Verfassungsreferendum in

Frankreich das Ergebnis gegen die Medien erreicht wurde. So waren 60% der Beiträge in den elektronischen Medien pro und 40% contra Verfassung, während das Ergebnis fast umgekehrt ausfiel.

Die strategischen Dilemmata der Volksparteien

Das schlechte Abschneiden der beiden Volksparteien – zum ersten mal erhielten sie zusammen weniger als 70% – scheint keine vorübergehende Ausnahme zu sein, sondern reflektiert jeweils ein grundlegendes strategisches Dilemma. So konnte die Union in den zurückliegenden Landtagswahlen nur dank des Zulaufs enttäuschter SPD-Wähler aus dem Arbeitermilieu Zuwächse erzielen. Wenn CDU-Chef Rüttgers nach seinem Wahlsieg in NRW feststellte, die CDU sei jetzt eine Arbeiterpartei, dann war dies kein Scherz. Allerdings ist sie dabei, diese Klientel durch ihren unsozialen Kurs wieder zu verlieren. Da die traditionellen Unions-Milieus erodieren, würde sie so auf lange Sicht strukturell mehrheitsunfähig, es sei denn sie vertritt stärker Arbeitnehmerinteressen.

Dass die Krise der Sozialdemokratie, besser gesagt: ihrer New Labour Variante, inzwischen historische Dimensionen annimmt, wird nicht nur an Wahlergebnissen sichtbar. Seit 1990 hat die SPD 200.000 Mitglieder verloren. Der autokratische Führungsstil Schröders hat jede programmatische Innovation und die Entwicklung einer emanzipatorischen Antwort auf das neoliberale Projekt erstickt. Im über 100 Jahre alten Bündnis mit den Gewerkschaften nimmt die Entfremdung zwischen den Partnern unaufhörlich zu. Mit dem Entstehen der Linkspartei, zu einem beträchtlichen Teil aus enttäuschten Gewerkschaftern und Sozialdemokraten hervorgegangen, ist nun am linken Rand eine Konkurrenz entstanden, die eine permanente Zerreißprobe für die SPD bedeutet. Dies gilt erst recht für den Fall einer Großen Koalition. Setzt sie in der Regierung den neoliberalen Kurs fort, schrumpft ihre Basis weiter. Insgesamt haben wir es also mit einer Si-

tuation zu tun, in der das Parteiensystem instabiler wird, der herrschende Block zu erodieren beginnt, und die Krisenwirkungen des globalisierten Kapitalismus zu einer offeneren historischen Situation führen. Das gilt auch für die Stabilität von Regierungen. Ob eine große Koalition unter diesen Bedingungen tatsächlich eine volle Legislaturperiode übersteht ist ungewiss. Die Chancen für emanzipatorische Politik sind größer geworden, eine Dynamik nach links ist möglich. Es öffnet sich ein „*window of opportunity*“. Solche historischen Fenster pflegen sich nach einer gewissen Zeit wieder zu schließen, wenn sie nicht wahrgenommen und aktiv aufgestoßen werden.

Außerparlamentarische Bewegung und Wahlen

Die Verschiebung der gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisse ist nicht nur, aber doch in beträchtlichem Maße auch Resultat des Aufschwungs sozialer Bewegung in den letzten Jahren. Die Entstehung der globalisierungskritischen Bewegung an der Schwelle des 21. Jahrhunderts hat zur Veränderung des Meinungsklimas im Lande beigetragen. Attac und anderen gelang es, die Parole „*Eine andere Welt ist möglich*“ populär zu machen und so das Dogma der Alternativlosigkeit neoliberaler Politik erfolgreich in Frage zu stellen. Die Protestbewegung gegen den Abbau des Sozialstaates und Hartz IV hatte 2004 ein Ausmaß und eine Intensität erreicht, wie man es lange zuvor nicht mehr erlebt hatte. Dabei war es zumindest vorübergehend auch zu neuen Allianzen im emanzipatorischen Spektrum der Gesellschaft, so zwischen globalisierungskritischer Bewegung, Gewerkschaften, Arbeitslosen- und Sozialhilfeinitiativen, Sozialverbände, kirchlichen Milieus gekommen. Höhepunkte waren die großen Demonstrationen am 3. April und die Montagsdemonstrationen in den neuen Bundesländern im Sommer 2004. Zu beobachten ist auch eine zunehmende – wenn auch noch nicht ausreichende – Europäisierung

bzw. Internationalisierung des Widerstandes gegen den Neoliberalismus, etwa im Falle des Dienstleistungsabkommens GATS in der WTO, die Bolkesteinrichtlinie der EU, aber auch im Weltsozialforum und den europäischen Sozialforen.

Die sozialen Bewegungen haben also einen beachtlichen Anteil an der Veränderung der Kräfteverhältnisse und dem Zustandekommen der neuen Konstellation. Damit haben sie auch bis zu einem gewissen Grade zum Entstehen der Linkspartei und deren Wahlerfolg beigetragen. Das gilt unabhängig davon, ob einzelne Strömungen und Akteure in den Bewegungen die Linkspartei ablehnen, mit ihr sympathisieren oder in kritischer Solidarität zu ihr stehen.

Auch wenn die direkte Verbindung zwischen den sozialen Bewegungen weder personell, kulturell noch programmatisch so eng sind, wie dies bei der Entstehung der Grünen aus der Umweltbewegung der Fall war, so gibt es bisher eine objektive Interessenkonvergenz dadurch, dass die Linkspartei:

- schon vor ihrem Einzug in den Bundestag dazu beigetragen hat, die diskursiven Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft zu verschieben,
- das Monopol neoliberaler Ideologie im Bundestag bricht,
- die Krise der New Labour-SPD verschärft,
- die Spielräume für die Restlinke bei den Grünen und der SPD erweitert.

Andererseits besteht auch das Risiko, dass als Nebenwirkung des parlamentarischen Erfolges der Linkspartei die außerparlamentarische Bewegung geschwächt wird. Dies wäre dadurch denkbar, dass:

- Personal in nennenswertem Umfang aus der Bewegung in Partei- und Parlamentsarbeit absorbiert wird, vor allem wenn die Linkspartei flächendeckend in die Landes- und Kommunalparlamente einziehen sollte,
- die Medien ihre dramaturgischen Bedürfnisse nach Pro und Contra jetzt vor allem bei der Linkspartei befriedigen,
- in der Bewegung die Illusion um sich

greift, ihre historische Schuldigkeit getan zu haben und alles weitere der Linkspartei überlassen zu können.

Ob aus dem Risiko, d.h. der potentiellen Gefährdung, ein akutes Problem wird, ist gegenwärtig nicht seriös vorauszusagen, zumal hier keine Automatismen am Werk sind. Vielmehr wird es vom Verhalten der Akteure selbst, und hier in erster Linie von den sozialen Bewegungen selbst abhängen, ob die Chancen oder Risiken, die in der neuen Konstellation liegen, zum Tragen kommen.

Die Zukunft der Linkspartei

Selbstverständlich ist im weiteren Prozess die Linkspartei eine wichtige Größe. Deren Entwicklung wird starke Rückwirkungen auf die Zukunft der Linken insgesamt haben.

Dabei ist die Zukunft der Linkspartei offen. Die Kandidatur für die Bundestagswahlen war eine Sturzgeburt. Vieles musste unter Zeitdruck und vorgegebenen Zwängen u.a. des Wahlrechts zurechtgezimmert werden. Vorerst existiert auch nur die Bundestagsfraktion. Die Vereinigung zur Partei aus PDS und WASG steht noch bevor, mit allem Drum und Dran an programmatischen Auseinandersetzungen, Debatten um die strategische Orientierung, personellen Entscheidungen usw. Über alledem lastet die Asymmetrie der politischen und kulturellen Differenzen zwischen Ost- und West.

An der Spitze des Projekts stehen mit Gysi und Lafontaine zwei prominente und höchst medienwirksame Männer. Als Zugpferde in Wahlen sind sie vorerst wohl unverzichtbar. Andererseits werden diese politischen Schwergewichte die Zukunft der Linkspartei stark mitprägen. Ob sich das positiv auswirkt, wird sich zeigen.

Eine weitere wichtige Determinante, die die Zukunft der neuen Partei stark beeinflussen wird, ist ihre Wählerbasis. Hier dominieren die Verlierer der Globalisierung, 23% der Arbeitslosen haben die Linkspartei gewählt, Arbeiter, mehr Männer als Frauen, von der Alterskohorte her die 45-59-Jährigen. Ob es damit in

Richtung einer SPD Willy Brandtscher Prägung geht, wie Lafontaine dies kürzlich als seine Vision formulierte, ob eine moderne Linkspartei etwa nach dem Modell der Rifondazione Comunista in Italien dabei herauskommt, oder etwas ganz anderes, ist gegenwärtig Spekulation.

Auf alle Fälle aber folgt daraus, dass sich für außerparlamentarische Bewegungen in dieser noch unabgeschlossenen Formierungsphase der neuen Partei Einwirkungsmöglichkeiten ergeben. Bei einigen Kräften der Linkspartei gibt es eine Offenheit, Impulse aus den sozialen Bewegungen aufzunehmen, wie bei keiner anderen Partei. Dabei kam es zu ersten Erfolgen bereits vor der Wahl: nachdem Lafontaine bei einem Wahlkampfauftritt in Dresden eine rechtspopulistische Bemerkung über „*polnische Klemmner*“ und „*deutsche Familienväter*“ gemacht hatte, gab es aus der Linken starken Druck, der die Rede des Spitzenkandidaten kritisierte. Lafontaine zog dann später diesen Teil seiner Rede zurück. Ob dies einem tatsächlichen Gesinnungswandel entsprach, sei dahingestellt. Auf alle Fälle zeigt der Vorgang, dass die neue Partei durchaus druckempfindlich ist. Es wäre ein Fehler, ihre zukünftige Entwicklung eindeutig vorgezeichnet zu sehen. Überraschungen – in jede Richtung – sind möglich. So waren auch viele Linke nach der Ankündigung von Neuwahlen der Meinung, dass es nicht möglich sei in der Kürze der Zeit eine Kandidatur der damals noch nicht existierenden Linkspartei zustande zu bringen. Sie haben sich darin ebenso geirrt wie Schröder, dessen Coup der vorgezogenen Wahlen u.a. die Funktion hatte, Lafontaine den Weg zu einem Come-back zu versperren.

Ohne Bewegungen kein Politikwechsel

Außerparlamentarische Bewegung wird mit dem Einzug der Linkspartei in den Bundestag also keineswegs überflüssig. Im Gegenteil, die Geschichte wimmelt von Beispielen, in denen Parteien als

progressive Tiger gesprungen und als angepasste Bettvorleger gelandet sind. Die Grünen liefern dazu das jüngste Anschauungsmaterial. Daher sind auch die Erwartungen an die Linkspartei von vorneherein auf ein realistisches Niveau anzusetzen.

Andererseits muss es nicht zwangsläufig zur Anpassung kommen. Ein wichtiger Faktor, Parteien mit emanzipatorischen Ansätzen davor zu bewahren, den parlamentarischen Zwängen zu erliegen, sind starke und unabhängige soziale Bewegungen. Wenn außerhalb des Parlaments emanzipatorische Politik stark ist, dann ist das gut für die Widerstandsfähigkeit emanzipatorischer Kräfte innerhalb des Parlaments. Der Druck von unten, soziale Bewegungen als Quelle von sozialer Phantasie, Innovation, als Laboratorien alternativen Denkens, Handelns und Lebens schaffen gesamtgesellschaftliche Kräfteverhältnisse, die dann auch im Parlament Spielräume eröffnen. Nur durch eine Verankerung in den Räumen der sozialen Bewegung können Parlamentarier als einzelne und Parteien als ganze auf Dauer Widerständigkeit im offiziellen politischen System gewinnen und diese auf lange Zeit halten. Nur so können Bürokratisierung und Opportunismus zurückgedrängt werden.

Unabhängigkeit der außerparlamentarischen Akteure heißt nicht, dass diese ignorieren könnten, was im Parlament geschieht. Sowohl Berührungsängste und Abgrenzungsmanie als auch Vereinnahmung oder Führungsansprüche des einen gegenüber dem anderen führen in die Sackgasse. Auch soziale Bewegungen haben Schwächen. Ihre Ferne zu konkreten Entscheidungsprozessen, ihre inhaltliche und institutionelle Unverbindlichkeit und ihre Konjunkturschwankungen setzen ihrer Wirkung auch Grenzen. Aber es ist wichtig, wenn sie Druck auf Parteien organisieren, sie mit Alternativen fordern, mit ihnen in Dialog treten und gegebenenfalls auch Impulse aus dem parlamentarischen Raum aufnehmen.

Dabei ist den unterschiedlichen Logiken von parlamentarischer und außerparlamentarischer Politik Rechnung zu tragen.

Partei und Bewegung folgen unterschiedlichen Gesetzen. Diese Lektion gilt es aus dem Verhältnis zwischen Grünen und Umwelt-/Friedensbewegung zu ziehen. Das Parteiprojekt der Grünen verstand sich als der parlamentarische Arm der neuen sozialen Bewegungen. Man sprach von der Bewegung als dem *Standbein* und von Partei und Fraktion als dem *Spielbein*. Mit anderen Worten, Partei und Bewegung wurden wie ein *Körper*, d.h. als Einheit gedacht, der über unterschiedliche Organe verfügte, die in einer Art Arbeitsteilung unterschiedliche Funktionen erfüllen sollten.

Die Linkspartei aber ist weder die Partei der Bewegung, auch wenn sie auf deren Erfolge der vergangenen Jahren aufbaut, noch ist die Bewegung der außerparlamentarische Arm der Partei.

Die Linke links der Mitte

Andererseits liegt es im Interesse der Gesamtlinken, dass sich das Potenzial der sozialen Bewegungen und der parlamentarischen Arbeit gegenseitig so verstärken, dass aus der rein wahlarithmetischen linken Mehrheit eine tatsächliche politische, in der Gesellschaft verankerte Mehrheit entsteht. Das ist die zentrale strategische Herausforderung, sowohl für linke Parteipolitik als auch für soziale Bewegungen.

Das hat aber auch zur Konsequenz, sich nicht exklusiv auf die Linkspartei zu beziehen, selbst wenn die programmatischen und politischen Schnittmengen hier gegenwärtig am größten sind. Auf absehbare Zeit wird ein Politikwechsel in diesem Land ohne die Einbeziehung der SPD nicht möglich sein. Daher gilt es, einen Kurswechsel in der SPD zu fördern. Auch die ökologische Kompetenz der Grünen und ihre soziale Basis, die „postmaterialistisch“ orientierten, akademischen Mittelschichten werden für einen Politikwechsel nach links gebraucht.

All das schließt selbstverständlich ein, auch Differenzen offen zu benennen, Kritik zu üben und gegebenenfalls auch einmal getrennte Wege zu gehen.



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

Recht und Gerechtigkeit

Matthias Möhring-Hesse (Hrsg.)

Streit um die Gerechtigkeit Themen und Kontroversen im gegenwärtigen Gerechtigkeitsdiskurs

Was ist Gerechtigkeit? Um den Begriff und seine Inhalte wird seit jeher gerungen; aktuell besetzt er einen zentralen Platz in den politischen Debatten. Um in der Öffentlichkeit überzeugen zu können, sehen sich Parteien, Verbände und Initiativen gehalten, den Diskurs über die Gerechtigkeit zu bedienen.

Die Verschiebungen und Vervielfältigungen in Sachen Gerechtigkeit zu sammeln und den aktuellen Streit um die Gerechtigkeit zu systematisieren, ist Aufgabe des Sammelbandes. Dazu wird in die verschiedenen Themen und Kontroversen des gegenwärtigen Gerechtigkeitsdiskurses kompetent eingeführt. Der Band lädt dazu ein, sich und anderen über die je eigenen Gerechtigkeitsvorstellungen Rechenschaft zu geben und in den Streit um ihre Durchsetzung einzutreten.



ISBN 3-89974211-7, 208 S., € 18,80

Eine Einführung

Recht und Politik

Obwohl es viele Bürgerinnen und Bürger häufig als schwer erträgliche Gängelei empfinden, ist Recht Voraussetzung für Freiheit. „Ohne Recht keine Freiheit, ohne Rechtsordnung keine Freiheit und keine Garantie der menschlichen Würde“ (Roman Herzog).

Die Autorinnen und Autoren dieses Bandes untersuchen aus unterschiedlichen Blickwinkeln Bedeutung und Aufgaben des Rechts für das Zusammenleben der Menschen in einem demokratischen Verfassungsstaat.

Die Reihe wird herausgegeben von Uwe Andersen, Gotthard Breit, Peter Massing und Wichard Woyke.

Der Band enthält Beiträge von Stefan Schieren, Karen Schlüter, Tine Stein, Klaus Stüwe und Johannes Varwick.



ISBN 3-89974215-X, 144 S., € 8,80

www.wochenschau.verlag.de

Adolf-Damaschke-Str. 10, 65 824 Schwalbach/Ts., Tel.: 06196 / 8 60 65, Fax: 06196 / 8 60 60, info@wochenschau-verlag.de

Benno Teschke

Bürgerliche Revolution, Staatsbildung und die Abwesenheit des Internationalen¹

Der Begriff der 'bürgerlichen Revolution' nimmt einen zentralen Platz in der marxistischen Geschichtstheorie ein. Die Annahme eines verhältnismäßig kohärenten Definitionskernes und dessen universeller Anwendbarkeit auf verschiedene Staatsbildungsprozesse bildet eine der grundlegenden Rechtfertigungen, um überhaupt die Vorstellung einer allgemeinen Geschichtstheorie aufrecht zu erhalten. Im Laufe der letzten drei Jahrzehnte ist der Begriff 'bürgerliche Revolution' sowohl innerhalb als auch außerhalb der marxistischen Diskussion mächtig unter Druck geraten, und im Zuge seiner allgemeinen Verabschiedung scheinen sich alle ambitionierten Versuche zusehends zu verflüchtigen, die einen allgemeingültigen marxistischen Rahmen für die Interpretation der Geschichte zu rekonstruieren suchen. Zu umfassend sind die Gegenbeweise, die von der Mikro-Geschichtsschreibung zu Tage gefördert werden.

Der vorliegende Artikel rekapituliert die marxistische Debatte über bürgerliche Revolutionen und Staatsformierung und entwickelt eine neue theoretische Perspektive, die sowohl die empirischen Einwände seitens der in der Debatte als 'Revisionismus' bezeichneten kritischen Ansätze ernst nimmt und, neuere Entwicklungen im anglo-amerikanischen marxistischen Diskurs weiterführend, die Problematik der internationalen Beziehungen für eine Neuformulierung einer kritischen Geschichtstheorie betont. Ich beginne mit einer Skizze des orthodox-marxistischen Konzepts der bürgerlichen Revolution und zeichne die konzeptionellen Wandlungen nach, mit denen man jenes Erklärungsmuster

1 Der vorliegende Text ist eine überarbeitete Version meiner *Isaac Deutscher Lecture*, vorgelesen am 9. Oktober 2004 am Birkbeck College, University of London. Ich danke dem *Deutscher Committee* für die Verleihung des *Isaac and Tamara Deutscher Memorial-Preises* 2003; insbesondere gebührt mein Dank Alfredo Saad-Filho für die organisatorische und redaktionelle Unterstützung und George Connell für seine Rolle als Diskussionspartner auf dem *Deutscher Lectures*-Podium. Des weiteren danke ich Justin Rosenberg, Kees van der Pijl, Ellen Wood, Samuel Knafo, Kamran Matin und Robert Shilliam für ausführliche Kommentare. Der Artikel bleibt stilistisch dem Duktus des Vortrags verhaftet, einschließlich seines synoptischen, programmatischen und provokativen Charakters. Der Beitrag ist ursprünglich in der Zeitschrift *Historical Materialism: Research in Critical Marxist Theory* (13: 2, 2005) veröffentlicht worden. Ich danke Michael Heinrich für Anregungen bei der Überarbeitung des Textes für das deutsche Publikum und Alexis Petrioli für die Übersetzung. (Copyright dieses Beitrags bei Brill Academic Publishers, Leiden, The Netherlands 2005).

gegen die Angriffe seitens der außermarxistischen Kritik zu behaupten suchte. Im zweiten Schritt werde ich in die Position des, mit dem Werk von Robert Brenner, Ellen Wood und George Comninel verbundenen, 'Politischen Marxismus' einführen, genauer: in dessen Interpretation der Englischen und der Französischen Revolution. Während diese anglo-amerikanische Forschungsrichtung in deutschsprachigen Diskussionen relativ unbekannt ist, hat sie seit Anfang der 1980er Jahre eine wichtige Erneuerung des Marxismus eingeleitet, die in einer umfassenden Re-Interpretation der europäischen Geschichte, einschließlich eines innovativen Verständnisses der 'bürgerlichen Revolutionen' in England und Frankreich, ihren Niederschlag gefunden hat. Allerdings ist dieser Politische Marxismus, wie ich im dritten Schritt zeigen möchte, weiter zu entwickeln, und zwar in Bezug auf die Rolle des 'Internationalen': Im Rekurs auf die frühmoderne anglo-französische Geschichte werde ich darlegen, wie das 'Internationale' in die gesellschaftliche Dynamik der frühmodernen Revolutionen und Staatsbildungsprozesse eingreift – als konstitutives Moment des historischen Prozesses, nicht bloß als eine kontingente oder beiläufige Größe. Es ist gerade die konzeptionelle Ausblendung des 'Internationalen', die für viele Probleme innerhalb des gegenwärtigen marxistischen Denkens über bürgerliche Revolution und Formierung des Staates verantwortlich zu machen ist, einerlei ob es sich dabei um orthodoxe, revisionistische oder politisch-marxistische Zugänge handelt.² Ich entwickle diese These im Rückgriff auf mein Buch *The Myth of 1648* (Teschke 2003), in dem ich zeige, dass internationale Beziehungen nicht nur stets mit innerstaatlichen Konflikten und Entwicklungen verbunden sind, sondern umgekehrt auch die sozialen Dynamiken innerhalb von Gesellschaften immer vom Internationalen beeinflusst sind. Im gleichen Maße, wie diese Schlussfolgerung kritische Implikationen für das klassisch-marxistische Verständnis bürgerlicher Revolutionen samt moderner Staatsbildung hat, konturiert sie einen Fragenkomplex, mit dem sich der Marxismus bis dato noch nicht hinreichend auseinandergesetzt, geschweige denn: gelöst hat. Denn die These wirft unabwendbar jene allgemeine *Problematik* des Internationalen auf, d.h. die Frage, in welchem Ausmaß der Marxismus die Rolle des Internationalen in sein intellektuelles Selbstverständnis aufgenommen hat – sowohl *theoretisch*, sozusagen innerhalb seines 'Kernvokabulars', als auch *historiographisch*, d.h. in Bezug auf den Grad, in welchem das Internationale innerhalb der marxistischen Geschichtsschreibung nicht einfach als ein Derivat innerstaatlicher Trends konzeptualisiert ist, sondern überhaupt als wesentliche Komponente des Gesamtverlaufs der Geschichte. So lautet meine erweiterte These, dass jedes Verständnis der Geschichte der Ko-Entwicklung von Kapitalismus, Revolution und moderner Staatsbildung die

2 Diese Unterbelichtung der internationalen Beziehungen ist schon bei Marx und Engels selbst zu finden. Siehe Teschke (2001).

Tatsache zu problematisieren hat, dass diese Prozesse sich innerhalb – und dabei keineswegs gleichmäßig oder einförmig – eines territorial fragmentierten inter-staatlichen Systems entfaltet haben, welches seinerseits in zentraler Hinsicht nationale Besonderheiten formte. Ich schließe mit einer Skizzierung der theoretischen Herausforderung, die sich damit dem Marxismus stellt und schlage eine Neu-Lektüre des Politischen Marxismus vor, die fähig ist, die raum-zeitlich differenzierte und geopolitisch vermittelte Entwicklung Europas als Ganzes zu verstehen – eine Perspektive, die sich der konstitutiven Rolle des Internationalen im historischen Prozess voll bewusst ist.

‘Bürgerliche Revolution’: Klassischer Begriff, Revisionen und Reformulierungen

Lange Zeit umfasste die Lehrbuchversion des Konzepts ‘bürgerliche Revolution’ innerhalb des Marxismus, paradigmatisch formuliert etwa im *Kommunistischen Manifest*, folgende vier Kernelemente (Hill 1940, Hobsbawm 1962, Soboul 1962): Zum *einen* ging man von der Existenz einer selbstbewussten und vereinten Klasse, der Bourgeoisie, als der Hauptträgerin der Revolution aus. Diese Klasse war städtischen und kapitalistischen Charakters und ihre Mitglieder waren tätig im Handel, im Manufaktur- oder Finanzwesen. Zum *zweiten* wurde ein sich verschärfender Klassenantagonismus zwischen einer ‘rückwärtsgewandten’ Feudalaristokratie und einer ‘progressiven’ Bourgeoisie identifiziert. Letztere war in den Zwischenräumen des feudal-absolutistischen Regimes herangewachsen und fand sich nun in Widerspruch zu einer krisengeschüttelten Feudalwirtschaft im finalen Stadium, die der vollen Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise im Wege stand. Zum *dritten* wurde eine zeitlich komprimierte, gewaltförmige und entschiedene Ergreifung der Staatsgewalt durch die Bourgeoisie, mithin ein rascher revolutionärer Schlag, unterstellt, d.h. eine kurze und intensive Periode zwischen Ausbruch und erfolgreicher Durchführung der Revolution. Zum *vierten* wurde angenommen, das revolutionäre Projekt bringe notwendigerweise die Beseitigung politischer Hindernisse für die Konsolidierung und Entfaltung des Kapitalismus und die Entstehung eines geeinten Nationalstaats mit sich, einschließlich eines nationalen Marktes, einer vormals nichtexistenten Sphäre des Öffentlichen und einer liberal-repräsentativen Demokratie. Mit anderen Worten: Der Begriff ‘bürgerliche Revolution’ war synonym mit dem wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Triumph der Bourgeoisie.

In Folge der revisionistischen Attacken gegen die ‘soziale Interpretation’ der Englischen und der Französischen Revolution (Cobban 1999, Taylor 1967, Furet 1981, Doyle 1999), erfuhr der klassische Begriff der ‘bürgerliche Revolution’ seit Mitte der 1980er Jahre einen umfassenden Bedeutungswandel. Die Reaktion auf den Revisionismus rief, allgemein gesprochen, zwei scharf unter-

schiedene Antworten innerhalb der marxistischen Tradition hervor. Die eine, verbunden mit der Orthodoxie, hielt am Konzept der bürgerlichen Revolution fest, während sie substanzielle Konzessionen in Bezug auf die empirische Konkretion machte (Hill 1980, 1981, Stone 1980, 1988, Anderson 1992, Blackbourn und Eley 1984, Evans 1987, Hobsbawm 1990, Callinicos 1989, Mooers 1991, Davidson 2003: 8ff). Die andere Antwort, die des Politischen Marxismus, verabschiedete den Begriff schließlich als eine marxistische Universalkategorie und re-interpretierte die empirisch gewonnenen Einwände auf der Basis einer neuen Klassenanalyse (Brenner 1989 und 1993, Wood 1991, 1995 und 2002, Comninel 1987, 2000a, 2000b, 2003).³

Die orthodoxe Umformulierung umfasst folgende Zugeständnisse. So wird, in Bezug auf die revolutionäre Praxis eine urbane, geschlossene und klassenbewusste Bourgeoisie nicht länger als die notwendige Trägerin des revolutionären Projekts angesehen. Die Definition der Klassen-Protagonisten kann sowohl die städtische als auch die ländlichen Kapitalisten einschließen; hinzutreten können Mitglieder der freien Berufe, der Intelligenz, des Beamtenstandes oder auch des 'Kleinbürgertums'. Tatsächlich ist es von sekundärer Bedeutung, wer genau die Revolution praktisch durchführt, solange die Bourgeoisie ihre hauptsächliche Nutznießerin ist. Des weiteren ist, in Bezug auf das historische Resultat, die Eroberung der Staatsmacht durch die Bourgeoisie nicht länger ein unabdingbarer Wesenszug 'bürgerlicher Revolution'. Der postrevolutionäre Staat kann mit verschiedenen Staatsformen kompatibel sein, vom Bonapartismus und 'aufgeklärten Absolutismus' auf der einen Seite des Spektrums bis hin zur konstitutionellen Monarchie und zur Republik auf der anderen (einschließlich des etwaigen Überlebens vor-revolutionärer Eliten). In dieser reformulierten orthodoxen Konzeption ziehen 'bürgerliche Revolutionen' nicht länger notwendigerweise 'bürgerliche Staaten' nach sich. Die Ausgestaltung des nach-revolutionären Staats ist nicht determiniert. Auch wirtschaftshistorisch ist die vollständige Etablierung des Kapitalismus nicht länger vorhergesehen. Eine Kombination verschiedener Produktionsweisen ist möglich, wobei die kapitalistische früher oder später die 'dominante' wird. Und schließlich, bezogen auf die Dauer historischer Umwälzungen, können 'bürgerliche Revolutionen', anstatt in wenige Jahre der gewalttätigen Aktivität verdichtet zu sein, sich vielmehr über Jahrzehnte, wenn nicht gar Jahrhunderte hinziehen und dabei zahlreiche 'Momente der transformativen Konvulsion' aufweisen.

Im Großen und Ganzen hat es einen paradigmatischen Wechsel innerhalb des Mainstream-Marxismus gegeben: von einer episodalen 'zweckgerichteten' zu einer epochalen 'ergebnisorientierten' Neufassung des Begriffs 'bürgerliche Re-

3 Obwohl Heide Gerstenberger am Begriff der bürgerlichen Revolution festhält, ist ihr allgemeiner Erklärungsrahmen sehr viel näher am theoretischen Programm des Politischen Marxismus (Gerstenberger 1990 und 1991). Einige ihrer Differenzen zum Politischen Marxismus diskutiert sie in Gerstenberger (1992).

volution'. Geschichtliche Resultate, nicht Ursachen, Intentionen oder Handlungsagenten sind nunmehr von eigentlichem Interesse. Aber wie plausibel ist diese konzeptionelle Re-Definition? Denn: wenn dieses revidierte Konzept der 'bürgerlichen Revolution' die gesellschaftlichen Akteure der Revolution ebenso wie deren Resultate weitgehend unbestimmt lässt und den zeitlichen Rahmen der revolutionären Transformationen zunehmend erweitert, warum sollten wir an ihm festhalten als einer nahezu die gesamte moderne Geschichte überwölbenden Kategorie historischer Erklärung? Anders gesagt: Obwohl der Inhalt des Begriffs sich zunehmenden Auflösungstendenzen ausgesetzt sieht, halten viele Marxisten an seiner semantischen Hülle fest.

Probleme idealtypischer Begriffsbildung und vergleichender historischer Soziologie

Das eigentliche Problem der orthodoxen Reformulierung ist nicht eines der definitorischen Genauigkeit, sondern der Methode. Denn in diesem neuen Konzept der 'bürgerlichen Revolution' gibt es eine unausweichliche Spannung zwischen dem methodischen Anspruch, einen theoretischen Begriff zu konstruieren – einen reinen bzw. einen Idealtypus – und seiner Konfrontation mit der Vielfalt historischer Fälle, vor allem der englischen, französischen, deutschen und russischen Geschichte. Das führt entweder zu einer Entgrenzung und somit Verwässerung des Begriffs oder zur Degradierung historischer Fälle zu 'Varianten' – üblicherweise zu beidem. Aber wie viele 'Varianten' oder 'Ausnahmen' kann ein theoretisches Konstrukt aushalten? Das Dilemma verschärft sich in dem Maße, wie Historiker und Theoretiker gewahr werden, dass die meisten Varianten nicht nur von der angeblichen Norm abweichen und in diesem Sinne eine infinite Zahl von *Sonderwegen* hervorbringen, sondern dass jene designierte Norm selbst, nämlich die von 1789, ihrerseits den theoretischen Anforderungen des Konzepts nicht genügt. Aber ohne eine Norm als dem definierenden Vergleichsmaßstab sind Varianten keine Varianten (oder Ausnahmen), sondern einzigartige und alleinstehende Phänomene. Begriff und Geschichte treiben auf gegensätzliche Pole zu. Die Spannung radikalisiert sich zu einem offenen Widerspruch – zu einer Aporie.

Die Gründe für dieses theoretische Kentern entstammen direkt der Übernahme der komparativen Methode als adäquater Strategie der Begriffsbildung. Deren Prämisse ist, dass diskrete historisch-nationale Entwicklungspfade – 'abgeschlossene Entitäten' – als Einheiten des Vergleichs dienen. Während dies selten unumwunden in den Vordergrund gestellt wird, ist die marxistische Literatur zu bürgerlicher Revolution und Staatsformierung übersät mit forschungsorganisierenden Postulaten wie 'Parallelen zeichnen', 'Analogien finden' und 'Verlaufsmuster erarbeiten'. Der Ausdruck 'Entwicklungswege' lässt zwar die multi-lineare Natur von Übergängen zum Kapitalismus zu, offenbart aber

nichtsdestotrotz die stillschweigende Annahme von distinkten und unverbundenen Prozessen, die, mit kleinen Abweichungen, alle im Telos des nationalstaatlich gefassten Kapitalismus zusammenlaufen sollen – als ob Revolutionen vorherbestimmte Ereignisse seien, die früher oder später im Lebenszyklus der Nationen eintreten. Die axiomatische Idee ist, dass die Logik nationaler Entwicklungen wesentlich auf der Basis eines ‘internalistischen’ Verständnisses gesellschaftlicher Dynamik und somit in Absehung welthistorischer Trends rekonstruiert werden könne. Soziologie, so scheint es, sticht Geopolitik.

Aber diese theoretische Fixierung auf ausschließlich nationale Dynamiken und die sie begleitende Beschwörung der historischen Komparatistik scheitert auf fundamentale Weise darin, die Tatsache zu problematisieren, dass diese vielfältigen Wege zum Kapitalismus nicht parallel und in gegenseitiger Isolation verlaufen, weder chronologisch, noch sozio-politisch, noch geographisch. Vielmehr, um die Metapher zu strapazieren, ‘überkreuzen sie einander’ im weiter gefassten Kräftefeld des Internationalen. Und das hat entscheidende Implikationen für ein volles Verständnis ihrer spezifischen Ausprägungen. Zwischenationale Vergleiche bleiben natürlich instruktiv, aber wenn unsere Untersuchungen als Erkenntnisziel vorgeben, Uniformitäten zu identifizieren um somit das Konzept der ‘bürgerlichen Revolution’ abzusichern, während uns die historische Realität wiederholt Differenzen aufzeigt, dann sollte die idealtypische Konstruktion den Weg frei geben für eine radikal historisierende Herangehensweise an den großen internationalen Bogen der regional differenzierten Übergänge zum Kapitalismus.

Ein Gegenargument, das von der marxistischen Orthodoxie gegen Überverallgemeinerung vorgebracht wird, ist das Insistieren auf Zyklen der bürgerlichen Revolution. Zunächst hätte ein Zyklus der ‘klassischen bürgerlichen Revolutionen’ Holland (1572), England (1640), Amerika (1776) und Frankreich (1789) erfasst. Diese Revolutionen werden klassifiziert als ‘Revolutionen von unten’ gegen absolutistische Staaten, getragen von einer ‘breiten Koalition der Kleinproduzenten’. Sodann hätte ein Zyklus der ‘Revolution von oben’ in Deutschland und Italien die staatliche Einheit herbeigeführt, in Übersee den US-amerikanischen Bürgerkrieg (1861-65) und in Japan die Meiji-Restauration (1868), wo der „existierende Staatsapparat instrumentalisiert wurde, um die Hindernisse bürgerlicher Herrschaft zu beseitigen“ (Callinicos 1989: 116; siehe auch Davidson 2003: 9-15).

Ist das eine befriedigende Lösung? Bereits beim oberflächlichen Betrachten dieser zwei Zyklen drängt sich der Verdacht auf, dass sich Revolutionen nie in einem geopolitischen Vakuum ereignen, sondern dass ihre Ursachen, Verläufe und Konsequenzen immer bereits ko-konstituiert sind durch ihre Teilnahme an einem gemeinsamen Feld des ‘Internationalen’. In Bezug auf den ersten Zyklus waren die Holländische und die Amerikanische Revolution ausgelöst durch die fiskalischen Forderungen ihrer jeweiligen imperialen Herrscher, d.h.

der spanischen und der britischen Krone. Das führte zur Gründung der Holländischen Republik, festgeschrieben im Westfälischen Frieden, und später zur Konsolidierung der US-amerikanischen Unabhängigkeit. Eine der strukturellen Voraussetzungen und unmittelbaren Ursachen der französischen Revolution war die geopolitische Rivalität zwischen England und Frankreich, die auf dramatische Weise im für die Bourbonen-Könige desaströsen Siebenjährigen Krieg (1756-63) und in der französischen Beteiligung am Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg (1775-83) zum Ausdruck kam. Was folgte, war die endgültige fiskalische Krise des Ancien Régime und die Einberufung der Generalstände im Jahre 1789. Ausländische Intervention, Napoleon und der Wiener Kongress folgten auf den Fuß.

In Bezug auf den zweiten Zyklus waren die gesellschaftshistorischen Entwicklungen in Deutschland direkt durch den Modernisierungsdruck im Zuge der napoleonischen Eroberung ausgelöst, was zur preußischen Reformära unter vom Stein und von Hardenberg, dem Zollverein und später dann zu den Einigungskriegen führte. Japan wurde nicht geöffnet durch die schwere Artillerie 'wohlfeiler Waren', sondern durch die Geschütze des Commander Perry (1853) und durch andere Schwadronen imperialistischer Mächte des Westens, die den Zugang zum japanischen Markt mit vorgehaltenem Gewehr erzwangen. Das moderne Italien wurde geschmiedet im Hexenkessel österreichischer und französischer Auslandsinterventionen.

Obwohl wir uns somit dem nähern, was die Verteidiger des Begriffs 'Revolution von oben' vor Augen haben, so müssen wir diesen Begriff doch zumindest dreifach einschränken: *erstens* waren die Transformationen weniger 'Revolutionen von oben', als vielmehr 'Revolutionen von außerhalb', vermittelt durch 'Revolutionen von oben'. *Zweitens* waren diese 'Revolutionen von oben' keine Reaktionen auf die transnationale Expansion des Weltmarktes, sondern in erster Linie geopolitische Reaktionen auf militärischen und diplomatischen Druck, der über das Staatensystem übertragen wurde. Die geopolitischen Erschütterungen zwangen jene Staaten, Strategien der sozialen Transformation zu schmieden, die es ihnen ermöglichen würden, durch die Reform ihrer militärisch-fiskalischen Systeme sich erfolgreich im Staatensystem zu positionieren. *Drittens*, ob der Kapitalismus eingeführt wurde (und in welcher Ausprägung) und welche Staatsform geschaffen wurde, hing entscheidend von der Konjunktion von Zeitpunkt und Form des geopolitischen Drucks ab und von den spezifischen politischen Strategien, die die Staatsklassen fähig waren zu entwerfen, aktivieren und schließlich angesichts des inländischen Klassenwiderstandes umzusetzen. In dieser Hinsicht scheint die Behauptung, dass existierende, und somit vor-kapitalistische Staatsklassen oder herrschende Klassen den Staat *von innen* restrukturierten, nicht plausibel zu sein, denn diese Neustrukturierung hätte die gesellschaftlichen Grundlagen ihrer ökonomischen Reproduktion und ihrer politischen Herrschaft unterminiert. Es ist fraglich,

ob diese vorkapitalistischen herrschenden Klassen angesichts außenpolitisch herbeigeführter nationaler Notlagen kollektiven Klassenselbstmord verübt hätten, indem sie auf ihre formidablen Kräfte des außerökonomischen Zwangs verzichteten. Deshalb halte ich es für überzeugender, dass der Nexus von externen Imperativen und internen Antworten, die vor dem Hintergrund national prä-existenter und individuell-konkreter Klassenkonstellationen formuliert wurden, den Schlüssel für das angemessene Verständnis der Diversität der Übergänge (oder Nicht-Übergänge) zum Kapitalismus liefert.

Die einzige (partielle) Ausnahme von diesem Muster international vermittelter Verursachung war wohl, wie ich weiter unten zeigen werde, der englische Bürgerkrieg und die sogenannte Glorreiche Revolution, obwohl auch dieser Fall in starkem, aber wie ich meine, nicht zentralem Maße vom strategischen Feld europäisch-dynastischer Geopolitik ko-determiniert war, wie die Konflikte im Umfeld der 'protestantischen Thronfolge' und des Kampfes seitens des Parlaments gegen kontinentale, absolutistische und katholisch-papsttreue Staaten oder das kontinentale Vermächtnis der 'Hannoveranischen Thronfolge' verdeutlicht.

Meine Kritik an der Ausblendung des Internationalen innerhalb marxistischer Versuche, den Begriff 'bürgerliche Revolution' beizubehalten und die Dynamiken der Staatsformierung zu überdenken, mag überzogen erscheinen. Perry Anderson behauptet z.B., dass „Revolutionen selbstverständlich historisch zueinander in Beziehung stehen“ und dass die „Reihenfolge ihrer Verbindungen sich in der Definition ihrer Unterschiede geltend macht. Deren Ordnung ist konstitutiv für ihre Struktur gewesen [...]. Jede Revolution war in gewissem Maße eine Bedingung oder Inspiration der nächsten“ (Anderson [1976] 1992: 116). Es bleibt jedoch festzuhalten, dass diese und ähnliche Aussagen, anstatt irgendeine Aussicht auf eine befriedigende theoretische Formulierung dieser scharfsinnigen Beobachtung zu bieten, lediglich das ungeheure Ausmaß der intellektuellen Herausforderung konstatieren und keinen Zweifel an der Kohärenz des Begriffs 'bürgerliche Revolution' als einer allgemeinhistorischen Kategorie zu hegen scheinen. Während die sukzessive, kumulativ verbundene und international vermittelte Natur der 'bürgerlichen Revolutionen' konzediert wird, spürt man doch eine deutliche Zurückhaltung, von der Ad-hoc-Annahme der kontingenten Rolle des Internationalen zu einer Reflexion darüber überzugehen, wie das Problem des Internationalen systematisch in die marxistische Gesellschaftstheorie integriert werden kann, und wie eine theoretisch kontrollierte Rekonstruktion der historischen Dynamik europäischer und globaler Entwicklung auszusehen hätte, die das Internationale im Zentrum der Analyse platziert und nicht als einen Nachgedanken der eigentlichen Analyse hinterherhinken lässt. Denn es ist ein fundamentaler Unterschied, ob man die komparative Methode kurzzeitig suspendiert, indem man auf Hilfhypothesen über die temporäre Bedeutung des Internationalen rekurriert, oder ob man ei-

nen generellen und systematischen Versuch unternimmt, das Internationale von Anfang an zu einer konstitutiven Komponente einer jeden Geschichts- und somit auch Revolutionstheorie zu erheben.

Politischer Marxismus und die Kritik des 'Bourgeoisie-Paradigmas'

Eine weitaus vielversprechendere marxistische Antwort auf die revisionistische Kritik des Begriffs der 'bürgerlichen Revolution' ist in den letzten drei Jahrzehnten vom sogenannten Politischen Marxismus erarbeitet worden.⁴ Vier Argumente sind dabei von entscheidender Bedeutung.⁵

Zum *ersten* ist der Kapitalismus kein Phänomen, das zwangsläufig – auf teleologischem oder techno-deterministischem Wege – aus den Widersprüchen der gemeinsamen europäischen Geschichte des mittelalterlichen Feudalismus hervorgeht. Vielmehr entstand der Kapitalismus in einem höchst spezifischen soziopolitischen Kontext im spätmittelalterlichen und frühmodernen England, und zwar als unbeabsichtigte Konsequenz des Klassenkonflikts zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten (Grundherren und Bauern) im agrarischen Sektor. Weder die allgemeine Krise des Feudalismus des 14. und 15. Jahrhunderts, noch das erneute Aufblühen der Städte im 12. und 16. Jahrhundert, noch die Handelsrepubliken der italienischen Renaissance oder die 'europäischen Entdeckungen' resultierten im mehr oder weniger gesamteuropäischen Triumph des Kapitalismus.⁶

Zweitens kann Kapitalismus weder transhistorisch als rationale ökonomische Handlung auf Grundlage des subjektiven Gewinnstrebens definiert werden, wie Max Weber meinte⁷, noch ist er einfach profitorientiertes und über lokalen, zwischenstädtischen oder Fernhandel abgewickelter Wirtschaften nach der Maxime 'billig einkaufen, um teuer zu verkaufen', wie es die Braudel-Wallerstein-Tradition behauptet (Braudel 1986: 237-72, 437-75, 639ff, Wallerstein 1979). Kapitalismus ist ein gesellschaftliches Verhältnis zwischen Per-

4 Der Ausdruck wurde zuerst pejorativ von Guy Bois ([1978] 1985: 115) in seiner Erwiderung auf Robert Brenners ursprünglichen Beitrag (1976) zur Feudalismus-Debatte gebraucht, scheint aber mittlerweile als angemessene Bezeichnung allgemein akzeptiert zu sein. Eine bilanzierende Besprechung des Bois'schen Werkes liefert Teschke (1997).

5 Siehe neben der oben genannten Literatur, insbesondere Brenner (1977, 1983, 1985b).

6 Die Debatte über den Übergang zum Kapitalismus ist jüngst in der Mainstream-Geschichtswissenschaft und der historischen Soziologie wiederaufgenommen worden (vgl. Emigh 2004).

7 Bekanntlich sind Webers Definitionen des Kapitalismus kaum aufrechtzuerhalten und lassen sich nur schwer miteinander in Einklang bringen, da sie hin- und hergleiten zwischen einem Verständnis des Kapitalismus als einer spezifischen, profitorientierten Wirtschaftsmentalität, als einer besonderen unternehmerischen Organisationsform und schließlich als eines gesellschaftlichen Verhältnisses zwischen Kapital und freier Arbeit. Alle drei Typen durchlaufen bei Weber eine Entwicklung von der Antike bis hin zum 'modernen Westen' und verzeichnen innerhalb einer allgemeinen Geschichtsphilosophie Momente der fortschreitenden Rationalisierung, die sich schließlich in zunehmend ausdifferenzierten gesellschaftlichen Sphären vervollkommen. Siehe Weber ([1920] 1988: 1-16), Weber ([1922] 1972: 59-60, 73-74, 95-96).

sonen, in welchem alle 'Produktionsfaktoren', einschließlich der Arbeitskraft, zur Ware geworden sind und wo die Güterproduktion zwecks Austausch marktabhängig und marktreguliert geworden ist. Dieses Verhältnis ist politisch konstituiert und keineswegs ein rein ökonomisches. Auf dieser Grundlage bedeutet Kapitalismus nicht einfach Produktion für den Markt, sondern wettbewerbsorientierte Reproduktion vermittels des Marktes, auf Grundlage eines Eigentumsregimes, in welchem eigentumslose Produzenten gezwungen sind, ihre Arbeitskraft an die Eigentümer der Produktionsmittel zu verkaufen. Die Trennung der unmittelbaren Produzenten von ihren Reproduktionsmitteln und ihre Unterwerfung unter Kapitalverhältnis beinhaltet den Zwang zu marktförderiger Reproduktion durch den Verkauf von Arbeitskraft gegen Lohn. Dieses gesellschaftliche System hat eine einzigartige Dynamik, die von Wettbewerb, Ausbeutung und Akkumulation angetrieben ist.

Drittens müssen wir die beiden Seiten des Begriffspaars Bourgeoisie-Kapitalismus radikal voneinander trennen. Wenn der Kapitalismus nicht einfach städtischer Handel auf erweiterter Stufenleiter ist, so können wir nicht davon ausgehen, dass eine stadtgebundene Klasse von 'Bürgern' (oder gar eine Klasse von Kaufleuten und Financiers) die notwendigen Träger des kapitalistischen Projekts sind. Eine nicht-kapitalistische Bourgeoisie ist ebenso möglich wie eine kapitalistische Aristokratie.

Viertens sollte die Englische und die Französische (wie viele andere) Revolutionen nicht weiter unter den gemeinsamen Nenner 'bürgerliche Revolution' subsumiert werden. Die Angleichung Frankreichs und Englands als zwei Varianten eines Weges zur Moderne, wobei die erstere politische Zentralisierung etwas früher erreicht, dabei aber in der ökonomischen Entwicklung hinterherhinkt, und die letztere ökonomisch frühreif ist, jedoch politisch Aufholbedarf hat, muss zurückgewiesen werden. Vielmehr sollte die jeweilige Natur der Französischen und Englischen Revolution in die respektive Spezifik der langfristigen Dynamiken ihrer scharf voneinander abweichenden Klassenverhältnisse und der Gestaltungswege der Staatsbildung seit dem Mittelalter eingebettet werden.

Im Verständnis des Politischen Marxismus dreht sich der ausschlaggebende englische Klassenkonflikt um die Macht im Staate im 17. Jahrhundert nicht um den Kampf zwischen einer städtischen, kapitalistischen und fortschrittlichen Bourgeoisie und einer mit der Krone verbündeten reaktionären grundherrschafflichen Aristokratie. Im Gegenteil, die Klassenauseinandersetzung bestand in Konflikten zwischen einer nunmehr grundbesitzenden und *kapitalistischen* Aristokratie, zeitweilig unterstützt von einer neu entstandenen Klasse der primär in Amerika aktiven 'interloper merchants', und einer reaktionären Klassenallianz von großen monopolistischen Kaufleuten, überlebenden Feudalmagnaten und Königtum. Dieser Konflikt kulminierte in der Glorreichen Revolution und der Machtergreifung seitens der kapitalistischen Aristokratie, die die Monarchie zur 'Crown-in-Parliament' degradierte. Und es war diese Entwicklung

der englischen Gesellschaft – meilenweit entfernt von der klassischen Idee der ‘bürgerlichen Revolution’ –, aus der das hervorging, was Ellen Wood die „ursprüngliche Kultur (*pristine culture*) des Kapitalismus“ nennt (Wood 1991). Mittlerweile ist man auch in Bezug auf den französischen Fall darin gescheitert, mit überzeugenden Gründen einer kapitalistischen Bourgeoisie eine Feudalaristokratie samt absolutistischem Herrscher gegenüberzustellen. Auf dem Weg zu 1789 waren die Klassenunterschiede zwischen der Bourgeoisie und der Aristokratie verwischt, insofern Mitglieder beider Klassen ihren Reichtum größtenteils aus Ländereien und lukrativen Staatsämtern schöpften. Aber das Einkommen aus diesen Ländereien setzte sich im 18. Jahrhundert primär aus Formen vorkapitalistischer Teilpacht zusammen und war nicht eine Frucht der direkten Kontrolle über die Produktion. Außerdem reproduzierten sich die Mitglieder beider Klassen durch Gebühren und Abgaben, die ihnen in ihrer Eigenschaft als Amtsträger zufließen, durch Investitionen in Staatsanleihen und schließlich durch königliche Freigiebigkeit. Es war der Wettbewerb um den Zugang zu Staatsämtern, der die Französische Revolution auslöste, die zunächst die Form eines Konflikts innerhalb der herrschenden Klasse annahm. Ein Konflikt zwischen Aristokraten und bürgerlichen, aber eindeutig nichtkapitalistischen Amtsträgern und Finanzrentiers; ein Konflikt um die Form des Staates. Der Effekt von 1789 war nicht die Etablierung des Kapitalismus, sondern die Zementierung eines vorkapitalistischen Agrarsektors, einschließlich der Konsolidierung bäuerlichen Besitzes und der Expansion des Staatsapparates als Pfründenpool bürgerlicher Karrieren (Comninel 1987). Zugespitzt: die Englische Revolution war zwar nicht bürgerlich, sie war aber kapitalistisch; die Französische Revolution war zwar bürgerlich, aber nicht kapitalistisch.

Diese Re-Interpretation stellt einen fundamentalen Durchbruch für den Marxismus dar. Allerdings geht dieser Durchbruch nicht weit genug. Denn während die Politischen Marxisten den Idealtypus des ‘Bourgeoisie-Paradigmas’, d.h. die vermeintlich notwendige Einheit von Bourgeoisie und Kapitalismus, erfolgreich aufgelöst und den Weg frei geräumt haben für eine Neuinterpretation der langfristigen Bifurkation der sozialen Dynamiken in England und Frankreich, die auch viele empirische Einwände des Revisionismus berücksichtigt, bleibt das Internationale nach wie vor als eine intervenierende Dimension soziopolitischer Transformation unter-theoretisiert. In diesem Sinne ist das volle Potenzial des Politischen Marxismus noch immer eingeschränkt durch die komparative Methode.⁸ Denn, wenn wir die frühmodernen Staatsformationen in

8 Woods jüngstes Werk (2003) bringt den internationalen Aspekten der Kapitalismusgeschichte sehr viel mehr Aufmerksamkeit entgegen, aber die theoretische Frage, wie die internationale Dimension in die Kernprämissen des Politischen Marxismus eingebaut werden kann und ob eine solche Inkorporation mit der früheren Betonung der komparativen Geschichte konfligiert, ist weder beantwortet noch direkt angesprochen.

England und Frankreich betrachten, sehen wir, dass beide nationalen Entwicklungspfade ko-determiniert sind von ihrer geopolitischen Einbettung in das Staatensystem und zwar am unmittelbarsten durch ihr bilaterales Verhältnis.

Die Hervorhebung des geopolitischen Kontextes von Revolutionen und verfassungsgeschichtlichen Entwicklungen ist ein zentraler Topos nicht-marxistischer Geschichtsforschung – von Otto Hintzes⁹ (Hintze 1902, 1907, 1913, 1931) Betonung des Machtstaates und der Staatenkonkurrenz, der den Diskurs der preußischen Schule des Historismus seit Leopold von Ranke's Diktum des 'Primats der Außenpolitik' (von Ranke 1833 u. 1836) beherrschte, über Theda Skocpol's tocquevilleanische Deutung der Französischen Revolution (Skocpol 1979) bis hin zur gegenwärtig dominierenden neo-weberianischen Orthodoxie innerhalb der historischen Soziologie.¹⁰ Diesen Ansätzen ist *mutatis mutandis* die Auffassung gemein, dass moderne Staatsbildung primär von der Dynamik militärischer Konkurrenz getrieben ist, die die Herrschenden dazu zwingt, die Mittel der Gewalt zu monopolisieren, zu zentralisieren und zu maximieren. In diesem Prozess rationalisieren Machthaber die staatliche Verwaltung, um durch die effizienteste Steigerung öffentlicher Einnahmen schlagkräftige militärische Kapazitäten zu sichern, was zur kompetitiven Selektion 'permanenter Kriegsstaaten' führt und zu einer europaweiten strukturellen Ähnlichkeit der Staatsinstitutionen. Diese Mechanismen konvergieren in der Verallgemeinerung des modernen Staates, der wesentlich als 'fiskal-militärische' Maschine und als Machtstaat definiert ist.¹¹

Die geschichtswissenschaftliche Rehabilitation der geopolitischen Rivalität bedeutet nun freilich keineswegs, dass der Marxismus dem neo-weberianischen Insistieren auf der Priorität und Autonomie des Geopolitischen folgen muss, und noch weniger der deutschen historischen Schule und ihrer Obsession mit dem Primat der Außenpolitik. Die Herausforderung an den Marxismus be-

9 Hintze hat, teilweise mit dezidiert anti-marxistischer Spitze, systematisch und sehr erhellend auf die Bedeutung der Staatenkonkurrenz für europäische Staatsbildungsprozesse hingewiesen. Seine methodologischen Überlegungen leiden aber zum einen daran, dass seine allgemeine vergleichende Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte letztendlich doch komparatistisch angelegt ist und keineswegs zu einem theoretischen Begriff der historischen Gesamtdynamik der Wechselwirkungen zwischen zwischenstaatlichen, staatlichen und innenpolitischen Kräften gelangt, und zum anderen daran, dass seine Studien nicht genügend auf die Sozialgeschichte rekurrieren und somit dem Staat zwar eine Abhängigkeit nach Außen, aber Autonomie nach Innen eingeräumt wird, vgl. Vierhaus (1983). So bleibt auch Hintzes Gesamtwerk durchzogen von der nie aufgelösten Spannung soziologisierend allgemeine Tendenzen der Staatsbildung zu rekonstruieren – mit dem expliziten Erkenntnisziel der Typenbildung – und gleichzeitig historisierend die jeweiligen individuellen Eigenarten zu akzentuieren. Allein, wenn Typ und Empirie identisch sind, kann es zu keiner Begriffs- oder Typenbildung kommen, vorausgesetzt dass Begriff oder Typ immer etwas Allgemeines abstrahieren soll.

10 Verwiesen sei hier auf drei exemplarische Beiträge, die die Rolle des Krieges bei der Staatsbildung hervorheben: Bonney (1995a), Ertman (1997), Contamine (2000).

11 Teschke (2003: 117–27) bietet eine Kritik der neo-weberianischen Orthodoxie innerhalb der historischen Soziologie.

steht vielmehr in der Integration des Geopolitischen als einer Dimension der gesellschaftlichen Reproduktion in eine umfassende Rekonstruktion der raumzeitlich differenzierten Expansion des Kapitalismus innerhalb des europäischen Staatensystems, das seinerseits nicht nur den territorial-geopolitischen Rahmen dieser Expansion bildete, sondern deren gesellschaftsgeschichtliche Ausrichtung überhaupt vermittelte (so wie auch umgekehrt die kapitalistische Dynamik die Veränderungen der territorialen Konfiguration des Staatensystems entscheidend mitbestimmte). Mit anderen Worten, wir müssen die national spezifische und diachrone, wenngleich kumulativ verbundene und international vermittelte Natur 'kapitalistischer Übergänge' im Rahmen der zwischen-gesellschaftlich ungleichmäßigen und geopolitisch kombinierten Entwicklung thematisieren.¹²

Postrevolutionäre Staatsformierung und die Rolle des Internationalen: Der Fall England

Der Ausgangspunkt für die uns hier interessierende internationale Ereigniskette der Vermittlung ist jenes Land, in dem der Kapitalismus, wie Robert Brenner so eindrucksvoll hat zeigen können, zuallererst und endogen sich herausbildete: England im 17. Jahrhundert. Denn hier entstand der Kapitalismus nicht nur erstmals auf nationaler Grundlage, sondern hier formierte sich, wenn auch nicht über Nacht, der erste moderne Staat im Tandem mit dem Kapitalismus. Es war dieses kapitalistische 'Kernland', das den europäischen und, später, weltweiten Entwicklungsläufen eine sehr spezifische Wendung gab – oder vielmehr: eine revolutionäre Beschleunigung (van der Pijl 1998).

Man mag der Behauptung, der englische Staat habe nach 1688 einen Modernisierungsprozess durchlaufen, widersprechen wollen, denn schließlich wurde über viele Jahrzehnte hinweg die kontinentale Staatsbildung, besonders in ihrer vorherrschenden absolutistischen Variante, gemeinhin als der bevorzugte Nährboden für den Aufstieg des modernen Staates gesehen. Es galt seit den Arbeiten von Georges Pagès (1946) und Roland Mousnier (1974) als unverbrüchliche Wahrheit, dass die unerbittliche Zentralisierung politischer Macht seitens absolutistischer Könige die idealtypischen Merkmale des modernen Staates schufen, wie Max Weber sie definierte: eine rationale Bürokratie, ein stehendes Heer unter staatlicher Kontrolle, ein zentralisiertes Steuersystem, die Weiterentwicklung des Römischen Rechts, die Vorstellung absoluter Souveränität usw. Im Gegensatz dazu war der frühmoderne englische Staat lange als ein schwacher Staat missachtet worden. Selbst der Ausdruck 'Staat' wurde für einen eigentlich unenglischen Begriff gehalten, der keinen Platz im politi-

12 Für eine erste Erkundung in dieser Richtung siehe Rosenberg (1996) und Teschke (2003: 249-70). Shilliam (2004) kritisiert die neo-gramscianische Theorie der internationalen Beziehungen aus der Perspektive der ungleichen und kombinierten Entwicklung.

schen Lexikon Englands habe. Die englische politische Theorie bevorzugte Begriffe wie Commonwealth, Parlament, Bill of Rights, Gewohnheitsrecht (*Common Law*) und bürgerliche Gesellschaft (*civil society*), um Form und Ort politischer Macht zu beschreiben, und unterstrich den Schutz des Privateigentums bei der Legitimierung politischer Autorität. Darüber hinaus betrachtete man das britische Staatswesen als schwach besteuert, unterfinanziert und mit einem im Vergleich zahlenmäßig zu kleinen Beamtenapparat ausgestattet – kurz gesagt: als das Muster eines liberalen Gemeinwesens. Die Literatur ist übersät mit Dualismen von ‘britischer Freiheit’ und ‘kontinentalem Despotismus’, ‘bürgerlicher Gesellschaft’ und ‘Staat’, ‘liberalem Subjekt’ und ‘politischem Kollektiv’ sowie dem Gegensatz von Lockes Gesellschaft von Privateigentümern und Rousseaus Allgemeinem Willen.

Diese Perspektive ist jedoch radikal revidiert worden und wurde seit Mitte der 1980er Jahre in gewisser Weise auf den Kopf gestellt. In Bezug auf Kontinentaleuropa sind die mittlerweile vorherrschenden revisionistischen Historiker des Absolutismus, Marxisten ebenso wie Nicht-Marxisten, dazu übergegangen, die königliche Macht zu ent-absolutieren (stellvertretend für die weit gestreute und umfangreiche revisionistische Literatur siehe Beik 1985, Kettering 1986, Mettam 1988, Hoffman 1994, Parker 1996, Asch und Duchhardt 1996, Swann 2003, zusammenfassend Beik 2005).

Die Betonung liegt nunmehr auf den Grenzen der modernisierenden und staatsrationalisierenden Anstrengungen der Könige. So wird das Ancien Régime Frankreichs als ein schwerfälliger, unreformierbarer und hoffnungslos ineffizienter vor-moderner Staat betrachtet, durchsetzt von Praktiken des Ämterkaufs, Patrimonialismus, Nepotismus und Pfründenwirtschaft. Die Rechte und Prerogative der historisch tief verwurzelten Institutionen – der *parlements*, der Provinzial-Ständeversammlungen und anderer Korporationen – wurden von der Krone routinemäßig bestätigt und ausgedehnt, um die Kooperation mächtiger regionaler und lokaler Eliten zu sichern, während diverse provinziale Gesetzkodizes und Gewohnheitsrechte alle Versuche der Rationalisierung überlebten.

In Bezug auf England ist die Debatte von der Brewer-These dominiert worden (Brewer 1989, Stone 1994). John Brewer argumentierte, dass England sich nach 1688 weniger in einen schwachen, liberalen Staat verwandelte, wie die Whig-Geschichtsschreibung lange behauptete, sondern sich vielmehr zu einem starken, ‘militär-fiskalischen’ Staat entwickelte. Der post-revolutionäre Staat war durch eine wachsende und zunehmend effiziente Fiskalbürokratie charakterisiert, die die Ressourcen abschöpfte, um die von den Militärausgaben angetriebene Kostenspirale zu finanzieren. Eine ‘Verwaltungsrevolution’ fegte über den Staat hinweg. Kernressorts der Regierung – die Ministerien für Finanzen, indirekte Steuern und Marine – verwandelten sich von patrimonialen zu modernen Bürokratien. Falls irgendein frühmodernes Staatswesen der Weberschen Definition des modernen Staates ähnelte, dann England im 18. Jahrhundert.

Was machen wir mit dieser historiographischen Inversion und wie ist sie mit dem Politischen Marxismus in Einklang zu bringen? Wenn wir erklären wollen, was sich wie ein Paradox ausnimmt, dann können wir nicht einfach erfolgreiche Staatsmodernisierung aus geopolitischen Imperativen ableiten, wie Brewer nahelegt (Brewer 1994: 56), ohne dabei Staatsentwicklungen an innergesellschaftliche Dynamiken und insbesondere an Eigentumsverhältnisse zurückzubinden. Denn der post-revolutionäre britische Staat war nur in der Lage auf den militärischen Wettbewerb so energisch und erfolgreich zu reagieren, weil er sich auf ein kapitalistisches Eigentumsregime stützen konnte, das die Ressourcen bereitstellte, um Kriege zu finanzieren, ohne die permanente Gefahr des Bankrotts und königlicher Zahlungsver säumnisse einzugehen, die so charakteristisch waren für Frankreich. Die einzigartige steuerpolitische Leistung des britischen Staatswesens beruhte auf der Selbstbesteuerung der kapitalistischen Aristokratie, so dass nicht nur das Besteuerungsniveau tragbar und die Steuer einziehung effektiv waren, sondern auch soziopolitisch weit weniger Konflikte nach sich zog als im absolutistischen Frankreich. Denn im Jahre 1688 waren der Krone ein Großteil ihrer souveränen Machtbefugnisse erfolgreich bestritten worden, was deutlich in der Formel 'King-in-Parliament' zum Ausdruck kommt. Es handelte sich dabei um einen politischen Sieg der weitgehend homogenen und relativ vereinten Klasse der Agrarkapitalisten. Der Agrarkapitalismus beruhte auf einem Eigentumsregime, in welchem die politischen Konflikte zwischen den Mitgliedern der herrschenden Klasse über die Verteilung der Rechte und Ansprüche politischer Akkumulation ersetzt wurden durch privatwirtschaftliche Formen ökonomischer Ausbeutung in der Produktionssphäre. Dieser Wechsel von personalisierten Formen der Herrschaft und Aneignung zu entpersonalisierten Formen schuf die formale (wenngleich nicht substanzielle) Scheidung des Ökonomischen vom Politischen. Markt und Staat, 'privat' und 'öffentlich' wurden zunehmend ausdifferenziert.

Es war diese neue Form der Souveränität, einer nicht mehr personal-dynastischen, sondern abstrakt nationalen Souveränität, die zu den begleitenden Neuerungen innerhalb der öffentlichen Verwaltung führte – die fiskalische, die finanzielle und die militärische Revolution im Besonderen, inklusive der Gründung einer Nationalbank und des 'public debt' (Dickson 1967, Cain und Hopkins 1993: 58-84). Diese Kombination revolutionärer institutioneller Innovationen – Großbritanniens Seeüberlegenheit gepaart mit einem exzeptionellen Besteuerungssystem und einer öffentlichen Schuldenverwaltung, die auf eine sich selbst tragende kapitalistische Ökonomie gegründet waren – gab dem britischen Staat den in der vergleichenden Perspektive ausschlaggebenden *ökonomischen, fiskalischen und militärischen Vorteil* gegenüber seinen kontinentalen Rivalen.¹³ Die neo-weberianische Annahme einer zunehmenden euro-

13 Zwar wird auch von Historikern, die das geopolitische Wettbewerbs-Modell der Staatsbil-

paweiten strukturellen Ähnlichkeit der Staatsformen, die alle *à la longue* im Modell des fiskal-militärischen Staates zusammenlaufen, ist eine Oberflächenillusion, die sehr verschiedene gesellschaftliche Dynamiken verdeckt. Schließlich waren es diese innenpolitischen Dynamiken, die entschieden, welche Staaten das geopolitische Spiel kompetitiver Selektion überlebten und welche nicht.¹⁴ Allerdings können wir aus der erfolgreichen kapitalistischen Revolution nicht ohne weiteres die liberale und möglicherweise auch marxistische Vorstellung eines 'state lite' extrapolieren – auch nicht die einer 'ursprünglichen Kultur des Kapitalismus'. Denn diese Annahme lässt sich schlechterdings nicht bestätigen angesichts eines internationalen Kontexts, der den britischen Staat zwang, zwischen 75 und 85 Prozent der jährlichen Ausgaben in den Jahren 1680 bis 1780 auf die Armee, die Marine und die Tilgung kriegsbedingter Schulden zu verwenden (Brewer 1994: 57; siehe auch Bonney 1995b). Das bedeutet aber auch, dass wir gut daran tun, die Vektoren historischer Entwicklung nicht in Begriffen unidirektionaler Beeinflussung zu denken, die von Großbritannien auf die übrigen Länder ausgestrahlt hätte. Vielmehr gab es so etwas wie einen Zwei-Wege-Verkehr – eine Schlaufe geopolitischer Rückwirkung, die massiv die Architektur des britischen Staates mitformte: die Konstruktion einer militärischen Supermacht.

Aber wir müssen ebenso die sozialen Dynamiken der internationalen Umgebung Großbritanniens aufdecken und ihre Verdinglichung aufbrechen. Schließlich war dieses geopolitische Kräftefeld keineswegs eine 'naturegegebene Anarchie', auf die die sogenannten Realisten in der Disziplin der Internationalen Beziehungen nur allzu schnell bereit wären hinzuweisen.¹⁵ Vielmehr spielte sich die internationale Politik des 18. Jahrhunderts, wie ich in *The Myth of 1648* und an anderen Stel-

lung verfechten, mitunter der außergewöhnliche Charakter des britischen fiskal-administrativen Systems deutlich anerkannt, eine hinreichende Erklärung dieses Charakters bleibt aber in jedem Fall aus (O'Brien und Hunt 1999, O'Brien 2002, O'Brien 2003: 114–6, zuletzt Prados de la Escosura 2004).

- 14 In dieser Hinsicht versteht Balakrishnan mein Argument falsch. Während die frühmodernen europäischen Staatswesen in den Strudel der militärischen Rivalität gerissen wurden, und sich dabei alle dem gleichen Druck ausgesetzt sahen, um ihre politischen Institutionen funktional den geopolitischen Imperativen anzupassen, führte dies nicht zu einer gemeineuropäischen institutionellen Konvergenz der Staatsformen. Die länderspezifische Ausformung politischer Institutionen war nicht eine vereinheitlichende Anpassung an allgemeine, d.h. allen europäischen Staaten gemeinsame Funktionen, sondern funktionale Adäquatheit musste innerhalb verschiedener Staatsformen geschaffen werden, deren Bandbreite letztlich von verschiedenen Eigentumsverhältnissen innerhalb der jeweiligen Gesellschaften bestimmt war. Frankreich und England waren sich im 18. Jahrhundert tatsächlich unähnlich in nahezu allen Dimensionen des Gesellschaftlichen, des Ökonomischen und der staatlich-politischen Verfasstheit (vgl. Balakrishnan 2004: 153).
- 15 Die orthodoxe Theorie internationaler Beziehungen verschreibt sich einer transhistorischen, aber bis zur Verblendung reduktionistischen Vorstellung des Machtausgleichs zwischen Staaten, die in einer als Anarchie aufgefassten internationalen Ordnung agieren. Für eine Neuauflage jüngerer Datums des Realismus siehe Mearsheimer (2001). Für eine weitestgehend überzeugende Kritik des Realismus aus marxistischer Perspektive siehe Rosenberg (1994).

len gezeigt habe, in einem 'mixed-actor system' ab, dominiert von absolutistischen Staaten, die ein systemisches Bedürfnis hatten, auf fortwährend expandierender Stufenleiter geopolitisch zu akkumulieren – also primär territorial –, bedingt durch die Strukturen ihrer vorkapitalistischen Eigentumsverhältnissen (Teschke 2003: 249-70, 2002, 2004). Hier blieb die Re-Investition der herrschenden Klasse in die Zwangsmittel, um 'innenpolitisch' Renten herauszupressen und 'außenpolitisch' zu plündern, die normale Strategie für erweiterte Reproduktion – was zu dem Phänomen des permanenten Kriegsstaates führte. Dieser institutionalisierte die gesellschaftlichen Imperative geopolitischer Akkumulation. Es war dieser vorkapitalistische Aspekt, der dem kontinentalen Staatensystem des 18. Jahrhunderts seinen über-militarisierten und bellizistischen Charakter verlieh.

Wie nun hat sich das post-revolutionäre Großbritannien auf diese feindliche internationale Umgebung eingestellt? Und wie hat es den Kapitalismus nach Kontinentaleuropa 'exportiert'? Die 'Glorreiche Revolution' hat nicht nur die Rationalisierung des englischen Staats eingeleitet, sie hat auch die britische Außenpolitik revolutioniert. Diese war durch einen Wechsel von dynastischer zu parlamentarischer Kontrolle gekennzeichnet, die nun nicht mehr von dynastischen Launen, sondern vom 'nationalen Interesse', also dem der 'landed elites', bestimmt war. Infolgedessen entwickelte das Parlament eine sehr distinktive 'duale Strategie der Außenpolitik', die einerseits auf aktivem Machtgleich gegenüber den kontinentalen Rivalen basierte (eine Politik, die vor allem von britischen 'Sicherheitsinteressen' bestimmt war), und andererseits auf unbegrenzter kommerzieller und kolonialer Expansion in Übersee – die sogenannte 'blue water policy' (Baugh 1988, Cain und Hopkins 1993: 86-101). Apropos Machtgleich: dass Großbritannien nunmehr die Waage in seiner Hand hielt, bedeutete, dass es sich vom kontinentalen dynastischen Spiel territorialer Geopolitik mit seinen endlosen Erbfolgekriegen, politischen Heiraten und dynastischen Unionen fernhielt. Britannien zog sich von direktem militärischen Engagement und territorialen Aspirationen auf dem Kontinent weithin zurück (die Hannoveranischen Stammländer in Deutschland wurden vom Parlament als eine Quelle permanenter Irritationen betrachtet) und begann fortan das Staatensystem mit den Mitteln rasch wechselnder Allianzen und monetärer Subventionen für kleinere Mächte zu regulieren; immer mit dem Ziel, jedweder kontinentalen – für gewöhnlich der französischen – Hegemonie entgegen zu steuern. Der Siebenjährige Krieg (1756-63) exemplifiziert auf ideale Weise die britische 'blue water strategy'. Während Großbritannien Preußen in seinem Kampf gegen Österreich, Frankreich und Russland finanziell stark unterstützte, besiegte es in Übersee die Franzosen und einverleibte Kanada, Florida, Louisiana und ehemals französische Territorien in Indien seinem expandierenden Kolonialreich. Kurz, Britannien begann aus der operativen Logik des Westfälischen Staatensystems auszuscheren und stattdessen dieses System per 'Fernsteuerung' zu lenken.

Ironischerweise ist es das Kerntheorem der realistischen Theorie internationaler Beziehungen, nämlich das Gleichgewicht der Mächte, das einer Neufassung bedarf – nicht als der zeitlose Regulator der aggressiven Strategeme zwischen den Großmächten, sondern als das spezifische Medium für die nicht-intendierte Expansion des Kapitalismus in ganz Europa während des 19. Jahrhunderts. Denn es war die Wahrung der Machtbalance, in der Tat also die Übernahme der Rolle der ausgleichenden Instanz, die Britannien in den Stand setzte, flexibel militärischen Druck auf die Kontinentalstaaten auszuüben. Im Gegenzug wurden die kontinentalen Staaten gezwungen, politische Gegenstrategien zu entwerfen, die ihre militärische Selbstbehauptung und fiskal-finanzielle Effizienz sicherten, um innerhalb des Staatensystems zu überleben. Aber diese Strategien lösten immer äußerst intensive politische Konflikte aus, sowohl innerhalb der herrschenden Klasse, als auch zwischen den Klassen; Auseinandersetzungen über die Umbildung des Staates und des Rearrangements der Klassenverhältnisse, insofern als entweder alte Formen der Steuerabschöpfung intensiviert wurden oder aber neue Besteuerungssysteme und Eigentumsverhältnisse eingeführt wurden, jeweils mit regional höchst spezifischen Resultaten. Im französischen Falle hat die britische Seeüberlegenheit und Machtbalancierung schließlich dazu geführt, das Gehäuse des französischen ‘Absolutismus’ und seiner vorkapitalistischen Reproduktionslogik zu sprengen. Und das ist die eigentliche Bedeutung des Siebenjährigen Krieges und des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges, die den Weg hin zur Französischen Revolution pflasterten.¹⁶

Staatsformierung und die Rolle des Internationalen: Der Fall Frankreich

Wie äußerte sich der Nexus zwischen innergesellschaftlicher Dynamik und Geopolitik im Ancien Régime? Klassenverhältnisse hatten sich in Frankreich entlang einer vom englischen Fall sehr verschiedenen Entwicklungsbahn gestaltet. Spätmittelalterliche Klassenauseinandersetzungen über die Distribution des bäuerlichen Mehrprodukts hatten das feudale, auf der Abhängigkeit der Bauern von ihren Grundherren basierende Grundrenten-Regime zugunsten eines ‘absolutistischen’ Besteuerungs-Regimes ersetzt (Brenner 1985b, Gersten-

16 Erhellende Zahlen bezüglich der englisch-französischen Divergenzen in Hinblick auf Kriegsausgaben, öffentliche Verschuldung, Kosten der Schuldentilgung, Besteuerungsraten, Willfähigkeit der Steuerzahler, Zinsraten und Einnahme-Schulden-Proportionen finden sich bei Bonney (1995b: 336-45). Bonney schreibt die fiskalische Leistungsschwäche im vorrevolutionären Frankreich und sein wiederholtes Scheitern beim Reformieren des Staatshaushaltes ‘institutionellen Hindernissen’ zu, so als seien die Institutionen des Ancien Régime keine direkten Manifestationen bestimmter sozialer Interessen, die die spezifische Konfiguration relativ resistenter Eigentumsverhältnisse widerspiegeln, sondern nicht weiter spezifizierbare Gegebenheiten bar jeder sozialen Logik. Siehe auch Cain und Hopkins (1993: 64).

berger 1990). Bäuerliche Gemeinden profitierten vom Wettbewerb zwischen Monarchie und lokalen Adligen um das Mehrprodukt. Die Dorfgemeinden gewannen zunehmende Freiheiten und konnten monetär fixierte Erbpachten etablieren, deren Realwert mit fortschreitender Inflation zunehmend sank und somit die bäuerlichen Belastungen reduzierte. Ein Agrarkapitalismus entwickelte sich in Frankreich nicht, da weder Bauern, die unmittelbaren Zugang zu ihren Reproduktionsmitteln hatten und Subsistenzgemeinden bildeten, noch die oberen Klassen (adlige wie bürgerliche), die sich durch Grundrenten und Amtsausbeute reproduzierten, kapitalistischen Imperativen unterworfen waren. Mit dem Schwinden der alten feudalen grundherrschaftlichen Abhängigkeit und Mehrproduktaneignung wurde die Monarchie die zentrale Institution, die aus der Bauernschaft Einkünfte durch Besteuerung herauspressen konnte.

Die alte schwertragende Aristokratie (*noblesse d'épée*) wurde, vor allem während und nach der Krise des 17. Jahrhunderts, zunehmend 'domestiziert' und durch Ämterkäuflichkeit und andere Kanäle der Privilegierung in den sich formierenden Besteuerungs- und Beamtenstaat eingebunden, während zeitgleich ein neuer Amtadel (*noblesse de robe*) von der Krone gefördert wurde. Diese komplexen und *de facto* schwer regierbaren Formen der herrschaftlichen Kooperation von gegenseitig abhängigen, aber widerstreitenden Klassen bzw. Klassenfraktionen brachte über die Zeit einen instabilen und regional differenzierten *modus vivendi* zwischen den privilegierten Klassen und der Krone hervor. An die Stelle des Feudalismus, der einst auf der regional und lokal autonomen Gewalt einer kriegerischen Grundherrenklasse beruhte, war die Institutionalisierung aristokratischer Macht in Standesversammlungen und anderen repräsentativen Korporationen getreten, deren Machtfülle im Verhältnis zur Krone permanent neuverhandelt werden musste (Miller 2003 und 2004). Autonome Grundherrngewalt wich staatlich sanktionierten Privilegien. Der Feudalismus war tot, der Absolutismus hingegen konnte sich nie voll ausbilden (jedenfalls nicht in der orthodoxen Bedeutung des Begriffs).¹⁷ Um sich finanziell über Wasser zu halten und um die Amtsnobilität zu befrieden, verkauften oder versteigerten französische Monarchen öffentliche Ämter in immer größerer Zahl. Mit der Zeit wurden käufliche Ämter auf Dauer dem Besitz des Amtsinhabers einverleibt und als solcher auch weitervererbt. Ämter erhielten die Funktion einer privatisierten Einkunftsquelle. Die Krone verlor dadurch die Kontrolle über ihre fiskalische und finanzielle Verwaltung. Sie scheiterte darin, eine Zentralbank und ein öffentliches Kreditsystem einzurichten, so dass sie selbst gezwungen war, Kredite in Form kurzfristiger Anleihen zu extrem hohen Zinssätzen von einer Klasse reicher Financiers aufzunehmen, die ihrerseits oft rentenziehende Steuerpächter waren (Bonney 1999: 123-76).

So blieben die Ausbeutungsverhältnisse im ganzen Ancien Régime (und sogar

17 Für eine Interpretation feudaler (Geo-) Politik siehe Teschke (1998).

noch später) von politischen Konflikten bezüglich der Verteilung der Aneignungsmittel dominiert, wenn auch nun zumindest *de iure* in der Form staatlich sanktionierter Rechte und Privilegien. Die Besteuerung wurde zum Hauptschauplatz innergesellschaftlicher politischer Konflikte. Die Logik der politischen Akkumulation ruhte weiterhin auf personalisierten Praktiken der Herrschaftsausübung, die um die personalisierte Souveränität der Krone kreisten: *L'État, c'est moi!* Im Kontext dieses gesellschaftlichen Eigentumsregimes konnte eine formale Trennung des Politischen und des Ökonomischen, die das post-revolutionäre England nach 1688 charakterisierte, nicht durchgeführt werden. In ihren gesellschaftlichen Verhältnissen staatlicher Souveränität gingen England und Frankreich gänzlich verschiedene Wege.

Da im frühneuzeitlichen Frankreich die Logik der politischen Akkumulation intern intakt blieb, blieb auch die Außenpolitik durch die Logik der geopolitischen Akkumulation charakterisiert – d.h. durch die räuberische Anhäufung von Territorien und die politisch-militärische Monopolisierung von Handelsrouten – das Credo der merkantilistischen Wirtschaftspolitik. Der normale Weg, um die Steuerbasis zu erweitern, bestand in der Gewinnung von Territorien und der Kontrolle über ihre besteuerebare Bevölkerung. Diese territorial-demographische (extensive) Besteuerungspraxis stand in scharfem Gegensatz zu den britischen (intensiven) Besteuerungsformen nach 1688 (zumindest den insulären, nicht aber den kolonialen). Da aber 'absolutistische' Souveränität in der Figur des Königs personalisiert wurde – da der König und nicht der Staat Träger der Souveränität war –, blieb die Krone auch verfangen in der 'westfälischen Logik' dynastischer Unionen durch königliche Heiratspolitik und ihre Erbfolgekriege. Krieg war infolgedessen endemisch: Territoriale Redistributionen waren eine Konstante frühmoderner internationaler Beziehungen.

Als ein Resultat dieser intern-externen Verschränkung war die französische Monarchie gezwungen, auf die künstliche Schaffung von mehr und mehr Amtsposten zurück zu greifen und diese dann zu verkaufen, um sich für jeden Krieg die nötigen Finanzen zu verschaffen. Im Endeffekt übertrug die Krone den Financiers und Steuerpächtern durch die quasi-hypothekarische Belastung die staatlichen Titel auf Surplusextraktion. Das führte zum 'byzantinischen' und hoffnungslos aufgeblasenen Charakter des französischen halb-privaten, halb-öffentlichen Staatsapparats und schloss jedweden 'Fortschritt' in Richtung auf eine moderne, rationalisierte und effiziente Bürokratie aus, die einen einheitlichen und landesweiten Steuerkodex hätte vollstrecken können. Zur selben Zeit musste die Bauernschaft immer höhere Steuerlasten tragen, so dass die agrarische Ökonomie – die wirtschaftliche Grundlage des Besteuerungssystems – weitgehend stagnierte und weiterhin den Rhythmen wirtschaftlich-demographischer Fluktuationen unterworfen blieb. Während also der Krieg die absolutistischen Ansprüche der französischen Monarchen gegenüber ihren Untertanen vermehrte, lähmte er gleichzeitig ihre langfristige und administra-

tive Herrschaftskapazität. Gefangen im Dilemma der militärischen Kostenspirale und der exzessiven Besteuerung der Bauernschaft (die Adligen erfreuten sich weitestgehend der Steuerfreiheit, die ihre Loyalität gegenüber der Monarchie sichern sollte), erlebte das vorkapitalistische Frankreich eine Reihe von schweren Haushaltskrisen. Es war diese nach unten gerichtete Spirale von Kriegsführung, künstlicher Schaffung von Ämtern, übermäßiger Besteuerung und exorbitanter königlicher Überschuldung samt der Unfähigkeit, die gemachten Anleihen der zunehmend unzufriedenen Klasse privater Financiers (sowohl adlige wie auch bürgerliche) zurückzuzahlen, die schließlich zu der verschärften Auseinandersetzung innerhalb der herrschenden Klassen über die Form des französischen Staats und dann zur Französischen Revolution führte (Teschke 2003: 173ff).

Fazit: Zur Problematisierung des Internationalen

Komparative Zugänge zu bürgerlicher Revolution und moderner Staatsbildung neigen zur Unfähigkeit, soziale Transformation innerhalb von Staatswesen mit weltgeschichtlichen Trends zu verbinden. Auch wenn die historische Soziologie marxistischer Provenienz die Signifikanz des Internationalen anerkannt hat, so ist sie im Allgemeinen darin gescheitert, sich theoretisierend der *Problematik* welthistorischer Kontexte zu stellen, eben weil sie sich ein passives Verständnis des Geopolitischen zu eigen gemacht hat, in welchem die kausalen Auswirkungen geopolitischer Faktoren schlichtweg neutralisiert sind.

Die Perspektive, die ich hier und in *The Myth of 1648* entwickelt habe, versucht diesem Manko entgegenzutreten, indem sie die Theorie der gesellschaftlichen Eigentumsverhältnisse mit dem Theorem der gesellschaftlich ungleichmäßigen und geopolitisch artikulierten Entwicklung kombiniert. Sie zeigt auf, wie das Entwicklungspotenzial von regional differenzierten Eigentumsregimes inter-regionale Ungleichzeitigkeiten hervorbringt, die sich in internationalen Druck umsetzen und soziopolitische Krisen in 'rückständigen' Gemeinwesen auslösen. Diese Krisen provozieren die tektonischen Erschütterungen von Gesellschaftsformationen und vertiefen die innerstaatlichen Verwerfungslinien im Rahmen regional vorgegebener Klassenkonstellationen - Prozesse, die zu Machtkämpfen innerhalb von und zwischen Staatswesen führen, die Klassenverhältnisse, territoriale Umfänge und Staatsformen neu verhandeln und transformieren. Diese gesellschaftlichen Konflikte resultieren in höchst spezifischen Kombinationen des Alten mit dem Neuen. Die Dynamiken innergesellschaftlicher Entwicklungspfade werden somit beschleunigt, ihre soziologische Zusammensetzung transformiert, und ihre Richtung wird in unvorhergesehener Weise abgelenkt, während ihre Resultate auf die internationale Szenerie zurückwirken. In jedem besonderen Fall haben innerstaatliche Eigentumsverhältnisse einen determinierenden Effekt darauf, wie verschiedene Gemeinwesen

in das zwischenstaatliche System eingefügt sind, wie sie ihre Außenpolitik betreiben und auf welche Weise sie auf externen Druck reagieren. Das Internationale manifestiert sich historisch als ein intervenierendes Moment innerhalb der Determination revolutionärer Ursachen, Entwicklungen und Ergebnisse. Die Bedingungen, unter denen dies geschieht, können verschiedener Natur sein: es kann sich um durch Kriege ausgelöste Revolutionen, um Interventionen, Subsidien, Mächtebalance, um Revolutions-Export oder um multilaterale Versuche handeln, mit denen der revolutionäre Staat in die Gemeinschaft der Staaten wiedereingegliedert werden soll. Die Dynamik internationaler Beziehungen kann aber auch die Prinzipien, nach denen die internationale Ordnung aufgebaut ist, schlechthin umwälzen.

Dieser dialektische intern-externe Nexus kann nicht auf die mechanische zwischen-gesellschaftliche Interaktion von sozialen und politischen Kräften reduziert werden. Vielmehr ist in die Analyse ebenso die wachsende Bedeutung von 'Systembewusstsein' zu integrieren, das die öffentliche Meinung und das Denken der politischen Machthaber durchzieht. Ein multilaterales kollektives Management des europäischen, und später, des globalen Staatensystems – Münster/Osnabrück 1648, Utrecht 1713, Wien 1815, Versailles 1919, San Francisco 1945, um nur ein paar fundamentale Meilensteine der Weltordnung zu nennen – entwickelte, implementierte und adaptierte Regeln und Normen für internationale Beziehungen. Das fügt der Geopolitik innerstaatlichen gesellschaftlichen Wandels eine weitere Dimension hinzu.

Die Perspektive, die Theorie gesellschaftlicher Eigentumsverhältnisse, wie sie vor allem vom Politischen Marxismus vertreten wird, mit der Vorstellung der ungleichmäßigen und kombinierten Entwicklung zu verbinden, verspricht sowohl die Fallstricke der komparativen Methode, in welcher internationale Ereignisse gegenüber dem explanatorischen Kern 'extern' und 'kontingent' sind, als auch den Trugschluss der am Primat der Außenpolitik orientierten Ansätze zu vermeiden, die bei ihrer Analyse der geopolitischen Konkurrenz größtenteils von den gesellschaftlichen Dynamiken innerhalb der jeweiligen Gesellschaften absehen. Während diese Perspektive mit (theoretisch unplausiblen und empirisch unhaltbaren) deterministischen und teleologischen Geschichtskonzeptionen bricht, inkorporiert sie auf systematische Weise die multilineare, international verflochtene Entwicklung der länderspezifischen Ausformung in die theoretisch kontrollierte historische Rekonstruktion. Während das gewiss bedeutet, dass ein stabiler Begriff der 'bürgerlichen Revolution', der übernationale Gültigkeit beansprucht, nicht weiter haltbar ist, so bedingt die Erkenntnis der vielfältigen 'Sonderwege' der Staatsformation jedoch nicht ein intellektuell heilloses Insistieren auf Kontingenz oder eine Rückkehr zu 'empiristischem' Historismus. Vielmehr bleibt sie einer totalisierenden Perspektive verhaftet, in welcher das 'Internationale' nicht einfach nur die größtmögliche 'Analyse-Einheit', sondern eine 'differenzierte Totalität' und einen dynami-

schen Modus der Koexistenz darstellt, der nationalen 'Besonderheiten' Rechnung trägt. Geschichte verläuft nicht deterministisch; dennoch ist sie voll von Determinationen.

Indem wir die Logik des historischen Prozesses, durch welchen verschiedene Gesellschaften im Lauf der Zeit in den dualen Wirkkreis des Staatensystems und des kapitalistischen Weltmarkts hineingezogen wurden (freilich nicht ohne auf dieses doppelte System in je spezifischer Weise zu reagieren), in unserem Analysegerüst mit aufnehmen, eröffnen wir uns die Möglichkeit, die Entwicklung des Kapitalismus durch ein territorial fragmentiertes internationales Feld hindurch zu historisieren, um durch dessen prismengleiche Brechungen den institutionellen Variationen des Kapitalismus in besonderen nationalen Anordnungen Rechnung zu tragen. Auf diese Weise können die spezifischen Entwicklungsbahnen (ihre Ausrichtung, ihr Tempo) und die jeweilige Form eines jeden Staates innerhalb des modernen zwischenstaatlichen Systems besser begriffen werden. Aber das Forschungsprogramm des 'geopolitischen Marxismus' ist nicht die Geschichte der Expansion des seit langem untergegangenen Westfälischen Systems, das der anglo-amerikanischen Disziplin der Internationalen Beziehungen nach wie vor als Grundnorm der modernen Staatenordnung gilt. Es ist die Geschichte der geopolitisch vermittelten und territorial gebrochenen Ausdehnung des Kapitalismus im weltweiten Maßstab, und gleichermaßen die Geschichte des weltweiten Widerstands gegen diese kapitalistische Weltordnung. In diesem Sinne ist das Forschungsprogramm des hier vertretenen geopolitischen Marxismus, das ich vornehmlich im Rekurs auf die frühmoderne Geschichte Westeuropas entwickelt habe, keineswegs auf die Debatte über frühneuzeitliche Revolutionen beschränkt, sondern zu erweitern auf die Diskussionen um Imperialismus, Globalisierung und Neo-Imperialismus.

Aus dem Englischen übersetzt von Alexis Petrioli

Literatur

- Anderson, Perry 1992 [1976], 'The Notion of Bourgeois Revolution', in *English Questions*, London: Verso.
- Asch, Ronald and Heinz Duchhardt (eds.) 1996, *Der Absolutismus – ein Mythos? Strukturwandel Monarchischer Herrschaft in West- und Mitteleuropa (ca. 1550-1700)*, Köln: Böhlau.
- Aston, Trevor Henry and Charles Harding English Philpin (eds.) 1985, *The Brenner Debate: Agrarian Class Structure and Economic Development in Pre-Industrial Europe*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Balakrishnan, Gopal 2004, 'The Age of Warring States', *New Left Review*, II, 26: 148-60.
- Baugh, Daniel A. 1989, 'Great Britain's Blue-Water Policy, 1689-1815', *International History Review*, 10:1, 33-58.
- Beik, William 1985, *Absolutism and Society in Seventeenth-Century France: State Power and Provincial Aristocracy in Languedoc*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Beik, William 2005, 'The Absolutism of Louis XIV as Social Collaboration', *Past and Present*, 188: 195-224.

- Blackbourn, David and Geoff Eley 1984, *The Peculiarities of German History: Bourgeois Society and Politics in Nineteenth-Century Germany*, Oxford: Oxford University Press.
- Bois, Guy 1985 [1978], 'Against the Neo-Malthusian Orthodoxy', in Aston and Philpin (eds.).
- Bonney, Richard (ed.) 1995a, *Economic Systems and State Finance*, Oxford: Clarendon Press.
- Bonney, Richard 1995b, 'The Eighteenth Century II. The Struggle for Great Power Status and the End of the Old Fiscal Regime', in Bonney (ed.) 1995a.
- Bonney, Richard 1999, 'France, 1494-1815', in *The Rise of the Fiscal State in Europe, c.1200-1815*, edited by Richard Bonney, Oxford: Oxford University Press.
- Braudel, Fernand 1986, *Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts*, Bd. 2: *Der Handel*, übers. aus dem Franz. von Siglinde Summerer u. Gerda Kurz, München 1986. (Originaltitel: *Civilisation, économie et capitalisme: XVe - XVIIIe siècle*, Bd. 2: *Les jeux de l'échange*, Paris 1979.)
- Brenner, Robert 1985a [1976], 'Agrarian Class Structure and Economic Development in Pre-Industrial Europa', in Aston and Philpin (eds.) 1985.
- Brenner, Robert 1977, 'The Origins of Capitalist Development: A Critique of Neo-Smithian Marxism', *New Left Review*, 1, 104: 25-92.
- Brenner, Robert 1983, 'Das Weltssystem: Theoretische und Historische Perspektiven', in *Perspektiven des Weltsystems: Materialien zu Immanuel Wallerstein, „Das Moderne Weltssystem“*, edited by Jochen Blaschke, Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Brenner, Robert 1985b, 'The Agrarian Roots of European Capitalism', in Aston and Philpin (eds.) 1985.
- Brenner, Robert 1989, 'Bourgeois Revolution and Transition to Capitalism', in *The First Modern Society: Essays in English History in Honour of Lawrence Stone*, edited by A.L. Beier, David Cannadine, and James M. Rosenheim, Cambridge: Cambridge University Press.
- Brenner, Robert 1993, *Merchants and Revolution: Commercial Change, Political Conflict, and London's Overseas Traders, 1550-1653*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Brewer, John 1989, *The Sinews of Power: War, Money and the English State 1688-1783*, New York: Alfred Knopf.
- Brewer, John 1994, 'The Eighteenth-Century British State: Contexts and Issues', in *An Imperial State at War: Britain from 1689-1815*, edited by Lawrence Stone, London: Routledge.
- Cain, P.J. and A.G. Hopkins 1993, *British Imperialism: Innovation and Expansion, 1688-1914*, London: Routledge.
- Callinicos, Alex 1989, 'Bourgeois Revolutions and Historical Materialism', *International Socialism Journal*, 42: 113-71.
- Cobban, Alfred 1999 [1964], *The Social Interpretation of the French Revolution*, Second Edition, Cambridge: Cambridge University Press.
- Comninel, George 1987, *Rethinking the French Revolution: Marxism and the Revisionist Challenge*, London: Verso.
- Comninel, George 2000a, 'English Feudalism and the Origins of Capitalism', *Journal of Peasant Studies*, 27, 4: 1-53.
- Comninel, George 2000b, 'Marx's Context', *History of Political Thought*, 221, 3: 467-83.
- Comninel, George 2003, 'Historical Materialist Sociology and Revolutions', in *Handbook of Historical Sociology*, edited by Gerard Delanty and Engin F. Isin, London: Sage.
- Contamine, Phillipe (ed.) 2000, *War and Competition between States*, Oxford: Clarendon Press.
- Davidson, Neil 2003, *Discovering the Scottish Revolution, 1692-1746*, London: Pluto.
- Dickson, Peter 1967, *The Financial Revolution in England: A Study in the Development of Public Credit, 1688-1756*, London: Macmillan.
- Doyle, William 1999 [1980], *Origins of the French Revolution*, Third Edition, Oxford: Oxford University Press.
- Emigh, Rebecca 2004, '[The] Transition(s) to Capitalism(s)? A Review Essay', *Comparative Studies in Society and History*, 46, 1: 188-98.
- Ertman, Thomas 1997, *Birth of the Leviathan: Building States and Regimes in Medieval and Early Modern Europe*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Evans, Richard J. 1987 [1985], 'The Myth of Germany's Missing Revolution', in *Rethinking German History: Nineteenth Century Germany and the Origins of the Third Reich*, edited by Richard J. Evans, London: Harper Collins.
- Furet, François 1978, *Penser la Révolution Française*, Paris: Gallimard.

- Gerstenberger, Heide 1990, *Die Subjektlose Gewalt: Theorie der Entstehung Bürgerlicher Staatsgewalt*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Gerstenberger, Heide 1991, '„Bürgerlicher Staat“ - Thesen zu einem fast schon vergessenen theoretischen Konzept', *Leviathan*, 3: 452-71.
- Gerstenberger, Heide 1992, 'The Bourgeois State Form Revisited', in *Open Marxism, Vol. I: Dialectics and History*, edited by Werner Bonefeld, Richard Gunn, Kosmas Psychopedis, London: Pluto.
- Hill, Christopher 1940, *The English Revolution 1640*, (third edition 1955), London: Lawrence.
- Hill, Christopher 1980, 'A Bourgeois Revolution?', in *Three British Revolutions: 1641, 1688, 1776*, edited by J.G.A. Pocock, Princeton: Princeton University Press.
- Hill, Christopher 1981, 'Parliament and People in Seventeenth-Century England', *Past & Present*, 92: 100-24.
- Hintze, Otto 1902, 'Staatenbildung und Verfassungsentwicklung', in *Staat und Verfassung: Gesammelte Abhandlungen zur Allgemeinen Verfassungsgeschichte*, hgg. v. Gerhard Oestreich, 3. Aufl., Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1970, 34-51.
- Hintze, Otto 1907, 'Imperialismus und Weltpolitik', in *Staat und Verfassung: Gesammelte Abhandlungen zur Allgemeinen Verfassungsgeschichte*, hgg. v. Gerhard Oestreich, 3. Aufl., Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1970, 457-69.
- Hintze, Otto 1913, 'Machtpolitik und Regierungsverfassung', in *Staat und Verfassung: Gesammelte Abhandlungen zur Allgemeinen Verfassungsgeschichte*, hgg. v. Gerhard Oestreich, 3. Aufl., Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1970, 424-56.
- Hintze, Otto 1931, 'Wesen und Wandlung des Modernen Staates', in *Staat und Verfassung: Gesammelte Abhandlungen zur Allgemeinen Verfassungsgeschichte*, hgg. v. Gerhard Oestreich, 3. Aufl., Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1970, 470-96.
- Hobsbawm, Eric 1962, *The Age of Revolution: Europe, 1789-1848*, London: Weidenfeld.
- Hobsbawm, Eric 1990 [1989], 'The Making of a „Bourgeois Revolution“', in *The French Revolution and the Birth of Modernity*, edited by Ferenc Fehér, Berkeley: University of California Press.
- Hoffman, Philip T. 1994, 'Early Modern France, 1450-1700', in *Fiscal Crises, Liberty, and Representative Government, 1450-1789*, edited by Philip T. Hoffman and Kathryn Norberg, Stanford: Stanford University Press.
- Kettering, Sharon 1986, *Patrons, Brokers and Clients in Seventeenth Century France*, Oxford: Oxford University Press.
- Mearsheimer, John 2001, *The Tragedy of Great Power Politics*, New York: Norton & Company.
- Mettam, Roger 1988, *Power and Faction in Louis XIV's France*, Oxford: Blackwell.
- Miller, Stephen 2003, 'Absolutism and Class at the End of the Old Regime: The Case of Languedoc', *Journal of Social History*, 36, 4: 871-98.
- Miller, Stephen 2004, 'Revolutionary Politics in France, 1788-91: The Case of Languedoc', *European History Quarterly*, 34, 4: 443-74.
- Mooers, Colin 1991, *The Making of Bourgeois Europe: Absolutism, Revolution and the Rise of Capitalism in England, France and Germany*, London: Verso.
- Mousnier, Roland (1974), *Les Institutions de la France sous la Monarchie Absolue, 1598-1789*, Paris.
- O'Brien, Patrick and Philip A. Hunt 1999, 'England, 1485-1815', in *The Rise of The Fiscal State in Europe, c.1200-1815*, edited by Richard Bonney, Oxford: Oxford University Press.
- O'Brien, Patrick 2002, 'Fiscal Exceptionalism: Great Britain and its European Rivals from Civil War to Triumph at Trafalgar and Waterloo', in *The Political Economy of British Historical Experience: 1688-1914*, edited by Donald Winch and Patrick O'Brien, Oxford: Oxford University Press.
- O'Brien, Patrick 2003, 'The Myth of Anglophone Succession: from British Primacy to American Hegemony', *New Left Review*, II, 24: 113-34.
- Pagès, Georges (1932), *La Monarchie d'Ancien Régime en France (de Henri IV à Louis XIV)*, 2. Auflage, Paris: Armand Colin.
- Parker, David 1996, *Class and State in Ancien Régime France: The Road to Modernity?*, London: Routledge.
- Prados de la Escosura, Leandro (eds.) 2004, *Exceptionalism and Industrialisation: Britain and its European Rivals, 1688-1815*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Rosenberg, Justin 1994, *The Empire of Civil Society: A Critique of the Realist Theory of International Relations*, London: Verso.

- Rosenberg, Justin 1996, 'Isaac Deutscher and the Lost History of International Relations', *New Left Review*, 1, 215: 3–15.
- Shilliam, Robert 2004, 'Hegemony and the Unfashionable Problematic of „Primitive Accumulation“', *Millennium: Journal of International Studies*, 32, 1: 59–88.
- Skocpol, Theda 1979, *States and Social Revolutions: A Comparative Analysis of France, Russia and China*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Soboul, Albert 1962, *The French Revolution, 1787–1799: from the Storming of the Bastille to Napoleon*, Paris: Editions Sociales.
- Stone, Lawrence 1980, 'The Results of the English Revolutions of the Seventeenth Century', in *Three British Revolutions: 1641, 1688, 1776*, edited by J.G.A. Pocock, Princeton: Princeton University Press.
- Stone, Lawrence 1988 [1985], 'The Bourgeois Revolution of Seventeenth-Century England Revisited', in *Reviving the English Revolution: Reflections and Elaborations on the Work of Christopher Hill*, edited by Geoff Eley and William Hunt, London: Verso.
- Stone, Lawrence (ed.) 1994, *An Imperial State at War: Britain from 1689–1815*, London: Routledge.
- Swann, Julian 2003, *Provincial Power and Absolute Monarchy: The Estates General of Burgundy, 1661–1790*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Taylor, George V. 1967, 'Noncapitalist Wealth and the Origins of the French Revolution', *American Historical Review*, 72, 7: 469–96.
- Teschke, Benno 1997, 'The Significance of the Year 1000', *Historical Materialism: Research in Critical Marxist Theory*, 1: 196–202.
- Teschke, Benno 1998, 'Geopolitical Relations in the European Middle Ages: History and Theory', *International Organization*, 52, 2: 325–58.
- Teschke, Benno 2001, 'Geopolitik', in *Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus: Gegenöffentlichkeit bis Hegemonialapparat*, 5. Band, hrsg. von Wolfgang-Fritz Haug, Hamburg: Argument-Verlag, 322–34.
- Teschke, Benno 2002, 'Theorising the Westphalian System of States: International Relations from Absolutism to Capitalism', *European Journal of International Relations*, 8, 1: 5–48.
- Teschke, Benno 2003, *The Myth of 1648: Class, Geopolitics and the Making of Modern International Relations*, London: Verso.
- Teschke, Benno 2004, 'The Origins and Evolution of the European States-System', in *Ordering the International: History, Change and Transformation*, edited by William Brown, Simon Bromley and Suma Athreye, London/Ann Arbor: Pluto.
- van der Pijl, Kees 1998, 'The Lockean Heartland in the International Political Economy', in *Transnational Classes and International Relations*, edited by Kees van der Pijl, London: Routledge.
- Vierhaus, Rudolf (1983), 'Otto Hintze und das Problem der vergleichenden europäischen Verfassungsgeschichte', in *Otto Hintze und die Moderne Geschichtswissenschaft*, hrsgg. v. Otto Büsch und Michael Erbe, Berlin: Colloquium Verlag, 95–110.
- von Ranke, Leopold 1916 [1833], *Die großen Mächte*, neu hg. v. Friedrich Meinecke, Leipzig.
- von Ranke, Leopold 1941 [1836], *Politisches Gespräch*, hg. v. H. Ritter von Srbik, Leipzig.
- Wallerstein, Immanuel 1979, 'The Rise and Future Demise of the World Capitalist System: Concepts for Comparative Analysis', in *The Capitalist World-Economy: Essays by Immanuel Wallerstein*, edited by Immanuel Wallerstein, Cambridge: Cambridge University Press.
- Weber, Max 1988 [1920], 'Vorbemerkung', in: ders., *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie*, Bd. 1, Tübingen 1988, 1–16.
- Weber, Max 1972 [1922], *Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie*, 5. Auflage, hg. v. Johannes Winckelmann, Tübingen.
- Wood, Ellen 1991, *The Pristine Culture of Capitalism: A Historical Essay on Old Regimes and Modern States*, London: Verso.
- Wood, Ellen 1995, *Democracy Against Capitalism: Renewing Historical Materialism*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Wood, Ellen 2002, *The Origin of Capitalism: A Longer View*, London: Verso.
- Wood, Ellen 2003, *Empire of Capital*, London: Verso.

Hyekyung Cho

Chinas langer Marsch in die neoliberale Weltwirtschaft¹

Der Marsch der Volksrepublik China in die Weltwirtschaft begann 1979/80 als Teilprogramm der marktwirtschaftlichen Reformexperimente. Seitdem erlebte die VR China einen spektakulären Aufstieg in der Weltwirtschaft, der die ganze Welt in Erstaunen versetzte und dem nach wie vor armen Entwicklungsland den Ruhm als neue Weltwirtschaftsmacht bescherte. Das Handelsvolumen der VR China wuchs von 29,3 Mrd. im Jahr 1979 auf 851,1 Mrd. US-Dollar im Jahr 2003. Der Anteil der VR China am Weltwarenhandel lag im Jahr 1980 bei knapp 2% und erreichte im Jahr 2003 11,2% - der Export 5,9% und der Import 5,3%. Damit avancierte die VR China zum viertgrößten Exporteur und drittgrößten Importeur der Welt. Der Erfolg der VR China im Welthandel gehört zu den Ausnahmefällen unter den Entwicklungsländern und rückte das Land auf die Gewinnerseite der wirtschaftlichen Globalisierung.

In diesem Beitrag wird auf das Außenhandelsregime der VR China in der Reformperiode eingegangen mit dem Ziel, den chinesischen Erfolg im Welthandel zu erklären. Bis zum WTO-Beitritt der VR China im Jahr 2001 stützte sich das chinesische Außenhandelsregime auf eine dirigistische und protektionistische Handelsstrategie, die zur Aufrechterhaltung bzw. dem Ausbau des Monopols der Staatsunternehmen in der marktwirtschaftlichen Industrialisierung diente. Die Handelspolitik war durch die auf die Staatsunternehmen zentrierte Transformationsstrategie bestimmt. Dafür war die Protektion des Binnenmarktes vor ausländischer Konkurrenz unabdingbar. Diesem Aspekt kommt eine zentrale Bedeutung zu, um den Wachstumsprozess der VR China seit 1979 zu verstehen. Denn der aktive politische Eingriff in den gesamten Ablauf des Wirtschaftsprozesses und die Einschränkung der freien Marktkräfte durch den Staat waren entscheidend für eine relativ stabile Transformation und bildeten damit die Grundlage für das chinesische „Wirtschaftswunder“ in der Reformperiode. Die merkantilistische Handelsstrategie der VR China war ohne Zweifel erfolgreich, trotz dem veränderten weltwirtschaftlichen Umfeld, in dem sich die neoliberale Ideologie von Deregulierung, Liberalisierung und Freihand-

¹ Für eine weitergehende Darstellung des Kontextes verweise ich auf mein Buch: Cho (2005).

del wie eine Art von Naturgesetz durchsetzte. Somit verlief die außenwirtschaftliche Entwicklung der VR China ebenso wie der staatlich regulierte Transformationsprozess im Gegensatz zur weltweit vorherrschenden neoliberalen Doktrin und stellt ein weiteres Beispiel für die Untauglichkeit der Freihandelsideologie dar.

Der chinesische Sonderweg (Stiglitz 2002) ging jedoch mit dem WTO-Beitritt im Jahr 2001 zu Ende. Für den WTO-Beitritt stimmte die chinesische Führung einer grundlegenden Reform des Außenhandelsregimes zur Liberalisierung und Deregulierung zu. Diese Entscheidung war eine konsequente Folge des Mitte der 90er Jahre in Gang gesetzten neoliberalen Reformkurses. Seitdem wurde die sozial- und beschäftigungspolitische Priorität in der bisherigen Reformpolitik unter dem offiziell beschworenen Ziel einer „Perfektionierung der Marktwirtschaft“ über Bord geworfen. Die Folge waren der drastische Anstieg der Arbeitslosigkeit und der absoluten Armut, der vertiefte Gegensatz zwischen Arm und Reich, die Zunahme der sozialen Unsicherheit. Schließlich beschleunigte der WTO-Beitritt die neoliberale Restrukturierung des Wirtschaftsystems. Gleichzeitig verschärften sich die Begleitprobleme der Strukturreformen trotz anhaltenden hohen Wachstumsraten.

Im Folgenden wird zunächst der Wandel der chinesischen außenwirtschaftlichen Strategie dargelegt. Anschließend werden die zentralen Merkmale des Außenhandelsregimes der VR China umrissen, um eine chinesische Besonderheit bei der Weltmarktintegration deutlich zu machen. Zum Schluss wird das Ende der merkantilistischen Außenhandelsstrategie durch Chinas WTO-Beitritt im Jahr 2001 im Zusammenhang mit dem radikalen entwicklungspolitischen Paradigmenwechsel der chinesischen Führung erläutert.

Der Wandel des Außenhandelsregimes

Seit 1979 durchläuft das Außenhandelsregime der VR China einen grundlegenden Wandel, der sich nach der strategischen Neuorientierung in drei unterschiedlichen Phasen aufteilen lässt. Die erste Phase von 1979 bis 1989 war von der Strategie der Importsubstitution geprägt. Die zweite Phase, die von Ende der 80er Jahre bis zur Asienkrise 1997/98 dauerte, lässt sich durch eine Mischstrategie von Importsubstitution und Exportorientierung unter dem Vorzeichen eines dynamischen Protektionismus charakterisieren. Die letzte und völlig neue Phase, die bis heute anhält, beginnt mit dem Abschluss der bilateralen WTO-Verhandlungen zwischen den USA und der VR China im Jahr 1999, der den Weg der VR China zum WTO-Beitritt frei machte.

Mit der Errichtung der ersten vier Sonderwirtschaftszonen in Guangdong und Fujian 1979/80 begann die erste Phase. Zwar läutete die Zulassung ausländischer Investitionen eine revolutionäre Wende ein. Die Außenhandelstätigkeiten blieben jedoch nach wie vor streng vom Staat kontrolliert. Die staatliche

Regulierung des Außenhandelsregimes bestand auf drei Ebenen, der staatlichen Export- und Importplanung, der administrativen Kontrolle über die Lizenzpflicht und die Quotenbestimmung sowie der Kapitalverkehrs- und Devisenkontrolle. Zu den wichtigen Veränderungen im Vergleich zur Vorreformperiode zählten der Abbau des zentralstaatlichen Monopols im Außenhandel durch die Dezentralisierung der Außenhandelskompetenzen und die allmähliche Lockerung der Export- und Importplanung.² Um den materiellen Anreiz für den Außenhandel zu schaffen, wurde das Deviseneinbehaltungssystem eingeführt, das außenhandelsberechtigten Institutionen erlaubte, einen Teil der erwirtschafteten Devisen für sich zu behalten. Die Deviseneinbehaltungsquoten fielen regional und sektoral unterschiedlich aus, was in der Verbindung mit steuerlicher und tarifärer Vergünstigungspolitik zur gezielten Förderung bestimmter Exportgüter diente. So durften z. B. ausländische Unternehmen in den Sonderwirtschaftszonen 100% der erwirtschafteten Devisen für sich behalten, die von den ethnischen Minderheiten bewohnten autonomen Regionen 50% gegenüber 25% für die übrigen Regionen. Die sektorale Vorzugspolitik, die Ende der 80er Jahre zur Exportfördermaßnahmen eingeführt wurde, sah die Deviseneinbehaltungsquote von 80% für die Textil- und Leichtindriegüter und von 100% für alle elektronischen Erzeugnisse und Maschinenprodukte vor.

Das Außenhandelsregime im ersten Jahrzehnt der Öffnungspolitik unterschied sich nicht grundsätzlich von dem der Vorreformperiode. Es war primär vom Selbstversorgungsgedanken geprägt. Der Außenhandel wurde weiterhin als Ergänzung zur binnenwirtschaftlichen Entwicklung betrachtet. Angesichts der damals noch vorherrschenden Systemkonkurrenz des Kalten Krieges stand zudem der politische Bestand und Schutz der sozialistischen Wirtschaftsordnung weiterhin im Vordergrund bei wirtschaftspolitischen Entscheidungen. So waren die Export- und Binnenproduktion sowie Inlands- und Weltmarktpreise voneinander abgekoppelt. Die regional und sektoral unterschiedlich angeordnete Wirtschafts- und Handelspolitik der chinesischen Regierung sorgte dafür, dass die Versorgung mit Rohmaterial und der Absatz der Produkte der außenhandelsberechtigten Unternehmen in den Küstenregionen nicht in Konkurrenz mit den binnenorientierten Staatsunternehmen traten. Die primäre Bedeutung von Export und ausländischen Investitionen lag im Erwerb der Deviseneinnahmen, um die Importe der zur industriellen Modernisierung notwendigen Kapitalgüter und Technologien finanzieren zu können.

Die Strategie der Importsubstitution unter dem überbewerteten Yuan hatte ein steigendes Handelsbilanzdefizit zur Folge. Der Eingriff in das Wechselkursregime als ad hoc Maßnahme sorgte zwar zeitweilig für die Stabilisierung der Handelsbilanz, doch reichte dies nicht zur Kompensierung der fortdauernden

2 1980 unterlagen insgesamt 3000 Handelsgüter der staatlichen Planquote. 1988 waren es nur noch 17 Importgüter und 112 Exportgüter.

Verluste der Exportunternehmen.³ Trotz dem steigenden Exportvolumen blieb der Anteil der Exporte am Bruttoinlandprodukt (BIP) in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre fast unverändert und zeigte Ende der 80er Jahre sogar eine fallende Tendenz. Als das Handelsbilanzdefizit und die Subventionen für Exportverluste Ende der 80er Jahre eine Rekordhöhe erreichten, war die bisherige Strategie nicht länger haltbar. Unter diesen Umständen kam es zu programmatischen Auseinandersetzungen über die Ausrichtung der künftigen außenwirtschaftlichen Strategie, die sich um die Frage Exportorientierung oder Importsubstitution drehten. Auf einer Plenartagung des Zentralkomitees im Jahr 1990 wurde dann eine Kompromisslösung gefunden: „aktive Exportorientierung mit angemessener Importsubstitution“.

Die Austeritätspolitik, die mit der teilweisen Rücknahme der marktwirtschaftlichen Reformen als Antwort auf die wirtschaftliche Krise 1988/89 eingeführt wurde, nahm durch die Verkündung der „sozialistischen Marktwirtschaft“ im Jahr 1992 ein Ende. Damit setzte eine neue Phase des Außenhandels ein. Die umfassenden Reformen des Außenhandelsregimes verliefen in Richtung einer marktgesteuerten Produktion und Preisbildung der Handelsgüter sowie einer selektiven Liberalisierung des Außenhandelsregimes. Mit wenigen Ausnahmen wurden die Inlandspreise der Handelsgüter an das Weltmarktniveau angepasst. 1994 wurden die staatlichen Import- und Exportplanungen offiziell abgeschafft. Zudem wurde das Devisenquotensystem, das die Autonomie der Außenhandelsinstitutionen maßgeblich beeinträchtigte, abgeschafft. Nun durften sie alle Devisenerlöse für sich behalten. Nicht zuletzt erfolgten die schrittweise Zollsenkung und der Quotenabbau für Importe. Zwischen 1992 und 1996 wurde der Durchschnitt der Importzölle von 43% auf 23% gesenkt. Die Zahl der Importgüter, für die eine Lizenz- und Quotenregulierung galt, wurde im gleichen Zeitraum von 1.530 auf 170 reduziert (Lardy 1994: 39-40).⁴ Zur signifikanten Maßnahme für die Exportförderung gehörten die im Jahr 1994 eingeführten steuerpolitischen und tarifären Vergünstigung für den Exportsektor, nämlich die Rückerstattung der Mehrwertsteuer und die Befreiung von Importzöllen für Inputmaterial für Exportgüter. (Gao/Tam 1995: 154-155) Im gleichen Jahr wurde der überbewertete offizielle Yuan an das Niveau des in-

3 Mit dem Beginn der Öffnungspolitik praktizierte die chinesische Regierung ein duales Wechselkursystem. An den 1980 ins Leben gerufenen Swapzentren in einigen Großstädten wurden die Devisen zum von der Zentralregierung bestimmten Wechselkurs gehandelt, der immer oberhalb des offiziellen Wechselkurses lag. Der höhere Yuan-Kurs an Swapzentren hatte den Effekt einer faktischen Abwertung. Während der offizielle Wechselkurs in der zweiten Hälfte der 80er Jahre unverändert bei 3,7 Yuan für einen US Dollar lag, wurde der Yuan an den Swapzentren sukzessiv abgewertet und lag 1989 bei 5,9 Yuan für einen US Dollar. Trotz der wiederholten Kritik des IWF hielt die chinesische Regierung am dualen Wechselkursregime bis 1994 fest.

4 Die weit reichende Reform des Außenhandelsregimes im Jahr 1994 hängt mit dem Versuch der chinesischen Regierung zusammen, der zum 1. Januar das GATT ablösenden WTO als Gründungsmitglied beizutreten. Dieser Versuch scheiterte jedoch an der Blockade der USA.

formellen Wechselkurses an den Devisenmärkten angepasst, was eine faktische Abwertung um 50% im Vergleich zum Vorjahr bedeutete.⁵

Die außenwirtschaftliche Entwicklung seit Ende der 80er Jahre entsprach dem neuen Konzept der Export-Offensive, welches eine aktive Integration in die internationale Arbeitsteilung und die volle Ausschöpfung komparativer Vorteile billiger Arbeitskräfte beinhaltete. Insbesondere schlug sich die Yuan-Abwertung im Jahr 1994 in den Rekordwachstumsraten der Exporte von 31,9% im Jahr 1994 und von 22,9% im Jahr 1995 nieder (vgl. Tabelle 1). Trotz erheblicher Schwankungen⁶ zeigte die außenwirtschaftliche Entwicklung der VR China bis zur Asienkrise beachtliche Erfolge. Der Exportanteil am BIP stieg von 11,7% im Jahr 1989 auf 20,3% im Jahr 1997 an. Im gleichen Jahr marschierte die VR China in die Reihe der zehn größten Handelsnationen der Welt ein. Neben dem rasanten Wachstum des Handels in dieser Phase war zu bemerken, dass der Gedanke des Aufbaus einer auf dem Weltmarkt konkurrenzfähigen Exportindustrie Einzug in die Außenhandelspolitik fand. Der Akzent wurde von der bloßen Exportexpansion und dem Kapital- und Technologietransfer aus dem Ausland auf die Qualitätssteigerung und die Verbesserung des technologischen Niveaus der Exportgüter verlagert. Dieses Konzept, das von der selektiven Öffnung des Binnenmarktes für ausländische Investitionen mitgetragen wurde, kam im Handelsgüterprofil zum Ausdruck. Der Anteil der Industrieprodukte erreichte über 85% der gesamten Exportgüter. Ab Mitte der 90er Jahre machten Maschinen und Elektronikprodukte an der Stelle der traditionellen arbeitsintensiven Güter wie Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren den größten Anteil am Gesamtexport aus.

Das Wirtschaftswunder der VR China war nicht einfach auf die Exportorientierung zurückzuführen, die in der entwicklungstheoretischen Diskussion als ökonomisch sicherer und insgesamt Erfolg versprechender gegenüber der Strategie der Importsubstitution angesehen wird. Die außenwirtschaftliche Strategie der VR China in den 90er Jahren wies zwar im Vergleich zu den 80er Jahren deutlich Züge einer Exportorientierung auf. Das Modell „Wachstum durch Export“ und die Weltmarktanbindung galten jedoch nur für die begünstigten Küstenregionen. Das Standbein der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung lag nach wie vor in der von Staatsunternehmen geführten Binnen-

5 Seitdem steht der Yuan-Kurs zum US Dollar weitgehend unverändert bei 8,27 zu 1. Aufgrund des enormen Handelsbilanzdefizits der USA mit der VR China gerät die chinesische Regierung in den letzten Jahren immer stärker unter Druck der USA den Yuan aufzuwerten und schließlich den festen Wechselkurs aufzugeben. Dagegen wehrt sich die chinesische Regierung hartnäckig, die die Währungspolitik als Kern der nationalen ökonomischen Souveränität zu verteidigen sucht.

6 Die Wachstumsschwankungen im Außenhandel (siehe Tabelle 1) stehen in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der makroökonomischen Stabilitätspolitik zur Abkühlung der überhitzten Konjunktur, in der die restriktive Geldpolitik und die Abwertung des Yuan kombiniert wurden.

Tabelle 1: *Entwicklung des Außenhandels der VR China 1978-2003*

	Außenhandel-Volumen (Mrd. US-Dollar)				Handel am BIP	Export am BIP
	Total	Export	Import	Saldo		
1978	20,6	9,7	10,9	-1,2	9,7	4,6
1979	29,3	13,6 (42,1)	15,7 (43,9)	-2,1	11,2	5,2
1980	38,1	18,1 (33,8)	20,0 (27,7)	-1,9	12,6	6,0
1981	44,0	22,0 (21,5)	22,0 (10,0)	0,0	14,6	7,7
1982	41,6	22,3 (1,4)	19,3 (-12,4)	3,0	14,8	8,0
1983	43,6	22,2 (-0,4)	21,3 (10,9)	0,9	14,5	7,5
1984	53,5	26,1 (17,6)	27,4 (28,1)	-1,3	17,4	8,3
1985	69,6	27,4 (4,6)	42,3 (54,1)	-14,9	24,1	9,5
1986	73,8	30,9 (13,1)	42,9 (1,5)	-12,0	25,0	10,5
1987	82,6	39,4 (27,5)	43,2 (0,7)	-3,8	25,7	12,3
1988	102,7	47,5 (20,5)	55,2 (27,9)	-7,7	25,6	11,8
1989	111,6	52,5 (10,6)	59,1 (7,0)	-6,6	24,8	11,7
1990	115,4	62,1 (18,2)	53,3 (-9,5)	8,8	29,8	16,1
1991	135,6	71,8 (15,8)	63,8 (19,1)	8,0	33,4	17,7
1992	165,5	84,9 (18,8)	80,6 (26,3)	4,3	34,3	17,6
1993	195,7	91,8 (8,0)	103,9 (29,0)	-12,1	32,6	15,3
1994	236,6	121,0 (31,9)	115,6 (11,2)	5,4	43,6	22,3
1995	280,9	148,8 (22,9)	132,0 (14,2)	16,8	40,1	22,2
1996	289,9	151,0 (1,5)	138,8 (5,1)	12,2	35,5	18,5
1997	325,1	182,7 (20,9)	142,4 (2,5)	40,4	36,0	20,3
1998	323,9	183,8 (0,5)	140,2 (-1,5)	43,6	33,6	19,1
1999	360,7	194,9 (6,1)	165,8 (18,2)	29,1	34,0	18,5
2000	474,2	249,2 (27,8)	225,0 (35,8)	24,2	43,5	23,0
2001	509,8	266,2 (6,8)	243,6 (8,2)	22,6	43,3	22,6
2002	620,8	325,6 (22,3)	295,2 (21,2)	30,4	50,2	26,3
2003	851,1	438,3 (34,6)	412,8 (39,9)	22,5	61,8	31,8

Anmerkung: Angaben in Klammern sind die Veränderung zum Vorjahr in Prozent.
Quelle: PRC National Bureau of Statistics

wirtschaft. Die außenwirtschaftliche Strategie war der Aufrechterhaltung der Monopolstellung der Staatsunternehmen in der Binnenwirtschaft untergeordnet, die daher von unerwünschten externen Einflüssen geschützt werden sollte. Als Folge bildete sich eine zweigeteilte Wachstumsstruktur heraus, die von Staatsunternehmen dominierte Binnenwirtschaft auf der einen und die von ausländischen Direktinvestitionen geführte Exportwirtschaft auf der anderen Seite. Die letztere entwickelte sich weitgehend abgekoppelt von den ersteren zu einer regionalen und strukturellen Enklave. Dafür war die entwicklungspolitische Strategie der chinesischen Regierung verantwortlich. Dieser Aspekt wird im nächsten Abschnitt näher betrachtet.

Die Grundzüge des Außenhandelsregimes der VR China

Der Wandel des Außenhandelsregimes der VR China war durch den Widerspruch zwischen Exportoffensive auf dem Weltmarkt und Schutz der Binnenwirtschaft vor externem Einfluss gekennzeichnet. Wie oben kurz erwähnt stand dieser Widerspruch in unmittelbarem Zusammenhang mit der auf die Verstärkung des Staatssektors zielenden Strategie der marktwirtschaftlichen Transformation und der nachholenden Industrialisierung. Das grundlegende Ziel, die Aufrechterhaltung der Monopolstellung der Staatsunternehmen in der Binnenwirtschaft war der zentrale Referenzpunkt für die außenwirtschaftliche Politik. Daran orientierten sich Tempo und Ausmaß der Handelsliberalisierung und der Binnenmarktöffnung. Das Außenhandelsregime der VR China lässt sich durch die folgenden zwei Merkmale charakterisieren. Das eine ist die Kanalisierung der Außenhandelstätigkeiten der einheimischen Unternehmen durch den Staat. Das andere ist die auf ausländische Direktinvestitionen (ADI) gestützte Reexportwirtschaft.

Um die Außenhandelstätigkeiten der heimischen Unternehmen zu regulieren, gewährte die chinesische Regierung nur wenigen großen Staatsunternehmen das direkte Außenhandelsrecht. Die Außenhandelsgeschäfte der sonstigen heimischen Unternehmen wurden durch staatliche Außenhandelsgesellschaften (AHG) kanalisiert.⁷ Die staatliche Zuteilung der Handelsrechte sorgte dafür, dass einer kleinen Anzahl von staatlichen AHG und größeren Staatsunternehmen exklusive Handelsrechte auf bestimmte Güter zugesprochen wurden (World Bank 2001: 5).⁸ Für die unter dem staatlichen Monopol stehenden Handelsgüter gab es nach wie vor Preiskontrollen und -subventionen. Diese Produkte waren auch den strengen Importbeschränkungen unterworfen. Vor allem war der Schutz des Agrarbinnenmarktes unabdingbar, um die Versorgung und die Beschäftigung in den von über 70% der Bevölkerung bewohnten ländlichen Gebieten sicherzustellen. Diese Beschränkung der Handelsrechte verhinderte inländische Konkurrenz um profitable Handelsgeschäfte. Gleichzeitig war dies neben den tarifären und nicht-tarifären Handelsbarrieren ein wichtiges politisches Instrument für die importsubstituierende Modernisierung der Binnenwirtschaft und den Schutz der nicht konkurrenzfähigen Staatsunternehmen. Demgegenüber erhielten ausländische Unternehmen automatisch direkte Außenhandelsrechte und genossen eine Reihe von tarifären und steuerpolitischen Sonderbehandlungen, die an die Exportauflagen gebunden wa-

7 Ende 1997 waren insgesamt 160.000 Unternehmen mit Außenhandelsrechten registriert. 145.000 davon waren ausländische Unternehmen und 9.000 staatliche Außenhandelsgesellschaften. Aber lediglich 5.000 von insgesamt 110.900 Staatsunternehmen besaßen direkte Außenhandelsrechte.

8 Wichtige Agrarprodukte wie z. B. Getreide, Mais, Zucker, Tee, Sojabohnen, Wolle und Baumwolle sowie Basisprodukte wie z. B. Kohle, Öl, Stahl, Chemie, Kautschuk, Bauholz stehen unter dem staatlichen Handelsmonopol.

ren. 1992 genehmigte die chinesische Regierung die Errichtung von 13 Freihandelszonen und 250 Sonderentwicklungszonen in den Küstenregionen, in denen Genehmigungs-, Zoll- und Steuerfreiheit für ausländische Exportunternehmen angeboten wurden. Dadurch wurde vorrangig weltmarktorientiertes Produktivkapital ins Land gelockt, während die Abschottung der Kapitalmärkte kaum Spielraum für das internationale Finanzkapital ließ.

Die doppelte Zielsetzung der chinesischen Regierung – Schutz und Modernisierung der binnenorientierten Staatsindustrie und Exportsteigerung durch ADI – spiegelte sich im Prozess der Handelsliberalisierung wider. Seit 1994 trieb die chinesische Regierung den Abbau der Handelshemmnisse zügig voran. Dieser Prozess erfolgte jedoch je nach Branchen und Produktgruppen in einem unterschiedlichen Ausmaß. Importe von Vorprodukten für Exporte wurden fast vollständig liberalisiert. Die Anzahl der Gütergruppen, die den nicht-tarifären Export- und Importbeschränkungen unterlagen, fiel von 1.530 im Jahre 1992 auf 216 im Jahre 1999. Im gleichen Zeitraum wurden die Durchschnittszollsätze für Agrar- und Industrieprodukte von 36,2% bzw. 44,9% auf 22% bzw. 17% reduziert. Dennoch unterschieden sich die Zollsätze je nach Produktgruppen erheblich. Die Zollsätze auf Branchen von Energie- und Basisgütern wie Kohle, Öl und Stahl (7% bis 8%) sowie Maschinen und Hochtechnologiegütern (7% bis 13%) waren sehr niedrig. Hingegen galten nach wie vor extrem hohe Zollsätze im Agrarsektor zum Beispiel für Getreide und Reis (90% bis 114%) sowie für Kraftfahrzeuge (180% bis 1994). Mit dem Beschluss der Öffnung der Automobilindustrie für ADI seit 1992 wurden die Zollsätze auf Bauteile von Kraftfahrzeugen auf 35% reduziert. Aber die Regierung hielt weiterhin an hohen Zollsätzen auf Kraftfahrzeuge von 80%-100% fest. Unterschiedliche Zollsätze und nicht-tarifäre Importbeschränkungen waren notwendig für die importsubstituierende Modernisierung der Binnenproduktion, in der ausgewählte Schlüsselbranchen in staatlicher Hand bleiben sollten. Einerseits dienten die immer noch hohen Zollsätze und die nicht-tarifären Importbeschränkungen mittels Importlizenzen und -quoten zur Sicherstellung des staatlichen Monopols in den binnenorientierten Schlüsselbranchen. Andererseits hat aufgrund der exklusiven Vergünstigungspolitik für ADI deren Bedeutung im chinesischen Außenhandel im Laufe der 90er Jahre stark zugenommen. Die Exporte der ausländischen Unternehmen verzeichneten im Zeitraum zwischen 1991 und 1999 im Durchschnitt eine zweifach höhere Zuwachsrate als die der inländischen Unternehmen. Der Anteil der ausländischen Unternehmen am gesamten Export und Import stieg im gleichen Zeitraum von 16,7% bzw. 26,5% auf 45,5% bzw. 51,8% im Jahr 1999 an.

Die zunehmende Dominanz der ADI im chinesischen Außenhandel machte die chinesische Besonderheit bei der Weltmarktintegration gegenüber der japanischen und südkoreanischen Strategie aus. Während die Abschottung der Binnenmärkte in Japan und Südkorea zum Aufbau von international wettbe-

werbsfähigen „Nationalindustrien“ genutzt wurde, setzte die chinesische Regierung die strategische Priorität in der Exportwirtschaft auf ADI. Der von ADI dominierte Außenhandel der VR China bestimmte den chinesischen Weg in die Weltmarktintegration, wobei die wirtschaftliche Vernetzung innerhalb Asiens eine besondere Rolle spielte. Die Herkunft der in die VR China geflossenen ADI ist nämlich einzigartig. Während über 90% der globalen ADI aus entwickelten Industrieländern stammen, kommt der überwiegende Teil der ADI in die VR China – etwa 74% des gesamten ADI-Zuflusses zwischen 1992 und 1999 – aus den benachbarten asiatischen Schwellen- und Entwicklungsländern.⁹

Mit dem steigenden Zufluss der ADI aus diesen Ländern bildete sich eine grenzüberschreitende Produktionskette in der asiatischen Region heraus, in der die chinesischen Küstenregionen als Endmontage-Stätte für die Herstellung von industriellen Halbfertig- und Fertiggütern dienten, die später auf dem Weltmarkt abgesetzt werden. Dabei griffen die ADI-Exportunternehmen selten auf die Binnenressourcen zurück. Stattdessen importieren sie sowohl Produktionsanlagen als auch Bauteile und Vorprodukte (Shuan 2000: 219). Daher hatte der Zustrom der ADI nicht nur das starke Exportwachstum, sondern auch den gleichzeitigen Anstieg der Importe von Vorprodukten und teuren Kapitalgütern zur Folge. Dies schlug sich in der Asymmetrie zwischen Export und Import der ADI-Unternehmen nieder, die in den 90er Jahren stets einen Importüberschuss verzeichneten. So war die Dynamik des chinesischen Außenhandels der von ADI getragenen Reexport-Struktur zu verdanken. Die hohe Importabhängigkeit der ADI-Unternehmen bei der Fertigung ihrer Exportgüter bedeutete zum einen, dass die eigentliche Wertschöpfung in der VR China gering ist, und zum anderen, dass potentielle Effekte einer Rückkopplung in die Binnenwirtschaft wenig zur Geltung kommen. Als Folge hatten die chinesischen Küstenregionen als Exportbasen und Magnet der ADI¹⁰ den Charakter von Enklaven in der von Staatsunternehmen beherrschten Wirtschaft. Somit galten das Modell „Wachstum durch Export“ und die Weltmarktanbindung lediglich für die Küstenregionen, die wiederum vom Zufluss der ADI abhängig war.

Die Weltmarktanbindung der chinesischen Küstenregionen ging im Gleichschritt mit der Regionalisierung der Investitions- und Produktionsprozesse im asiatischen Raum voran. Nach dem ersten Experiment mit vier Sonderwirtschaftszonen weitete die chinesische Regierung seit 1984 die exklusive Begünstigungspolitik für ADI auf die gesamten Provinzen entlang der Südostküste

9 Zwischen 1979 und 1991 lag dieser Anteil bei 67,5%. So hat die Bedeutung der ADI aus den asiatischen Entwicklungs- und Schwellenländern in den 90er Jahren weiter zugenommen.

10 Zwischen 1992 und 1999 erhielten sieben Küstenprovinzen und drei städtische Regionen – Beijing, Tianjin und Shanghai – 88% der in die VR China geflossenen ADI. 1999 lag der Anteil dieser Küstenregionen am gesamten chinesischen Außenhandel bei 86,3%.

aus. Seither beteiligte sich die VR China aktiv am zeitgleich stark zunehmenden innerasiatischen Handel. Die regionale Vernetzung der Handels- und Produktionsstrukturen im asiatischen Raum waren als strategische Antworten der jeweiligen Länder auf den verstärkten globalen Verdrängungswettbewerb entstanden. Im Zuge der neoliberalen Globalisierung verstärkten sich die Konkurrenz unter den entwickelten Industrieländern um die globale Führung im Zentrum der Weltwirtschaft auf der einen Seite und der Preiswettbewerb unter den peripheren Schwellenökonomien auf der anderen Seite.

Der globale Konkurrenzkampf wurde von der Profitmaximierung durch die Reduzierung der Produktionskosten diktiert. Vom Gebot der Kostensenkung getrieben flossen die Kapitalströme der Direktinvestitionen vom Zentrum in die Peripherie. Entscheidende Impulse für die zunehmenden intraregionalen Handelsströme in der asiatischen Region gingen von Japan, dem einzigen entwickelten Industrieland der Region, aus. Einen wichtigen Hintergrund dafür bildete die intensiviere Konkurrenz innerhalb der ersten Liga der Weltwirtschaft, die durch einen scheinbar unaufhaltsamen Vormarsch Japans auf dem Weltmarkt ausgelöst wurde. Vor dem Hintergrund des dramatisch angewachsenen Handelsdefizits der USA mit Japan kam im September 1985 das Plaza-Abkommen zustande, das eine Aufwertung des japanischen Yen gegenüber dem US-Dollar um 40% zur Folge hatte. Dies veranlasste die japanischen Großkonzerne, die exportorientierte Produktion in die umliegenden Billiglohn-Länder, vor allem in die ASEAN 4 - Indonesien, Malaysia, Philippinen und Thailand - und Südkorea zu verlagern. Dies schlug sich in der Handelsstruktur Japans nieder. Während im Jahr 1986 38,9% der japanischen Exporte in die USA flossen, ging seit Beginn der 90er Jahre die Abhängigkeit Japans von den USA merklich zurück. 1996 sank der Anteil der USA an den japanischen Exporten auf 27,4%. Im Gegensatz dazu nahm der Anteil der asiatischen Länder im gleichen Zeitraum von 25,7% auf 46,7% zu.

Dank des starken Engagements des japanischen und auch westlichen Kapitals erlebten die ASEAN-Staaten in den 80er Jahren ein Exportwunder. Damit bekamen die vier „kleinen Tiger“ die wachsende Konkurrenz mit den neuen Schwellenökonomien der ASEAN um die wichtigen Absatzmärkte Japan und USA deutlich zu spüren. Zudem hatte der Demokratisierungsprozess in Südkorea und Taiwan seit Mitte der 80er Jahre steigende Arbeitskosten zur Folge. Dies trieb die Verlagerung der exportorientierten Industriegüterproduktion in die benachbarten Niedriglohnländer voran. Im Zuge der wachsenden ökonomischen Vernetzung Ost- und Südostasiens erhielt die VR China als verlängerte Werkbank der asiatischen Schwellenländer eine enorme Bedeutung. Entscheidend für den Standortvorteil der VR China sind geringe Lohnkosten (vgl. Tabelle 2). Die Lohnkosten der verarbeitenden Industrie in der VR China betragen zwischen 1995 und 1999 729 US-Dollar pro Arbeiter und Jahr und waren im Vergleich zu denen in den anderen exportorientierten Billiglohnlän-

dern wie z.B. 3.868 US-Dollar in Thailand, 3.429 US-Dollar in Malaysia, 3.054 US-Dollar in Indonesien und 2.450 US-Dollar auf den Philippinen extrem niedrig.

Tabelle 2: Löhne und Arbeitsproduktivität Vergleich im Vergleich mit den USA (USA=100)

	Lohn (A)	Arbeitsproduktivität (B)	Lohnstückkosten (A/B*100)
USA	100	100	100
Japan	62,6	67,8	92,3
Taiwan	43,1	24,4	176,9
Südkorea	27,0	43,9	61,5
Mexiko	16,3	30,3	58,3
Malaysia	10,9	12,9	84,6
Philippinen	8,6	15,9	53,8
Kenia	5,4	3,5	153,8
Indonesien	4,6	6,6	69,2
Indien	3,1	2,9	107,7
VR China	2,1	2,7	76,9

Quelle: UNCTAD, Trade Development Report 2002

Trotz der sehr niedrigen Arbeitsproduktivität verliert die VR China als Investitionszielort dank der China-Euphorie nicht an Attraktivität. Die Euphorie der ausländischen Investoren über den „*emerging market*“ speiste sich paradoxerweise aus dem Konsumpotential von 1,2 Milliarden Konsumenten und gleichzeitig aus seiner Funktion als Billiglohnparadies. Die weltweit niedrigsten Arbeitskosten und die Vorzugspolitik für ausländische Investoren, solange diese sich auf die weltmarktorientierte Produktion konzentrierten, begründeten den ökonomischen Status der VR China in der Weltwirtschaft. Die asiatischen Schwellenökonomien, die sich alle auf das Modell „Wachstum durch Export“ gründen und die dem zunehmenden Konkurrenzkampf um Absatzmärkte für ihre Exporte ausgesetzt sind, nutzen die chinesischen Küstenregionen als verlängerte Werkbank zur Billigproduktion ihrer Exportgüter. Die VR China fungiert zwar zunehmend als Drehscheibe des innerasiatischen Handels, das Zentrum bildet jedoch nach wie vor Japan. Dies ist auf die starke Abhängigkeit der alten und neuen asiatischen Schwellenländer vom Technologie- und Wissenstransfer aus Japan zurückzuführen, die sich mit dem gesteigerten technologischen Niveau der Exportgüter beispielsweise in den Bereichen der Elektronik oder des Automobilbaus noch verstärkte. Japan steht an der Spitze einer

mehrstufigen hierarchischen Struktur regionaler Arbeitsteilung. Der technologische Vorsprung Japans war und ist von den Spätentwicklern der asiatischen Schwellenökonomien auf längere Zeit nicht einholbar. Die technologische Abhängigkeit von Japan drückte sich darin aus, dass das Handelsbilanzdefizit der asiatischen Schwellenländer gegenüber Japan parallel zu ihrem Exportzuwachs auf dem Weltmarkt enorm gestiegen ist (vgl. Tabelle 3). Vor diesem Hintergrund ist die Behauptung, dass mit China eine neue regionale ökonomische Führungsmacht entstehe, welche die bisherige Führungsposition Japans gefährde, nicht haltbar.

Tabelle 3: *Handelsbilanzsalden asiatischer Schwellenökonomien gegenüber Japan und den USA in Mrd. US-Dollar*

	Japan					USA				
	1985	1990	1995	2000	2003	1985	1990	1995	2000	2003
4 Tiger										
Südkorea	-3,0	-5,9	-15,3	-11,3	-17,6	4,2	2,5	-6,0	8,5	8,4
Taiwan	-2,1	-7,7	-17,1	-21,9	-20,7	10,0	9,1	5,6	9,6	9,1
Singapur	-2,3	-7,7	-17,0	-12,8	-5,7	0,8	1,4	2,8	3,6	2,5
Hongkong	-5,6	-8,6	-18,0	-14,4	-15,5	6,5	13,2	22,9	32,6	29,0
ASEAN 4										
Indonesien	5,9	5,5	11,9	9,0	8,4	2,3	0,8	1,5	5,0	6,5
Malaysia	1,0	-2,5	-12,0	-4,5	-1,7	0,1	0,0	2,6	6,4	11,8
Philippinen	0,1	-0,8	-3,6	-0,4	-2,2	0,3	0,6	0,9	9,0	0,4
Thailand	-1,5	-6,2	-12,1	-5,1	-6,9	0,3	1,6	1,6	7,4	6,5
VR China	-9,1	1,6	-0,5	0,1	-14,8	-2,9	-1,3	8,6	39,9	58,7

Quelle: Asian Development Bank 2004

Gerade die unterschiedlichen Entwicklungsniveaus der einzelnen Länder trieben die ökonomische Vernetzung in der Region voran und ließen eine vertikal integrierte Produktionsstruktur entstehen. Die Region wurde sich der gegenseitigen Abhängigkeit schmerzlich bewusst, als die asiatische Finanzkrise 1997/98 zum Zusammenbruch des regionalen Handels führte und somit sämtliche Volkswirtschaften in der Region in Mitleidenschaft zog. Die VR China war nicht direkt von der Krise betroffen. Auch wenn die Strukturschwäche des chinesischen Bankensystems eine Reihe ähnlicher Merkmale aufwies wie die Bankensysteme der von der Krise geschüttelten Länder, blieben die fast vollständig abgeschotteten Kapitalmärkte der VR China immun gegenüber den Turbulenzen der Finanzkrise. Die „unterentwickelte Natur“ des chinesischen Kapitalismus, die fehlende Möglichkeit von ausländischen Kapitalmarktinvestitionen, der staatlich fixierte Wechselkurs und die begrenzte Währungsconvertibilität räumten kurzfristigen Währungs- und Finanzspekulationen keinen Spielraum ein und bewahrten die VR China davor, das Schicksal ihrer Nachbarländer zu teilen. Aber 1997/98 erlebte die VR China zum ersten Mal

barländer zu teilen. Aber 1997/98 erlebte die VR China zum ersten Mal einen extern bedingten Exporteinbruch. Daraufhin wurde eine Reihe von Maßnahmen zur Exportförderung¹¹ beschlossen, welche einen starken Zuwachs der Exporte in die EU und die USA zur Folge hatte. Dadurch konnte der Einbruch im Handel mit den asiatischen Ländern kompensiert werden.

Der WTO-Beitritt der VR China

Die Herausbildung der hierarchischen Arbeitsteilung war die entscheidende Triebkraft für die Weltmarktintegration der VR China. Diese Arbeitsteilung bildete bislang die wichtigste Grundlage für die chinesische Abwehr des „Sachzwang Weltmarkt“. Im Gegensatz zur reibungslosen Integration in die asiatische Arbeitsteilung stieß die VR China in ihren Bemühungen um einen Beitritt zum multilateralen Handelsregime auf Schwierigkeiten. Trotz der schrittweisen Handelsliberalisierung betrachtete die chinesische Regierung nationale Stärke und ökonomische Unabhängigkeit als entwicklungsstrategische Grundsätze. Somit lehnte sie die Forderungen der entwickelten Industrieländer nach Deregulierung und Öffnung des Marktes entschieden ab und erklärte diese grundsätzlich für inakzeptabel und unvereinbar mit ihren entwicklungspolitischen Prinzipien. Vor diesem Hintergrund kann man die langen GATT/WTO-Beitrittsverhandlungen verstehen, die von der Antragstellung im Jahr 1986 bis zur offiziellen Aufnahme im Jahr 2001 insgesamt 16 Jahre gedauert hatten. Auf die US-amerikanische Blockade-Politik, die einen WTO-Beitritt der VR China von einer grundlegenden Reform des staatlich regulierten Wirtschaftssystems abhängig machen wollte, antwortete die chinesische Regierung zähneknirschend, dass China auch ohne WTO überleben kann, wie es bis jetzt der Fall war.

Mit dem überraschenden Abschluss der bilateralen Beitrittsverhandlungen zwischen den USA und der VR China im November 1999 wurde das größte Hindernis auf dem Weg der VR China zum GATT/WTO-Beitritt beseitigt. Das bilaterale Abkommen kam durch substantielle, einseitige Zugeständnisse der chinesischen Seite gegenüber den US-Forderungen zustande und sieht eine umfassende Marktöffnung im Agrarsektor, bei Hochtechnologie und Informationstechnologie sowie im Banken- und Versicherungssektor vor. Daraufhin sprach die US-Regierung von „a strong deal in the best interest of America without any concessions“ und von der „Absicherung eines Maximums an Marktzugang für die USA“. Die chinesische Regierung ließ den Abschluss des

11 Um dem Exporteinbruch entgegenzuwirken, führte die chinesische Regierung die im Jahr 1996 abgeschaffte Steuerbefreiung der ausländischen Unternehmen für ihre Importgüter wieder ein. Die chinesischen Privatunternehmen erhielten zum 1. Januar 1999 erstmals direkte Handelsrechte. Für die Hauptexportgüter wie Textilien, Bekleidung, Maschinen und Elektronikgüter wurde die Quote der Zollrückvergütung erhöht. Demgegenüber wurden die Importbeschränkungen verschärft.

chinesisch-amerikanischen Abkommens auch als großen Sieg für Chinas Zukunft feiern. Die chinesischen Propaganda-Medien unterstrichen in ihren euphorischen Meldungen den bevorstehenden WTO-Beitritt als externe Triebkraft für die „Perfektionierung der Marktwirtschaft“. Dabei ist die wichtigste Folge des WTO-Beitritts eine umfassende Öffnung des Kapitalmarktes nach einer fünfjährigen Übergangsphase, welche die bisherige Bedeutungslosigkeit der VR China auf den internationalen Finanzmärkten grundsätzlich ändern wird. Damit wird der Zugang des internationalen Finanzkapitals – des Hauptakteurs der gegenwärtigen ökonomischen Globalisierung – zur VR China ermöglicht. Dies stellt eine völlig neue Herausforderung für den schwachen chinesischen Finanzsektor dar.

Die Beschleunigung der WTO-Beitrittsverhandlungen 1998/99 durch die chinesische Regierung, die zum Abschluss des chinesisch-amerikanischen Abkommens geführt hat, war unmittelbar von der binnenwirtschaftlichen Krisensituation bedingt. Mitte der 90er Jahre leitete die chinesische Regierung mit den Strukturreformen im Staatssektor einen grundlegenden Wandel der bisherigen wachstumspolitischen Strategie ein. Das marktwirtschaftliche Prinzip von Effizienz und Profitmaximierung, das bislang für den Staatssektor nicht galt, setzte sich zur Maxime für die Reorganisation der Staatsunternehmen durch. Die „eiserne Reisschale“, das Symbol für die staatlich garantierte lebenslange Beschäftigung und soziale Versorgung, wurde zerschlagen, es begannen landesweite Massenentlassungen. Die Strukturreform der Staatsunternehmen zielte auf den Umbau der bislang von kleineren Unternehmen dominierten Staatswirtschaft zu einer international wettbewerbsfähigen *economy of scale and scope*. Zur technologischen Modernisierung und Erhöhung des Kapitalvermögens bei ausgewählten Großunternehmen wurde die Beteiligung von privaten und ausländischen Kapital angestrebt. Dadurch änderte sich das Verhältnis zwischen Staat und privatem wie ausländischem Kapital von der bisherigen politischen Distanz zu einem kooperativen Verhältnis. Der Status der Privatwirtschaft wurde von einer bloßen Ergänzung zu einem wichtigen Bestandteil der sozialistischen Marktwirtschaft aufgewertet. Die im Jahr 2001 offiziell geöffnete KP-Mitgliedschaft für Privatunternehmer gewährte diesen die politische Gleichstellung. Der neue Reformkurs bedeutete die Abkehr von der auf die Stärkung der Staatsunternehmen ausgerichteten Wachstumsstrategie, die sich auf den Vorrang sozial- und beschäftigungspolitischer Ziele vor Profitinteressen gründete, was bis Mitte der 90er Jahre einen relativ stabilen Übergang zur Marktwirtschaft ermöglicht hatte.

Mit den Strukturreformen der Staatsunternehmen brach die bisherige Wachstumskette von Investition – Produktion – Beschäftigung zusammen. Die verheerenden Folgen sind die steigende Arbeitslosigkeit und die Verbreitung der neuen städtischen Armut, was die soziale Polarisierung zwischen reich und arm noch verstärkt hat. Ab Mitte der 90er Jahre stieg die Zahl der von absolu-

ter Armut betroffenen Menschen zum ersten Mal seit der Einführung der Reformpolitik von 1979 an. Der bislang überwiegend am Binnenmarkt orientierte Staatssektor befand sich in einem Niedergangsprozess, der in den späten 90er Jahren in eine Deflation mündete. Als die Binnenwirtschaft infolge der Strukturreform der Staatsunternehmen in die Krise geriet und damit keinen Wachstumsfaktor mehr darstellte, wurde die Exportwirtschaft als Rettungsnetz der binnenwirtschaftlichen Krise zum Hoffnungsträger. Vor diesem Hintergrund sah die chinesische Regierung einen baldigen WTO-Beitritt als notwendig an. Ich interpretiere den WTO-Beitritt der VR China als einen verzweifelten Versuch, die Schwäche des Binnenmarkts durch Exportsteigerung auszugleichen. Das Exportwachstum wurde daher als keine bloße wirtschaftliche, sondern als eine zentrale politische Frage für die Schaffung neuer Arbeitsplätze und der Bewahrung sozialer Stabilität angesehen. Die vereinbarten WTO-Beitrittsbedingungen spiegelten den grundlegenden Wechsel der wachstumspolitischen Strategie wider, der seit Mitte der 90er Jahre deutlich zu erkennen war. Anstelle des Schutzes der von Staatsunternehmen dominierten Binnenwirtschaft trat der Außenhandel als Wachstumsgenerator in den Vordergrund. Die Bedeutung des Weltmarktes wurde nicht mehr als Ergänzung zur vorrangigen binnenwirtschaftlichen Entwicklung gesehen, sondern als Quelle neuer Wachstumsimpulse. Insofern waren die Zugeständnisse der chinesischen Regierung für einen WTO-Beitritt die konsequente Folge des Reformprozesses in der zweiten Hälfte der 90er Jahre, der auf die Vereinheitlichung der verzweigten Struktur von Staats- und Privatwirtschaft sowie von Binnen- und Außenwirtschaft zugunsten der jeweils Letzteren ausgerichtet war.

Der WTO-Beitritt der VR China gab dem Außenhandel neue Impulse. Seit 2002 zeigt sich ein starker Zuwachs des Außenhandels und der ausländischen Investitionen, der die Dominanz der ADI im chinesischen Außenhandel weiter verstärkte hat. Im Jahr 2003 wurde die VR China vor den USA zur Nr. 1 der Zielländer der weltweiten ADI.¹² Zugleich verzeichnete der Export eine Zuwachsrate von 34,6% und der Import von 39,8%. Innerhalb der drei Jahre zwischen 2001 und 2003 stieg der Anteil des Außenhandels am BIP von 43,3% auf 61,8%. Der Anteil der ausländischen Unternehmen am Export und Import erreichte im Jahr 2003 54,8% und 56,2%. Dabei wächst der Import viel schneller als der Export. Besonders auffallend ist der explosive Anstieg der Importe aus Japan, Korea und Taiwan, die im Jahr 2003 40,5% der gesamten chinesischen Importe ausmachten. Die Handelsbilanzdefizite mit diesen drei Ländern betragen insgesamt 78 Mrd. US-Dollar – mit Taiwan 40,3 Mrd., mit

12 Im Jahr 2003 betragen die realisierten ADI in der VR China 57 Mrd. US Dollar, also mehr als die nach Lateinamerika und in die karibische Region geflossene ADI. Damit erhielt die VR China 36,6% der insgesamt in die Entwicklungsländer und 57,6% der in die asiatisch-pazifische Region geflossenen ADI. Der Bestand der ADI erreichte 36% des BIP, wobei der Durchschnittswert für die Entwicklungsländer bei 10% liegt.

Südkorea 23,0 Mrd. und mit Japan 14,8 Mrd. US-Dollar. Der größte Exportmarkt waren nach wie vor die USA mit einem Anteil von 21,1% an den gesamten chinesischen Exporten. Der Handelsbilanzüberschuss mit den USA wuchs auf 58,7 Mrd. US. Dollar.¹³ Die steigenden Handelsbilanzdefizite der VR China mit Japan und den asiatischen Schwellenländern wurden durch die steigenden Handelsbilanzüberschüsse mit den USA ausgeglichen. Während die VR China als Exportmarkt für Japan, Taiwan und Südkorea wie ASEAN-Vier immer wichtiger wird, bleibt die Bedeutung der USA als Endabnehmer der Exporte von der VR China unvermindert.

Angesichts des wachsenden Ungleichgewichts der Handelsbeziehungen zwischen der VR China und den USA erhöhte die US-Regierung in den letzten Jahren den politischen Druck um eine Aufwertung des Yuan und schließlich den Verzicht der chinesischen Regierung auf den festen Wechselkurs zum Dollar zu erreichen. Die chinesische Regierung erklärte sich zwar bereit, den Yuan aufzuwerten und ein flexibles Wechselkurssystem einzuführen, doch erst nach der Sanierung der quasi-bankrotten staatlichen Banken. Derzeit stützt die chinesische Regierung den Wechselkurs durch die Aufstockung der Währungsreserven (514,5 Mrd. US-Dollar im September 2004 gegenüber 295 Mrd. US-Dollar im Jahr 2002), um den Zeitpunkt für die Veränderung der Währungspolitik möglichst hinauszuzögern. Gleichzeitig beschleunigte sie in jüngster Zeit die Lösung des Problems von notleidenden Krediten der chinesischen Banken. Die chinesische Regierung hat 1998/99 mit einem staatlichen Finanzzuschuss in Höhe von etwa 200 Mrd. US-Dollar die Staatsbanken entlastet. Dennoch nahmen notleidende Kredite bei den Staatsbanken in den letzten Jahren weiter zu, ihr Umfang wird auf 500 Mrd. US Dollar, also über 40% des BIP, geschätzt. Dafür war ein explosives Wachstum der Immobilien- und Konsumkredite verantwortlich, das die chinesische Regierung Ende der 90er Jahre zur Ankurbelung der sinkenden Binnennachfragen politisch unterstützt hat. Seit 1998 haben die privaten Darlehen drastisch zugenommen, sie betragen im Juli 2004 1.900 Mrd. Yuan (228,8 Mrd. US-Dollar). Die private Verschuldungsquote – der Anteil der Schulden am verfügbaren Einkommen – in den chinesischen Metropolen liegt mittlerweile mit 155% in Shanghai und mit 122% in Beijing sogar höher als die in den USA mit 115%. Als Folge wuchsen die Zahlungsrückstände der Hypotheken-Darlehen Ende 2004 auf 2.000 Mrd. Yuan (241,8 Mrd. US-Dollar) gegenüber 1.200 Mrd. Yuan im Jahr 2003. Auch mehr als die Hälfte der Kredite zum Kauf eines Autos gilt als notleidend. Zur Lösung des Problems bietet die Regierung nun ausländischen Finanzinstituten den Erwerb von notleidenden Krediten zur Kapitalbeteiligung an den

13 Zwar erwirtschaftete die VR China den größten Handelsbilanzüberschuss mit Hongkong, der im Jahr 2003 65,2 Mrd. US-Dollar betrug. Dies ist jedoch auf Hongkongs Status als Transit-Station der Reexporte von und nach dem Festland China zurückzuführen.

staatlichen Banken an. Gleichzeitig wird die Übernahme der Staatsunternehmen, der Verursacher der gigantischen faulen Kredite, durch ausländische Investoren gefördert. Das „Reich der faulen Kredite“ verwandelt sich in einen reizenden Zukunftsmarkt für das internationale Finanzkapital. Die umfassende Öffnung des Kapitalmarktes und die Einführung des flexiblen Wechselkurses in absehbarer Zukunft werden schließlich die Anpassung des chinesischen Wirtschaftssystems an „internationale Standards“ vollenden. Damit steht der VR China eine vollständige Integration in die neoliberale Ordnung der Weltwirtschaft bevor.

Fazit

Kennzeichnend für die chinesische Anpassung an die neoliberale Globalisierung in den letzten 25 Jahren ist die Transformation des KP-Staates von einer planwirtschaftlichen Entwicklungsdiktatur zu einem nicht minder autoritären „nationalen Wettbewerbsstaat“. Hierbei stellte der WTO-Beitritt der VR China die entscheidende Zäsur dar. Er markierte nicht nur den entscheidenden Schritt zur Liberalisierung des Handelsregimes, sondern auch einen Quantensprung in der neoliberalen Reorganisation der Gesamtwirtschaftsstruktur. Eine wichtige Neuerung ist die zentrale Bedeutung des ausländischen Kapitals und damit die Festigung einer vom Weltmarkt abhängigen Wachstumsstruktur. Die binnenmarkt-zentrierte Entwicklungsstrategie, die mit der Sicherstellung der Dominanz der Staatsunternehmen auf dem Binnenmarkt verbunden war, wurde zugunsten der Weltmarktorientierung aufgegeben. Der autoritäre KP-Staat sorgt für die besten Bedingungen für die Rentabilität des Kapitals und begegnet nicht zu bewältigenden sozialen Problemen mit repressiven Maßnahmen. Er nimmt die Rolle des Anführers der neoliberalen Reformen ein. So implementiert die chinesische Regierung „freiwillig“ die Strukturanpassungen, welche in den anderen ost- und südostasiatischen Staaten nach der Asienkrise vom IWF diktiert wurden.

Zwar bleibt der chinesische Finanzmarkt noch unter strenger staatlicher Regulierung, auf welche die chinesische Regierung als letztes politisches Instrument für die Steuerung des Wirtschaftswachstums nur schwer verzichten kann. Jedoch wächst angesichts der bevorstehenden Öffnung des Finanzmarktes der interne und externe Druck, den Finanzmarkt zu liberalisieren. Gedrängt von diesen Umständen setzt die chinesische Regierung eine schrittweise Öffnung und Liberalisierung des Finanzmarktes in Gang und beschleunigt das Tempo der Bankenreform. Nachdem die bisher getroffenen Reformmaßnahmen von keinem Erfolg gekrönt sind, setzt die chinesische Regierung nun auf ausländische Investoren, um die maroden staatlichen Banken zu sanieren und zu modernisieren. Dieser neue Reformversuch steht jedoch im Widerspruch zu der nach wie vor strikten Regulierung des Finanzmarktes. Die verzögerte Banken-

reform verschärft die Probleme der notleidenden Kredite sowie der kreditfinanzierten Überhitzung der Wirtschaft. Trotz der Kapitalverkehrskontrollen führen mangelhafte Aufsicht und Korruption im Finanzsektor zur massiven Zunahme des illegalen Zu- und Abflusses von Kapital. Angesichts der gescheiterten Bankenreform und der Aussichtslosigkeit einer Gesundung des Finanzwesens vermehren sich innerhalb der VR China die Stimmen für eine schnellere Öffnung und Liberalisierung des Finanzmarktes. Ob es in nächster Zukunft zu einer vollständigen Liberalisierung des chinesischen Finanzmarktes kommt, bleibt offen. Unabhängig davon werden Unsicherheiten und Risiken, die sich aus dem fragilen Finanzsystem und der nicht funktionierenden Finanzaufsicht ergeben, immer größer.

Literatur

- Almanac of China's Foreign Economic Relations and Trade*, verschiedene Jahrgänge, Beijing
China Statistical Yearbook, verschiedene Jahrgänge, Beijing.
 Cho, Hyekyung (2005): Chinas langer Marsch in den Kapitalismus, Münster.
 Gao, Xiaohang/Tam, On Kit (1995): China's Foreign Exchange System, in: Tam, On Kit (ed.), *Financial Reform in China*, London/New York.
 Lardy, Nicholas (1994): *China in the World Economy*, Washington D.C.
 OECD (2002): *China in the World Economy. The Domestic Challenges*, Paris.
 Shuan, Breslin (2000): Wachstum auf Kosten der Entwicklung?, in: *PROKLA* 119, Nr.2.
 Stiglitz, Joseph (2002): *Die Schatten der Globalisierung* (Kapitel 7. Bessere Wege in die Marktwirtschaft), Berlin .
 World Bank (2001): *Trade Liberalization in China's Accession in the WTO*, Washington D.C.

Verlag WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Hyekyung Cho

Chinas langer Marsch in den Kapitalismus



2005 - 359 Seiten - € 29,90
 ISBN 3-89691-621-1

Entgegen den Theorien der Anhänger von freier Marktwirtschaft geht der ökonomische Aufstieg der VR China auf die staatliche Regulierung des Wachstumsprozesses zurück. Hyekyung Cho beschreibt den chinesischen Wachstumsprozess in doppelter Prägung von marktwirtschaftlicher Transformation und nachholender Industrialisierung und geht der Frage nach, wie der Staat den gesamten Ablauf des Reformprozesses steuert, mit welchen Kosten der Systemwandel verbunden war, und wie es der KP China gelungen ist, die Untergrabung der im Antikapitalismus verwurzelten Herrschaftslegitimation zu überstehen?

www.dampfboot-verlag.de



Uli Jähner

„Ich weiß, ich muss noch an mir arbeiten“ Über Casting Shows im Fernsehen

„Nur Pferden gibt man den Gnadenschuss“ – Mancher wird sich vielleicht erinnern. 1968 kam ein Film in die Kinos, der ein unbarmherziges Marathon-tanzturnier zur Zeit der Großen Depression als letzte Überlebenschance einer Handvoll Verzweifelter inszenierte. Was für die einen ein Wettkampf bis an den Rand der Erschöpfung und darüber hinaus, ja auf Leben und Tod ist, das wird die anderen, Privilegierteren, die die Agonie nur besuchen, als Show anonciert – um, wie es im Film heißt, „ein bisschen Elend zu sehen, damit man sich selber besser fühlen kann.“ Das von der Katholischen Filmkommission herausgegebene Lexikon des internationalen Films kommentierte damals: „Der makabre Wettbewerb erscheint als Spiegel einer brutalen Leistungsgesellschaft, in der Sieg und Niederlage zugleich als Showspektakel vermarktet werden“ (Lexikon des internationalen Films 1987: 2808).

Rund 30 Jahre später erstreckt sich der Marathon über Wochen, ja Monate, und findet im Fernsehen statt. „Deutschland sucht den Superstar“ – und nicht nur hier, sondern in zahllosen Ländern sind Casting Shows zu den jüngst erfolgreichsten Formaten der Fernsehunterhaltung geworden. „Casting“ meint ursprünglich jene Bewerbung und Prüfung des Schauspielers, deren Ausgang über das Engagement, die Aufnahme ins Ensemble und die Rolle entscheidet. Zu besetzen ist also die Stelle des nationalen „Superstars“, und die Idee des Formates, das Bewerbungsverfahren begabter und unbegabter Kandidaten von erschütternden Anfängen bis zum glamourösen Ende vor einem Millionenpublikum zu dramatisieren, ist so einfach wie genial. Die Casting Show organisiert den Talentewettbewerb als Leistungsschau und Ausscheidungskampf. In ausgewählten großen Städten und vor einer aus profilierten Vertretern der Branche zusammengesetzten Jury finden Massencastings statt. Deren hektischen Ablauf und Atmosphäre, gediegene und gerade grelle Höhepunkte strahlt das Fernsehen schon aus: tonlose Stimmen und ungelenke Bewegungen, einen bestürzenden Mangel an Talent und noch mehr an realitätsgerechter Selbsteinschätzung, für den die Experten vernichtende Urteile abgeben und das Publikum am Schirm seinen Hohn ausgießt. „Freakshow“ und Schadenfreude bilden den Bodensatz, aus dem sich nun sublimere Darbietungskünste und zivilisiertere Publikumsaffekte erheben müssen. Im „Recall“ genannten

zweiten Anlauf der für tauglich Befundenen siebt die Jury noch einmal eine überblickbare Anzahl von Bewerbern aus, die nun in vor Zuschauern live aufgeführten und zudem vom Fernsehen übertragenen Vorstellungen auch direkt gegeneinander ins Rennen gehen. Die Liebe wachsender Fanggemeinschaften ist der Lohn für die Berufensten, während das breite Fernsehpublikum in der Münze telefonischer Anrufe zahlt, deren Menge pro Kandidat wöchentlich fürs Fortkommen oder Ausscheiden den Ausschlag gibt.¹ Dem Sieger winkt zuletzt der Plattenvertrag als Einstieg in die ersehnte Berufslaufbahn.

Die Casting Show wäre freilich nur ein Mix altherwürdiger Hitparaden und Talenteschuppen, erhielte sie nicht durch Anklänge ans Container-Prinzip des Big-Brother ihren letzten Schliff. Die Kandidaten, die alle Vorrunden überstanden haben, werden nun endgültig aus ihrem bisherigen Leben gehoben und gemeinsam in ein Haus des Senders verbracht – das große Sozialexperiment, ein Star zu werden, findet im freiwilligen, von unkontrollierten Außenkontakten abgeschnittenen Asyl und unter fast permanenter Beobachtung durch die Kameras statt. Hier sind sie nun für Wochen dem durch Stunden- und Terminpläne getakteten harten Regime der Marketingmaschine und der Coaches jeder Art unterworfen – den Gesangs, Tanz- und Schauspiellehrern, den Stylisten, Image- und Medienberatern. Und gesungen und getanzt („gemodelt“ und als Comedian gekaspert) wird wohl nicht gerade auf Leben und Tod – so groß ist die Depression der Gegenwart noch nicht, und Zuschauer heute wollen nicht nur das Elend, sondern Glanz und Elend sehen – aber doch auch um das, was manchem als Äquivalent von beidem gelten kann: um Ruhm und Prominenz oder die blasse Nichtigkeit des Jedermann. („Durch Star Search ist es jetzt möglich geworden, mich speziell zu fühlen“, hat einer der Kandidaten so unnachahmlich gesagt.) Und all das ausgestellte Üben und Mühen, Zweifeln und Hoffen, die Liebschaften und zickigen Rivalitäten, die Tränen und Triumphe haben die steinernen Herzen abgebrühter Zuschauer umso mehr erweicht, als der eigenartige rohe Charme der real life soap den treibhausmäßig gezüchteten Gefühlen die Glaubwürdigkeit des ungeschminkten Lebens – one of us – und der gleichzeitige Pomp der Revuen dem kometenhaften Aufstieg den Glanz des wahr werdenden Märchens verleiht.

Man hat das Jahr 2003 in Deutschland zu Recht das Jahr der Casting Shows genannt. Tatsächlich traten fünf Sender praktisch zeitgleich mit fünf Varianten des Konzeptes an. Auf den Höhepunkten ihres Erfolges zog die Show rund 13

1 Die Varianten des Formats unterscheiden sich u.a. darin, wie das Votum von Jury und Publikum gewichtet wird. Die erste Casting Show, *Pop Stars – Das Duell*, hat den Zuschauern noch keine Wahlstimme gegeben. *Deutschland sucht den Superstar* (DSDS) läßt die Jury, die die ersten Massencastings allein entschieden hat, zum Ende der Show nur noch als bewertenden Kommentator auftreten, während das Fernsehpublikum den Ausschlag gibt. Bei *Star Search* entscheiden Jury und Publikum. *Fame Academy* folgt einem Ausscheidungsmodus, bei dem Fernsehpublikum, Juroren und die Kandidaten intern bestimmen, wer gehen muss.

Millionen Zuschauer, mit einem Marktanteil von 75% bei den 14-29-Jährigen und immerhin noch fast 70% bei den 14-49-Jährigen an. (vgl. RTL 2003; Schmidt, Th. 2003) Und noch erstaunlicher: über 31.000 junge Leute haben sich in den Ausleseprozess begeben und immerhin das erste Casting durchlitten² – das sind, um den Zahlen ein Gesicht zu geben, rund drei mal soviel, wie die Stadt Berlin jährlich Abiturienten aus ihren Schulen entlässt; oder anders: die Zahl entspricht ungefähr der Anzahl derer, nämlich 28.500, die im Herbst 2003 noch immer auf der Suche nach einer Lehrstelle waren (vgl. Schumann 2003: 630).

Nun, es werden nicht dieselben gewesen sein. Das Feuilleton hat dennoch und nahezu übereinstimmend in den Erfolgen der Shows die Signale der gesellschaftlichen Misere und im Konzept selbst ein „Krisenformat“ gesehen. „Knallige Systemwerbung“, gewiss, „neben der die Appelle von Hundt und Henkel im eigenen Grau verblassen“, wie der *Rheinische Merkur* schrieb (Borgstedt/Neuhoff 2003). Der ausufernde Wettbewerb auf dem Bildschirm mache Werbung für die Expansion des Wettbewerbsprinzips in der Gesellschaft. Aber es handelt sich um Werbung für ein beschädigtes Produkt. Weil die sozialen Aufstiegschancen für die Vielen schwänden, steige die Nachfrage nach „Vorzeigesiegern“, und „prämierte Selbstinszenierungen im Fernsehen böten das einzige Erfolgsmodell“ (ebd.). Und der Bedarf reicht viel tiefer – bis in die legitimatorischen Grundlagen kapitalistischen Wirtschaftens und der Verteilung sozialer Aufstiegschancen hinein: „In dem Maße, in dem ein hoher Mangel an Arbeitsstellen eine Anstellung zur Glücksache macht, erodiert das Leistungsprinzip“, schrieb die *Berliner Zeitung*, um lakonisch zu ergänzen: „im Fernsehen wird es wieder hergestellt“ (Jähner, H. 2003).

Die Zeit war wohl reif für die Erfindung des Formats, und das Format war geeignet, der Zeit ihren Spiegel vorzuhalten. Darin war nicht weniger als – noch einmal die *Berliner Zeitung*: „die kulturelle Quintessenz des gegenwärtigen Kapitalismus“ (ebd.) zu sehen. Und strittig blieb in den Feuilletons dann nur, ob die Ausuferung des Leistungsprinzips oder umgekehrt dessen Abschaffung in gewinnträchtigen, aber leistungsfernen Medienspektakeln der Beweis dafür sei.

Wie auch immer, das alles hat Gesprächsstoff gegeben. Und die so zahllos wie alltäglich erörterten Fragen, ob und wie Casting Shows durch Talent und Können gerechtfertigte Berufswege bahnten oder „Abkürzungen zum Ruhm“ prämierten, überkreuzten sich vielfach mit den Fragen der jüngeren Soziologie nach den Veränderungen im moralischen Haushalt der Gesellschaft, seit ... ja seit die gute, alte „Arbeitsgesellschaft“ zum Abschied den Hut gezogen hat und einer neu/alten, „neoliberalen“ kapitalistischen „Marktgesellschaft“ den

2 1280 gecastete Bewerber für *Die deutsche Stimme* / ZDF; 1560 für *Fame Academy* / rtl 2; 8700 für *Pop Stars - Das Duell* / pro 7; 19.500 für *Deutschland sucht den Superstar* / RTL. Sat 1 gibt die Zahl der für die beiden *Star Search* Staffeln durchgeführten Castings nicht an.

Vortritt lässt. Es trifft ja zu: Der in Kernbereichen sozialstaatlich gebändigte Kapitalismus gehört wahrscheinlich der Vergangenheit an – und mit ihm die Vordringlichkeit des Integrationszieles in Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, der konsensstiftende Versuch der Abstimmung der Einkommensverteilung mit leistungsbezogenen Gerechtigkeitsnormen und die Erwartungsstabilität in den Lebensläufen. Die Zukunft hält ein Mehr an Unsicherheiten, Ungleichheiten, Ungerechtigkeiten bereit. Und im Maße, wie einerseits Spekulation und mächtige Shareholder-Value-Ökonomien Risikobereitschaften statt Leistungen entlohnen und andererseits die Sensationsökonomien der Medien- und Werbe-welt gigantische Prämien auf die schiere Erzeugung von Aufmerksamkeiten vergeben, verändern sich auch elementare moralische Legitimationsmuster in der Gesellschaft: Der Erfolg, erst recht der schnelle Erfolg spricht für sich selbst und den, der ihn hat, ganz unabhängig von den Mitteln und Gelegenheiten, die ihn zustande brachten.

So mag man in jungen Glücksrittern der Casting Shows, die von ihrer plötzlichen Entdeckung, von Ruhm und Reichtum träumen, sowohl Leitbilder der Jugend als auch die Avantgarden künftiger Gelegenheitsmärkte vermuten. Solchen Überschneidungen und Entsprechungen werde ich im Folgenden ein Stück weit (nicht sehr zielgerichtet) nachgehen, um dabei auf eine Pointe zu stoßen, die andere, verschobene Akzente setzt. Zuvor aber bedarf es noch einiger klärender Bemerkungen: Ein „Krisenformat“, eigentlich richtiger: ein patentiertes Rezept zu ihrer teilweisen und vorläufigen Lösung sind die Casting Shows nämlich vor allem für die Musikindustrie gewesen.

Krisen und Kalküle

Die Vorwürfe, den moralischen Verfall zu betreiben, begleiten die populäre Musik, seit sie in den 50er Jahren gemeinsam mit der Jugendkultur ihren ungeheuren Aufschwung nahm. Die Zertrümmerung ästhetischer Maßstäbe und bürgerlicher Lebensformen, Geschmacksverwirrungen, Promiskuität und Drogenexzesse – das alles ist notorisch. Die Anklage, die Jugend zur Illusion schnellen Reichtums zu verführen, gehört gewöhnlich und mit guten Gründen nicht dazu. Einer davon ist, dass auch der Popmusiker mehr und anderes tut, als auf den Laufstegen der Prominenz sein Gesicht zu zeigen. Freilich trifft auch zu, dass der Musikmarkt als Teil des Showbiz mit den Werbemedien im engsten Bündnis und mit den Mechanismen der Erzeugung von Aufmerksamkeit und Prominenz auf vertrautem Fuße steht.

Erst recht steht außer Zweifel, dass die Musikindustrie auf riskanten Märkten operiert. Das über die Jahre hinweg relativ stabile Verhältnis der gewinnträchtigen zu den unrentablen Investitionen legt davon Zeugnis ab: Während rund 7% der Musikprodukte immerhin ihre Produktionskosten tragen, häufen 90% nur Verluste an – allein die restlichen 3% werfen die Gewinne ab und müssen

alle finanziellen Fehlschläge kompensieren. Man ahnt vielleicht angesichts dieser Zahlen, dass die Geschichte der Musikbranche – anders als die hörbare Geschichte der Musik – auch eine Geschichte *unerhörter Irrtümer* und falscher Investitionen ist. Und zu den großen Unbekannten im Geschäft gehört nicht nur die Unsicherheit darüber, *wer* im Laufe einer künstlerischen Entwicklung, wachsender Publikumsresonanzen und flankierender Marketingmaßnahmen von der Verlust- in die Gewinnzone hinüberfährt. Die Musikindustrie verfügt ja mit ihren Studios und der Tonträgererstellung zwar über die technischen Bedingungen der Erzeugung und Konservierung von Musik; sie plant die Logistik des Vertriebes und wertet Urheberrechte aus – über ästhetisch handhabbare Regeln, *wie* der Hit und zugleich die Werbung für ihn zu kreieren sind, die zur richtigen Zeit den Nerv des Publikums treffen, verfügt sie nicht. Erst recht aber entziehen sich ihrer Gestaltungsmacht all die kulturellen, genauer: subkulturellen Voraussetzungen, die rebellischen Inspirationen und Stil-Innovationen, die in die populäre Musik der jeweiligen Jugendgeneration eingehen und entscheiden, *was* hier *künftig* „den Ton angibt“.

Wie unberechenbar die musikalischen Avantgarden der Jugend am Ende der 80er Jahre wieder geworden waren, dafür hatte der Aufstieg der beiden ausdrucksmächtigsten Subkulturen ein Lehrstück geboten. Das fingerfertige *Scratching* auf Plattentellern, der Kurzschluss von Home Computern mit Sound Systemen als den technischen Grundkomponenten neuer musikalischer Verfahren, das war von den Artist-and-Repertoire-Stäben im Management der Großkonzerne nicht vorgesehen. Dass *HipHop* und *Rap* als die Kunst schwarzer Jugendlicher und Kinder in den Armenghettos von New York wie epidemisch aufgingen; dass *Techno* aus den leeren Fertigungshallen der sterbenden Autostadt Detroit auf kurzem Wege und präzise nach dem Fall der Mauer in die Industrieruinen Ostberlins gekommen war, um hier zuerst die größte Szene zu zeugen und dann mit der Love Parade ihr weltgrößtes Event zu zelebrieren, – das machte über alles Erstaunen hinaus auch gleich noch die Einzigartigkeit von zündenden Ereignissen, von Räumen, Milieus und Menschen klar, die bei der Geburt eines ästhetischen Stiles Pate und der Industrie nicht frei zur Verfügung stehen. *Gangsta-Rapper* und mehr noch der *Grunge*, der die Rockmusik der frühen Jahre und mit ihr auch den ruinösen Charme des Heroin revitalisierte, zeigten außerdem Grenzen auf, wie weit denn die anstößigen Images von Musikern noch zu bewerben waren, ohne kostentreibende moralische Skandale zu produzieren.

So sind die ausgehenden 80er und beginnenden neunziger Jahre Wendejahre auch für die Musikindustrie gewesen. Marktgängigkeit am Reißbrett zu entwerfen und Boygroups und Girlgroups aus Bewerbern zusammenzustellen, schien der passable Weg, auf schwankendem Boden und unüberblickbaren Märkten immerhin ein umreißbares Terrain für die Zielgruppe der Teens zu sondieren. Natürlich, das löste nicht die Unwägbarkeiten, den Hit zu produ-

zieren, sondern verschob sie auf die entscheidende Schnittstelle, an der der Geschäftsmann und Manager ja selber zum Künstler – zum Werbekünstler wird.³ Das Casting bot der Branche angesichts der eigenwilligen, kaum zu steuernden subkulturellen Stil- und Repertoireentwicklung eine offene Tür und einen leidlichen Kompass, um durch sie hindurchzugehen. Das Kalkül fiel leichter, weil die nun gecasteten Sänger und Tänzer in schroffem Bruch mit den Traditionen des Rock'n'Roll darauf verzichteten, eine Band mit einem Anspruch auf eine eigenwillige ästhetische Autonomie zu formieren. Die den belanglosen Songs aufgestülpten Choreographien des Tanzes hielten die Gruppen zusammen; und Tanzschritte und im übrigen makellose Körper ließen sich zudem wie ornamentale Schnittmuster einer harmlosen Jugendlichkeit bestens mit den Toleranzgrenzen zahlender Eltern harmonisieren. Und mit ihren Liedchen popularisierten Take That, die Spice Girls, die Back Street Boys u.a. in der Folge auch gleich das *Casting* als den Einstieg in die Popkarriere. Sie haben es in der populären Musik berühmt – und mit welchem Recht im einzelnen Fall auch immer – berüchtigt gemacht: zum jüngsten Synonym der Starfabrikation aus der Retorte (vgl. Hauk 2002).

Aber vom Casting zur Casting *Show*, dem schnelleren Brüter sozusagen, war noch ein weiterer Schritt zu gehen. Deren Sternstunde schlägt in den abendlichen Programmen, seit in der Branche mehr als nur eine Orientierungs-, nämlich eine gewaltige, strukturell begründete Absatzkrise zu bewältigen ist.

Über Jahre hinweg haben ja Radio und Fernsehen mit ihren Musikprogrammen als zahlende Nutzer und zugleich als die größten Multiplikatoren, als Werbeträger also für die Musikindustrie funktioniert. Doch die kommerzielle Allianz ist aus dem Takt geraten, seit mit dem Computer ein unbeherrschbares Verbreitungsmedium in den Medienverbund hinein getreten ist. Am Internet und seinem generationsspezifischen Gebrauch fächert sich das Dilemma der Branche heute auf – und tatsächlich: Den Statistiken der Branche kann man mühelos entnehmen, wie die „Musikpiraterie“ an Fahrt gewinnt.

20% ihres Umsatzes hat die deutsche Phonoindustrrie allein im Jahre 2003 eingebüßt; 11% waren es im Jahr zuvor gewesen; und seit 1997, dem letzten ertragreichen Jahr, weist die Branche in der Summe rund 40% Rückgänge aus. Allerdings belegen die Zahlen auch: Musik wird nicht weniger gehört, sie wird nur immer weniger gekauft (vgl. Bundesverband der Phonographischen Wirtschaft 2003: 7ff). Ein Vielfaches der bezahlten Musik wird auf CD-Rohlinge

3 Interpretieren am Reißbrett zu entwerfen bedeutete auch weiterhin, einen riskanten Weg mit vielen Unbekannten zu gehen: auf Grund unterstellter Wünsche nach einem noch nicht vorhandenen Produkt einen noch nicht vorhandenen Künstler, Musiker, Darsteller und zugleich das Publikum für ihn aufzubauen. Simon Fuller, der Madonna unter Vertrag nimmt, die Spice Girls und später mit Pop Idol das erfolgreichste Casting Show Format kreiert (vgl. Schulz 2003), wird zum Marketing Genie der 80er und 90er Jahre wie eine Dekade zuvor Malcom McLaren mit den Sex Pistols und dem Punk.

gebrannt (ebd.: 18); und über die p2p-Programme des Internet, die wie offen einsehbare, freie Tauschbörsen funktionieren, auf denen jeder beliebige PC mit jedem anderen auf der Welt per Tastendruck zu vernetzen ist, zirkuliert die illegale, aber kostenfreie Musik in enormen Mengen. Kein Zufall auch, dass die Käufe um so mehr zurückgehen, je jünger die Altersgruppe ist. Teens und Twens haben den Computer wie keine andere Generation adaptiert. Und wenn sie nicht eh – wie rund 3 Millionen user-online in jeder beliebigen Minute des Tages – das file-sharing-Programm kazaa lite statt den Plattenladen besuchen,⁴ dann wägen sie den Kauf jedes Musikstückes mit konkurrierenden Angeboten der Video- und Computerspiele ab. So ist die kommerziell komfortable Gewissheit zerbrochen, nach der die Popkultur ein Synonym zahlungswilliger und allemal mühelos nachwachsender *Jugendkultur* war. Seither kämpft die Musikindustrie an technischen, rechtlichen, politischen und jugendpädagogischen Fronten, um den Schlag gegen die online-Piraterie zu führen.

Bis dahin hilft die Casting Show. Das in die Breiten des Repertoires und erst recht in die Weiten des Netzes zerstreute – junge – Publikum noch einmal zu sammeln, über längere Zeit zu binden und also Zeit zu gewinnen, den musikalischen Hit zu lancieren, darauf basiert ihre Marktstrategie. Sie greift aufs Fernsehen und darin auf einen generationenübergreifenden Mehrheitsgeschmack zurück. Und in den Wochen und Monaten der Ausstrahlung baut die Casting Show keine langfristigen Künstler, sondern mittelfristig eine äußerst verlässliche, vielseitige Kundschaft auf: den Kunden nämlich, der Tonträger, Merchandising-Produkte und die Zeitschrift zur Sendung kauft; der gebührenpflichtig seinen Kandidaten wählt und nebenbei mit den wachsenden Quoten die Werbeeinnahmen der Sender gewinnträchtig in die Höhe treibt. Der Zuschauer, der sich in den Abstimmungsprozeduren als Herr des Verfahrens wähnt, erhält hinterrücks *als Käufer* seinen „befristeten Anstellungsvertrag“, für den er gut und gerne zahlt.

Aber er bekommt ja auch etwas dafür. In das Universum fortgeschrittenen Konsums, der wesentlich „Bedeutungs“- und „Erlebniskonsum“ geworden ist (vgl. Bolz 2002: 108-115), fügt sich die Casting Show zwanglos ein. Und kein Wunder, dass Simon Fuller, das unerreichte Marketing-Genie in der Branche (vgl. Schulz 2003), der Erfinder ihrer erfolgreichsten Muttermatrize ist: *Pop Idol*, inzwischen in 24 Länder verkauft, bietet den Verteilungskampf um Liebe, Geld, Ruhm und die Auffahrt des Phoenix aus der Asche in den Pophimmel als pompöse Parabel gesellschaftlichen Auf- und Abstiegs an: in Echtzeit, und nicht ohne dabei die Grenzen von Ernst und Spiel, Fiktion und Realität für alle – weil alle, Kandidaten und Zuschauer, längst Mitspieler geworden sind – nachhaltig zu durchqueren.

4 Für Deutschland 2003: 7,2 Mill. Hörer luden 602 Mill. Songs aus dem Internet (ebd.). Allerdings zeichnen sich jüngst auch Trendwenden zugunsten legaler Downloads ab (Schmidt, H. 2004).

Casting Shows – ökonomisch betrachtet – vergolden die Erfolgsleiter, die sie zuvor gezimmert haben. 4,5 Millionen Plattenkäufer (vgl. Stein 2003) – 10% ihres Jahresumsatzes an Tonträgern⁵ – hat BMG durch „Deutschland sucht den Superstar“ gewonnen und trotz der Branchenkrise seinen Marktanteil von 17% auf 21 % gesteigert.⁶ Die Gewinnsteigerungen des Fernsehsenders RTL 2003 gehen wesentlich auf Einnahmen aus dem telefonischen Voting zurück, die inzwischen 15% seines Umsatzes betragen (Brychcy 2004). Und weil alle an der Verwertungskette beteiligten Unternehmen, die Fernsehsender RTL und VOX eingeschlossen, zum Mediengiganten Bertelsmann gehören, hat der sich gleich selbst einen Synergie-Preis verliehen.

Casting Shows – ästhetisch gesprochen – *dokumentieren* die Metamorphose des Nobody zum Star, die sie selbst zuvor *inszeniert* haben – so werden Versprechen wahr!

Und wer noch nicht zum nächsten Casting, zum Mitspielen auf der großen Bühne bei der nächsten Staffel angestiftet ist, der lässt das Spiel eventuell mit dem fürs Handy gekauften Klingelton ein Stück weit ins eigene Leben hinein – und das Schmunzeln des von der eingängigen Melodie überraschten Passanten auf der Straße lässt immerhin einen verschworenen Mitwisser ahnen. Vielleicht spielt er auch in den anderen Fangemeinschaften der Familien, Freunde oder bei den großen Übertragungsveranstaltungen vor Großbildschirmen in den Heimorten⁷ der Kandidaten mit, die der Marktrummel schon gebildet hat. Die Berichte der Boulevardpresse vervielfältigen die Resonanzen; seriöse Feuilletons kommentieren das Treiben, verstärken die Aufmerksamkeiten und fügen zusätzliche Rückkoppelungsschleifen ein, um an all den privaten und öffentlichen Foren mitzubauen, auf denen der Fan seine kleine Hysterien ausleben und der Kulturkritiker seinerseits moralisch Prinzipielles verhandeln kann.

Arenen

Aber man darf in der Show nicht nur das faszinierende Gesellschaftsspiel vermuten, das sich im alltäglichen Leben verzweigt. Man muss den Spiegelmechanismus erkennen, in dem sich die Gesellschaft selbst zum Thema macht. Man muss, m.a.W., in der Suche nach dem Star zugleich die *gewöhnliche Stellenausschreibung*, in der Show ein exemplarisch veröffentlichtes *Bewerbungs- und Prüfungsverfahren* – und ebenso die ersehnte erste *Anstellung*, das mögliche Sprungbrett folgender Karriereschritte im Fernsehen sehen. Casting Shows modellieren den Idealfall eines Arbeitsmarktes mitsamt seinen Randbedingun-

5 Das ist eine sehr grobe Schätzung – genaue Zahlen liegen mir nicht vor.

6 Vgl. Höpner (2004) im Stern. Tim Renner (2003), Chef der konkurrierenden Universal Music, beziffert die Steigerung des Marktanteils von BMG sogar mit 5%.

7 „Stundenlange Autokorsos in“ xy, so der Moderator Kai Pflaume ironisch über die regionalen Fangruppen und -veranstaltungen. Vgl. zu den Gemeinschaftsbildungen durch die Show auch Thomas (2005).

gen als Spiel: der Gesangs- und Tanzunterricht, überhaupt alle Sparten des Coachings ein flankierendes *Ausbildungssystem*, dessen Früchte an den Fortschritten in den dargebotenen Künsten abzulesen sind; die Show mit der Jury im Zentrum ein modernstes *Assessment Center*, das an der Schaltstelle von Bewerbung, Beurteilung und Beförderung operiert; der Auftritt der Kandidaten vor dem Publikum schließlich der definitive Ernstfall des Marktes, wenn das Angebot auf die Nachfrage trifft. Und weil die Show ganze Berufs- und Lebenswege, die Aufstiege und Abstieg in der künftigen Lebensbahn wie in einer Laborsituation komprimiert und im öffentlichen Massenexperiment zur Schau stellt, stellt sie auch eine ganze Spannweite von Karrieren und deren Legitimität (das Verhältnis von Leistung, Glück und Erfolg) zur Schau. Der Zuschauer des Jahres 2003 wollte da – „krisengestimmt“, wie die *Zeit* zurecht schrieb – vor allem eines sehen: Leistung (vgl. Strohmaier 2003). Er fordert vom Sänger nur, was er gewöhnlich auch dem Leistungssportler abverlangt. Und denkwürdig genug: Bevor die Casting Show die karriereförderliche Verführungsmacht der Jugend ins Spiel bringt, inszeniert und prüft sie zuallererst die Wirksamkeit des Leistungsprinzips im fairen Wettbewerb, die in der Gesellschaft längst undurchsichtig geworden ist.

Die Kandidaten der Endrunden sind willens und fähig, sich dem zu unterwerfen. Selbst die als „schräge Vögel“ Etikettierten unter ihnen sind (zumindest so, wie sie sich präsentieren) meilenweit vom jugendgemäßen Lebens der Bohème und vom Geist des Sex and Drugs and Rock'n'Roll entfernt. Sie sind realitätstüchtige Auszubildende, Studenten oder haben – meist in Dienstleistungsberufen – als Physiotherapeut, Erzieher, Hotelkaufmann oder Angestellte im Reisebüro schon ein Stück weit Fuß gefasst. Je weiter sie in der Show fortgekommen sind, je mehr also die bloßen Spinner und Träumer schon aussortiert sind, um so vorsichtiger kalkulieren sie auch die Chancen auf die Alternativen, auf Prominenz und Erfolg im Showbiz. Viele haben außerdem als Amateure, einige sogar professionelle Ausbildungs- und Berufserfahrung in Gesang, Tanz und Musik. Und neben all der duldsamen Anpassungsbereitschaft der Kandidaten sticht das Gefühl eines dankbaren Staunens gegenüber Sender und Juroren hervor, es unter Tausenden überhaupt so unwahrscheinlich weit gebracht zu haben. Folglich wird über lange Strecken fast jedes Urteil der Jury von Blicken und Worten quittiert, die besagen: „Ich weiß ja, dass ich noch an mir arbeiten muss“.

So durchstehen sie das Trainingslager, das die Show in wesentlichen Teilen ist: Choreographische Exerzitien, die Körper und Geist bisweilen bis zum leidlichen Nervenzusammenbruch malträtieren. Sogenannte Mottoshows, dem „Big-Band-Sound“, den „Swinging Sixties“, dem eigens ausgewählten „Pop Idol“ oder jahreszeitgemäß der Christmas Show gewidmet, bieten Probeläufe dafür, wie breit die Fähigkeiten der Kandidaten gefächert sind. Ansonsten gilt Bewährung im biederen Repertoire, das auch Gräben zwischen den Generationen

überbrückt: Soul zum zeitlosen Schmachten, Kuschelrock, Evergreens und das Gefällige der Gegenwart.

Dass die Kandidaten meist zu einem perfekt kopierten instrumentalen Soundtrack bekannter Lieder singen müssen, stellt unerbittlich fest: Vielseitige Repertoiretauglichkeit und Einsetzbarkeit in diversen Genres wird getestet; die Geburt des künstlerisch eigenwilligen, originellen und unverwechselbaren Stars findet, im strikten Gegensatz zum Metamotto, wenn überhaupt, woanders statt. Derweil laufen die rivalisierenden Interpreten fast ausnahmslos in die Falle paradoxer Anforderungen hinein, die das Reglement unausweichlich bereithält: perfekter Imitator und zugleich authentisch man selbst zu sein. Die Juroren machen reichlich Gebrauch von der Falle, wenn ihnen – wie oft – die stichhaltigen Urteilkriterien ausgehen. Allerdings begünstigt das Karaoke-Verfahren insoweit die Praktikabilität der vergleichenden Bewertung, weil es die schiere Abweichung der Kopie vom Original für wirklich jeden hörbar macht. Und mag die Bestimmung der *Gesangsleistung* auch dann noch schwierig und von der Geschmackswillkür der Jury abhängig sein – die Minimalanforderung bleibt, dass man dem Vortrag die Mühen der Übung nicht mehr ansieht und anhört, die nötig waren, um ihn zustande zu bringen. Der schließliche Auftritt muss den Hometrainer vergessen machen, auf dem der Kandidat gerade zuvor noch – strampelnd und singend – saß, um Atmungsvolumen und Stimmumfang zu erhöhen...

Ohne Zweifel: Hier triumphiert die „Kunst als Vollstreckung des unerbittlichsten Leistungsprinzips“ (Jähner, H. 2003) – jene Kunst, die vom „Können“ kommt, weil sie ja, wie der Juror und deutsche Schlagerpapst Ralph Siegel einer scheiternden Bewerberin böse erläuterte, „Wunst“ hieße, wenn sie vom Wollen käme. Als Leistungsschau konvergieren hier tatsächlich Sport und Gesangsdarbietung; und alle Dramatik richtet sich hier wie dort auf den Moment der Entscheidung über Sieg und Niederlage. Gerade er wird spannungsvoll in Szene gesetzt und bildet den Höhe- und Schlusspunkt jeder wöchentlichen Ausstrahlung. Und die schiefen Töne, die wie zu flache Sprünge „die Latte reißen“, rechtfertigen fraglos das Ausleseprinzip.

Aber die Show geht über den Sport nicht nur deswegen hinaus, weil die Musik mit anderen Emotionen spielt. Entscheidender ist, wie buchstäblich der angehende Performancekünstler im Unterschied zum Sportler „seine Haut zu Markte trägt“... Das Format „Popstars – Das Duell“ kombiniert die Boy- und Girlgroups von vorneherein wie ein Arrangement exotischer Schönheiten aus einem Multikulti-Ethnokatalog. Unter der Vorgabe, das beste Talent zu prämiieren, schätzt die Jury ja vor aller Augen zugleich die voraussichtlichen Erfolgs-, sprich: Markttauglichkeiten attraktiver erotischer Körper und gefälliger Charaktere ab. Wo süffisante Juroren von „Knutschkugeln“ und „Kullerkekken“, verführerischen Oberarmen und überhaupt Oberweiten reden, da werden – in den trockeneren Worten der Soziologie – nicht „erworbene Qualifikatio-

nen“, sondern (fast ganz) leistungsferne „individuelle Eigenschaften und zugeschriebene Merkmale“ prämiert. Das gibt den Kandidaten einerseits Gelegenheiten, ihren „Typ“ ins rechte Licht zu setzen, Werbung in eigener Sache zu machen und auf Vorteile bei der „Zuweisung von Erwerbchancen“ (Neckel 2001: 257f) in Form künftiger Medienpräsenzen und Anschlussverträge zu spekulieren. Freilich stellt die Show damit auch die Verabschiedung des Leistungs- zugunsten eines Erfolgsprinzips aus, das sich nur auf die Zuneigungen des Publikums und die Liebe der Fans berufen kann. Und selbstverständlich sind das auch nur die banalen Regeln des gewöhnlichen Showgeschäfts. Aber die *unvermeidliche Willkür*, mit der die Jury hier das kaufkräftige „Ankommen“ *vorherzusehen* behauptet und *jetzt schon* (!) die Punkte dafür verteilt, regt andererseits zu Reaktionen vom stillen Widerstand bis zu lautstarken Protesten bei Kandidaten und Zuschauern an. Mit „einer Art indischem Gruß“ – wie die *Zeit* wirklich trefflich schrieb – haben die letzten Kandidaten auf den deutschen Superstar die Urteile der Jury nur noch „zur Kenntnis genommen“, servil und demonstrativ wurschtig zugleich, weil „am Ende ja doch die Mächte am Telefon entschieden“ (vgl. Schmidt, Th. 2003). Und irgendwie dann doch unübertroffen, wie ein Kandidat bei Star Search in glatter Verkehrung der Rollen mit Beleidigungen, die wie Komplimente klangen, eine Jurorin aus dem Rennen warf. Deren Entlassung durch den Sender gab nur noch den unvermeidlichen Schlussakkord.⁸ Ganz falsch war es auch nicht, dass – wie ebenfalls die *Zeit* schrieb – in der Schlussphase der Suche nach dem deutschen Superstar ein buhendes, nervendes und unberechenbares Publikum am Juror Dieter Bohlen Rache für die Schmähungen nahm, die er in den ersten Castings über all die Antitalente ausgegossen hatte (vgl. Schmidt, Th. 2003). Die Casting Show bettet den Wettstreit in eine zweite, unübersichtlichere Arena ein: einen Schauplatz, auf dem die Sänger und Sängerinnen nicht nur gegeneinander, sondern potentiell auch gegen die Jury und die Zuschauer antreten, während das Expertenurteil seinerseits mit dem Publikumsvotum konkurriert. In einem Fall hat die DSDS-Jury sogar die Regeln geändert, um ihren Favoriten gegen das Publikumsvotum weiterzubringen (vgl. Wellershoff 2003c). Als Rivalen der Zuschauer sind die Schiedsrichter selber in einen Wettstreit *berechtigter* Urteile involviert – und ganz offen und unentschieden ist, ob Juroren und Zuschauer nach der plebiszitären Machtergreifung sich jeweils zum Sachwalter der Leistung oder der erfolgreichen Sympathiewerbung machen, wenn

8 Die Jury war mit dem Fernsehmoderator Hugo Egon Balder, der Sängerin Jeannette Biedermann, dem Model Alexandra Kamp und einem Gastjuror aus der Branche aus Prominenten zusammengesetzt, die selber aus professionellen Image- und Karrieregründen um Aufmerksamkeitsvorsprünge beim Publikum rivalisieren. Das Aus für A. Kamp kam, als sie der Ausuferung eines Witzes über volle, aber aufgespritzte Lippen, die sie als Rufschädigung wahrnahm, vermittels einer rechtlicher Verfügung gegen die Mitjuroren Einhalt gebieten wollte. Den Einsatz von Rechtsmitteln, nicht den von bösen Witzen, hat der Sender als unvereinbar mit einer weiteren Zusammenarbeit gehalten. Die Rivalität der Juroren torpedierte die Jury.

sie für ihren Kandidaten votieren. In der Absicht, den latenten Machtkampf als dosierten Tumult in Szene zu setzen oder so gut wie möglich im Zaum zu halten, unterscheiden sich ganz wesentlich die Formate der Show.⁹

Das Plebiszit rechtfertigt jedenfalls jedes Ergebnis; und das Publikum kann sich durch seine Wahl von sich selbst überraschen lassen. Es hat vorhersehbar und erstaunliche Sieger gekürt.

Der Titel des ersten deutschen „Superstar“ wurde verliehen, als hätte die Maxime „Ohne Fleiß keinen Preis“ tatsächlich als Richtschnur gedient. Der Sieger Alexander Klaws hat folglich bis heute seine „Professionalität“ ins Zentrum seines Images gerückt.¹⁰ Überraschender war schon, dass und wie die letzte große Ausscheidung bei Star Search zu Gunsten einer 17-jährigen bekennenden evangelikalischen Christin ausfiel. Mag sein, dass – wie die Imageberater bei Sat 1 lancierten – ihre unaufgeregte, „natürliche“ Erscheinung, die so viel Anklang fand, Ausdruck ihres starken Gottvertrauens war. Andere hat ihre sprichwörtliche „Engelsstimme“ auf religiösen Internetforen zu Debatten angestoßen, ob und wie Gott persönlich in die Casting Show eingriff (vgl. z.B. www.Glaube.de/forum). Welchen Ausschlag die interne Mobilmachung unterschiedener Christen über Deutschlands Grenzen hinaus bei der Abstimmung gab, ist natürlich unbekannt.

Als heimlicher Sieger nach Punkten, wenn Medienpräsenz und Prominenz bis heute den Erfolg bemessen, muss allerdings der jugendliche Daniel Küblböck gelten, der in der Show DSDS auf dem dritten Platz ausschied. Gerade weil er nach wirklich fast einhelligem Urteil „nicht singen kann“, hatte er wie kein anderer Kandidat mit dem Imperativ, „noch an sich arbeiten zu müssen“, Ernst gemacht. Küblböck hat sich selbst als ein entgrenztes Kind in die Waagschale geworfen. Ganz nahe am inneren Aufruhr gebaut, vom Jubel und von Weinkrämpfen nur durch ein dünnes Korsett getrennt, lädt er das Publikum zur Teilnahme an seinen emotionalen Sensationen ein. Das Gefühlsleben, das

9 Während DSDS auf RTL mit Dieter Bohlen's „Dauerbeleidigungs-Show“ (Wellershoff 2003 b) einen plebejischen Ton favorisierte, hat Sat 1 auf eine geradezu paternalistisch fürsorgliche Moderation und einen eher biederen Stil der Leistungsanreize und Konfliktprävention gesetzt („die dicken Preise, da lohnt es sich, alles zu geben...“). Und je weniger in der jeweiligen Variante des Formates das Publikumsvotum den Ausschlag gibt, um so unerbittlicher regiert unter der Regie der Coaches und Juroren das nackte Leistungsprinzip: bewertet werden Gesangs-, Tanzleistung und die Fähigkeit, größten psychischen (Konkurrenz-) Druck zu überstehen und trotzdem noch Sympathien einzusammeln. *Fame Academy* und *Pop Stars – Das Duell* zeigen ohne Übertreibung Ansichten wie aus einem Survival Camp. Und es ist nur konsequent, wenn die gekürten Sieger heute – um sich gegen den Vorwurf zu wehren, doch bloß die Abkürzung zum Ruhm genommen zu haben – sich wechselseitig die ‚gute Schule‘ ihrer Herkunft streitig machen: bloß von einem „ahnungslosen Publikum“ statt von kompetenten Fachkräften gewählt zu sein, keine Entertainerqualitäten vor der Publikums-macht live bewiesen zu haben, so lauten die wechselseitigen Anschuldigungen. Diese aggressive Selbstverteidigungen strahlte wiederholt der Sender MTV aus.

10 Man muss zum Beleg nur dessen eigene website (www.alexanderklaws.de) und darin besonders seine Kurzbiographie ansehen.

er hemmungslos zur Schau stellt, wirkt um so erregender, als er mit androgynen Kostümen und bisexuellen Empfänglichkeiten spielt. Und ein bisweilen entfesseltes Publikum nimmt den Kinderstar wie eine Barbie-Puppe an, um ihn mit den eigenen Wünschen einer erotischen Inbesitznahme auszustaffieren.¹¹ Die Unwägbarkeiten, wofür denn das Publikum seine Liebe vergibt, vervielfältigen jedenfalls die Erwartungen, denen die singenden Rivalen sich stellen müssen. Und wie immer man es betrachtet: ob die Casting Show das Leistungsprinzip der Substanz nach verabschiedet oder umgekehrt der Form des Wettkampfes nach totalisiert – wo es sich im blendenden Scheinwerferlicht hart und gnadenlos auf die ganze Person erstreckt und entgrenzt, verbreitet es Schreckensfaszination. Und ein untergründiger, leiser Schrecken stimmt das dafür empfängliche Publikum irgendwo und irgendwann auf tiefere Gefühlsschichten ein. Ein stiller Grusel begleitet dann doch die Häme, welche in den allerersten Castings zu Anfang der Staffel über die schuldlos Unbegabten ausgeschüttet wird – man ahnt es ja: ein unverdienter Spott für Bloßgestellte, Überflüssige, deren Schuld nur darin bestand, überhaupt erschienen zu sein. Was soll man empfinden, wenn Nathalie mit brechender Stimme Intimstes berichtet: dass ihr Vater nie „Ich liebe Dich“ sagen konnte, bis der Stolz auf die im Casting so weit gekommene Tochter ihn endlich zum erlösenden Liebesbekenntnis getrieben hat? Mit Pein bezahlt man für die Lust, Zeuge der unterm Stress der Kandidaten unausweichlich gezüchteten „wahren“, „echten“ Gefühle und zugleich ihrer schamlosen Instrumentalisierung für dramaturgische Effekte und für die strategische Sympathiewerbung der Kandidaten zu sein. Kein Wunder, dass dem Exhibitionismus der Show überhaupt ein gemeiner Reiz der ständig möglichen Entgleisung entspricht – die kleinen Fallhöhen sind nicht zu unterschätzen, wenn der 17-jährige Küblböck in Frank Sinatras lebensabendtauglichem „I did it my way“ reüssieren, wenn ein braver Sohn auf der Schlussgala sein „take me tonight“ mit einer konsternierten Mutter im Arm noch einmal vortragen muss. Höher und riskanter ist der Absturz, wenn für den großen Traum das Aus gekommen ist. „Es wurde immer geheult. Es wurde immer geheult, wenn einer gehen musste“, berichtet eine Kandidatin. Selbst Gewinner kommen nicht ganz ungeschoren davon – one of us: Der auserkorene Star trägt den Nobody noch mit sich herum und stolpert aus dem Sternenhimmel geradewegs in bescheidenere Banalitäten hinaus. Noch einmal: „Durch Star Search ist es jetzt möglich geworden, *mich speziell zu*

11 Die Inbesitznahmen können selber wiederum von Medien ausgestellt werden. „Eine Altenpflegerin namens Chantal, 29, in deren Zimmer angeblich 200 Küblböck-Poster hängen, wurde von ihrem Mann vor die Wahl gestellt: entweder ich oder er. Chantal entschied sich für Küblböck und wollte sich scheiden lassen. Bild sorgte dafür, dass sie ihr Idol sogar treffen konnte.“ (Kniebe 2003) Den Flug von Berlin nach München und die Begegnung in Küblböcks bayrischem Heimatort Eggendorf hat RTL gefilmt und ausgestrahlt. Chantal trug die ganze Zeit über ein Pulsmeßgerät ums Handgelenk, das ihre innere Aufregung maß...

fühlen“ – so unnachahmlich in Ausdruck und Dementi neuen Siegesruhms können erfolgreiche Kandidaten sein....

Kollektive Angstbewältigung

Ganz fraglos hat das Format Casting Show dem Wettbewerb ein neues, spektakuläres Terrain erobert. Der Zuschauer hat, soweit er aktiv mitgespielt hat in der Show, unter der Hand deren Regeln akzeptiert. Er hat, m.a.W., durch seine Teilnahme am großen Gesellschaftsspiel auch einen impliziten „Gesellschaftsvertrag“ ratifiziert. Der Vertrag reicht weit übers Spiel hinaus. Es fiel ja wahrlich nicht schwer, in der Inszenierung des Spiels auch einige *ästhetische Abziehbilder* einer kommenden „neoliberalen“ Wettbewerbsgesellschaft zu sehen. Und die Casting Show – so wäre in ideologiekritischer Tradition zu behaupten – fordere jetzt schon zum Einverständnis mit künftigen Realitäten, mit all ihren Sonnen- und Schattenseiten auf, weil wer „a“ sagt, bekanntlich auch „b“ sagen muss!

Da sind zuerst die jungen Kandidaten: Hinter den glamourös inszenierten Hauptdarstellern verbergen sich *profane Praktikanten*, die um die wenigen Chancen auf mögliche, künftige Anstellungen im Showbiz konkurrieren.¹² Nur der Glamour der Show lässt die *prekären Beschäftigungsverhältnisse*, in denen sie mit den Produzenten und Sendern stehen, den Ausbrüchen und Aufstiegen aus den Routinen eines verregelten, spießigen Lebens in erregende Sphären der Prominenz zum Verwechseln ähnlich sehen. Den dramatischen langen Augenblick der Entscheidung über den Aufstieg oder Abstieg, über Sieg oder Niederlage also, hat Star Search mit einer festen Bilderfolge flankiert: langsam schwenkt die Kamera auf die erregten Eltern der Kandidaten im Publikum und blendet dann das Logo von Universal ein, die den Plattenvertrag, mithin die kommende Karriere vergeben wird¹³ – eine Ikonographie der künftig maßgeblichen fürsorglichen Instanzen Familie und Firma, wenn der Sozialstaat sich erst zurückgezogen haben wird. Und der „votende“ Zuschauer, der die Entscheidung über den Verbleib oder Ausschluss der Kandidaten trifft, er übt (und seit langem ist er schon angesichts täglich, ja stündlich auf der Mattscheibe eingeblendeter Aktienkurse daran gewöhnt, den Unternehmerstandpunkt quasi *theoretisch* einzunehmen) er übt also des Unternehmers schwerste Bürde, das *Entlassen*, auch gleich *praktisch* ein.

Mit einigem Recht hat die Medienwissenschaftlerin Tanja Thomas die Casting Show eine „Werkstatt des neoliberalen Subjekts“ genannt. Hier „lernen Menschen, sich selbst, ihre Fähigkeiten, Verhaltensmuster und Körper als inkorpo-

12 Es ist kein Zufall, dass in Frankreich *A la recherche du star nouveau* den Anstoß zu Debatten gegeben hat, deren rechtlich ganz ungeklärten Status gegenüber dem Fernsehen als ihrem temporären Arbeitgeber zu klären (vgl. Arte, „Vom Nobody zum Superstar. Abkürzung zum Ruhm?“, ausgestrahlt am 16.7.2004).

13 In der Kategorie der Kleinen zwischen 10 und 15 Jahren stellt der Schnitt den altersgemäßen Preis heraus, das Aktienpaket im Wert von 50.000 Euro als Ausbildungskapital.

rierte Standortmerkmale zu sehen, die sie eigenverantwortlich entwickeln, pflegen und anbieten müssen“. Hier werden „die Selbstvermarktungsidee (...) in Szene gesetzt und der ‚Leistungsgedanke‘ mittels Selektionsriten perpetuiert“ (Thomas 2005). Allerdings: Empirische Untersuchungen über die Rezeption der Shows und ihrer latenten „Botschaften“ gibt es (noch) nicht. Überhaupt lehrt uns die Medienforschung ja auch, mit Annahmen über starke Wirkungen äußerst skeptisch umzugehen. Medien erzeugen keine Einstellungen, sondern können sie verstärken und fokussieren, wo sie vorhanden und ansprechbar sind. Dass die Casting Shows als eine Kette von *Events* konzipiert sind und vermarktet werden, untergräbt ebenfalls die Nachhaltigkeit ihrer Resonanzen. Denn wer die Inszenierung von *Ereignissen* und *Erlebnissen* forciert, liefert sich hinterrücks deren hoher Verfallsgeschwindigkeit aus. Kein Wunder, dass der Höhepunkt des *Hype* inzwischen überschritten scheint.

Aber ob angezogen oder abgestoßen, jedenfalls energiert hat man im Feuilleton, in der Sozialwissenschaft genauso wie im Alltagsgespräch doch darüber spekuliert, ob das Spektakel mit Blick auf kommende Konkurrenzkämpfe in der Gesellschaft – nach einem starken Wort von Sloterdijk – wohl unter die „Bestialisierungsmächte“ oder unter die „Zähmungsmächte“ zu zählen sei. „Neu an den aktuell ausgestrahlten Casting Shows“, so Tanja Thomas, sei, „wie der Selektionsprozess an sich nicht nur veröffentlicht, sondern auch über Wochen verlängert und mit diversen Formen der Herabwürdigung und Erniedrigung medial in Szene gesetzt wird“ (ebd.). Sie hat ihre Thesen auf einer Tagung mit dem selbst beredten Titel „Öffentlich entwertete Menschen. Mediale Inszenierungen von Selektion, Versagen und Ausschluss“ vorgetragen.

Aber, mir scheint, wer so wie vom eigenen Schrecken gebannt argumentiert, hat die spontanen Gesten der Solidarität auf den Höhepunkten der Show glatt übersehen. Zu den dramaturgisch forcierten und zugleich „echten“, „wahren“ Momenten gehört, wie die Rivalen im Sängerstreit ein buchstäblich körperliches Bündnis eingehen, sich an den Händen halten, sich umarmen etc., wenn der Moderator gleich die Zuschauervoten und also das Aus für einen der beiden Kontrahenten verkünden wird. Man konnte die in ungeheuer schwieriger emotionaler Situation Getrennten und Verbundenen im paradoxen Rollentausch erleben – die Verliererin warf ihre Arme wie jubelnd in die Höhe, während der Blick des Siegers bestürzt zu Boden ging (Wellershoff 2003a). Die Sendung, schrieb die *Berliner Zeitung*, „lebt letztlich von der emotionalen Solidarität, die sich die Kandidaten trotz erbittertster Konkurrenz gewähren. Die gewaltige Kulturleistung der Menschheitsgeschichte, sich auszustechen ohne sich totzustechen, dieses Grundprinzip unserer Wirtschaft ist mangels Gelegenheit zu einer Show geworden“ (Jähner, H. 2003). Nimmt also das Fernsehen als Erzieher die Kinder einer kommenden neoliberalen Gesellschaft bei der Hand, führt in die sportiven Regeln ein, lehrt das Siegen ohne Triumph und das Verlieren ohne Schmach?

Weder noch: weder Vorschein künftiger liberaler Harmonien noch höhnischer Vorausblick auf sozialdarwinistische Vorhöllen – das Sozialexperiment der Show ist auf einem anderen Sowohl /Als Auch gebaut. Soweit die Kandidaten „ihre Erfahrungen machen“ und neben dem musikalischen auch ein Verhaltensrepertoire erlernen, üben sie das gestische Alphabet, den Habitus von Rivalität und Solidarität sowie den Wechsel von einem zum anderen ein. Und mehr noch als die „Solisten“ aus Star Search und DSDS fügen die *Pop Stars* ihre einzelnen, siegeswilligen Stimmen und Körper doch mit ganzer Seele in die *Band*, in den *Chor* und die *Choreografien* ein, mit denen sie gerade und vorübergehend brillieren wollen. Sie sind (und ohne es zu ahnen) auch Darsteller jener „coopetition“ – aus cooperation und competition zusammengesetzt – geworden, die den Verhaltensstil der Projektmacher und Netzwerker in den modernen Arbeitswelten charakterisiert.¹⁴

Und die Zuschauer? Wie und zu welchem Ende hat die Show ihre steinernen Herzen erweicht? Dieselben Gesten der Umarmung, des an den Händen Haltens, die Rührung beim Publikum erzeugen, sind gewiss nicht nur Ausdruck irgendeiner Solidarität. Vielleicht geben die Zeichen des Haltens, Stützens und Schützens angesichts der Verkündigung des Urteils über den Kandidaten gerade Hinweise darauf, wie sehr für sie die Show eine Veranstaltung stellvertretender kollektiver Angstbewältigung ist. Dass das Erschrecken vor dem höhnischen Souverän und die Angst vor dem Ausschluss zuletzt durch eine elementare, „kreatürliche“ Solidarität aufgefangen und gemildert würde, das verspricht die Show und liefert auch gleich den Beweis dafür. Auch so werden Versprechen wahr.

Angst (und Empörung) gehen nicht erst um, seit Hartz IV über Deutschland niedergeht. Im Maße, wie die Konkurrenz um Teilnahmechancen, um Subventionen und Begünstigungen, das Gerangel um Zahnersatz und Eigenheimzusage härter wird, mehren sich (anders als im TV) die Symptome der Verbitterung und Entsolidarisierung in der Gesellschaft. Zur Konkurrenz gehört immer die Furcht vor der Niederlage. Zu ihr gehört auch – und zwar umso mehr, je weniger ein verbindlicher Gehalt die Rivalität begrenzen kann – die Angst des Siegers vor dem Neid. Davon handelt – als habe es sich zur Aufgabe gemacht,

14 Zur „Koopetition“ vgl. Boltanski/Chiapello (2003: 180). Die verbreitete Unterstellung, die Solidarität sei durch die Regie und Dramaturgie ja doch nur inszeniert und eben deshalb bloßes Illusionstheater, geht hier wohl fehl. Erstens, weil auch die inszenierte Solidarität einen Habitus erzeugt und stabilisiert; zweitens, weil eine spontane Solidarität, die ein Widerlager zur Rivalität und eine Gruppengefühl der Kandidaten schafft, hier schlicht viel wahrscheinlicher ist. Und wenn irgend etwas – um das Format einmal zu wechseln – an der ersten Big Brother Serie eindrücklich war, dann doch die überraschenden Fähigkeiten der Letzten im Container, gegen die Rivalitätszumutungen der Regie und anders des Zuschauermobs vor dem Container resistent zu bleiben. Irgendwie hatte sich da ja spontan ein Gefühl für Solidarität und Würde gegen den kalkulierten Voyeurismus und die Quotenerwartung der Macher, die vermutlich auf wachsenden Streit und womöglich Heimtücke im Endspurt setzten, behauptet.

das sozialwissenschaftliche Geschäft der Analyse selbst zu betreiben – das jüngste mediale Nachfolgeprodukt der Casting Show. Ein ehemaliger Mitstreiter Faßbinders hat mit Daniel Küblböck über Daniel Küblböck einen abendfüllenden Film, die Geschichte einer Mordlust, gemacht. Missgünstige Neider wollen den jungen „Star“, den man – wie es heißt – „nur hassen oder lieben kann“, zur Strecke bringen. Von der Konzertbühne in Passau geradewegs ins Versteck, ein biederes, kleinbürgerliches Reihenhaus entführt, wartet Küblböck auf seine Hinrichtung. Aber natürlich, er wartet nicht nur – er handelt ... und muss doch ganz ohne Bühnenzauber bestehen. Und um den behaupteten Zauber seiner Persönlichkeit gegen seine Widersacher wirksam zu behaupten und aus den Entführern Freunde zu machen, muss Daniel im Film erst zum wirklichen Zauberer konvertieren.

„Daniel der Zauberer“ lautet der Titel des Films. Das wäre ja, in den Begriffen der „Arbeitsgesellschaft“ gesprochen, immerhin eine erste, echte berufliche Qualifikation ...

Literatur

- Boltanski, Luc; Chiapello, Ève (2003): *Der neue Geist des Kapitalismus*, Konstanz
- Bolz, Norbert (2002): *Das konsumistische Manifest*, München
- Borgstedt, Silke; Neuhoff, Hans (2003): Der Kapitalismus ist Sieger, in: *Rheinischer Merkur* v. 24.7.03
- Brychcy, Ulf (2004): RTL gewinnt mit dem „Superstar“, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 18.3.04
- Bundesverband der Phonographischen Wirtschaft e.V. (2003): *Jahreswirtschaftsbericht 2003*; <http://www.ifpi.de/news/news-379.htm>
- Hauk, John, (2002): *Boygroups. Teenager, Tränen, Träume*, Berlin
- Höpner, Axel (2004): „Superstar“-Juror und Musik-Manager war nie unumstritten, in: *stern.de* v. 16.1.04
- Jähner, Harald (2003): Das größte Arbeitsamt der Republik, in: *Berliner Zeitung* v. 1./2. 3.03
- Kniebe, Thomas (2003): Superstar im Supermarkt, in: *Süddeutsche Zeitung* v. 1.8.03
- Lexikon des internationalen Films* (1987), Reinbek bei Hamburg, Bd. 6
- Neckel, Sighard (2001): „Leistung“ und „Erfolg“. Die symbolische Ordnung der Marktgesellschaft, in: Barlösius, Eva; Müller, Hans Peter; Sigmund, Steffen, *Gesellschaftsbilder im Umbruch. Soziologische Perspektiven in Deutschland*, Opladen
- Renner, Tim (2003): „Die CD müsste 36 Euro kosten“, in: *Welt am Sonntag* v. 7.12.03
- RTL (2003): Pressemappe zu DSDS mit Tabellen über Marktanteile und Sehbeteiligungen im Anhang
- Schmidt, Holger (2004): Der legale Musik-Download kommt in Schwung, in *Faz.net* v. 9.8.04
- Schmidt, Thomas (2003): Gute Menschen, schlechte Menschen, in: *Die Zeit* 11/03
- Schulz, Thomas (2003): „Hol alles raus, was geht“, in: *Der Spiegel* 2/03
- Schumann, Michael (2003): Lehrstellenmisere und innovative Arbeitspolitik, in: *WSI-Mitteilungen* 11/03
- Stein, Thomas (2003): „Wenn das kein Kult ist, was dann“, Interview mit Thomas Stein, in: *Spiegel online* v. 6.10.03
- Strohmaier, Brenda (2003): Das gewisse etwas Andere, in: *Die Zeit* 4/03
- Thomas, Tanja (2005): „Mensch, burnen mußt Du“. Casting Shows als Werkstatt des neoliberalen Subjekts, in: Kliche, Thomas; Hermes da Fonseca, Liselotte (Hrsg.), *Jahre der Entantwortung. Fallstudien in gesellschaftlicher Entsolidarisierung und öffentlicher Entwertung* (erscheint im Herbst)
- Wellershoff, Marianne (2003 a): Der Sieg des netten Herrn Alexander, in: *Spiegel-online* v. 9.3.
- Dies. (2003 b): Dieters Dauerbeleidigungs-Show, in: *Spiegel-online* v. 4.9.03
- Dies. (2003 c): Querschläger unerwünscht, in: *Spiegel-online* v. 13.11.03

Alex Demirović: The Perspective of a Reasonable Society. To realize reason was one of the objectives of enlightenment. The left was committed to this goal since Engels' dictum that the German working class is the heir of philosophy. Discussing the ambivalences and pitfalls of reason the article shows that there is a strong and legitimated criticism of reason for its totalitarian and authoritarian implications. Emancipatory strategies since long are well aware of these consequences and therefore looking for new ways of conceptualising the aim of a rational shaped world. Paradoxically only by and through reason it is possible to overcome the logic of equivalence.

Wolf-Dieter Narr, Roland Roth: Need and Necessity of radical democratic economic, political, and cultural relations of production. A review of the state of affairs resulting from globalisation, the relation of state and capital and the pitfalls of left reactions is given. After this, on the background of a materialist understanding of human rights basic features of non-capitalist social relations in economy and politics are discussed.

Joachim Bischoff, Hasko Hüning, Joachim Lieber: From neoliberal to socialist governmentality. While the European socialdemocratic parties cling to their illusion that they could combine a shareholder approach to global capitalism with social welfare for everybody they damage the trust and the political orientation of their former electors and members. The emerging left vacuum could be filled by various groups which criticise global capitalism. A transformational as well as civilising approach of criticising capitalism could be developed if the oppositional forces could agree on first strategic steps towards an utopia of *socialistic governmentality*, that is a *socialistic way and aim of governmental rationality*. With *Foucault* we must realize that this rationality can't be found in the one and only true marxist state theory, but has yet to be invented.

Emir Sader: Crisis of Hegemony and Crisis of the Left in Latin America. Since the economic crises of 1994 in Mexico, 1999 in Brazil, and 2001 in Argentina, the neoliberal model has been loosing its legitimacy all over Latin America. Being confronted with massive popular protests, more than ten governments have had to step down in the last couple of years. But so far, the Latin American left has not been able to come up with an alternative project, which could effectively challenge the neoliberal hegemony. In fact, the recently elected left governments of Lula in Brazil and Tabaré Vazquez in Uruguay continue their predecessors' politics of fiscal adjustment. The article discusses the origins, strengths, and weaknesses of neoliberal hegemony in Latin America, and the future perspectives for a strong antineoliberal movement.

Petra Schaper-Rinkel: Other Futures: Politics of Utopias. Famous utopias as well as the 20th century dystopias and contemporary science fiction designs are reviewed. The social background of these conceptions as well as the ideas of society and the use and meaning of technology incorporated in these utopias are discussed in favour to support a discussion about the construction of future societies.

Peter Wahl: Towards a Left Majority in Society. For the left, the results of the federal elections in Germany were almost the optimum. The main message was: the Germans stick to social justice and the principles of the welfare state, they don't accept the anglo-saxon type of capitalism. Neo-liberalism is in a crisis of acceptance. There is the potential for a left majority. This will not come automatically. Social movements and pressure from the society will have to play an important role. This has to happen while respecting the different character and logics of parliamentary extra parliamentary work.

Benno Teschke: Bourgeois Revolution, State-Formation and the Problem of the International This article traces the Marxist debate on the concept of 'bourgeois revolution' and criticises attempts within orthodox Marxism to salvage the concept in the face of the historiographical revisionist critique. It then introduces into the Anglo-American tradition of Political Marxism and argues that while scholars of this orientation have presented a powerful renewal of Marxism and re-interpretation of late medieval and early modern history, they have failed to systematically incorporate international relations into their reconstructions of early modern revolu-

tions and state-formations. The article demonstrates how the international played a crucial role in shaping the respective trajectories of national developments, exemplified with reference to England and France, and concludes by arguing the case for a theoretical re-integration of the role of international relations into Marxist Historical Sociology.

Hyekyung Cho: China's long march into neo-liberal world economy. Since 1979 China's trade development has been accompanied and facilitated by neo liberal globalization. However, it did not follow neo liberal road. Until its entry into the WTO in 2001, China resolutely refused to open its domestic markets and ignored trade rules regarded as global "best practice". While remaining among the most protected economies in the world, it managed to foster trade through a set of free trade arrangements applied exclusively to foreign firms and a few state-owned firms engaged in export processing. But the dual trade regime in China has undergone significant changes, since it embraced neo liberal domestic reforms in the mid-1990s. China's accession to the WTO was the consequence of a substantial shift in development paradigm from state-led to market-led growth. In this paper the tension between policies of completing market economy and retaining state controls over economic process is discussed. Faced with the increasing internal and external pressures of deregulating economy it is a striking question how and if these contradictory policies continue to shape future development in China.

Uli Jähner: About Casting Shows in TV. Over the last years casting shows have become one of the most popular TV-formats. What conditions made this success possible? The music industry, on the one hand, was looking for and, for the time being, found a way out of its notorious crises in sales. The public, on the other hand, is not only pleased to listen to the singers' contest but also to find a testing ground for the rules of a growing neoliberal culture of competition.

Zu den AutorInnen

Joachim Bischoff ist Mitherausgeber der Zeitschrift *Sozialismus*

Hyekyung Cho ist Politikwissenschaftlerin und lehrt zur Zeit Korea Studien an der FU Berlin, chohk@gmx.de

Alex Demirović ist Politikwissenschaftler und Mitglied der PROKLA Redaktion, demirovic@em.uni-frankfurt.de

Hasko Hüning arbeitet am Fachbereich Politik und Sozialwissenschaften der FU Berlin

Uli Jähner ist Soziologe und arbeitet an der FHW Berlin, ujaehner@yahoo.de

Christoph Lieber ist Redakteur der Zeitschrift *Sozialismus*, christoph.lieber@vsa-verlag.de

Wolf-Dieter Narr ist emeritiert, er lehrte Politikwissenschaft an der FU Berlin, narrwd@zedat.fu-berlin.de

Roland Roth lehrt Politikwissenschaft an der Fachhochschule Magdeburg

Emir Sader lehrt Soziologie an den Universitäten Rio de Janeiro und Sao Paulo, Brasilien

Petra Schaper-Rinkel ist Politikwissenschaftlerin an der FU Berlin und Mitglied der PROKLA-Redaktion, psr@nano-polis.de

Benno Teschke lehrt Internationale Beziehungen an der University of Sussex, Brighton b.g.teschke@sussex.ac.uk

Peter Wahl arbeitet bei WEED (World Economy Ecology Development) und gehört zum Koordinierungskreis von *attac*, peter.wahl@weed-online.org

Themen früherer Hefte (im Internet unter www.prokla.de
oder www.dampfboot-verlag.de)

PROKLA 140 * Migration (September 2005) * *Kraler/Parnreiter* Migration Theoretisieren * *Andrija-sevic/Bojadzjev u.a.* Migrationsregime im Südosten Europas * *Benz/Schwenken* Migration als eigensinnige Praxis * *Dietrich* Flüchtlinge in Polen * *Rupp* Remittances in El Salvador * *Bernstein* Transmigration und Kapitalismus * *Biederermann* Vergessene Auswanderer * *Wissen* Modernisierte Naturbeherrschung * *Kaufmann* * Ökonomische Krise als Charakterfrage

PROKLA 139 * Globale Ungleichheiten (Juni 2004) * Nachruf auf Andre Gunder Frank * *Frank* Das 21. Jh. wird ein Asiatisches sein * *Wade* Gründe globaler Armut * *Hersel* * Ungleichheit globalen Naturverbrauchs * *Gerstenberger/Welke* Wie nationale Souveränität zu Märkte getragen wird * *Bieling* Imperiale Ambitionen der EU? * *Heigl* Weltsystemtheorie und Imperialismus * *Balibar* Europäische Verfassung * *Plüger* Gegen die EU-Verfassung * *Lorey* Folterbilder aus Abu Ghraib

PROKLA 138 * Ökonomie des Konsums (März 2004) * Nachruf auf Celso Furtado * *Vinz* Nachhaltiger Konsum und Ernährung * *Roesler* Massenkonsum in der DDR * *Redclift* Kaugummi und „Schattenländer“ * *Kehrer* Transnationale Konsumgüterunternehmen in Ägypten * *Blöcker/Wortmann* Bekleidungs Einzelhandel * *Beck/Scherrer* Rot-grüner Abschied vom „Modell Deutschland“ * *Boris/Malcher* Argentinien * *Paulani* Wirtschaftspolitik Lulas

PROKLA 137 * Bildung und Ausbildung (Dezember 2004) * *Demirovic* Wissenschaft oder Dummheit * *Schöller* Vom Bildungsbürger zum Lernbürger * *M. Hartmann* Elitehochschulen * *Pasternack* Hochschulbildung: zweckfrei oder nützlich? * *E.Hartmann* Globaler Bildungsmarkt * *Atzmüller* Qualifikationsanforderungen und Berufsbildung * *Burghardt* Traumberuf Lehrer? * *Maya-Ambia* Dilemmata der US-Hegemonie * *Sablowski* Gewerkschaften am Scheideweg * *Kutter* Ölreserven und Ölinteressen

PROKLA 136 * Umbrüche des Sozialstaats (September 2004) * *Wölfle/Schöller* Soziale Disziplinierung * *Böhning/Burmeister* Sozialabbau im Namen der Generationengerechtigkeit? * *Ganßmann* Rheinische vs. atlantische Wohlfahrtsstaaten * *Katz* US-amerikanischer Wohlfahrtsstaat * *Hoffmann* Deutschland eine Basarökonomie? * *Pieper* Lagersystem für Flüchtlinge * *Berger* Bio-Kraftstoffe und Grenzen der Mobilität * *Lessenich* Esping-Anderson und der Sozialstaat

PROKLA 135 * Ressourcenkonflikte (Juni 2004) * *Scheffran* Energiekonflikte und Klimakatastrophe * *Acosta* Erdöl in Ecuador * *Thielmann* Öl und Gas in Algerien * *Wullweber* Genetische Ressourcen * *Petschow/Idel* Globales Huhn * *Gill* Replik auf Wallerstein * *Söderberg* Amerikanisches Empire und „ausgeschlossene Staaten“ * *Busch* Abstieg West durch Aufbau Ost?

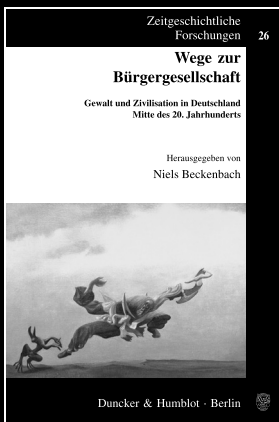
PROKLA 134 * Die kommende Deflationskrise? (März 2004) * *Stork* Nachruf auf H. Conert * *Herr* Deregulierung, Globalisierung und Deflation * *Altwater* Dominanz der globalen Finanzmärkte * *Hein/Schulten/Truger* Lohnentwicklung und Deflationsgefahren * *Kaiser* Deflation und Arbeitsmarkt in Japan * *Heine* Brüning und die Deflation * *Salama* Finanzkrisen in Lateinamerika * *Wacquant* Ghetto * *Hoffrogge* Studentischer Protest * *Lessenich* Lage der bürgerlichen Demokratie in Deutschland

PROKLA 133 * Imperialistische Globalisierung (Dezember 2003) * *Kößler* Imperialismus und Globalisierung * *Schmidt* Transatlantische Beziehungen * *Wallerstein* Globale Anarchie * *Narr* Introvertierte Imperialismen * *Dieter* Demontage der multilateralen Wirtschaftsordnung * *Görg/Wissen* National dominierte globale Herrschaft * *Brütt* Von Hartz zur Agenda 2010

PROKLA 132 * Gesundheit im Neoliberalismus (September 2003) * *Gerlinger* Rot-grüne Gesundheitspolitik * *Krampe* Arbeit im Gesundheitswesen * *Mosebach* „Amerikanisierung“ des deutschen Gesundheitssystems * *Urban* Gesundheitspolitik im Neuen Europäischen Sozialmodell * *Hans* Korruption im Gesundheitswesen * *Lemke* Molekulare Medizin? * *Schmidt* Gescheiterter Streik in Ostdeutschland

PROKLA 131 * Korruptes Empire (Juni 2003) * *Narr* Theoretisieren als Partisanenarbeit (zu Agnoli) * *Sablowski* Bilanz(en) des Wertpapierkapitalismus * *Rügemer* Global Corruption * *Eigen/Eigen-Zucchi* Korruption und globale öffentliche Güter * *Kagarlitzky* „Politischer Kapitalismus“ in Russland * *Magatti* Korruption in Italien * *Wetzel* Arbeitshandeln der Führungskräfte * *Bultmann/Schoeller* Zukunft des Bildungssystems

Erhältlich beim Verlag Westf. Dampfboot, Hafenweg 26a, 48155 Münster, Tel.: 0251 – 3900480



Niels Beckenbach (Hrsg.)

Wege zur Bürgergesellschaft

**Gewalt und Zivilisation
in Deutschland
Mitte des 20. Jahrhunderts**

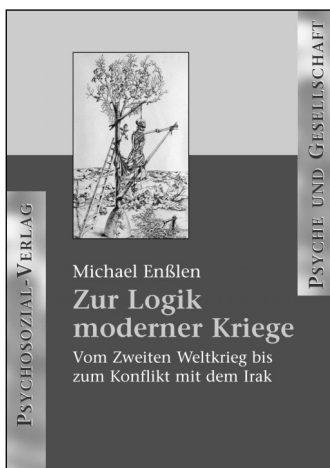
310 S. 2005 (3-428-11977-0)
€ 34,- / sFr 59,-

Kaum ein Thema hat die Öffentlichkeit, die Politiker, die Wissenschaftler in den letzten Jahren so beschäftigt wie die Gewalt, die in der Gesellschaft latent oder offen ausgeübt vorhanden ist.

In dem vorliegenden Band kommen neun Autoren aus der Bundesrepublik und der ehemaligen DDR zu Wort. Sie setzen sich mit den verschiedenartigen Erscheinungsformen von politischer Gewalt auseinander, die sie persönlich oder gesellschaftlich vermittelt erlebt haben: Relikte des NS-Regimes nach 1945, das ideologisch legitimierte Zwangsregime der DDR sowie die terroristische Gewalt, die sich aus der 1968er-Revolution entwickelte.

Zum Verständnis der biographischen und gesellschaftlichen Erfahrungen werden soziologische, zeitgeschichtliche und psychoanalytische Erklärungsansätze herangezogen. Die Beiträge erschließen Aspekte der deutschen Nachkriegswirklichkeit, die vielfach noch bis heute unbekannt geblieben sind und hier in beeindruckender Weise lebendig werden. Das Buch ist in seiner Vielfalt und Kontroversität der Stellungnahmen ‚Zeitzeugnis‘ und zugleich ein Bestandteil der politischen Kultur des vereinten Deutschland – ein unverzichtbares Lesebuch zur Gegenwart.

www.duncker-humblot.de



Dezember 2005 · ca. 180 Seiten · Broschur
 € (D) 19,90 · SFr 34,90
 ISBN 3-89806-475-1

Warum werden Kriege geführt? Hinter den offiziellen Rechtfertigungen verbergen sich fast immer psychologische Mechanismen, die zum Verständnis der Dynamiken kriegerischer Auseinandersetzungen ebenso wichtig sind wie die politischen und geostrategischen Fakten. Gewalt ist dabei das Mittel, Erfahrung mit sich selbst im Spiegel des Anderen zu vereiteln.

Namhafte Gesellschaftswissenschaftler wie Noam Chomsky, Lloyd deMause, Elsbeth Kneuper, Stavros Mentzos, Ulrich Schneider, Klaus Theweleit und Gabriele Weichart untersuchen diese Aspekte moderner Kriege vom Zweiten Weltkrieg bis zum aktuellen Konflikt im Irak.

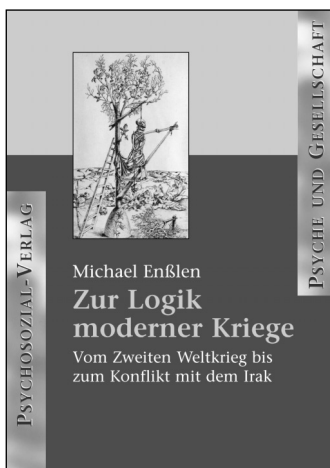


2005 · 220 Seiten · Broschur
 € (D) 19,90 · SFr 34,90
 ISBN 3-89806-346-1

Dieser Band versammelt jüngst entstandene Texte des bekannten Psychoanalytikers und Sozialphilosophen Horst-Eberhard Richter, den Ex-Bundespräsident Rau als »Analytiker und Therapeut des ganzen Landes« gewürdigt hat. Richter verfolgt in den Reden und Aufsätzen die geistige Situation in ihrer Entwicklung seit der Hitlerzeit bis in die Gegenwart hinein. Als engagierter Teilnehmer der Sozialen Bewegung der 70er Jahre wurde er eine Leitfigur desjenigen Flügels der internationalen Friedensbewegung, der über die Kritik an Krieg und Atomrüstung hinaus den Aufbruch zu einer konstruktiven Humanisierung der Politik fordert. Wie sehen die dafür nötigen Wandlungen in der inneren Verfassung der Menschen aus?

Goethestr. 29 · 35390 Gießen · www.psychosozial-verlag.de
 Vertrieb: katharina.sattler@psychosozial-verlag.de
 Telefon: 06 41/9716903 · Fax: 06 41/77742

PSV
Psychosozial-Verlag



Dezember 2005 · ca. 180 Seiten · Broschur
 € (D) 19,90 · SFr 34,90
 ISBN 3-89806-475-1

Warum werden Kriege geführt? Hinter den offiziellen Rechtfertigungen verbergen sich fast immer psychologische Mechanismen, die zum Verständnis der Dynamiken kriegerischer Auseinandersetzungen ebenso wichtig sind wie die politischen und geostrategischen Fakten. Gewalt ist dabei das Mittel, Erfahrung mit sich selbst im Spiegel des Anderen zu vereiteln.

Namhafte Gesellschaftswissenschaftler wie Noam Chomsky, Lloyd deMause, Elsbeth Kneuper, Stavros Mentzos, Ulrich Schneider, Klaus Theweleit und Gabriele Weichart untersuchen diese Aspekte moderner Kriege vom Zweiten Weltkrieg bis zum aktuellen Konflikt im Irak.



2005 · 220 Seiten · Broschur
 € (D) 19,90 · SFr 34,90
 ISBN 3-89806-346-1

Dieser Band versammelt jüngst entstandene Texte des bekannten Psychoanalytikers und Sozialphilosophen Horst-Eberhard Richter, den Ex-Bundespräsident Rau als »Analytiker und Therapeut des ganzen Landes« gewürdigt hat. Richter verfolgt in den Reden und Aufsätzen die geistige Situation in ihrer Entwicklung seit der Hitlerzeit bis in die Gegenwart hinein. Als engagierter Teilnehmer der Sozialen Bewegung der 70er Jahre wurde er eine Leitfigur desjenigen Flügels der internationalen Friedensbewegung, der über die Kritik an Krieg und Atomrüstung hinaus den Aufbruch zu einer konstruktiven Humanisierung der Politik fordert. Wie sehen die dafür nötigen Wandlungen in der inneren Verfassung der Menschen aus?

Goethestr. 29 · 35390 Gießen · www.psychosozial-verlag.de
 Vertrieb: katharina.sattler@psychosozial-verlag.de
 Telefon: 06 41/9716903 · Fax: 06 41/77742

PSV
Psychosozial-Verlag

WIDERSPRUCH

Beiträge zu
sozialistischer Politik

48

Europa sozial

EU-Verfassung, Lissabon-Strategie, Arbeitsmarkt und Geschlechterpolitik; Krise des Sozialmodells; Osterweiterung, Europäische Handelspolitik, Globalisierung, Frauenmigration und informelle Arbeit; Freier Personenverkehr, Militarisierung der EU und Schengen/Dublin

H. Schui, K. Dräger, M. Wissen, P. Beckmann, N. Imboden, S. Steinmetz, E. Gutiérrez Rodríguez, M.R. Krätke, A. Brie, G. Trepp, M. Beckmann, H.-J. Bieling, S. Schunter-Kleemann, H. Hofbauer, H. Baumann, S. Luzi, J. Lang, B. Glättli, H. Busch

Diskussion

M. Madörin: Feministische Wirtschaftspolitik
W. Eberle / H. Schäppi: SPS-Wirtschaftsprogramm
G. Ochsner: Frauen und Entwicklungsökonomie
A. Sancar: Geschlecht und Entwicklung
Ch. Zeller: Reformpolitik und Aneignung
M. Massarrat: Zur Imperialismus-Debatte

264 Seiten, € 16.– (Abonnement € 27.–)

zu beziehen im Buchhandel oder bei

WIDERSPRUCH, Postfach, CH - 8026 Zürich

Tel./Fax 0041 44 273 03 02

vertrieb@widerspruch.ch

www.widerspruch.ch

4/2005 – Dezember: **Alter**

Ulrike Baureithel: Zukunftskatastrophe? Publizistisch-demografische Mobilmachung * Gerhard Bosch & Sebastian Schief: Beschäftigung Älterer in Europa * Dorothea Grieger: Lage und Bedarfe älterer Migrantinnen und Migranten * Werner Jung: Erotik und Sexualität in literarischen Altersdarstellungen * Gespräch mit Hilke Brockmann: Alter und Gesundheitskosten im Kontext * Magdalene Malwitz-Schütte: Hochschul- und Universitätsangebote für Ältere * Ilse Krisam: Spät studieren: Beispiel neuer Alterskultur

Außerdem: Europäische Bunkerpolitik und Lager (Dokumentation) * Jörg Huffschmid: Krise und Zukunft der EU * Wiebke Böschen & Christoph Bresch: Grundrechte behinderter Menschen. Bundesfachschaften-Resolution gegen neoliberale Ausgrenzung * Holger Schatz: Katharsis des deformierten Subjekts im Neoliberalismus * Heidrun Centner: Kulturelle Güter und Dienstleistungen – weltweite Regulierungs- und Deregulierungsversuche * Karl Hermann Tjaden: Theoretische und praktische Medizinkritik: Erinnerung an Karl-Rainer Fabig * Andreas Staets: Arbeitsbedingungen studentischer Hilfskräfte

FORUM
Wissenschaft

FORUM WISSENSCHAFT. Bewegt.

Vierteljährlich · Einzelheft 7,- € · Jahresabo 26,- € · www.bdwi.de/forum/forum.htm · forum@bdwi.de · Hrgg. vom Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) · Gisselberger Str. 7 · D-35037 Marburg · www.bdwi.de

Lothar Hack
Imgard Hack
**Wissen, Macht
und Organisation**

Internationalisierung industrieller Forschung und Entwicklung

– ein Fallvergleich



Wie international agierende Konzerne Innovationen organisieren und machstrategisch nutzen: eine Studie am Beispiel der Autoindustrie, die generelle Schlüsse über Globalisierungsprozesse erlaubt.

403 S. ISBN 3-89404-532-9 24,90 €

Hans Böckler
Stiftung

Hansjörg Herr
Kurt Hübner

FORSCHUNG

**Währung und
Unsicherheit**
In der
globalen Ökonomie



Eine geldwirtschaftliche
Theorie der Globalisierung

Warum eine globale Wirtschaft bei weltweiter Deregulierung ohne ‚Weltgeld‘ zwangsläufig anfällig für Währungskräuche und Finanzkrisen ist – diese neue Theorie erklärt es so plausibel wie verständlich.

336 S. ISBN 3-89404-993-6 21,90 €

neu bei



edition
sigma

Der Verlag schickt
Ihnen gern das
Gesamtverzeichnis:

[verlag@
edition-sigma.de](mailto:verlag@edition-sigma.de)

www.edition-sigma.de

Vernetzung

b ra u c h t k o h l e

300 x 100 € werden gebraucht!

... **damit** einer bewegungsorientierten undogmatischen Linken in Sachen Globalisierungskritik, Antirassismus, Antimilitarismus, (Post-)Kolonialismus, Biopolitik, ... auch noch nach 28 Jahren weiterhin ein wichtiges Forum zur Vernetzung geboten wird!

BUKO (Bundekoordination Internationalismus)

fon: 040 - 393 500 | mail: mail@buko.info

Bankverbindung: VzF e.V./BUKO | EDG Kiel,
BLZ 210 602 37 | Kt.: 234 389 | Stichwort: buko braucht kohle
weitere infos: www.buko-braucht-kohle.de



PHASE2

ZEITSCHRIFT GEGEN DIE REALITÄT.

DEZ
05

»AUS DEM INHALT DER AUSGABE« 18

STEFAN FRANK: »Deutsche Wirtschaft«

INITIATIVE ANTIHERRSCHAFTLICHE GESELLSCHAFTSTHEORIE:
»Ökonomie und Politik des Kapitalismus«

Interview mit MICHAEL HEINRICH

BERND RÖTTGER: »Ökonomie und Hegemonie
in der kapitalistischen Globalisierung«

CHRISTOPH SCHAUB: »Islamistischer Terrorismus
und Fiktionalisierung«

Inklusive Literaturbeilage »KILBY2«

PHASE2 erscheint alle 3 Monate und kostet 4 Euro
ABO: 5 Ausgaben für 18 Euro
ABO@PHASE-ZWEI.ORG

PHASE2 - ZEITSCHRIFT GEGEN DIE REALITÄT
BORNAINISCHE STR. 3D
04277 LEIPZIG

WWW.PHASE-ZWEI.ORG

Inhaltsverzeichnis PROKLA, 35. Jahrgang 2005

138: Ökonomie des Konsums

<i>PROKLA-Redaktion</i> : Editorial	2
Celso Furtado (1920 - 2004) Ein Nachruf von <i>Theotonio dos Santos</i>	11
<i>Dagmar Vinz</i> : Nachhaltiger Konsum und Ernährung. Private KonsumentInnen zwischen Abhängigkeit und Empowerment	15
<i>Jörg Roesler</i> : Massenkonsum in der DDR: zwischen egalitärem Anspruch, Herrschaftslegitimation und „exquisiter“ Individualisierung	35
<i>Michael R. Redcliff</i> : Das Kaugummi: Geschmack, Raum und die „Schattenländer“	53
<i>Michaela Kehrer</i> : Transnationale Konsumgüterunternehmen in Ägypten. Eroberung des Massenmarktes zwischen „ruralem Marketing“ und „Konsumentenintifada“	73
<i>Antje Blöcker, Michael Wortmann</i> : Strukturwandel und internationale Beschaffung im Einzelhandel mit Bekleidung	91
<i>Stefan Beck, Christoph Scherrer</i> : Der rot-grüne Einstieg in den Abschied vom „Modell Deutschland“	111
<i>Dieter Boris, Ingo Malcher</i> : Argentinien nach dem Zusammenbruch des neoliberalen Modells	131
<i>Leda Paulani</i> : Wenn Angst die Hoffnung besiegt. Eine Bilanz der Wirtschaftspolitik der Regierung Lula	149

139: Globale Ungleichheiten

<i>PROKLA-Redaktion</i> : Editorial: Kapitalismus(kritik) und Ungleichheit	166
André Gunder Frank (1929 - 2005) Ein Nachruf von <i>Theotonio dos Santos</i>	171
<i>André Gunder Frank</i> : Das 21. Jahrhundert wird ein Asiatisches sein	175
<i>Robert H. Wade</i> : Über die Gründe global zunehmender Armut und Ungleichheit - oder warum der „Matthäus Effekt“ vorherrscht	179
<i>Philipp Hersel</i> : Von der Ungleichheit des globalen Naturverbrauchs. Die Rolle des internationalen Finanzsystems bei der Inwertsetzung, Zerstörung und Umverteilung der natürlichen Ressourcen des Südens ...	203
<i>Heide Gerstenberger, Ulrich Welke</i> : Wie nationale Souveränität zu Märkte getragen wird	225
<i>Hans-Jürgen Bieling</i> : Die Europäische Union: eine neue Supermacht mit imperialen Ambitionen?	247
<i>Miriam Heigl</i> : Auf dem Weg zur finalen Krise des Kapitalismus? Weltsystemtheoretische Beiträge zur neuen Debatte um Imperialismus	267

<i>Étienne Balibar: Was für eine Europäische Verfassung?</i>	287
<i>Tobias Pflüger: Gegen diesen EU Verfassungsvertrag</i>	301
<i>Isabell Lorey: Die Wiederkehr des Verdrängten am Beispiel des Ekels.</i>	
Zum Betrachten der Folterbilder aus Abu Ghraib	307

140: Migration

<i>PROKLA-Redaktion: Editorial</i>	320
<i>Albert Kraler, Christof Parnreiter: Migration Theoretisieren</i>	327
<i>Rutvica Andrijasevic, Manuela Bojadžijev, Sabine Hess, Serhat Karakayali, Efthimia Panagiotidis, Vassilis Tsianos: Turbulente Ränder. Konturen eines neuen Migrationsregimes im Südosten Europas</i>	345
<i>Martina Benz, Helen Schwenken: Jenseits von Autonomie und Kontrolle: Migration als eigensinnige Praxis</i>	363
<i>Helmut Dietrich: Polen: Flüchtlingsnotstand – aber wo sind die Flüchtlinge?</i>	379
<i>Helen Rupp: Migration als Wirtschaftsmodell: Die remittances in El Salvador</i>	393
<i>Julia Bernstein: Transmigration und Kapitalismus. Migranten und Migrantinnen aus der ehemaligen Sowjetunion und ihre Erfahrungen in Deutschland</i>	407
<i>Bettina Biedermann: Vergessene Auswanderer. Die Migration von Deutschen nach Australien in den 1950er Jahren</i>	423
<i>Markus Wissen: Modernisierte Naturbeherrschung. Agrobiodiversität, Biotechnologie und die Krise der industriellen Landwirtschaft</i>	445
<i>Stephan Kaufmann: Ökonomische Krise als Charakterfrage: die Manager-Schelte</i>	463

141: Die Zukunft ist links!

<i>PROKLA-Redaktion: Editorial</i>	474
<i>Alex Demirovic: Die Perspektive der vernünftigen Gesellschaft</i>	478
<i>Wolf-Dieter Narr, Roland Roth: Not und Notwendigkeit radikaldemokratischer ökonomischer, politischer und kultureller Produktionsverhältnisse</i>	497
<i>Joachim Bischoff, Hasko Hüning, Christoph Lieber: Von der neoliberalen zur sozialistischen Gouvernementalität Anforderungen an eine Rifondazione der Linken</i>	521
<i>Emir Sader: Die hegemoniale Krise und die Krise der Linken in Lateinamerika</i>	541
<i>Petra Schaper-Rinkel: Andere Zukünfte: Politik der Utopien</i>	551
<i>Peter Wahl: Kurs auf linke Mehrheit in der Gesellschaft Zum Verhältnis von außerparlamentarischer Bewegung und Partei(en) nach der Bundestagswahl</i>	569

<i>Benno Teschke: Bürgerliche Revolution, Staatsbildung und die Abwesenheit des Internationalen</i>	575
<i>Hyekyung Cho: Chinas langer Marsch in die neoliberale Weltwirtschaft</i> ...	601
<i>Uli Jähner: „Ich weiß, ich muss noch an mir arbeiten“ Über Casting Shows im Fernsehen</i>	619

Alphabetisch nach Autoren

<i>Rutvica Andrijasevic, Manuela Bojadžijev, Sabine Hess, Serhat Karakayali, Efthimia Panagiotidis, Vassilis Tsianos: Turbulente Ränder. Konturen eines neuen Migrationsregimes im Südosten Europas</i>	345
<i>Étienne Balibar: Was für eine Europäische Verfassung?</i>	287
<i>Stefan Beck, Christoph Scherrer: Der rot-grüne Einstieg in den Abschied vom „Modell Deutschland“</i>	111
<i>Julia Bernstein: Transmigration und Kapitalismus. Migranten und Migrantinnen aus der ehemaligen Sowjetunion und ihre Erfahrungen in Deutschland</i>	407
<i>Joachim Bischoff, Hasko Hüning, Christoph Lieber: Von der neoliberalen zur sozialistischen Gouvernementalität Anforderungen an eine Rifondazione der Linken</i>	521
<i>Martina Benz, Helen Schwenken: Jenseits von Autonomie und Kontrolle: Migration als eigensinnige Praxis</i>	363
<i>Bettina Biedermann: Vergessene Auswanderer. Die Migration von Deutschen nach Australien in den 1950er Jahren</i>	423
<i>Hans-Jürgen Bieling: Die Europäische Union: eine neue Supermacht mit imperialen Ambitionen?</i>	247
<i>Antje Blöcker, Michael Wortmann: Strukturwandel und internationale Beschaffung im Einzelhandel mit Bekleidung</i>	91
<i>Dieter Boris, Ingo Malcher: Argentinien nach dem Zusammenbruch des neoliberalen Modells</i>	131
<i>Hyekyung Cho: Chinas langer Marsch in die neoliberale Weltwirtschaft</i> ...	601
<i>Alex Demirovic: Die Perspektive der vernünftigen Gesellschaft</i>	478
<i>Helmut Dietrich: Polen: Flüchtlingsnotstand – aber wo sind die Flüchtlinge?</i>	379
<i>André Gunder Frank: Das 21. Jahrhundert wird ein Asiatisches sein</i>	175
<i>Heide Gerstenberger, Ulrich Welke: Wie nationale Souveränität zu Märkten getragen wird</i>	225
<i>Miriam Heigl: Auf dem Weg zur finalen Krise des Kapitalismus? Weltsystemtheoretische Beiträge zur neuen Debatte um Imperialismus</i>	267

<i>Philipp Hersel</i> : Von der Ungleichheit des globalen Naturverbrauchs. Die Rolle des internationalen Finanzsystems bei der Inwertsetzung, Zerstörung und Umverteilung der natürlichen Ressourcen des Südens ...	203
<i>Uli Jähner</i> : „Ich weiß, ich muss noch an mir arbeiten“ Über Casting Shows im Fernsehen	619
Stephan Kaufmann: Ökonomische Krise als Charakterfrage: die Manager-Schelte	463
<i>Michaela Kehrer</i> : Transnationale Konsumgüterunternehmen in Ägypten. Eroberung des Massenmarktes zwischen „ruralem Marketing“ und „Konsumentenintifada“	73
<i>Albert Kraler, Christof Parnreiter</i> : Migration Theoretisieren	327
<i>Isabell Lorey</i> : Die Wiederkehr des Verdrängten am Beispiel des Ekels. Zum Betrachten der Folterbilder aus Abu Ghraib	307
<i>WolfDieter Narr, Roland Roth</i> : Not und Notwendigkeit radikaldemokra- tischer ökonomischer, politischer und kultureller Produktionsverhältnisse	497
<i>Leda Paulani</i> : Wenn Angst die Hoffnung besiegt. Eine Bilanz der Wirtschaftspolitik der Regierung Lula	149
<i>Tobias Pflüger</i> : Gegen diesen EU Verfassungsvertrag	301
<i>Michael R. Redclift</i> : Das Kaugummi: Geschmack, Raum und die „Schattenländer“	53
<i>Jörg Roesler</i> : Massenkonsum in der DDR: zwischen egalitärem Anspruch, Herrschaftslegitimation und „exquisiter“ Individualisierung	35
<i>Helen Rupp</i> : Migration als Wirtschaftsmodell: Die <i>remittances</i> in El Salvador	393
<i>Emir Sader</i> : Die hegemoniale Krise und die Krise der Linken in Lateinamerika	541
Ein Nachruf von <i>Theotonio dos Santos</i> : Celso Furtado (1920-2004)	11
Ein Nachruf von <i>Theotonio dos Santos</i> : André Gunder Frank (1929-2005)...	171
<i>Petra Schaper-Rinkel</i> : Andere Zukünfte: Politik der Utopien	551
<i>Benno Teschke</i> : Bürgerliche Revolution, Staatsbildung und die Abwesenheit des Internationalen	575
<i>Dagmar Vinz</i> : Nachhaltiger Konsum und Ernährung. Private KonsumentInnen zwischen Abhängigkeit und Empowerment	15
<i>Robert H. Wade</i> : Über die Gründe global zunehmender Armut und Ungleichheit - oder warum der „Matthäus Effekt“ vorherrscht	179
<i>Peter Wahl</i> : Kurs auf linke Mehrheit in der Gesellschaft Zum Verhältnis von außerparlamentarischer Bewegung und Partei(en) nach der Bundestagswahl	569
<i>Markus Wissen</i> : Modernisierte Naturbeherrschung. Agrobiodiversität, Biotechnologie und die Krise der industriellen Landwirtschaft	445

GUTE BUCHLÄDEN, IN DENEN DIE PROKLA ZU HABEN IST:

Augsburg	Probuch	Gögginger Str. 34
Berlin	Argument Buchladen	Reichenberger Str. 150
Berlin	Karl-Marx-Buchhandlung	Karl-Marx-Allee 78
Berlin	Motzbuch	Motzstr. 32
Berlin	Schwarze Risse	Gneisenastr. 2
Berlin	Schwarze Risse	Kastanienallee 85
Berlin	Schweitzer Sortiment	Französische Str. 13/14
Bielefeld	Eulenspiegel Buchladen	Hagenbruchstr. 9
Bielefeld	Buchhandlung in der Uni	Universitätsstr. 1
Bonn	Buchladen 46	Kaiserstr. 46
Braunschweig	Guten Morgen Buchladen	Bültenweg 87
Bremen	Albatros Buchversand	Fedelhören 91
Bremen	Buchladen in der Neustadt	Lahnstr. 65 B
Bremen	Buchladen im Ostertor	Fehrfeld 60
Bremen	Georg-Büchner-Buchhandlung	Vor dem Steintor 56
Darmstadt	Georg-Büchner-Buchladen	Lautenschlägerstr. 18
Dortmund	Buchladen Litfass	Münsterstr. 107
Dortmund	Taranta Babu	Humboldtstr. 44
Düsseldorf	Buchhandlung BiBaBuze	Aachener Str. 1
Essen	Heinrich-Heine-Buchhandlung	Viehofer Platz 8
Flensburg	Carl v. Ossietzky Buchhandlung	Heiligengeistgang 9
Frankfurt	Bockenheimer Bücherwarte	Bockenheimer Landstr. 127
Frankfurt	Karl-Marx-Buchhandlung	Jordanstr. 11
Frankfurt	Peter Naacher	Ziegelhüttenweg 27-31
Frankfurt	Uni-Buch	Jügelstr. 1/Studentenhaus
Frankfurt	Theo Hector	Gräfstr. 77
Frankfurt	Ypsilon-Buchladen	Bergerstr. 18
Freiburg	Jos Fritz	Wilhelmstr. 15
Giessen	Ricker'sche Universitätsbuchhandlung	Ludwigsplatz 12
Göttingen	Buchladen Rote Straße	Nikolaikirchhof 7
Hamburg	Buchladen in der Osterstraße	Osterstr. 156
Hamburg	Heinrich-Heine-Buchhandlung	Schlüterstr. 1
Hannover	Buchladen Annabee	Gerberstr. 6
Heidelberg	Der andere Buchladen	Ploeck 93
Hildesheim	Amei's Buchecke	Goschenstr. 31
Kassel	ABC-Buchladen	Goethestr. 77
Köln	Der andere Buchladen GmbH	Weyertal 32
Köln	Der andere Buchladen GmbH	Wahlenstr. 1
Köln	Der andere Buchladen GmbH	Ubierring 42
Konstanz	Zur Schwarzen Geiß	Am Obermarkt 14
Lüneburg	Delbanco	Bessemerstr. 22-24
Mannheim	Buchladen	M 2, 1
Marburg	Buchhandlung Roter Stern	Am Grün 28
Mönchengladbach	Prolibri-Buchladen	Regentenstr. 120
München	Amalienstrasse	Amalienstr. 71
München	Buchhandlung an der Uni	Amalienstr. 67
München	Basis Sozialwiss. Fachbuchh.	Adalbertstr. 41 B
Münster	Rosta-Buchladen	Aegidiistr. 12
Nürnberg	U. Dieckmann	Schlehengasse 12
Osnabrück	Buchhandl. Dieter zur Heide	Osterberger Reihe 2-8
Saarbrücken	Der Buchladen	Försterstr. 14
Siegen	Bücherkiste	Bismarckstr. 3
Wiesbaden	Buchh. Otto Harrassowitz	Taunusstr. 5
Würzburg	Buchladen Neuer Weg	Sanderstr. 33-35
A-Wels	Buchhandlung Infoladen Wels	Spitalhof 3
A-Wien	Karl Winter	Landesgerichtsstr. 20
A-Wien	Zentralbuchhandlung	Schulerstr. 1-3
CH-Basel	Das Narenschiff	Im Schmiedehof 10